

**HESSISCHER LANDTAG**

28.03.2001

**69. Sitzung**

Wiesbaden, den 28. März 2001

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	4707	46. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts-	
<i>Entgegengenommen</i> .....	4707	ausschusses zu dem Antrag des Präsidenten des	
Präsident Klaus Peter Möller .....	4707	Rechnungshofs betreffend <b>Rechnung über den</b>	
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsi-		<b>Haushalt des Hessischen Rechnungshofs - Epl.</b>	
denten betreffend <b>“Aus Chancen werden Erfolge -</b>		<b>11 - für das Haushaltsjahr 1999</b>	
<b>die neue Politik in Hessen“</b> .....	4707	- Drucks. 15/2384 zu Drucks. 15/2249 - .....	4746
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	4746	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746
Ministerpräsident Roland Koch .....	4707	Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746
Gerhard Bökel .....	4716	47. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaaus-	
Jörg-Uwe Hahn .....	4723	schusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD be-	
Tarek Al-Wazir .....	4732	treffend <b>europäische Perspektiven</b>	
Norbert Kartmann .....	4739	- Drucks. 15/2491 zu Drucks. 15/1335 - .....	4746
Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746
34. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpoli-		Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746
tischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Dörr		48. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaaus-	
(Umstadt), Fleuren, Habermann, Hartmann, Quanz,		schusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU	
Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend		und der F.D.P. betreffend <b>Klagerecht für den Aus-</b>	
<b>Vorlage eines pädagogischen Konzepts für den</b>		<b>schuss der Regionen vor dem Europäischen Ge-</b>	
<b>Einsatz der Neuen Medien an Hessens Schulen</b>		<b>richtshof</b>	
- Drucks. 15/2454 zu Drucks. 15/2284 - .....	4746	- Drucks. 15/2492 zu Drucks. 15/2290 - .....	4746
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746
Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746	Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746
41. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpoli-		49. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses	
tischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion		für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Frak-	
der SPD betreffend <b>Schweinemast-Skandal</b>		tion der SPD betreffend <b>Anforderungen zur</b>	
- Drucks. 15/2467 zu Drucks. 15/2286 - .....	4746	<b>Kapazitätserweiterung des Flughafens Frank-</b>	
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746	<b>furt am Main</b>	
Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746	- Drucks. 15/2502 zu Drucks. 15/1392 - .....	4747
42. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4747
für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der		Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4747
Abg. Dörr (Umstadt), Prof. Fellner, May, Siebel,		50. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses	
Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Hoch-</b>		für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der	
<b>schuldiensrechtsreform auf gutem Weg</b>		Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend	
- Drucks. 15/2471 zu Drucks. 15/1645 - .....	4746	<b>Durchsetzung eines Nachtflugverbots am Flug-</b>	
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746	<b>hafen Frankfurt</b>	
Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746	- Drucks. 15/2503 zu Drucks. 15/2292 - .....	4747
43. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4747
für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der		Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4747
Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend <b>Ini-</b>		29. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und	
<b>tiative “Tekno-Now“ der Landesregierung</b>		der F.D.P. betreffend <b>mehr Entscheidungsmög-</b>	
- Drucks. 15/2472 zu Drucks. 15/2295 - .....	4746	<b>lichkeiten für die Bürger durch das neue Kom-</b>	
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> .....	4746	<b>munalwahlrecht</b>	
Vizepräsidentin Veronika Winterstein .....	4746	- Drucks. 15/2486 - .....	4747

	Seite		Seite
<i>In geänderter Fassung angenommen</i> . . . . .	4760	12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Weiterbildungsgesetz</b>	
Hierzu:		- Drucks. 15/2379 - . . . . .	4769
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		<i>Abgelehnt</i> . . . . .	4776
- Drucks. 15/2517 - . . . . .	4747		
<i>Angenommen</i> . . . . .	4760	24. Antrag der Abg. Dörr (Umstadt), Habermann, Hart- mann, Quanz, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Eckpunkte für ein Weiterbildungs-</b> <b>gesetz</b>	
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	4747	- Drucks. 15/2474 - . . . . .	4769
Rolf Karwecki . . . . .	4750	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	4776
Armin Klein . . . . .	4752	Priska Hinz . . . . .	4769
Tarek Al-Wazir . . . . .	4755	Dr. Walter Lübcke . . . . .	4770, 4772
Minister Volker Bouffier . . . . .	4757	Lothar Quanz . . . . .	4771
Präsident Klaus Peter Möller . . . . .	4760	Heike Habermann . . . . .	4772, 4774
11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>finanzielle Rahmenbedingungen der</b> <b>hessischen Hochschulen</b>		Dorothea Henzler . . . . .	4773
- Drucks. 15/2377 - . . . . .	4760	Ministerin Karin Wolff . . . . .	4774
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über-</i> <i>wiesen</i> . . . . .	4769	Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	4775
Sarah Sorge . . . . .	4760	Stefan Grüttner . . . . .	4775
Traudl Herrhausen . . . . .	4761	44. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Peti-</b> <b>tionen</b>	
Michael Siebel . . . . .	4763, 4765, 4767	- Drucks. 15/2418 - . . . . .	4776
Nicola Beer . . . . .	4764	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . .	4776
Ministerin Ruth Wagner . . . . .	4766	Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	4776
Vizepräsidentin Veronika Winterstein . . . . .	4769		

## Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller  
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Udo Corts  
MinDirig Heinz Noe  
LtdMinR Dr. Karl-Heinrich Schäfer  
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet  
Staatssekretär Frank E. Portz  
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler  
Staatssekretär Ulrich Thurmann  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

## Abwesende Abgeordnete:

Dieter Nolte

(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die mittlerweile 69. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und begrüße alle, die uns zuhören und vor allen Dingen zuschauen dürfen, müssen und wollen. Wir wollen einmal testen, wer schon da ist: Freiherr-vom-Stein-Schule Eppstein.

(Zurufe von Schülern der Freiherr-vom-Stein-Schule Eppstein)

- Willkommen. - Dann haben wir die Nidda-Kaserne in Schöneck. - Die sind wahrscheinlich noch unterwegs. Landgraf-Ludwig-Schule Gießen.

(Zurufe von Schülern der Landgraf-Ludwig-Schule Gießen)

- Prima. Das war eine frühe Stunde. Die freuen sich.

Der Landtag ist beschlussfähig. Er kann nur noch beschlussfähiger werden. Erledigt sind die Punkte 1 a und b, 3 bis 5, 7, 9, 10, 16 und 45.

Zum Ablauf der Sitzung teile ich mit: Wir tagen bis 18 Uhr. Mittagspause: zwei Stunden. Wir beginnen mit **Tagesordnungspunkt 2**, der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Der Herr Ministerpräsident ist ab 13 Uhr entschuldigt, weil er in Berlin im Vermittlungsausschuss anwesend sein muss.

Um 13 Uhr wird die Ausstellung "Kirchliche Erwachsenenbildung" im Umgang des Plenarsaals eröffnet. Sie ist bis zum 29. April zu sehen und wird Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit empfohlen. Ab 9 Uhr wird ein Hörtest im Umgang des Plenarsaals stattfinden. Man sagt Politikern immer nach, dass sie nicht zuhören könnten. Vielleicht liegt das ja daran, dass sie nicht hören können. Das könnte man bei dieser Gelegenheit diskret testen.

Meine Damen und Herren, jetzt wird es ernst. Jetzt darf auch niemand mehr mit dem Herrn Ministerpräsidenten sprechen. Herr Ministerpräsident Koch gibt eine **Regierungserklärung** ab zu dem Thema "**Aus Chancen werden Erfolge - die neue Politik in Hessen**". - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Hessische Landtag und die Hessische Landesregierung haben nun die Hälfte der Arbeit bewältigt, die sie sich für diese Legislaturperiode vorgenommen haben. Ich denke, es ist deshalb richtig, dass wir als Landesregierung die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen vorzutragen, wie wir die Zwischenbilanz sehen.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis ist: Unser Bundesland Hessen kommt voran.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben uns vor zwei Jahren das Ziel gesetzt, dass dieses Land, das in der Mitte der Bundesrepublik Deutschland liegt, seine Chancen nutzen und mehren muss. Schon vor einem Jahr haben wir hier darüber diskutiert und gezeigt, dass wir viele Chancen ergriffen haben. Heute sehen wir: Aus diesen Chancen werden Erfolge. Wir haben uns auf den Weg gemacht, und die Bürger können sehen, was sie davon haben.

(Beifall bei der CDU)

Aus der Sicht der Landesregierung habe ich Ihnen eine gute Bilanz der vergangenen zwei Jahre vorzulegen. Diese Arbeit konnte zusammen mit den Fraktionen der CDU und der F.D.P. im Hessischen Landtag geleistet werden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, es ist eine Bilanz - das zeigt auch Ihre derzeitige Präsenz -, die weitgehend ohne Sie gezogen werden muss. Sie haben im ersten Jahr Trauerarbeit über eine verlorene Wahl geleistet. Im zweiten Jahr haben Sie Schimpfarbeit geleistet, in der Hoffnung, Sie könnten die verlorene Wahl korrigieren. Das reicht nicht für die Sache.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Hochmut kommt vor dem Fall! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sehr gut, Herr Clauss!)

- Herr Kollege Clauss, das habe ich in den letzten zwei Jahren des Öfteren von Ihnen gehört. Ich habe Sie während der letzten zwei Monate und besonders während der letzten zwei Wochen beobachtet und muss Ihnen sagen: Der Satz ist richtig, aber er gilt für Sie.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Diese Landesregierung verändert das Land. Das haben wir den Bürgerinnen und Bürgern angeboten, als es um die Landtagswahl ging. In der Politik haben wir die Aufgabe, zu beweisen, dass sich ein Land durch eine Wahl, durch die Entscheidung für eine politische Richtungsänderung tatsächlich verändern kann. Wir nehmen diese Veränderungen mit Geduld und Augenmaß, aber auch mit Verlässlichkeit und Zielstrebigkeit vor.

Wie wir inzwischen erfahren haben, ist das eine sehr gute Basis für viele Bündnisse für Hessens Zukunft, die wir inzwischen geschlossen haben: mit hessischen Lehrern und Eltern, mit Unternehmen und Wirtschaft für den Investitionsstandort, aber auch mit Unternehmen und Wirtschaft für die Umwelt, mit den ungezählten ehrenamtlich tätigen Bürgern in einem neuen Netzwerk des Ehrenamtes und mit kulturell engagierten Bürgern für eine Neubewertung unseres Kulturstandortes Hessen.

Meine Damen und Herren, inzwischen spricht man im ganzen Land von der neuen Politik. Das wissen Sie; das haben Sie auch durch das Wählerurteil inzwischen mitgeteilt bekommen. Man spricht von einer Politik, die zukunftsorientiert und nicht rückwärts gewandt ist. Man spricht von einer Politik, in der Entscheidungen getroffen werden, in die die Bürgerinnen und Bürger einbezogen sind und die sie mitgestalten können. Am Ende dieser Politik stehen aber wirklich Entscheidungen, bei denen man sich darauf verlassen kann, dass nicht nur darüber gesprochen wird, sondern dass sie auch tatsächlich getroffen werden, so, wie wir das hier getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Als eines von vielen Beispielen nenne ich nur: Zwei Jahrzehnte lang haben in diesem Parlament und in den Kommunen viele darüber diskutiert, dass das, was es im Umland von Frankfurt an Rechtspositionen zur Zusammenarbeit gibt, nicht ausreichend ist. Alle Parteien haben darüber geredet, aber am Ende hat es keine Beschlüsse gegeben.

Wir haben ein Jahr lang miteinander gesprochen. Wir - Frau Kollegin Wagner und ich - haben einen Vorschlag gemacht. Der Landtag hat darüber beraten. Dieser Vorschlag ist inzwischen zum Gesetz erhoben, und am 1. April

wird er in die gesetzgeberische Wirklichkeit des Landes umgesetzt.

Meine Damen und Herren, so sehen das Beenden von langwierigen Diskussionen und die Schaffung von Strukturen aus, auf die sich die Bürger verlassen können und innerhalb derer man auch Entscheidungen treffen kann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Rot-Grün hat es nach 1995 versäumt, in der Bildungspolitik einen politischen Schwerpunkt zu setzen. - Dieser Satz kommt nicht aus dem Mund von Abgeordneten der CDU oder der F.D.P., sondern er ist ein Zitat aus dem jüngsten Positionspapier des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Bildung.

Ich gestehe den GRÜNEN zu: Selbsterkenntnis ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Besserung. Sie haben es vier Jahre lang - in Wahrheit waren es acht, über die letzten vier Jahre brauchen wir aber nicht mehr zu streiten - nicht geschafft, dieses Land Hessen in der Bildungspolitik so zu positionieren, dass es gut für die Kinder und Jugendlichen dieses Landes war.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es war eines der wesentlichen Argumente, die in der Landtagswahl vor zwei Jahren eine Rolle gespielt haben, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gesagt haben: Wir machen die Bildungspolitik zu dem Schwerpunkt der Landespolitik in diesen vier Jahren schlechthin. - Wir haben diese Politik der Bildungsarbeit in Schule und Hochschule als Zentrum der Landespolitik tatsächlich verwirklicht.

Hessen galt als Nachzügler in Schule und Universität. Die Abschlüsse an den hessischen Schulen wurden vielfach belächelt. Vor zwei Jahren hat uns niemand geglaubt, dass wir uns allen Ernstes auf den Weg machen könnten, Hessen zum Bildungsland Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Wenn Sie heute die Diskussion in Deutschland verfolgen, ob in den Wahlkämpfen der beiden Bundesländer oder in den Beratungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, überall gibt es bei den Bildungsaktivitäten und Bildungsinvestitionen auf einmal einen Schub, und überall gibt es die gleiche Begründung: Wir müssen mit der Anstrengung der Hessen mithalten, um in der Bildungspolitik etwas zu erreichen. - Wir sind die Trendsetter in der Bildungspolitik in Deutschland geworden. Das wollten wir, und das haben wir erreicht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Deshalb sage ich Ihnen: Ich bin auch mit der Anzeigenkampagne der Kultusministerin zur Werbung von Lehrern außerordentlich zufrieden.

(Norbert Kartmann (CDU): Jawohl!)

Wir werden nicht alle Bundesländer lehrerlos machen, weil alle Lehrer in Hessen arbeiten. Aber wir haben in Deutschland als Erste das Signal gesetzt: Uns sind Lehrer wieder wichtig.

Ich sehe noch, wie Herr Kollege Claus im Hessischen Landtag gesagt hat: Sie müssen für 80 % arbeiten, sonst stehen sie auf der Straße. - Daraufhin hat ein Teil dann nicht mehr das Lehrerstudium ergriffen. Ich weiß noch, wie es bei der Referendariatsausbildung war.

(Norbert Kartmann (CDU): So ist es!)

Kultusminister Holzapfel hat gesagt: Na ja, dann machen wir das Programm "Sozialhilfe statt Arbeit". Alle müssen dann ein Jahr bis eineinhalb Jahre warten, bis sie vom ersten Staatsexamen ins Referendariat kommen. - Dann haben sie sich einen anderen Beruf gesucht. Wir sagen den Lehrern in Hessen: Wir brauchen sie; wir wollen sie anstellen. - Wir brauchen bestimmte Fächerkombinationen außerordentlich dringend.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wir sorgen dafür, dass der Berufsstand der Lehrer eine angemessene Ausstattung hat. Wer bei uns Referendar werden will, kann es werden, weil wir die Lehrer anschließend brauchen. Das ist die Veränderung, die durch unser Bündnis erreicht wurde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von was träumen Sie eigentlich nachts?)

Dazu gehört natürlich, dass man die finanziellen Voraussetzungen dafür schafft. In den letzten beiden Jahren haben wir eine Steigerung der Bildungsausgaben im Bildungshaushalt um 7,1% durchgeführt. Kein anderes Land der Bundesrepublik Deutschland hat seinen Bildungshaushalt stärker gesteigert als wir in Hessen. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Damit haben wir in Hessen die Grenze von 5 Milliarden DM für Bildungsausgaben überschritten. Wir wissen sehr wohl, dass wir zur Erreichung unserer Ziele - zur Verringerung von Abständen, zur Verbesserung von Leistungsfähigkeit - in den nächsten Jahren noch weitere erhebliche Anstrengungen vor uns haben.

Dass aber allein im Verlauf des Schuljahres 2000/2001 rund 3.500 neue Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht der Schulen angekommen sind und dass wir für neue Lehrerstellen 335 Millionen DM aufgewendet haben, sind Hinweise darauf, dass nun sichtbar wird: Bei der Umsteuerung der Politik geht es darum, dass nicht mehr mit der Gießkanne an allen Stellen gleichzeitig ausgeschüttet oder gleichzeitig gekürzt wird, sondern dass wir die Zusage präzise einlösen, die wir den Bürgern gegeben haben. - Für eine überschaubare Zahl von Jahren hat Bildungspolitik Priorität vor allen anderen Feldern. Das haben wir geschafft. Meine Damen und Herren, das haben Sie nicht erreicht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Natürlich gehört zu Schule und Ausbildung mehr als die Lehrerversorgung. Eine ausgefallene Stunde zu verbessern ist aber relativ schwierig. Deshalb ist der erste Schritt, dass wir dafür sorgen müssen, dass sie erteilt wird.

Übrigens, heute Morgen habe ich gelesen - ich glaube, Herr Quanz hat es gestern in der Pressekonferenz gesagt - dass in der Berufsschule besonders viel Unterricht ausfällt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das war hilflos!)

Meine Damen und Herren, ja, das macht mir nach wie vor Sorge. Als wir die Regierungsführung übernommen haben, wurden aber nicht einmal mehr 75 % des Regelunterrichtes in Berufsschulen erteilt. Vor dieser Ausgangsposition lasse ich mir den Vortrag gerne gefallen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist am schwierigsten, fachspezifische Lehrer zu bekommen. Deshalb werben wir. Deshalb ist mir ein Informatiker, der nicht Pädagogik studiert hat, der dann jungen Auszubildenden beibringt, wie Informatik funktioniert, immer noch lieber als kein Informatiker. Wir müssen im Augenblick sehr pragmatisch sein. Wir gehen wenigstens pragmatisch heran. Wir sagen nicht einfach: "75% ; bedauerlich, dass keine da sind", sondern wir sorgen mit allen Möglichkeiten der Kreativität dafür, dass sie kommen.

Meine Damen und Herren, natürlich geht es aber um mehr. Gleichzeitig mit der Unterrichtsgarantie wollen wir Qualität von Schule verbessern. Wir wollen, dass unterschiedliche Anforderungsprofile in den Schulen bestehen, weil es unterschiedliche Leistungsfähigkeiten und damit unterschiedliche Chancen bei den Menschen gibt, aus ihren Anlagen jeweils das Beste zu machen. Wir beenden bei den Lehrplänen ein System der Gleichmacherei, das den Menschen nicht gerecht wird, weil es nicht jedem die Chance gibt, nach seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten das Beste zu leisten. Das werden wir in diesen vier Jahren mit unseren Ausbildungsplänen erreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Schule muss auch das Umfeld berücksichtigt werden. Man muss auf Eltern und ihre Lebenssituation zugehen. Wir haben in Hessen, was die Frage einer verlässlichen Schule an halben Tagen angeht, 288 betreute Grundschulen vorgefunden und ein Papier des Kultusministeriums, das auf der Basis der Ausstattung dieser 288 Grundschulen aussagt, dass sie aufgrund ihrer eigenen Finanzplanung nicht in der Lage sein werden, dieses Modell auf weitere Einheiten zu übertragen, ohne dass es zulasten der Unterrichtsversorgung geht. - Wir haben entschieden: Wir brauchen ein Modell der betreuenden Grundschule, die für die Eltern verlässliche Öffnungszeiten am Anfang und Ende sicherstellt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist doch ein Witz! Unter 1.000 DM im Monat!)

Wir brauchen aber allen Unterricht. Wir machen keinen Wettbewerb zwischen Unterricht und Betreuung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Lügen und Betrug!)

Deshalb haben wir jetzt die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und statt 288 Grundschulen 800 Grundschulen, an denen die Eltern eine betreute und zuverlässige Einrichtung haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie verlässlich ist das? - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das bedeutet, dass inzwischen zwei Drittel aller hessischen Grundschulen und damit alle, die in den Landkreisen gewünscht werden, eine solche Einrichtung haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sieht die aus?)

Wir reden nicht darüber, wie man Wolkenschlösser baut,

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wie man alles noch schöner machen kann, wenn es diese Verbesserungen bei 288 Schulen gibt, und bei allen anderen gibt es das alte System. Nein, wir reden darüber, was man in dieser Zeit praktisch realisieren kann. Das machen wir.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das hat manchmal Schwächen. Aber es ist für alle Eltern in Hessen ein Angebot, mit dem sie ihr Leben anders planen können. Darauf sind wir stolz, und damit sind wir zufrieden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer verlässlichen Halbtagschule.

Jetzt sehe ich, dass die Opposition sagt: Unterrichtsgarantie - es lohnt sich nicht mehr, darüber zu diskutieren. Das werden sie schaffen. Verlässliche Halbtagschule - es lohnt sich nicht mehr, darüber zu diskutieren. Das werden sie schaffen. Also brauchen wir ein neues Ziel. - Da Herr Bökel gelegentlich Ziele braucht, hat er gesagt:

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Wir wollen die Ganztagschule.

(Petra Fuhrmann (SPD): Schnösel!)

Meine Damen und Herren, deswegen fangen Sie jetzt an und glauben, Sie könnten mit uns eine Diskussion über den Sinn von Ganztagschulen führen. Da sage ich Ihnen: Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Ganztagschule gibt es bereits heute. In Zukunft wird es mehr Ganztagschulen geben. Mit uns muss keine Debatte über den Sinn von freiwilligen Ganztagsangeboten geführt werden,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

die es mittel- und langfristig für Eltern und Schüler in diesem Land geben wird. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen aber auch: Im Augenblick haben wir alle Kraft darauf anzuwenden, jahrzehntelange Versäumnisse zu beseitigen, um eine verlässliche Halbtagschule mit Unterricht und Betreuung in diesem Lande zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor einem Jahrzehnt war Ihr Papa im Kabinett!)

Deshalb ist das die erste Stufe. Sobald wir dieses Ziel - die verlässliche Halbtagschule mit Betreuung und Unterricht - erreicht haben, werden wir sie erweitern. Wir werden dafür sorgen, dass mit Ganztagsangeboten die Väter und Mütter, die eine Möglichkeit haben wollen, unter verschiedenen Angeboten auszuwählen, eine Chance haben, diese Auswahl in regionaler Nähe tatsächlich zu treffen. Wir werden eine Chance haben, in den Bereichen, in denen es soziale Schwierigkeiten geboten erscheinen lassen, eine solche Betreuung möglichst umfangreich anzubieten und durchzuführen. Das ist die nächste Stufe.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ach du lieber Himmel, das ist ja von vorgestern!)

- Frau Fuhrmann, es kann sein, dass Sie früher aufgewacht sind als ich. Sie müssen aber nicht die ganze Zeit dazwischenrufen. Sie können ja anschließend statt Herrn Bökel oder Herrn Clauss sprechen. Bei der SPD gibt es ja Kandidaten für alles, was untereinander ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir machen es nur so. Wir sind nicht bereit, den Menschen Sand in die Augen zu streuen und à la sozialdemokratische Fraktion zu erklären:

(Armin Clauss (SPD): Ein bisschen zu viel Überheblichkeit!)

Alles, was jetzt mühsam geschaffen wird, ist eigentlich selbstverständlich; lasst uns auf die nächste Wolke eilen. - Das machen übrigens die Bürgerinnen und Bürger auch nicht mit. Die sind ausgesprochen dankbar, dass wir nicht auf Wolken reisen, sondern ganz konkret ihre Probleme lösen, die sie heute und jetzt im schulischen Leben unseres Landes haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie sind der Oberwolkenzieher!)

Meine Damen und Herren, das Gleiche gilt für den Bereich der Hochschule. Wir haben uns dort couragiert auf den Weg gemacht. Das war in den Strukturen, die wir vorgefunden haben, nicht so einfach. Vor zehn Jahren war es doch eine Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, auch in unserem Bundesland, dass man gefragt hat: Muss das denn sein, dass Professoren gleichzeitig auch im Zusammenhang mit Netzwerken von Technik, Wirtschaft und Wissenschaft außerhalb der eigenen Hochschule tätig sind?

(Armin Clauss (SPD): Ein Popanz, den Sie aufbauen!)

Wir haben hier jahrelang die Situation gehabt, dass wir einen Rückstand hatten, auch gegenüber Universitäten anderer Länder, anderer Nationen - nicht der Bundesrepublik Deutschland, da waren wir einigermaßen gleich. Wir standen vor dem Gesichtspunkt, wie man es schafft, dass der Professor bei der Hilfe für einen Studenten, der ein Unternehmen gründet, nicht so sehr über die Frage des Nebentätigkeitsantrages nachdenkt, sondern darüber, ob er nicht mit dem Unternehmen des Studenten, das in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität entsteht, helfen kann, dass neue Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Vorteil für die Universität, für den Studenten, möglicherweise sogar für den Professor entstehen. Wir haben die Strukturen gedreht.

(Armin Clauss (SPD): Fragen Sie einmal den Wolfgang Gerhardt! Der erzählt Ihnen was!)

Wir haben heute ein Universitätsgesetz, das der Universität ausdrücklich die wirtschaftliche Verwertung dieser Dinge ermöglicht. Wir haben unsere Universitäten auf den Stand gebracht, dass sie international mitspielen können. Das ist das Ergebnis der Gesetzgebung, die wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Schauen Sie sich eine Gegend wie in Frankfurt die Hanauer Landstraße an. Vor wenigen Jahren eine eher öde Ausfallstraße mit unansehnlichen, brachliegenden Gewerbeflächen - inzwischen wird es für unser Land und für diese Stadt eher eine Kulturmeile.

(Armin Clauss (SPD): Sie kannten vor zwei Jahren den Ort nicht! So weit ist das von Eschborn weg!)

Da reiht sich ein junges Unternehmen an das andere. Im ganzen Land entsteht ein unternehmensfreundliches Netzwerk, das Wissenschaftstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördert und nicht behindert, das Ruth Wagner und Dieter Posch in diesem Lande neu geschaffen haben, auf das wir stolz sein können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wissen Sie, wenn Sie ein Urteil über das Hochschulgesetz in Hessen haben wollen, dann müssen Sie schauen, wer bereit ist, in die neuen Hochschulräte zu gehen, was wir

dort an Exzellenz inzwischen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen bekommen. Man muss sich nur anhören, was der Präsident der Universität Marburg bei seinem Amtsantritt gesagt hat. Er hat gesagt, nachdem länger gesucht worden ist, wer ein solch schwieriges Amt übernimmt: Ich übernehme das Amt des Präsidenten dieser Universität nur, weil diese Wissenschaftsministerin und diese Mehrheit im Parlament dieses neue Hochschulgesetz gemacht haben. - Darauf kann man stolz sein. Das ist eine ordentliche Basis für die Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben Ihnen gesagt, wir wollen die Technische Universität in Darmstadt zu einer Modellhochschule machen. Ja nur? - Jetzt ist der Lohn der Anstrengung, die Technische Universität Darmstadt wird als reformfreudigste Hochschule Deutschlands ausgezeichnet. Es bewegt sich etwas in diesem Lande. Und darüber freuen wir uns.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen noch in diesem Jahr die ersten Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulen des Landes und dem Wissenschaftsministerium abschließen. Wir geben den Hochschulen neue Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere bei den Schwerpunkten von Forschung und Lehre und deren Qualitätssicherung. Neben dem Abschluss von Zielvereinbarungen steht die Verabredung eines hochschulübergreifenden Solidarpaktes, indem wir eine längerfristige finanzielle Planungssicherheit für die Universitäten in unserem Land erreichen wollen.

Meine Damen und Herren, Sie haben in acht Jahren rot-grüner Regierungszeit mit Ihrer Kürzungspolitik bei den Universitäten eine Hochschulministerin, die selbst Professorin war, aus dem Amt getrieben. Die nächste hat das Amt nur tränenüberströmt übernommen, und Sie haben weiter gekürzt. Mit Ruth Wagner hat eine neue Zeit für die Universitäten in diesem Lande begonnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Armin Clauss (SPD): Eine unerträgliche Überheblichkeit, die Sie hier haben!)

Das hat Folgen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Realität in dem Lande. Hessen ist inzwischen ein interessanter Standort für Topwissenschaftler geworden. Das zeigt sich auch gerade in den Zukunftsbranchen Informatik und Biotechnologie. Heute Mittag eröffnet der zweite Frankfurter IT-Kongress. Hier sind nicht zwei oder 20 oder 200 Firmen beteiligt, sondern mehr als 750 Vorstände und Geschäftsführer aus dem ganzen Bundesgebiet.

Die Rhein-Main-Region und Südhessen werden inzwischen zur führenden Region für Informationstechnologie. Wir haben ein stürmisches Wachstum, stürmischer als alle anderen. Waren es im Jahre 1998 noch 1.800 Unternehmen, so sind es im Jahre 2000 mehr als 3.100 Unternehmen. Und die Steigerung wird immer schneller. Auch dies ist einer der Vorteile unserer Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Wir sind froh darüber, dass es gelungen ist - der Oberbürgermeisterin, dem Wirtschaftsminister, vielleicht auch mir -, dass T-Systems jetzt seine Hauptverwaltung in Hessen, in Frankfurt, ansiedelt. Wir sind sehr wohl in der Wettbewerbssituation mit anderen Bundesländern über die Frage, wo sich Hauptverwaltungen ansiedeln, an welcher Stelle das konzeptionelle Denken eines Unternehmens beginnt, wo wir Forschungs- und Zuliefer-

einrichtungen für Bereiche haben, weil es wichtig ist, dass man den Hauptstandort hat. Wir konnten in einem Wettbewerb mit München und Berlin trotz Steuervorteilen an der einen Stelle, trotz Imagevorteilen an der anderen Stelle - in München -, was von Freizeitwert und anderem behauptet wird, nachweisen, dass wir in der Summe von weichen Faktoren dieser Region, von Kultur und Freizeit, und in der Summe von harten Faktoren der Region, wie Verkehrsinfrastruktur, die attraktivste Adresse für ein Unternehmen sind, das seine neue Hauptverwaltung sucht, um 37.000 Menschen in diesem Lande zu beschäftigen und ein europaweit wachsendes Unternehmen aufzubauen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das haben Sie in zwei Jahren geschafft, oder was? Das ist doch zum Lachen!)

Das Unternehmen wird seine Mitarbeiterzahl in Deutschland in diesem Jahr um 1.000 erhöhen. Davon werden mit Sicherheit einige Hundert in Hessen sein. Wir wissen, wo die Hauptverwaltung steht, sind die Arbeitsplätze am sichersten. Deshalb sind wir froh, dass wir jetzt eine solche Entscheidung getroffen haben. Wir hatten Abwanderung. Jetzt haben wir Zuwanderung. Darauf können wir alle stolz und dankbar sein.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Universität Frankfurt, das Land und die Stadt Frankfurt werden zusammen das Innovationszentrum Biotechnologie am Niederurseler Hang bauen. Wir machen das, weil wir die feste Absicht haben, bei dem Wettbewerb Bioprofile, der der Nachfolgewettbewerb von Jürgen Rüttgers für Biotechnologie in Deutschland ist, mit unseren Kapazitäten in Hessen vorne zu sein. Die Wissenschaftler sind stark genug, um das zu tun. Wir brauchen die richtige politische Begleitung.

Wir sind optimistisch, dass wir mit unserer politischen Entscheidung vorne dabei sein werden. Sie haben in den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit immer Ihre Skepsis gegenüber der Biotechnologie in den Vordergrund der Diskussion gestellt. Sie haben ein Image dieses Landes kreiert, in dem man nicht besonders willkommen war.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was ist das für ein Schwachsinn!)

Wir haben die Strukturen umgestellt. Biotechnologie ist in Hessen sehr willkommen.

(Zuruf von der SPD: Wer hat denn die Genehmigungsverfahren gemacht?)

Deshalb glauben wir, die Rahmenbedingungen zu haben, mit denen wir das auch in Zukunft erreichen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Hessen braucht, wenn es an diesem Wettbewerb teilnehmen will, wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft die Möglichkeiten im Bereich seiner Verkehrsinfrastruktur, seiner wirtschaftlichen Kraft, seiner Hochschullandschaft, um tatsächlich sicherzustellen, dass wir den Wettbewerb um Qualität von Standorten in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen.

Wir wissen, dass das nicht selbstverständlich ist und dass allein das Argument, Verkehrsknotenpunkt zu sein, nicht immer ausreicht. Aber ohne das Argument, Verkehrsknotenpunkt zu sein, werden viele der anderen Argumente gar nicht vorgetragen. Wir sind nach wie vor dabei, uns zu orientieren, dass wir uns als Land Hessen im Wettbewerb mit anderen vergleichen wollen.

Insbesondere wollen wir uns mit den Ländern Baden-Württemberg und Bayern vergleichen, die manche Kennzahlen aufweisen, die auch wir erreichen wollen. Wir glauben, dass wir den Bürgern den gleichen Anspruch zuerkennen müssen. Das gilt nicht nur in der Bildung. Das gilt z.B. auch bei der inneren Sicherheit. Die Aufklärungsquote bayerischer und baden-württembergischer Straftaten ist signifikant höher als in Hessen. Meine Damen und Herren, wir sind es den hessischen Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass wir uns Stück für Stück diesen Aufklärungsquoten annähern, da es ein Stück mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ist, wenn wir mehr Straftaten aufklären.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben in Hessen die Arbeit im Bereich der inneren Sicherheit und der Justiz auf eine verlässliche Basis gestellt. Wir haben eine neue Struktur gefunden. Wir haben den Polizeibeamten das gesetzliche Handwerkszeug gegeben, damit sie ihre Arbeit so machen können, dass sie erfolgreich sein werden.

Die Anzahl der Straftaten sinkt nicht nur, sondern sie sinkt auch zunehmend in den richtigen Feldern: 10% weniger Wohnungseinbrüche, gut 20% weniger gestohlene Autos

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Roland Koch, der Erfinder der Wegfahrsperre - ich lache mich tot!)

und gut 30% weniger Raubüberfälle. Das heißt ganz konkret: mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das soll in Zukunft auch so bleiben. Wir wollen auf unserem eingeschlagenen Weg weitergehen - einerseits Pilotprojekte wie die Erprobung der elektronischen Fußfessel, den freiwilligen Polizeidienst und die Wachpolizei, andererseits verdachtsunabhängige Kontrollen, die Verschärfung des Strafvollzugs und die restriktivere Handhabung von Hafterleichterungen. Das alles geht einher mit unserer Strategie der Verurteilung von Gewalt und Straftaten.

Meine Damen und Herren, Sie haben auch gespürt, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande froh darüber sind. Gerade das ereignis- und verdachtsunabhängige Kontrollsystem zeigt sichtbare Wirkung. Bei der ersten Schleierfahndung im Oktober gab es 53 vorläufige Festnahmen. Neun gesuchte und acht zur Fahndung ausgeschriebene Personen gingen der Polizei ins Netz. Diebesgut, gestohlene Autos, Drogen, Waffen - all dies wurde sichergestellt.

Die Bürger und die Fernsehjournalisten, die wir gefragt haben: "Stört euch das? Ist das jetzt eine Behinderung?," haben gesagt: "Nein, um Himmels willen, wir wollen, dass Straftäter auf den Straßen entdeckt werden. Wir sind bereit, auch einmal eine Verlangsamung des Verkehrs hinzunehmen, wenn dadurch die innere Sicherheit steigt."

Das hätten wir in Hessen schon seit Jahren haben können. Es ist aber erst durch diese Regierung möglich geworden, weil wir es umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Wir haben auch die gezielte Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten möglich gemacht. Die Menschen finden das gut. Meine Damen und Herren, wenn ich sehe, dass der Innenminister heute über 100 Anträge von Gemeinden hat, das auch bei ihnen zu machen - übrigens mit

einem großen Anteil sozialdemokratischer Bürgermeister, die offensichtlich jedenfalls die Landtagsdebattenbeiträge der SPD-Fraktion für nicht ganz so gewichtig genommen haben -, dann ist das ein Zeichen dafür, dass das ankommt.

Wenn ich dann im Frankfurter Kommunalwahlkampf sehe, dass die erste Anlage zur Videoüberwachung, die wir in Hessen haben, an der Konstablerwache, noch keine sechs Wochen richtig in Betrieb ist, und der sozialdemokratische Oberbürgermeisterkandidat kommt im Schlepptau des Bundesinnenministers, beide küssen die Kameras und bejubeln die neue Technologie, dann sage ich Ihnen: Meine Damen und Herren, hätten Sie das acht Jahre früher in Hessen gemacht, dann wäre alles viel besser gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, wenn ich über innere Sicherheit spreche, dann lassen Sie mich bitte eines hinzufügen. Ich danke den Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei, die in diesen Tagen und insbesondere in diesen Stunden im Zusammenhang mit dem Castor-Transport ihren Einsatz machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich hoffe, dass unsere Beamtinnen und Beamten aus dem Einsatz in der Umgebung von Gorleben sämtlich gesund zurückkommen. Ich sage auch klar: Es ist keine unpolitische Debatte, die dort im Augenblick geschieht. Auf der einen Seite erteilt ein grüner Bundesumweltminister Anordnungen zum Transport von Brennelementen, und unsere hessischen Polizeibeamten und andere werden mit dem Auftrag versehen, diejenigen, die - auch auf den Ruf der GRÜNEN - an den Schienen rechts und links stehen, mühsamst zur Seite zu räumen. Wenn Sie diese entwürdigenden Bilder heute Morgen gesehen haben, dass Polizeibeamte junge Leute, die sich dort einbetoniert haben, mit dem Presslufthammer möglichst schonend - damit ihnen nicht wehgetan wird - von der Schiene heben sollen, dann wissen Sie, das ist eine skandalöse Verhaltensweise.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ein Erfolg, der für uns in der Hessischen Landesregierung besonders schwer wiegt, ist die deutliche Veränderung der Zahlen auf dem hessischen Arbeitsmarkt. Hessen hat sich bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze an die Spitze gearbeitet. Wir haben selbst Baden-Württemberg und Bayern beim Zuwachs der Erwerbstätigen überflügelt. Lag Hessen 1998 im Vergleich der Bundesländer nur an siebter Stelle, nehmen wir jetzt wieder Rang eins in Deutschland ein.

(Beifall und Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Logischerweise hat das auch die Konsequenz, dass der Rückgang der Arbeitslosenzahlen bei uns deutlich über dem Durchschnitt liegt. Von April 1999 bis Ende 2000 ist die Zahl der Arbeitslosen in Hessen um fast 20 % zurückgegangen.

Das gilt insbesondere auch für die Jugendarbeitslosigkeit. Junge Menschen in unserem Land brauchen Ausbildungs- und Arbeitsplatzperspektiven, und die sollen sie bekommen. Wir sind ein rasanter Aufsteiger aus dem Mittelfeld. Auch hier liegen wir inzwischen mit an der Spitze. Das ist noch nicht überall regional völlig ausbalanciert. Das macht uns Sorge, und daran arbeiten wir. Aber insgesamt haben wir zum ersten Mal seit fünf Jahren in Hessen wieder mehr Ausbildungsplätze als Bewerber gehabt. Auch in Zukunft wollen wir alles tun, um die Kräfte des Wachstums zu sti-

mulieren. Das ist die sicherste Chance für neue Arbeits- und für neue Ausbildungsplätze in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wissen sehr genau, dazu gehört auch die Entscheidung über die Verkehrsinfrastruktur, möglicherweise mehr als alles andere. Denn es bleibt dabei - ich habe es gesagt -: Wir können miteinander über viele Standortfaktoren sprechen, aber wenn das nicht ergänzt wird oder gar zur Voraussetzung hat, dass die Verkehrsinfrastruktur stimmt, dann werden Unternehmen ihre Ansiedlungsentscheidungen nicht zugunsten eines solchen Standortes treffen.

Das gilt ganz besonders und vielleicht zuallererst in der Diskussion dieser Tage und Wochen um den Frankfurter Flughafen. Wir haben hier einen klaren, sicherlich nicht immer bequemen Kurs. Rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stehen hinter dem Ausbau. Selbst im unmittelbaren Umfeld des Flughafens werden die GRÜNEN in der Summe nicht behaupten, dass sie für ihre Fundamentalopposition belohnt worden wären. Viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wissen eben, wie stark die Arbeitsplätze auf der einen Seite und der Ausbau des Flughafens in Frankfurt auf der anderen Seite miteinander zusammenhängen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann fragen Sie einmal Ihre Bürgermeister in den Gemeinden dort, was die für eine Position haben!)

Die Landesregierung steht zum Gesamtpaket der Mediation mit all seinen Punkten. Nur die Verknüpfung dieser Punkte schafft Wachstum auf der einen Seite und Verständnis der Region auf der anderen Seite.

Deshalb bleibt es für das Land Hessen als Anteilseigner der Fraport AG wie auch für die beiden Koalitionsparteien bei der festen Verknüpfung von Ausbau und Nachtflugverbot. Der Frankfurter Flughafen ist und bleibt wegen der äußerst günstigen geostrategischen Lage Hessens mitten in Deutschland unser zentraler Standortvorteil. Es bleibt dabei, dass wir ihn nur erhalten, wenn wir ihn ausbauen. Es bleibt aber auch dabei, dass die Bürger einen Anspruch darauf haben, dass sie dafür Ruhe in der Nacht bekommen. Diese Verknüpfung werden wir nicht aufgeben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man erhält den Flughafen nur, wenn man ihn ausbaut - das ist eine neue Theorie!)

Herr Kollege Bökel, wenn ich sehe, wie der Offenbacher Oberbürgermeister sich zu dieser Frage einlässt, dann ist es vielleicht eine Hilfe, wenn alle klar bei dieser Position bleiben und nicht in die Position einer Fundamentalopposition zurückfallen oder sagen, wir können den Flughafen überall bauen, nur nicht bei uns.

Viele der wirtschaftlichen Entwicklungen, die es in Hessen gibt, sind aber natürlich nicht nur vom Flughafen abhängig, sondern auch vom Straßenbau, durchaus auch vom regionalen Straßenbau. Werden Straßen und Autobahnen nicht oder nur langsam gebaut, dann sinkt das Interesse der Unternehmen an einem solchen Standort. Das haben wir in Kassel leidvoll erfahren. Die klare Entscheidung, die A 44 möglichst schnell zu bauen und von Ihrer Bedingung wegzukommen - das war eines der ersten Dinge, die Herr Posch machen musste: zum Bundesverkehrsminister gehen und sagen: "Bitte erlaube mir ein schnelles Planungsverfahren."

Rot-Grün hat verlangt, das langsamstmögliche Planungsverfahren für diese Straße durchzuführen. Ein Irrwitz ohne



Räder, meine Damen und Herren. Jetzt haben wir dafür gesorgt, dass wir die Planung nach einem normalen System durchführen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Claus (SPD): Mit der Wahrheit nehmen Sie es nicht so ernst! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das gilt natürlich auch für die Mittel für den Landesstraßenbau. Wer die Mittel des Landesstraßenbaus wie Sie in acht Jahren um über 100 Millionen DM auf zuletzt nur noch 39 Millionen DM gekürzt hat, der darf sich nicht wundern, wenn das der Entwicklung des Landes schadet.

Beim Regierungswechsel haben wir einen Renovierungs- und Neubaubedarf allein für die dringendsten Maßnahmen von mindestens 630 Millionen DM vorgefunden. Das steht in einer Ausarbeitung des Ministeriums, die natürlich auch der Vorgängerminister gekannt hat. Da kommen Sie daher mit 39 Millionen DM im Haushalt - angesichts von dringlichen Projekten und Renovierungserfordernissen in Höhe von 630 Millionen DM.

Wir haben beim Straßenbau einen Schwerpunkt gesetzt - trotz der schwierigen Finanzlage und trotz der Konzentration auf den Bereich der Bildungspolitik. Wir haben mit den Kommunen geredet. Wir gehen mit dem Kommunalinteressenmodell einen Weg, der es den Kommunen durch Mitfinanzierung des Landes ermöglicht, dass trotz der begrenzten Mitteln die Bürger nicht noch zehn oder 15 Jahre auf Ortsumfahrungsstraßen warten müssen, sondern sie in absehbarer Zeit bekommen. Wir werden damit rund 250 Millionen DM flottmachen.

Wir haben das Landesstraßenbauprogramm schon heute wieder auf 70 Millionen DM ausgebaut, und wir werden es Jahr für Jahr in großen Schritten weiter ausbauen. Am Ende der Wahlperiode wird in diesen vier Jahren für den Straßenbau in diesem Lande mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung gestanden haben als in den vier Jahren zuvor. Das ist praktische Standortpolitik für dieses Land.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Die Ausbauplanung hätte vor sechs oder acht Jahren beginnen müssen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausbau konnte deshalb nicht beginnen, weil die, die jetzt wieder zurufen, nämlich die GRÜNEN, in der Koalitionsvereinbarung festgehalten haben, dass das nicht passieren darf, und die Sozialdemokraten das wider besseres Wissen hingenommen haben. Deshalb stehen wir jetzt am Anfang. Wir haben in unserer Zukunftsoffensive 70 Millionen DM für Kassel-Calden bereitgestellt.

Das ist der größte Einzelbetrag für irgendein Wirtschaftsprojekt, weil wir entschieden der Auffassung sind: Wenn wir Nordhessen nicht mit den gleichen regionalen Chancen ausstatten wie vergleichbare Regionen, kann Nordhessen auch nicht vergleichbare wirtschaftliche Erfolge haben wie andere Regionen. Deshalb ist das ein wichtiges Signal. Wir glauben an die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit Nordhessens. Deshalb gehört ein leistungsfähiger Verkehrsflughafen an dieser Stelle dazu.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Ich danke dem Bundeswirtschaftsminister dafür, dass er das auch so sieht. Ich bedauere, dass uns die Europäische Union aus Gründen, die nichts mit dem Flughafen in Kassel, sondern mit

der Diskussion um Förderungen in Europa zu tun haben, an dieser Stelle möglicherweise Schwierigkeiten bei der Finanzierung macht. Dazu gehört dann auch, dass nicht gesagt wird - wie Sie das beim Transrapid und bei anderen Geschichten gemacht haben -: Schön, dann werden wir in der Koalition noch einmal darüber reden, ob wir nicht vielleicht doch einen Hindernisstein finden, der das mühsam Abgerungene wieder ins Wanken bringt, der alle Investoren irritiert.

Das haben wir nicht gemacht, sondern wir haben klar gesagt - so schwer uns das gefallen ist -: Wir glauben, dass die Europäische Union dieses Projekt mitfinanzieren soll, ja mitfinanzieren muss, dass wir einen Anspruch auf Mitfinanzierung haben. Darüber werden wir in aller Ruhe reden. Da brauchen wir die Hilfe der Bundesregierung. Wenn aber keine Mitfinanzierung kommt, dann ändert das nichts an der Entscheidung für den Flughafen, sondern dann sind wir bereit, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, damit es diesen Leuchtturm in der nordhessischen Region gibt. Wir werden ihn ohne Zweifel verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb steht heute fest - das ist die Imagekorrektur des Landes -: Die wichtigsten Infrastrukturprojekte sind angepackt. Jetzt geht es darum, dass möglichst schnell Bagger und Kräne in diesem Land zu sehen sind, damit aus den guten Plänen auch eine gute Zukunft wird.

An vielen Beispielen wird sich nachweisen lassen, dass die Politik in Hessen zielstrebig und schneller geworden ist. Es geht dabei eben nicht um eine Diskussion mit ideologischen Scheuklappen, sondern darum, pragmatische Lösungen zu finden.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sozialministerin und der Landwirtschaftsminister hatten es in den letzten Wochen bezüglich der Folgen von BSE besonders intensiv zu diskutieren: Es hilft uns nicht, wenn neue ideologische Gräben aufgerissen werden, wenn man z.B. die Bauern in "gute" und "böse" Bauern einteilt und beschließt, dass 10% "gut" und 90% "böse" sind. Anschließend erklärt man den Bürgern, sie sollten der regionalen Landwirtschaft vertrauen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer macht das denn? Wer hat versagt? Wer macht seit November dieses Jahres nichts mehr? Das ist doch Herr Dietzel! - Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen diesen zweiten Satz auch. Wir kämpfen im Augenblick um die Existenz jedes Bauern und um die Existenz jedes Schlachthofs in diesem Lande.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir auch!)

Das ist schwierig genug. Wenn uns Frau Künast auf dem Weg ein Stück weit helfen würde, wenn sie dafür sorgen würde, dass wir für die Bauern Produktwerbung in der Form betreiben können, dass das Vertrauen in die Bauern steigt, wenn sie uns dabei helfen würde, auch mit EU-Programmen dafür zu sorgen, dass die Rindermastbetriebe in diesem Lande überleben, damit es weiterhin eine regionale Rinderversorgung gibt, wenn sie uns dabei helfen würde, dafür zu sorgen, dass unsere Schlachthöfe überleben, damit wir eine regionale Vermarktungsstruktur aufbauen können, dann hätte sie unsere Partnerschaft. Ideologie bringt weder

Fleisch noch Existenzsicherung für die Bauern und hilft niemandem.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Das sagt gerade der Oberideologe! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Clauss, in einen Wettbewerb um Ideologien würde ich mit jemandem, der so lange sozialistische Erfahrung hat wie Sie, nie eintreten. Da können Sie ganz sicher sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie sind der Ideologe der Rechtsaußen in Deutschland!)

Wir haben in einer Reihe von Einzelpunkten der Landespolitik - über die Schwerpunkte Bildung, innere Sicherheit und Wirtschaft hinaus - vieles auf den Weg gebracht. Ich nenne als Beispiel unsere Anstrengungen für die Familienpolitik.

(Armin Clauss (SPD): Sprechblasen!)

Wir wollen, dass in Zukunft auch in unserem Bundesland Familien frei darüber entscheiden können, welche Lebensplanung sie verfolgen wollen. Wir werden als Staat versuchen, ihnen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen zu helfen. Dazu braucht man Kindergärten mit familienfreundlicheren Öffnungszeiten, als wir zurzeit haben. Deshalb konzentrieren wir die zusätzlichen Mittel, die es z. B. in diesem Jahr gibt, auf die Lösung der Frage, wie wir die Öffnungszeiten familienfreundlicher gestalten und mit den Berufstätigkeitszeiten von Männern und Frauen vereinbar machen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Dafür habe ich schon gekämpft, da war Ihre Partei noch gegen Kindergärten! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sagen Ihnen: Wir wollen erreichen, dass Hessen ein Land der Tagesmütter wird.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein wichtiges Ziel der Sozialministerin, weil wir glauben, dass wir gerade für Mütter mit kleinen Kindern sehr viel bürgernähere, weil dezentrale, aber auch sehr viel kindgerechtere Angebote schaffen müssen. Dazu müssen wir aber Netzwerke schaffen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn unsere Anträge im Dezember abgelehnt?)

Wir müssen dafür sorgen, dass das vernünftig funktioniert. Genau das werden wir in diesem Jahr auf den Weg bringen.

Das passt sehr logisch zu dem Punkt, dass wir eine Stärkung der Bürgergesellschaft wollen. Wir haben uns von Anfang an auf den Weg gemacht, die Bürgergesellschaft zu unterstützen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ehrenamtsagentur auf der Ebene des Landes, wie sie jetzt gemeinsam mit dem Landessportbund und anderen Organisationen eingerichtet wird, ist ein wichtiger Schritt. Die freiwilligen Agenturen, die in den Städten und Gemeinden entstehen, sind wichtige Schritte. Unsere Politik

auf der Bundesebene, das Steuerrecht dergestalt anzupassen, dass gemeinnützige Organisationen, z. B. Seniorengesellschaften, nicht weiter bestraft werden - das haben die sozialdemokratischen Länder abgelehnt -, ist ein Schritt auf dem Weg, Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande zu sagen: Wir wollen ehrenamtliches Engagement, wir brauchen ehrenamtliches Engagement, aber wir unterstützen auch ehrenamtliches Engagement, wo immer wir es vorfinden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wollen einen neuen Aufbruch in der Kulturpolitik. Wir reden nicht nur über die Bedeutung von Kultur, wir lamentieren nicht darüber, dass der prozentuale Anteil der Mittel für die Kulturpolitik im hessischen Landeshaushalt über viele Jahre hinweg immer weiter gesunken ist und teilweise nicht einmal mehr die Hälfte dessen beträgt, was in anderen Bundesländern für die Kulturpolitik ausgegeben wird, sondern wir werden mit fast einer halben Milliarde DM für den Erhalt der Kulturlandschaft in den nächsten Jahren ein ehrgeiziges Investitionsprojekt auflegen. Wir wollen eine Anzahl kultureller "Leuchttürme" schaffen. Beispiel Landesmusikakademie in Schlitz - wir waren das einzige Bundesland, das keine solche Einrichtung hatte -: Nach zwei Jahren ist die Entscheidung getroffen worden, dass die hessischen Musikvereine und die Dirigenten und Chöre endlich eine Landesmusikakademie bekommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie sind der Oberleuchtturm!)

Wir werden ein weiteres Museum in Kassel errichten. Wir werden das Keltenmuseum am Glauberg errichten, um zu zeigen, wo die Hessen etwas anzubieten haben, was es sonst in der Bundesrepublik Deutschland so nicht gibt.

(Armin Clauss (SPD): Ein Nachtwächter als Leuchtturm!)

Das hat etwas mit dem Zeigen unserer Geschichte, mit dem Tourismus, aber auch mit der Pflege der ländlichen Regionen zu tun. Deshalb ist es ein wichtiger Schritt, zu zeigen: Es tut sich etwas in der Kulturlandschaft Hessen; der Stillstand ist beendet, Fortschritt ist angesagt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Oberleuchtturm!)

Meine Damen und Herren, der Integrationsbeirat hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen. Wir sind froh und dankbar, dass dort unterschiedliche Gruppen bereit sind, gemeinsam an einen Strang zu ziehen. Wir werden nicht nur die Arbeit im Innern fortsetzen in der Form gemeinsamer Verabredungen über Projekte der Integrationsarbeit, sondern wir haben auch miteinander verabredet, dass wir die Arbeit mit Integrationskampagnen nach außen tragen. Wir wollen, dass Deutsche und Bürger aus anderen Ländern gut in unserem Land zusammenleben. Wir wollen, dass diejenigen, die die Bürgerinnen und Bürger aus anderen Nationen vertreten, die mit ihnen in sozialen Institutionen zusammenarbeiten und die in der Politik dieses Landes Verantwortung tragen, gemeinsam an einem Strang beschreiben, wie Integration in diesem Land möglich ist. Das ist der Weg heraus aus dem Konflikt, aber auch der Weg weg von einfachen Lösungen. Wer einen Pass ausschreibt und sagt: "Das war Integrationspolitik",

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt überhaupt niemand!)

hat kein Problem im Kindergarten, kein Sprachproblem, kein Problem in Wohnsiedlungen, kein Problem der Inte-

gration von Frauen in unserer modernen Gesellschaft wirklich gelöst. Um diese Probleme kümmern wir uns jetzt. Das ist der richtige Weg und der richtige Ansatzpunkt, das zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Christean Wagner hat mit der Umsetzung eines neuen Justizvollzugskonzepts begonnen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden noch in diesem Jahr mit der Entscheidung über den Bau einer zusätzlichen Justizvollzugsanstalt die notwendigen Möglichkeiten auch im Bereich der Kapazitäten schaffen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Umweltallianz etwas in Hessen nachgeholt, was es in anderen Ländern als Vorreiter für uns schon gab. Aber wir waren eben bisher ein Land, in dem man den Eindruck hatte, dass Umweltbürokratie vor Umweltkooperation geht.

(Gerhard Bökel (SPD): Was für ein Quatsch!)

Bisher haben mehr als 200 Unternehmen - und jede Woche kommen neue hinzu - dieses Bündnis mit uns geschlossen. Wir wollen, dass in Zukunft Kooperation vor Bürokratie auch in unserem Bundesland Hessen geht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Ministerpräsident, nur als Hinweis: Jetzt wächst den Oppositionsfraktionen zusätzliche Redezeit zu.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Deshalb bin ich bald fertig.

Meine Damen und Herren, den folgenden Punkt will ich aber nicht auslassen: Wir haben unsere Zusage gehalten, die von Rot-Grün in Hessen eingeführte Grundwasserabgabe wieder abzuschaffen. Im Jahre 2003 fällt sie weg.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir sind eines der wenigen Bundesländer, die es geschafft haben, nicht nur über die Abgabenlast von Bürgerinnen und Bürgern zu reden, sondern dort, wo diese Abgabenlast unsinnig und unnötig ist, sie auch konkret wieder abzuschaffen. Wir hätten das Geld auch gern gehabt und an verschiedenen Stellen ausgegeben. Das ist uns Politikern allen gemein. Aber wir haben die Kraft gehabt, es den Bürgern zurückzugeben,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wo denn?)

weil es in den Städten und Gemeinden und bei den Bürgern besser angelegt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb haben wir Wort gehalten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das alles ist nur möglich auf der Grundlage von soliden Finanzen, für die Karlheinz Weimar steht. Die Zinsquote, die Investitionsquote, die Frage des Rückgangs der Nettokreditaufnahme - alles bewegt sich in die richtige Richtung. Unser Haushalt wird trotz dramatischer Veränderungen zugunsten von Bildung, trotz des Setzens von Schwerpunkten Jahr für Jahr besser. Wir haben ein neues Modell der Personaleinsparung über die Personalkostenbudgetierung gefun-

den, und es ist erfolgreich. Gestern in der Fragestunde haben Sie es gehört: 120 Millionen DM waren an Einsparungen geplant, mehr als 300 Millionen DM waren damit möglich. Davon konnten Sie nur träumen, meine Damen und Herren. Das ist jetzt Realität in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben das mit einer Verwaltungsreform verbunden, die sicherstellt, dass diese Landesverwaltung schnell eine moderne Landesverwaltung wird. Stichworte wie Personalkostenbudgetierung, Stellenbörse, Immobilienmanagement, die Einführung von SAP landesweit zeigen, dass wir Vorreiter in der Modernisierung von Landesverwaltung und ihren nachgeordneten Behörden in der Bundesrepublik Deutschland werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Das wird uns die nächsten Jahre sehr beschäftigen. Es wird Geld, Kapazitäten und auch manche Diskussion kosten, aber wir sind sicher, dass wir es erreichen können.

Wir haben als Land Hessen damit angefangen, Vorschriften und Rechtsnormen zu durchforsten. Wir haben uns als erstes Land entschieden, Gesetze zeitlich zu begrenzen, um auch einen politischen Wettbewerb darüber zu beginnen, wer die Kraft hat, Gesetze wieder abzuschaffen, meine Damen und Herren, und nicht nur neue Gesetze zu schaffen. Das ist eine wichtige Veränderung unserer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorschriftenbestand in den Ministerien ist um mehr als 3.500 Vorschriften verringert worden. Im Bereich der nachgeordneten Landesbehörden werden 1.400 allgemeine Verfügungen abgebaut. Die Zielvorgabe, 30% der Vorschriften des Landes unterhalb der Gesetzgebung einzusparen, wird in diesem Bundesland erreicht, meine Damen und Herren. Das macht die Verwaltung leichter, aber insbesondere das Leben für alle Bürger, Institutionen und Unternehmen in diesem Lande.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf der Abg.  
Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb sagen wir die Zwischenbilanz macht deutlich: Das, was wir in der Regierungserklärung von 1999 als Landesregierung Ihnen vorgetragen haben, wird entschlossen und konsequent angegangen. Das, was wir den Bürgern vor der Wahl und in der Regierungserklärung versprochen haben, wird zielgenau Punkt für Punkt in diesem Land umgesetzt. Das ist die glaubwürdige Politik, die die Bürger auch honoriert haben, wie sich vor zwei Wochen gezeigt hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): "Glaubwürdig"  
sagt der Roland Koch! Nicht schlecht!)

Meine Damen und Herren, wir haben Chancen geschaffen, wir haben die Chancen entschlossen genutzt, und wir werden auch in Zukunft alle sich bietenden Chancen ergreifen. Die vergangenen zwei Jahre sind ein Beweis dafür, dass Politik das Land verändern kann und dass diese Veränderung bei den Menschen auf Zustimmung stößt. Das hat etwas damit zu tun, dass wir die Veränderungen in Partnerschaft mit Bürgerinnen und Bürgern überall im Land, wo sie zur Mitarbeit bereit sind, erreicht haben. Diese Form des Dialogs, auch des kritischen Dialogs, werden wir fortsetzen. Aber wir sagen heute auch: Diese Landesregierung ist stolz auf die in den vergangenen zwei Jahren geleistete Arbeit, und wir können gemeinsam stolz sein auf unser Land. - Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Ich denke, dass der Beifall nicht auf die Redezeit angerechnet werden muss.

Das Wort hat Herr Abg. Bökel für die Fraktion der SPD.

**Gerhard Bökel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Regierungserklärung passt zu diesem Ministerpräsidenten,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

denn sie ist ein Dokument der Überheblichkeit und der Selbstherrlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen zunächst einmal ganz ruhig analysieren, dass aufgrund der Bundespolitik die Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Politik noch nie so gut waren wie in diesen Zeiten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwähne dies, weil nach Jahren der Stagnation der Reformstau durch die neue Bundesregierung aufgelöst worden ist und auch dieses Land davon profitiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist z.B. die Steuerpolitik, die wirklich eine gerechte Steuerpolitik geworden ist und eine Steuerpolitik, von der wir im Lande profitieren. Das gehört auch zur Bilanz; das hätten Sie erwähnen müssen.

Meine Damen und Herren, sehen wir uns einmal den Finanzplan des Finanzministers an. Er geht davon aus, dass wir im nächsten Jahr nach Länderfinanzausgleich 1,2 Milliarden DM mehr im Haushalt haben

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

und im Jahr danach noch einmal 1,1 Milliarden DM nach Länderfinanzausgleich. Dieser Optimismus ist schön und spricht für die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zur Arbeitsmarktpolitik. Gerhard Schröder hat hier auf dem Schlossplatz kurz vor der Bundestagswahl gesagt: Ich will mich daran messen lassen, ob ich mehr Erwerbstätige zustande bringe und die Arbeitslosigkeit reduziere. - Was ist das Ergebnis? Wir haben 1 Million mehr Erwerbstätige, und das macht sich in Hessen positiv bemerkbar.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, wenn es Veränderungen im positivem Sinne gibt, dann ist das ein Ergebnis der Rahmenbedingungen, die durch die Bundespolitik vorgegeben worden sind, und darauf sind wir stolz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben Sie die Jugendarbeitslosigkeit angesprochen. Ich werde nachher darauf zurückkommen, wenn ich mich mit Frau Mosiek-Urbahn befasse. Aber es war Walter Ries-

ter, es war die Bundesregierung, es waren Rote und GRÜNE, die ein Arbeitsmarktprogramm speziell für junge Menschen aufgelegt haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Sie können es bei jedem Arbeitsamt in Hessen nachvollziehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein durch dieses Bundesprogramm sind in Hessen 30.000 junge Menschen positiv betroffen. Das ist die Bilanz, und Sie müssen darstellen, wer dafür verantwortlich ist. Das war die Bundesregierung, das waren ganz gewiss nicht Sie.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun sagt Herr Koch, aus Chancen werden Erfolge. Dazu kann man sagen, aus Chancen können in der Tat Erfolge werden. Aber ich sage, diese Chance haben Sie nicht wahrgenommen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So sage ich nach dieser Zwischenbilanzfälschung, die wir gerade gehört haben: Die Bilanz der zwei Jahre der Regierung Koch sind Stagnation und in weiten Bereichen der Landespolitik Rückschritt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Die Bilanz dieser Regierung sind auch ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit und Skandale. Das gehört auch zur Analyse in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, nun haben Sie Recht, dass Sie gesagt haben, Hessen sei ein wirtschaftsstarkes Land. Das gilt insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet. Ja, das stimmt. Wir haben auch immer gesagt, wir müssen Hessen regionalspezifisch mit Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung ausstatten. Sie haben auch etwas zum Rhein-Main-Gebiet gesagt.

Ich kann nur sagen, es ist richtig, dass wir das bei den unterschiedlichen Strukturen regionalisiert angehen; denn die Potenziale einer Region können nur erschlossen werden, wenn man die unterschiedlichen Politikfelder regionalspezifisch zusammenzieht. Das brauchen wir insbesondere auch für das Rhein-Main-Gebiet, für die Zukunftschancen dieses Rhein-Main-Gebietes. Und da ist dieser Rat der Region als Plauderrunde die falsche Antwort.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da verpassen Sie eine Chance. Wir brauchen in Rhein-Main eine verfasste Region mit demokratischer Legitimation. Das gilt auch für andere Bereiche, die Sie gar nicht angesprochen haben: die Region Starkenburg, die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die Kreise. Das ist der Technologiestandort in Deutschland.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Gehört Starkenburg zu Rhein-Main?)

Jetzt haben sich die Darmstädter und die Kreise zusammengetan und gesagt: Wir wollen unsere Region organisieren. - Sie haben einen Vorschlag unterbreitet, und der wird von dieser Landesregierung ignoriert. Das ist ein Fehler.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Darmstadt gehört nicht zum Rhein-Main-Gebiet!)

Lassen Sie sich vom Innenminister einmal erzählen, was da vorgelegt worden ist. Es gibt keine Resonanz. Und für Mittelhessen haben Sie wirklich keine Konzeption. Aber Mittelhessen hat eine Chance. Nun haben die Sozialdemokraten ein Papier auf den Tisch gelegt, das sich an den Vorstellungen aus Starkenburg orientiert, mit Anbindung an die Regionalversammlung - plumpe Ablehnung bei der CDU Mittelhessen. Das ist keine Zukunft für den mittelhessischen Bereich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz besonders rührend bis peinlich finde ich es, wenn Herr Koch oder der Herr Wirtschaftsminister sich sozusagen als Retter Nordhessens präsentieren. Das ist schon ein dickes Ding.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Strukturentscheidungen für Nordhessen - Gesamthochschule, Ansiedlung von VW, Logistikzentrum Bad Hersfeld, auch die Einleitung der Erweiterung von Kassel-Calden - sind sozialdemokratische Politik gewesen. Das lassen wir uns nicht von Ihnen wegnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe des Abg. Norbert Kartmann (CDU)) und der Ministerin Ruth Wagner)

Frau Wagner, 1,5 Millionen DM Auftragsvolumen sind allein in der Regierungszeit von Hans Eichel nach Nordhessen geflossen. Das ist Politik für die Region, und es muss weiter erzählt werden, dass wir Sozialdemokraten das waren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ganz besonders dreist - das passt auch zu ihm - ist es, wenn er über die A 44 redet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist schon toll. Dieser Ministerpräsident hat persönlich gegen die Trasse mitdemonstriert, die realisiert wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Barbara Stolterfoht (SPD): Heuchelei!)

Wenn sich einer mit dieser Verkehrsinfrastrukturmaßnahme brüsten kann, dann sitzt er da und heißt Lothar Klemm. So einfach ist das. Er hat es auf den Weg gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nun bin ich froh, dass sich der Wirtschaftsminister einklinkt, wenn es um Nordhessen geht und die Sozialdemokraten vor Ort einiges organisieren. Aber, Herr Wirtschaftsminister, von einem Repräsentanten der Wirtschaftspolitik in Hessen erwarten wir mehr, als dass er nur einen Briefträger spielt. Das ist ein bisschen wenig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Vor allem würden wir uns wünschen, dass dieser Wirtschaftsminister auch südlich der kurhessischen Grenze noch wahrgenommen wird. Aber ich glaube, da fremdelt er etwas.

(Beifall des Abg. Armin Claus (SPD))

Starkenburg, Technologie, Rhein-Main, Ballungsraum, das ist seine Sache nicht. Da fremdelt er, und das wird in der Wirtschaft auch wahrgenommen. Die drängen nach einer anderen Politik durch die Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Dass er da seine, ich würde fast sagen, emotionalen Probleme mit Rhein-Main hat, mit diesem boomenden Zentrum der Bundesrepublik, das sieht man am Thema Flughafen. Herr Posch, die Flughafengegner feixen doch schon wegen der Unfähigkeit dieser Regierung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Die feixen, weil Sie dabei sind, dieses Projekt in den Sand zu setzen. Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Da muss man auch etwas zu diesem Ministerpräsidenten sagen, der Aufsichtsratsmitglied ist. Jetzt ist er gerade weg. - Ach, hier; es ist gut, dass Sie da sind.

Herr Koch, das sind schon starke Stücke. Sie sagen, Sie wollen das Mediationspaket einhalten und umsetzen. Dann reden Sie mit dem Chef der Lufthansa, kommen heraus und sagen: Jawohl, es bleibt beim absoluten Nachtflugverbot. - Zwei Tage später lesen wir, dass der Chef der Lufthansa sagt: Der Ministerpräsident ist eigentlich ein ganz vernünftiger Mensch. Er weiß genau, ein absolutes Nachtflugverbot ist nicht umzusetzen. - Dazu müssten Sie sagen: Wir lassen uns von den Nutzern des Flughafens nicht erpressen. - Diese Kraft müssten Sie haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Es muss auch irgendwann einmal gelingen, dass man in Sachen Flughafen mit einer Zunge redet. Es kann doch nicht so sein, dass sich der Ministerpräsident zum Nachtflugverbot äußert und am nächsten Tag der Wirtschaftsminister sagt: Ätsch, das geht eigentlich gar nicht so. - Das müssen Sie koordinieren, das ist Ihre Verantwortung als Chef dieses Kabinetts.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Das hat er nie so gesagt! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Nein, solange man die Frage Flughafen so wie dieser Wirtschaftsminister angeht, in der Mentalität eines Hilfsfachbearbeiters beim Regierungspräsidenten, kann das nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Apropos Regierungspräsident. Die haben das Scopingverfahren so in den Sand gesetzt, dass ich nur sagen kann: Das Versagen des Regierungspräsidenten ist Ihre Verantwortung. Das sind Ihre Mitarbeiter, und deswegen sind Sie hier wirklich auf dem falschen Weg.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich fand schon ganz spannend, was Herr Koch in seiner Bilanz weggelassen hat, obwohl es in diesen zwei Jahren geschehen ist.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Darauf komme ich noch, Norbert Schmitt. - Eigentlich ist es eine schöne strukturpolitische Entscheidung, dass das Land wieder bei der Landesbank einsteigt. Eine gute Ent-

scheidung, und dessen hat er sich auch gebrüstet. Immer, wenn er vor Wirtschaftsfachleuten redet, erzählt er das auch.

Aber er wird schon seine Gründe haben, warum er es hier nicht erzählt. Was war passiert? Die CDU war ausgestiegen, und es gab jetzt Gespräche über Fusionen, Kooperationen. Auf einmal waren die Bayern und die Baden-Württemberger mit am Tisch. Er hatte mit Recht Angst, dass Hessen dann am Katzentisch sitzt.

Da hat sich Roland Koch gesagt: Das kann nicht wahr sein; ich möchte jetzt sozusagen auf Augenhöhe mit Stoiber sein; ich möchte auf Du und Du mit dem Teufel sein. - Letzteres haben Sie jetzt geschafft; denn das ist natürlich eine wichtige Entscheidung.

Ich sage, es war richtig, dass Sie es getan haben. Aber warum reden Sie nicht darüber? Weil die frühere Landesregierung unter Wallmann und mit Kanther als Finanzminister 50% der Landesbankanteile für 465 Millionen DM verkauft hat.

(Manfred Schaub (SPD): Verschleudert!)

Sie steigen jetzt mit 600 Millionen DM für 10% wieder ein. Das ist Verschleuderung von Vermögen des Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht nur eine Sache der Altvorderen, der Herren Kanther und Wallmann. Schon damals saß jemand im Fraktionsvorstand der CDU, der als Wirtschaftsanwalt firmierte. Sein Name war Roland Koch. Er hat nicht davor gewarnt, dass das Vermögen verschleudert wird und dass Herr Kanther auf dem falschen Weg war. Aber wahrscheinlich war es schon damals so, dass Roland Koch nicht mitbekommen hat, was Herr Kanther an Geld verschoben hat. Das ist die Realität in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von der Landesbank rede, dann rede ich auch vom Bankenstandort Frankfurt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Oh ja! Dann aber auch darüber, wie Herr Eichel den gerade kaputtmacht!)

Dieser Bankenstandort, die Finanzmetropole in Hessen, lebt davon, dass wir Sozialdemokraten, aber auch die Freien Demokraten in der Landespolitik,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Die Bankenaufsicht nach Bonn geben, das ist euer Niveau!)

aber auch die Menschen in Frankfurt Internationalität vorgelebt haben. Ohne diese Öffnung, dieses Offensein für andere wäre die Ansiedlung der Europäischen Zentralbank nicht möglich gewesen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Deshalb macht Herr Eichel das jetzt kaputt!)

Ich sage, es gehört zur Bilanz dieser Regierung, dass es die Kampagne zur doppelten Staatsangehörigkeit gegeben hat, die Fremdenfeindlichkeit in Kauf genommen hat. Das und das Märchen von den Vermächtnissen schadet dem Wirtschaftsstandort Hessen und dem Wirtschaftsstandort Rhein-Main.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Koch hat es angesprochen. Natürlich haben wir auch in anderen Wachstumsbranchen,

also der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Bio- oder Gentechnologie, aber auch bei der mikromechanischen Fertigung oder - das gilt zusätzlich für Nordhessen - in der Verkehrstechnologie Chancen, uns noch weiter in eine international günstige Position zu bringen. Nur, ich sage: Da reicht es nicht aus, das fortzusetzen, was Lothar Klemm begonnen hat. Herr Wirtschaftsminister, wo sind die neuen Visionen, mit denen diese Politik nach vorne getrieben werden kann?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zu dieser dreisten Bilanz, zu der Bilanzfälschung von Roland Koch gehört auch, festzuhalten, dass er doch ernsthaft so tut, als ob die Frage der Ansiedlung von IT-Unternehmen etwas mit dieser Landesregierung zu tun habe. Er tut so, als sei das Zeitalter der Biotechnologie in Hessen ausgerechnet von diesem Wirtschaftsminister eingeleitet worden. Das ist doch Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht zu rügen, dass Sie etwas fortsetzen. Die Standortkampagne "Hessen. Hier ist die Zukunft", die Future Capital AG und vieles mehr waren Dinge, die die Sozialdemokraten während ihrer Regierungszeit mit den GRÜNEN eingeleitet haben.

Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, wir hätten hinsichtlich der Biotechnologie nichts getan. Natürlich wird dies kritisch hinterfragt. Die Risiken müssen abgewogen werden. Aber wir sind nach vorne gekommen. Wir sind darauf stolz, wie wir das hinbekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die Chancen dieses Landes reden und darüber, was man für die Wirtschaft tun kann oder welche anderen Innovationsmöglichkeiten es gibt, dann kommt man zu der Energiepolitik. Dazu kann ich nur sagen: Es ist immer noch so, dass wir bei den Umweltdienstleistungen und bei der Umwelttechnologie Spitze sind. Wir könnten aber den Anschluss verlieren, wenn mit dem Bewusstsein gehandelt wird, das der Ministerpräsident hat. Was ist denn passiert?

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

- Herr Hahn, ich will Ihnen dazu etwas sagen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Erzählen Sie einmal!)

Die Energiepolitik war bisher Rohstoffpolitik. Energiepolitik wird künftig Ressourcenpolitik, Technologiepolitik und das Aufzeigen alternativer Möglichkeiten sein. Das hat dieser Ministerpräsident nicht begriffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, was ist denn passiert? Es ist in Berlin zum Atomkonsens gekommen. Roland Koch hat sich dann hingestellt und gesagt: Wenn wir in Berlin einmal wieder an die Macht kommen, dann werden wir das alles rückgängig machen. - Er hat, was den Atomausstieg betrifft, die Zeichen der Zeit nicht begriffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, weil Sie das nicht begriffen haben, können Sie auch nicht die Chancen sehen, die sich ergeben, wenn man in alternative Energien investiert. Das aber ist ein Wachstumsmarkt auch für unser Hessenland. Deshalb ist das ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Ausbildungssituation in Hessen machen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja, das ist gut!)

Ich habe schon gesagt, was das Programm des Bundes für uns gebracht hat. Herr Posch hat gesagt: Wir wollen nicht mehr so viel in Ausbildungsplätze investieren, sondern die Rahmenbedingungen verbessern. - Das ist okay. Wenn die Wirtschaft es hinbringt, alle Jugendlichen in Ausbildung zu bringen, ist das der richtige Ansatz. Nur wissen wir doch, dass die Realität eine andere ist. Gerade weil die Ausbildungsberufe immer schwieriger werden, wird ein Teil der jungen Menschen - Fachleute sprechen von 10 oder 15% - keine Chance haben. Da müssen wir doch Folgendes klar sagen. Angesichts einer eigenen unsicheren Zukunftsperspektive empfinden diese 10 oder 15% der jungen Menschen die Rhetorik hinsichtlich der Modernität, der Flexibilität und des Hightech als Bedrohung und Ausgrenzung. Da müssen wir als Staat helfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war es mehr als ein Fehler und für die jungen Menschen schädlich, dass die kommunalen und örtlichen Beschäftigungsinitiativen ausgehungert werden. Zum Beispiel läuft das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" aus. Das ist das falsche Signal in dieser Landespolitik und für dieses Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das Folgende gehört zu dieser Bilanz. Darüber hat Herr Koch nicht geredet. Die Regierung Koch ist ohnehin eine, die in der Sozialpolitik versagt. Eine Politik für Schwächere kennt diese Regierung nicht.

(Armin Clauss (SPD): Sie findet überhaupt nicht statt!)

Bei dieser Ministerin findet sie nicht statt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Habe ich es noch richtig im Kopf? Hat der Herr Ministerpräsident nicht auch etwas von Kindergärten und Betreuung gesagt? Ausgerechnet diese Regierung hat den Gemeinden 100 Millionen DM pro Jahr für die Kindergärten weggenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist schon interessant. Heute hat er nicht so sehr von einem Zwischenzeugnis gesprochen.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn man dieser Sozialministerin ein Zwischenzeugnis geben wollte, würde man, so glaube ich, feststellen, dass die Notenskala überhaupt nicht ausreicht. Sie würde nicht ausreichen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, ganz nebenbei bemerkt: Das Zwischenzeugnis vom letzten Sonntag war für uns nicht befriedigend. Aber wenn es von Ihnen in zwei Jahren wiederholt würde, sollte

es uns freuen. Dann sind Sie nämlich weg. Das würde bei Ihnen nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es ist unbestritten, dass die Bildungspolitik das zentrale Thema ist. Darin liegt der Schlüssel für den Wohlstand, für den beruflichen Erfolg, aber auch für die Prosperität unserer Gesellschaft und unseres Hessenlandes. Das alles ist völlig unbestritten. Herr Boddenberg, es besteht auch ein gemeinsamer Konsens darüber, dass sich da immer etwas ändern muss, weil die Fragestellungen immer anders werden. Aber dieser Ministerpräsident stellt sich jetzt hin und sagt, Hessen sei Vorreiter in der Bildungspolitik. Herr Koch, da müssen Sie etwas falsch verstanden haben.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Herr Bökel, das liegt aber an Ihnen!)

Herr Hahn, wir brauchen doch gar nicht drum herum zu reden. Dass es mehr Lehrer und Lehrerinnen gibt, ist gut. Da Sie mehr Geld hatten, konnten Sie das auch machen. Nur, die Seifenblase der Unterrichtsgarantie, die schillernd aufgestiegen ist, zerplatzt jetzt. Das gehört auch zu der Bilanz, über die wir heute hier reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Man kann mit uns streiten, ob es ausreichend war, dass wir die festen Öffnungszeiten noch nicht für alle Schulen eingeführt haben. Wir konnten es damals nicht machen. Es wäre sinnvoll gewesen. Aber eines lassen wir uns von Ihnen nicht absprechen. Wir haben in Hessen über 50 Jahre eine gute Basis für die Bildungspolitik gelegt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben gestern in einer anderen Runde, die sich zum 25. Todestag von Georg August Zinn traf, einmal rekapituliert, wie das mit der Landschulreform war.

(Armin Clauss (SPD): So ist es!)

"Bildung für alle" und "Bildung in der Fläche", das ist die sozialdemokratische Politik vor Ort und die sozialdemokratische Landespolitik. Das lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Wolff, wir sollten uns jetzt im Übrigen einmal vergegenwärtigen, was Sie so alles machen. Sie propagieren Auslese statt Förderung

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

und wollen den Eltern die Mitwirkungsmöglichkeiten nehmen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Sie wollen die Autonomie der Schule reduzieren. Das ist keine vorwärts gewandte Politik. Diese Politik ist nach hinten gerichtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen uns gar nicht zu streiten. Herr Koch, natürlich muss Schule so gestaltet werden, dass alle SchülerInnen und Schüler nach ihren individuellen Möglichkeiten

optimal gefördert werden. Das ist überhaupt keine Frage. Nur: Die platte Hauptschultheorie ist falsch.

Meine Damen und Herren, dann soll noch eine Sonderschule für Elitekinder eingerichtet werden. Wir sagen - bis vor wenigen Wochen gab es darüber Konsens in diesem Haus -, dass gerade Höchstbegabte optimal gefördert werden müssen, aber sie sollen bitte in ihrer sozialen Umgebung gefördert werden, in der sie auch später leben müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, natürlich will ich viel. Wir wollen viel. Wir sagen, wir wollen Ganztagsbetreuung für die Kinder aller Eltern, die diese Ganztagsbetreuung haben wollen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Die Eltern müssen betreut werden! - Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Herr Hahn, hören Sie doch auf!)

- Herr Hahn, Ihnen rate ich ein bisschen mehr Bescheidenheit an.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Stichwort "18 plus". Wenn man Ihr Kommunalwahlergebnis, Ihr Bundestagswahlergebnis und Ihr Landtagswahlergebnis zusammennimmt, stellt man fest, dass sie noch weit von 18% Wählerstimmen entfernt sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns in der Landespolitik fragen: Wo tauchen in der Gesellschaft neue Fragestellungen auf? Wie können wir Antworten geben?

Die Realität ist: Die jungen Menschen wollen engagiert ausgebildet werden. Sie wollen engagiert arbeiten. Das ist gut so. Sie wollen aber auch Kinder - durchaus im Plural. Wenn das so ist, dann müssen wir den jungen Menschen ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, ich sage Ihnen, dass es mir nicht darum geht, etwas vorzugeben. Wenn sich eine junge Familie dafür entscheidet, dass ein Elternteil zu Hause bleibt und sich um die Familie kümmert, dann ist das sogar von uns zu fördern. Aber die Realität sieht anders aus. Die Mehrheit der jungen Menschen erwartet von uns, dass wir etwas tun, damit Kinder betreut und pädagogisch gefördert werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich auch an die Sozialdemokraten gerichtet. Wir sagen uns das. Da kann es kein Wenn und Aber geben. Wenn wir das jetzt nicht hinbekommen, zahlen wir in der Sozialversicherung und in der Arbeitsmarktpolitik drauf. Wir zahlen viel mehr drauf, als uns die Realisierung dieses großen Zieles kosten würde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Wolff, ich halte es wirklich für einen strategischen Fehler, dass Sie das einschränken, was den Schulen von Hartmut Holzapfel an Autonomie vorgegeben wurde. Wir stellen uns in diesem Bereich vor, dass wir individuelle Profile einzelner Schulen haben. Die müssen sich in ihrem

Stadtteil in Zusammenarbeit mit Vereinen und Musikschulen selbst entfalten können. Deshalb ist der Weg der zentralen Steuerung genau der falsche.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, als Sie über das Thema Hochschule gesprochen haben, habe ich sehr genau hingehört. Das war eine ganz schöne Bilanzfälschung.

(Manfred Schaub (SPD): Geschichtsklitterung! - Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Wir haben - objektiv - ein neues Hochschulgesetz. Unsere Kollegen aus der SPD-Fraktion haben gesagt, dieses Hochschulgesetz geht zurück in die Achtzigerjahre. Jetzt will ich mich gar nicht mit Ihnen darüber streiten, ob das Hochschulgesetz von uns oder das von Ihnen das von gestern oder vorgestern war. Ich sage für uns alle: Wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen und nach vorne schauen. Die Internationalität unserer Hochschulen kann nur gesichert werden, wenn wir uns noch mehr darauf konzentrieren, ihre Autonomie sicherzustellen.

(Zurufe von der CDU)

- Entschuldigen Sie einmal, wir waren dran, aber Sie hatten auch schon zwei Jahre Zeit.

(Armin Clauss (SPD): Jetzt fragen Sie doch einmal, was Wolfgang Gerhardt gemacht hat! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Hören Sie doch auf!)

Meine Kollegin Erika Fellner hat hier im Landtag formuliert: Wir müssen in diesen neuen Zeiten über die Hochschule als Institution erneut nachdenken. - Das müssen wir tun. Deswegen sage ich: Reduzierung auf wenige Vorgaben, Autonomie für die Hochschulen. Ich sage uns allen sehr selbstkritisch, dass wir uns von dem Gedanken verabschieden müssen, dass das Chaos in den Hochschulen ausbrechen würde, wenn wir ihnen mehr Selbstständigkeit geben. Das Gegenteil wird der Fall sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur dann, wenn wir ihnen noch mehr Autonomie geben, können sie das, was wir von ihnen verlangen, hinbekommen, nämlich die Studenten auch qualitativ gut auszubilden, um den steigenden Akademikerbedarf zu befriedigen. Nur dann wird es möglich sein, in den Hochschulen - um bei diesem Begriff zu bleiben - "neue Leuchttürme" im Forschungsbereich auch von internationaler Bedeutung zu realisieren.

Herr Koch, es war schon dreist, was Sie zur TU Darmstadt gesagt haben. Sie reden vom Hochschulgesetz und von Frau Wagner. Das ist in Ordnung. Dann sagen Sie, die TU Darmstadt habe einen Preis bekommen, weil sie die innovativste Hochschule Deutschlands sei. Sie sagen das so, als ob das etwas mit Ihrer Hochschulreform zu tun hätte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Barbara Stolterfoht (SPD): Hochstapelei ist das! - Manfred Schaub (SPD): Oh Gott, oh Gott! - Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

- Ich glaube, Frau Wagner hat eben gefragt, ob er das wirklich gesagt hat. Er hat so getan, als ob das wirklich nur das Ergebnis der Politik gewesen wäre.

(Zurufe von der SPD - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ihr hört wohl schwer! Macht doch



den Test! - Zuruf von der CDU. Aber das Gute gefördert!)

- Sie hat auf der Basis unseres Gesetzes das Gute gefördert. Deswegen sage ich: Es war unser Hochschulgesetz, das den Erfolg in Darmstadt erst möglich gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

- Ach, Herr Koch. - Auch der nächste Punkt hat mich fast zur Heiterkeit gebracht. Stichwort Agrarpolitik: Da lobt er doch diesen Landwirtschaftsminister.

(Armin Clauss (SPD): Wo ist denn die Regierung bei der Zwischenbilanz? - Fortgesetzte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, Entschuldigung. - Herr Kollege Bökel, zunächst einmal haben Sie eine Pause. Ich stelle fest, dass Ihre eigene Fraktion lauter als die andere ist. - Um was geht es? Es geht darum, dass zu wenige Minister anwesend sind. Dann müssen Sie Anträge stellen.

(Gerhard Bökel (SPD): Kann ich weiterreden?)

- Sie können weiterreden, wenn Ihre Fraktion Sie lässt. Sonst müsste ich unterbrechen.

### Gerhard Bökel (SPD):

Der Herr Ministerpräsident formuliert: "Aus Chancen werden Erfolge." - Ich sage: "... können Erfolge werden". Aber in der Agrarpolitik haben Sie den Anschluss verpasst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben den Anschluss einfach deshalb verpasst, weil die Landesregierung nicht in der Lage ist, die Chance zu nutzen, die sich jetzt zu einem strukturellen Umdenken bietet. Sie kann es auch nicht, wenn sie mit der Mentalität eines ehemaligen Vizepräsidenten des Bauernverbandes Agrarpolitik betreibt. Deswegen kann das nicht gut gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der F.D.P.)

- Vizepräsident a. D., der neue sitzt da unten. - Meine Damen und Herren, die Chance, die wir jetzt haben, muss genutzt werden. Es gibt nur einen Weg, und der besteht darin, dass wir zu einer nachhaltigen Agrarpolitik kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, dass mehr Betriebe auf ökologischen Landbau umstellen. Aber unsere große Herausforderung wird sein, zu erreichen, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen zu mehr nachhaltigem ökologischem Wirtschaften kommen, insbesondere wegen der Verbraucher. Nur dann kann das Werk gelingen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, darf ich Sie einmal unterbrechen?

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat nämlich etwas Schönes gesagt. Er hat gesagt: Ich, Roland Koch - habt ihr es gehört? -, setze mich für regionale Schlachthöfe ein.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Butzbach!)

Ich erinnere mich an die Zeit - Sie sind ja Experte darin -, als ich gerade Landwirtschaftsminister geworden war. Da habe ich nach Rücksprache mit den örtlichen Agrarvertretern gesagt, dass wir regionale Schlachthöfe im Odenwald und an der Bergstraße mit vielen Millionen DM fördern wollen. Wer hat mich denn vor dieser angeblichen Fehlinvestition gewarnt? - Das waren Sie, meine Damen und Herren.

Diese Neuorientierung der Agrarpolitik in Hessen - auch da sieht die Landesregierung die Chancen nicht - muss in eine nach vorne gerichtete, neue Politik für die ländlichen Räume insgesamt eingebettet sein.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) - Manfred Schaub (SPD): Jetzt hört doch mal auf!)

Ich sage noch einmal: Wir müssen die Chance auch nutzen, zu einer Neustrukturierung der Politik für die ländlichen Räume zu kommen.

(Norbert Kartmann (CDU): Sehr peinlich, Herr Kollege!)

Da verändert sich viel. Es gibt keinen Dorfladen mehr, die Post und die Bahn sind weggegangen, die Banken ziehen sich zurück. Das ist alles nicht mehr da. Es muss uns jetzt gelingen, im Sinne einer integrierten Politik eine Politik für die ländlichen Räume zu machen, so, wie wir es im Biosphärenreservat vorgemacht haben.

(Beifall des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Handwerk, Handel, Industrie und Kommunalpolitiker sowie Vertreter des Naturschutzes müssen an einen Tisch gebracht werden, damit sie gemeinsam die ländliche Region gestalten. Das muss die Politik der Zukunft sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu einem anderen Begriff, der natürlich auch zu zwei Jahren Bilanz Roland Koch gehört, den er aber natürlich nicht erwähnt hat, zu dem Begriff der Nachhaltigkeit. Dieser Begriff hat Karriere gemacht. Norbert Schmitt, ich gebe zu, nur wenige wissen, was man damit anfangen kann.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Dann ist es aber unsere Aufgabe, einmal darüber zu reden. Die Kerngedanken der Nachhaltigkeit - Generationengerechtigkeit und Vorsorge - treffen uns alle in diesem Land. Nachhaltigkeit erfordert langfristiges Denken und Handeln. Rio hat auch uns Aufträge erteilt, nicht nur der Bundesebene.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Abbau der Ozonschicht ist ein Thema der nächsten Generation. Es muss aber schon heute angepackt werden, auch in der Politik dieses Landes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß sehr wohl, dass das einfach nicht in die Denke dieser Landesregierung hineinpasst, auch nicht in die des

für Umwelt und Naturschutz zuständigen Ministers, der sogar eher die Kettensäge ansetzt, als einen Nationalpark auszuweisen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weit zur Sachpolitik. Zu all den Themenbereichen, die ich vorgestellt habe, haben wir im Landtag schon debattiert. Dazu gehört auch das Thema Nachhaltigkeit. Wir bleiben bei unserer Forderung für Hessen. Wir wollen einen Nachhaltigkeitsplan. Norbert Schmitt hat es dargestellt. Wir wollen einen Zukunftsrat, in dem alle Gruppen vertreten sind: Wirtschaft, Umwelt-, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Kommunen. Wir wollen eine Politik, bei der im Wege der Kooperation und des Konsenses über Entwicklungen in unserem Hessenland nachgedacht wird. Diese Politik muss dann auch umgesetzt werden. Das ist unser Verständnis. Das passt aber in die Denke dieser Regierung nicht hinein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier liegen also Chancen. Das sind Chancen, die diese Regierung nicht erkennt oder ignoriert. Das ist Stagnation,

(Petra Fuhrmann (SPD): Rückschritt!)

ja, es ist wirklich Rückschritt. Meine Damen und Herren, diese Krisenregierung hat in vielen Themenbereichen schlicht versagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte sich die Frage stellen: Ist es Unfähigkeit, oder haben Sie sich doch zu sehr mit sich selbst und Ihren Skandalen beschäftigt? Wahrscheinlich trifft beides zu. Ich will hier keine Skandalchronik auflisten.

(Manfred Schaub (SPD): Zu wenig Redezeit! - Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Dafür würde die Zeit gar nicht reichen. Mafiakatzte, Parteiverrat, Nebengeschäfte, Scientologengeschäfte, Geheimnisverrat, Kanthers Vorabfreispruch: Das hat Schlagzeilen gebracht. Aber auf diese Form von "Hessen vorn" hätten wir gern verzichtet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gehört in diese Bilanz der Skandalträchtigkeit auch der größte, der unglaubliche Finanz- und Spenden-skandal.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Der nachhaltigste bis heute!)

Meine Damen und Herren, wie auch immer, das Wahlprüfungsgericht hat festgestellt, dass der Einsatz des Schwarzgeldes wahlentscheidend war.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist dies ein Schwarzgeld-Ministerpräsident. Dieser Makel wird ihm bis zur nächsten Landtagswahl anhaften.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat über das Ehrenamt gesprochen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

- Sehr gut. Über vieles kann man sich gar nicht streiten. Da ist manches, was wir vorgegeben hatten. Manches haben Sie fortgesetzt; das ist durchaus auch positiv besetzt.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Verehrte Frau Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, mit Ehrenamtlichkeit haben wir nicht unbedingt die freiwillige und ehrenamtliche Polizei gemeint.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Menschen - sicherlich mit honorigen Motiven - werden jetzt mit Pfefferspraydosen als Waffen ausgestattet. - Kennt ihr die Geschichte vom Räuber Hotzenplotz? Der hatte auch eine Pfefferpistole. Damit konnte er Kasperl und Seppel beeindrucken. Die Kriminalität kann man damit aber ganz gewiss nicht bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Herr Kartmann, das will ich einmal sagen: Was Sie hier machen, ist eine Amateuisierung der Polizei. Das ist der falsche Weg zu mehr Sicherheit in diesem Land.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann sich darüber streiten, ob die Verwaltungsreform bei der Polizei das Richtige ist. Das will ich hier nicht tun. Der entscheidende Punkt - von Gottfried Milde über Herbert Günther bis zu Gerhard Bökel - war aber, dass wir gemeinsam gesagt haben: Wir müssen in die Menschen investieren, die für die innere Sicherheit zuständig sind. Deswegen haben wir - damals noch von Herrn Kanther und Herrn Koch verhindert - die zweigeteilte Laufbahn eingeführt. Das war der große Reformschritt bei der hessischen Polizei.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Herr Koch, Sie haben vorhin erzählt, dass andere das nachmachen, was wir in Hessen begonnen haben. Das gilt auch für die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei. Sie aber sind derjenige, und Sie sind die Regierung, die das alles wieder rückgängig macht. Wachpolizei, freiwillige Polizei: Das ist nicht nur eine dreigeteilte, sondern das ist eine viergeteilte Laufbahn. Die wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Innenminister ist nicht da, aber er spricht für die ganze Regierung. Das passt ins Konzept. Das ist gewollt. Eine Landesregierung, Herr Koch, die davon ausgeht, dass die zweigeteilte Laufbahn - ich zitiere wörtlich - "Wahnsinn ist", ist auf einem wahnsinnigen Weg. Der Innenminister hat dem Hauptpersonalrat klar gesagt: Es ist Wahnsinn mit dieser zweigeteilten Laufbahn. - Deshalb ist es systematisch, was er macht. Nur: Wir wollen das nicht. Das ist der falsche Weg. Das ist schädlich für dieses Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns in diesem Parlament längere Zeit und des Öfteren über Rechtsextremismus unterhalten. Meine Damen und Herren, der Bundesinnenminister - heute schon zitiert worden, sehr erfreulich - hat gesagt: "14.000 rechtsextremistische Straftaten". - Was macht dieser Ministerprä-

sident? Ausgerechnet in Dachau stellt er sich hin und sagt, die Medien und die SPD würden Hysterie betreiben. Herr Ministerpräsident, das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Rechtsextremismus verbirgt sich nicht nur hinter Springerstiefeln. Sie ganz persönlich müssen sich nach der Unterschriftenkampagne, die Fremdenfeindlichkeit geschürt hat, und nach den Geschichten mit jüdischen Vermächtnissen und Fragen nach jüdischen Emigranten fragen lassen, welche Saat Sie mit gesät haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hat dieser sagenhafte Ministerpräsident über die Verwaltungsreform gesprochen. Das machen wir heute nicht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich sage nur: Wer dieses unsägliche Chaos als Fortschritt und Erfolg verkauft, weiß nicht, was draußen im Lande bei den Behörden des Landes wirklich los ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat sich hierhin gestellt und gesagt: Wir wollen Menschen einbinden. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger mitwirken. - Ausgerechnet bei Ihren Mitarbeitern entmündigen Sie mit dem Personalvertretungsgesetz die Bürger. Welche Heuchelei, solches in die Welt zu setzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Hause viel über Rechtsstaat und freiheitlich-demokratische Grundordnung gesprochen. Dazu passt eine kleine, aber sehr bezeichnende Geschichte. Vor etwa 14 Tagen hatte Roland Koch eine Veranstaltung in Darmstadt. Junge Menschen demonstrierten, piffen mit der Trillerpfeife. Ich kenne das. Das ist nicht angenehm. Was macht dieser Ministerpräsident? Er rief den jungen Demonstranten wörtlich zu: Sie stehen nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

(Zuruf von der SPD)

Herr Ministerpräsident Koch, da haben Sie etwas nicht verstanden. Und das passt ins Bild. Zum Rechtsstaatsverständnis dieses Justizministers will ich jetzt im Zusammenhang mit der Kanther-Geschichte nicht noch einmal reden. Wenn Sie aber ausgerechnet sagen, der sei der Mann und der Garant für die Sicherheit in den Gefängnissen - auch da müssen Sie etwas falsch verstanden haben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal ein Zitat aus Darmstadt. Das "Echo" hat es gut dokumentiert. Roland Koch sagte am 15. März in Darmstadt: Seit Christean Wagner Justizminister ist, ist keiner mehr ausgebrochen.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt will ich ja nicht sagen, das sei gelogen. Das hat Ihre Stellvertreterin schon gesagt, Herr Ministerpräsident. Sie haben aber eine verdrehte Kenntnis von Wahrheit. Das können wir uns nicht bieten lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen halte ich für diese sozialdemokratische Landtagsfraktion fest: In allen wichtigen Politikfeldern - von der Wirtschafts- bis zur Sozialpolitik, von der Bildungspolitik bis zur Politik der Nachhaltigkeit - ist diese Regierung Koch eine Regierung des Rückschritts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist eine Regierung, die Hessen nicht nach vorne bringt. Herr Koch, deswegen verspreche ich Ihnen ganz persönlich, aber auch wir Sozialdemokraten versprechen Ihnen, wir werden alles daransetzen - und wenn ich mir das Kabinett anschau, glaube ich, ganz in Ihrem Sinne -, dass Sie in zwei Jahren wieder die Aufgabe zugewiesen bekommen, bei der Sie mehr Erfahrung haben als in der Regierung. Das ist die Opposition. Da gehören Sie auch hin.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Armin Clauss (SPD): So, Herr Koch, das war das Kontrastprogramm! - Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen und Herren, für den amtierenden Präsidenten ist es immer schwierig, wie er mit der Regierungsbank umgehen soll, wenn von dort Zurufe überhand nehmen. Ich entsinne mich an die Zeit, als die stellvertretende Ministerpräsidentin noch Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion war und immer rief: Da rufen so viele dazwischen. - Dann habe ich immer versucht, das in Grenzen zu halten.

(Heiterkeit)

Einigen wir uns darauf: ein bisschen ja, es darf aber den Redner oder die Rednerin nicht stören. Da sind wir großzügig. - Das Wort hat der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Herr Abg. Hahn.

(Norbert Kartmann (CDU): Herr Bökel war doch gar nicht störrisch!)

#### **Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme selten dem Fraktionsvorsitzendenkollegen der Sozialdemokraten Armin Clauss zu. Alle, die im Raum waren, haben aber gemerkt, es war tatsächlich ein Kontrastprogramm zwischen der Rede des Ministerpräsidenten Roland Koch und der Rede von Gerhard Bökel.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Armin Clauss (SPD): Und was für eines!)

- Lieber Kollege Clauss, und zwar war es nicht nur ein Kontrastprogramm in der Art der Darbietung,

(Armin Clauss (SPD): Da haben Sie einmal Ehrlichkeit kennen gelernt!)

sondern - und das interessiert mich als Liberalen viel mehr - es war ein Kontrastprogramm im Inhalt. Herr Bökel hat sich mit Landschulsystemen und zweigeteilter Laufbahn beschäftigt. Das waren Arbeiten aus dem letzten Jahrtausend. Roland Koch hat sich mit der Zukunft unseres Landes beschäftigt. Und das ist das Kontrastprogramm zwischen Gerhard Bökel und Roland Koch.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf von der SPD: Sie sehen alt aus!)

Herr Bökel, ich muss Ihnen sagen: Ich habe Ihnen ein bisschen die Daumen gedrückt, weil ich dachte, das würde Ihnen im innerparteilichen Kampf helfen. Ich habe die Befürchtung, dass Ihnen mein Daumendrücken nicht geholfen hat. Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe wohl zu wenig gedrückt.

(Beifall bei der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Jetzt geht das Niveau wieder herunter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass man, wenn man es will und kann,

(Armin Clauss (SPD): Wenn man es kann! Sie können es doch nicht!)

aus dem Land Hessen ein Land der Mitte machen kann, dass man aus Hessen ein Land der Bildung machen kann, dass aus Hessen ein Innovations- und Wirtschaftsmotor entsteht und dass unser Land - das Land Hessen - ein Land der Menschenrechte und der Verfolgung von Kriminellen ist. Wir, die Liberalen und Konservativen mit der Regierung von Roland Koch und Ruth Wagner, haben begonnen, das Land nach achtjährigem rot-grünem Stillstand fit für die Zukunft zu machen.

(Beifall des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Unser Ziel ist und bleibt: Wir möchten erreichen, dass es den Menschen Spaß macht, in unserem Hessenland zu leben und zu arbeiten. Wir sind einen großen Schritt zu diesem Ziel bereits erfolgreich eingegangen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich will überhaupt nicht verheimlichen, dass wir Liberale sehr stolz darauf sind, dass wir an diesem Erfolg nicht nur 5,1% Anteil hatten, sondern dass der Anteil in der aktiven Regierungsarbeit von Ruth Wagner und Dieter Posch und in der Arbeit der Fraktionen weitaus höher war.

Ich will Ihnen sagen, dass es die Maxime der Arbeit von uns sechs Abgeordneten, zwei Ministern und zwei Staatssekretären ist: Mutig, menschlich, mobil und modern muss unser Land werden. - Das kann man erreichen, indem wir als Liberale eine eigenständige, selbstbewusste, faire und - darauf lege ich sehr großen Wert - verlässliche Truppe sind.

Wir haben einen Koalitionspartner, von dem wir dasselbe erwarten und dasselbe in den letzten zwei Jahren - ich komme nachher auf ein großes Detailproblem - auch erlebt haben. Das Gute an dieser Koalition ist, das sage ich ganz bewusst, dass wir ein vernünftiges Miteinander pflegen. Da gibt es keine Nachtsitzungen. Da gibt es nicht bei Haushaltsberatungen mitten in der Nacht tränenüberströmte Ministerinnen, die sich darüber aufregen, dass sie nicht ein paar Millionen DM erhalten haben - nein. Unsere Arbeitsdevise in der Koalition lautet: Probleme erkennen, Probleme analysieren, Lösungen suchen, die Finanzierung sicherstellen und dann handeln. Und das ist der Unterschied zu acht Jahren Rot-Grün.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das ist das Kontrastprogramm zwischen Gerhard Bökel und Roland Koch oder zwischen Ruth Wagner und wer auch immer die GRÜNEN im Landtagswahlkampf 2002/03 führen will.

Es ist ja schön, wenn Kollege Bökel meint, die wirtschaftlichen Zahlen in unserem Land ausschließlich auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu fokussieren. Kollege Bökel, ich rate Ihnen - und das meine ich überhaupt nicht mit dem Fingerzeig, das sei arrogant -,

(Armin Clauss (SPD): Das hat er überhaupt nicht gesagt!)

bei dieser Argumentation aufzupassen, dass die bundesdeutschen wirtschaftlichen Zahlen nicht weiter nach oben, sondern in den letzten drei Monaten leider, leider nach unten zeigen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Man muss schon sehr vorsichtig sein, wenn man meint, vermeintliche Erfolge im wirtschaftlichen und finanzpolitischen Bereich auf Gerhard Schröder und seine Mannen und Frauen in Berlin hier als Beleg für gute sozialdemokratische Arbeit vorzuführen. Ich sage nur: Passen Sie Acht, dass Sie diese Argumentation nicht im Landtagswahlkampf 2002/03 einholt. Wenn das wahr wird, was die Wirtschaftsweisen sagen, haben wir dann eine ganz schlechte wirtschaftliche und finanzielle Situation.

Das begrüßen wir als Liberale überhaupt nicht. Wir fühlen uns in unserer Argumentation bestätigt, dass leider Sozialdemokraten - war es früher einmal in Wiesbaden, ist es heute in Berlin - keine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik machen können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir jedenfalls, als Liberale und als wichtiger Teil dieser Koalition - -

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht zu fassen! Sie haben doch die Mehrheit mit diesem Chaoten Theo Waigel gestellt!)

- Ach, Herr Al-Wazir, Sie dürfen nachher reden. Seien Sie jetzt ruhig, oder gehen Sie demonstrieren - aber lassen Sie mich bitte einmal die Erfolge dieser Regierung und der Koalition von F.D.P. und CDU hier darstellen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im Jahre 2000 hatten wir in Hessen das höchste Wirtschaftswachstum seit 1992 - plus 3,3%. Das hat es in den neun Jahren vorher nicht gegeben. Wir haben eine Arbeitsproduktivität in diesem Lande, die Spitze in den 13 Flächenstaaten ist. Mich interessieren aber die Vergleiche mit den anderen Ländern. Herr Kollege Bökel, mich als Landespolitiker interessiert nur peripher, was von Berlin kommt. Das gilt nämlich für Bayern, Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen ganz genauso. Stattdessen möchte ich, dass unser Land wieder Spitze unter den Ländern wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das schaffen wir nur, indem wir uns selbst anstrengen - nicht aber, indem wir den rot-grünen Stillstand machen, wie ihn nun einmal die Regierung von Herrn Eichel und seinen vielen grünen stellvertretenden Ministerpräsidentenkandidaten, -bewerbern und dann auch Besitzern dieser Position geschaffen hat.

Wir sind stolz darauf, beim Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Erwerb mit einer durchschnittlichen Zahl von 116.300 DM im Jahre 2000 wieder die Spitzenstellung unter den 13 Flächenstaaten erreicht zu haben. Der bundesweite Durchschnitt liegt unter 100.000 DM. Kollege Bökel, wir sind auch stolz darauf, dass es nach den neuesten Daten der EU die Region Südhessen geschafft hat, von Platz drei auf Platz zwei zu kommen. Nach Hamburg und vor Brüssel ist die Region Südhessen die wirtschaftsstärkste Region in Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Men-

schen wissen, dass sie in der Regierung Partner und keine Gegner haben. Das ist der Unterschied zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in den Jahren unter Rot-Grün hier in Hessen geleistet wurde.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Kollege Bökel, Sie inspirieren mich mit Ihrer nach hinten gerichteten Diskussion, die Sie gerade geführt haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn sie sogar den Hahn inspirieren kann, dann war sie wirklich gut! - Zurufe der Abg. Gerhard Bökel und Armin Claus (SPD))

- Ja, irgendetwas müssen Sie mit Ihrer Rede doch geschafft haben. Oder? Dann wenigstens das, Herr Kollege Bökel.

Wie kann es denn sein, wenn wir uns im europäischen Wettbewerb befinden - und ich sage, wir können alle stolz darauf sein, dass Südhessen in dem gesamten EU-Konzert auf Platz zwei ist -, dass wir uns dann in eine kleinkarierte Diskussion, wie Sie sie hier eben geführt haben, verzetteln: Starkenburg gegen das Rhein-Main-Gebiet?

(Gerhard Bökel (SPD): Was für ein Quatsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Starkenburg ist ein Teilgebiet von Rhein-Main, ein wichtiges Teilgebiet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber, mein sehr verehrter Kollege Bökel, es geht nicht um entweder Starkenburg oder Rhein-Main, sondern Starkenburg muss sich im Rahmen des Rhein-Main-Gebietes weiterentwickeln, nicht gegen das Rhein-Main-Gebiet. Genau das aber haben Sie hier eben als Regionalisierungspolitik der Sozialdemokraten vorgetragen. Das ist Strukturpolitik des letzten Jahrhunderts und hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir hier Dinge zusammenführen oder nicht.

(Armin Claus (SPD): Das ist schlichter Unsinn, was Sie hier erzählen! - Gerhard Bökel (SPD): Es liegt doch nur das Ballungsraumgesetz vor!)

- Herr Kollege Claus, immer dann, wenn es bei Ihnen brenzlich wird, haben die anderen es nicht verstanden. Ich würde einmal nachfragen, warum die Bürger vor zwei Jahren so reagiert haben und warum so am vorletzten Sonntag. Die Bürger haben es verstanden, aber die verschlafenen Sozialdemokraten haben es nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Armin Claus (SPD))

Die Rede von Gerhard Bökel macht deutlich, dass er es immer noch nicht verstanden hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hören Sie doch mit diesen Zwischenrufen auf, die nur Ihre eigene Unzulänglichkeit in Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigen.

Die Arbeitslosigkeit ist doch wieder im Konzert mit den anderen Bundesländern zu sehen. Warum eigentlich sind wir als Hessen nicht stolz darauf, Herr Bökel? Als Liberale, als Mitglieder der Regierungskoalition von F.D.P. und CDU sind wir stolz darauf, dass wir im Durchschnitt im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit um 7,3% gesenkt haben. Ich betone: um 7,3% gesenkt - im Unterschied zu Gesamtdeutschland, wo sie nur um 6,4% gesenkt worden ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt einmal mit dem Westen vergleichen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier sind wieder zusätzliche Leistungen des Landes, der Regierungskoali-

tion von F.D.P. und CDU, in die positive Bilanz eingeflossen.

Lassen Sie mich die Oktoberzahlen nennen. Da wird es besonders deutlich. Im Oktober des vergangenen Jahres hatten wir in Hessen einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 12,9%, deutschlandweit waren es 7%. Jetzt will ich schon einen fairen Vergleich anstellen, Herr Sozialdemokrat, ich will das mit den alten Bundesländern vergleichen. Dort waren es 9,6%. Das heißt, allein im Monat Oktober lagen wir in Hessen um 3,3 Prozentpunkte bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit besser als unsere Mitbewerber in den alten Bundesländern. Das ist eine Leistung dieser Regierung und des Wirtschaftsministers, das ist eine Leistung der Koalition.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Leistung können Sie nicht herunterreden, weil Ihnen dazu die Zahlen, Daten und Fakten fehlen.

Jawohl, wir sind stolz darauf, dass die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Lande drastisch reduziert wurde. Lag die Kennzahl im Oktober 1999 noch bei 7,7%, so ist sie ein Jahr später, im Oktober des Jahres 2000, auf 4,7% reduziert worden. 3% weniger Jugendliche sind in unserem Lande arbeitslos. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Erfolg dieser Regierungsarbeit. Natürlich haben wir dabei das eingebaut, was die Bundesregierung hier beigesteuert hat - ich sage das hier deutlich -, aber im Vergleich zu den anderen Bundesländern sind wir wieder Spitze.

(Gerhard Bökel (SPD): Das kann man erklären!)

Das liegt doch nicht daran, dass in Hessen möglicherweise ein Tag länger die Sonne scheint. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das liegt daran, dass wir regieren wollen und können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Tränen, die Sie in den letzten eineinhalb Jahren zum Ausbildungsmarkt vergossen haben - wir würden uns nicht darum kümmern; wie viele unsoziale Arbeits- und Denkweisen haben Sie uns da schon vorgeworfen, insbesondere uns Liberalen - -

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

- Ach, Herr Bökel, jetzt verabschieden Sie sich von Ihren Reden, die Sie noch gestern und vorgestern im Wahlkampf gehalten haben. Wir sind stolz darauf, dass der zuständige Minister Dieter Posch für das Jahr 2000 eine ausgeglichene Ausbildungsmarktbilanz vorlegen konnte: 1.495 unvermittelten Bewerbern standen 1.949 freie Stellen gegenüber - also ein Plus von 400 Stellen. Das ist aktive Wirtschaftspolitik, aktive Arbeitslosenpolitik und aktive Ausbildungspolitik, die die F.D.P. in diesem Lande zu verantworten hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir Liberalen lassen es nicht zu und ich lasse es nicht zu, dass Sie meinen, die positiven wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklungen der letzten zwei Jahre klein reden zu können. Sie können das nicht, denn die Zahlen, Daten und Fakten sind gegen Sie. Da hilft weder die beste noch die schlechteste Rhetorik.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt sagen. Natürlich, da hat Lothar Klemm vieles getan, ist in diesem Rhein-Main-Gebiet ein Internetknotenpunkt - ein Internet-Hub, damit können wir gleich zum Flughafen übergehen - entstanden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten zwei Jahren sind in diesem Bereich knapp 2.000 neue Unternehmen geschaffen worden, von denen die meisten auch noch leben - das kommt positiv hinzu, bei diesen Firmen muss man aufpassen. Teilweise sind sie etwas gefährdet.

Derzeit sind es ungefähr 3.600 Unternehmen mit ihren Dependancen aus dieser Branche, die sich im Rhein-Main-Gebiet und insbesondere in Frankfurt konzentriert haben. Ministerpräsident Koch hat bereits darauf hingewiesen. Wir haben über 200 lizenzierte Telekomunternehmen in diesem Lande. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen ist der Knotenpunkt für die neue Technologie des Internets. Über Hessen geht alles, und deshalb können wir in Hessen auch weitere Arbeitsplätze in diesem Bereich schaffen. Hessen hat die Wirtschaftsdynamik wiedererlangt, die es nach Jahren des rot-grünen Stillstands wieder brauchte. Die Bürger und insbesondere die Unternehmen in unserem Lande wissen, dass F.D.P. und CDU, die Regierungskoalition von Roland Koch und Ruth Wagner und der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch ihre Partner und nicht ihre Gegner sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wissen aber auch, dass nicht alles allein durch das Klima zu erreichen ist. Wir müssen auch eigene Anstrengungen machen, und zwar ganz heftige. Hier möchte ich mein Lieblingsthema bei den Sozialdemokraten aufgreifen, den Wohnungsbau. Wie sehr haben Sie noch vor zwei Jahren bei der Debatte zur Regierungserklärung herumgezotelt, dass wir als Koalition der Bürgerlichen in diesem Bereich Rückschritte machen würden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Jahr für Jahr werden 180 Millionen DM in die Förderung des Wohnungsbaus in Hessen gezahlt. Dafür stehen diese Regierungskoalition und der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch - und das, obwohl die Sozialdemokraten auf Bundesebene sich aus der Wohnungsbauförderung verabschieden. Waren es im Jahre 1999 noch 72 Millionen DM, die nach Hessen geflossen sind, und im Jahre 2000 noch 30 Millionen DM, so sind es in diesem Jahr nur noch 26,8 Millionen DM. Es sind die Sozies in Berlin, die den Wohnungsbau kaputt machen wollen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es sind die Liberalen und die Bürgerlichen hier in Hessen, die dagegenhalten. Hören Sie deshalb mit Ihrer schmutzigen Kampagne auf, die Sie jetzt im Oberbürgermeisterwahlkampf noch aufzuziehen versuchen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Clauss, mit diesem Dringlichen Antrag möchten Sie Ihrem hoffnungslos zurückliegenden Parteifreund Vandreike helfen. Machen Sie Wohnungsbaupolitik, indem Sie sich ordentlich darum kümmern, dass hier Wohnungen gebaut werden, dass Wohnungen gefördert werden.

(Beifall bei der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Ein überheblicher Schnösel sind Sie!)

Machen Sie darüber hinaus eine Modernisierung, wie wir sie gemacht haben: 60 Millionen DM pro Jahr mehr, zusätzlich zu den 180 Millionen DM, gehen in die Modernisierung hinein. Das sind die Leistungen, die wir bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich höre es immer wieder mit Gelächter und Grinsen, wenn Sozialdemo-

kraten und GRÜNE meinen, dass Liberale ein sozialpolitisches Herz auf der falschen Seite haben.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unser Ziel ist klar: Es muss günstigen Wohnraum für diejenigen geben, die günstigen Wohnraum benötigen. Deshalb handeln wir auch. Aber wir machen das nicht mit Sonntagsreden und falschen Rezepten, sondern mit einer Förderpolitik, für die die F.D.P. und Dieter Posch in diesem Lande stehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat schon auf unsere Anstrengungen beim Landesstraßenbau hingewiesen. Was haben Sie denn gemacht? Lothar Klemm ist hier ein Negativbeispiel. War er bei der Internetansiedlung ein positives Beispiel, so ist er beim Straßenbau ein negatives Beispiel. In seiner Amtszeit und in der Amtszeit seiner Vorgänger sind die Mittel für den Landesstraßenbau von der rot-grünen Landesregierung von 140 Millionen DM im Jahre 1991 auf 39 Millionen DM im Jahre 1999 heruntergewirtschaftet worden.

Wir haben es durch eine Kraftanstrengung im Haushalt und durch Absprachen mit den Kommunen geschafft, in dieser Legislaturperiode eine halbe Milliarde DM mehr für den Landesstraßenbau zur Verfügung zu stellen. Das ist Dynamik für unser Land. Das ist für die Mobilität in unserem Lande wichtig, und das ist für die Natur in unserem Lande wichtig. Diese drei Aspekte haben Sie nicht ernst genommen. Sie haben aus ideologischen Gründen weder Ortsumgehungen noch andere Straßen haben wollen.

(Armin Clauss (SPD): Ausgerechnet der Oberideologe redet über Ideologie!)

- Kollege Clauss, es tut weh, wenn man mit Leistungen anderer konfrontiert wird. Das weiß ich.

(Armin Clauss (SPD): Es tut weh, wenn man Ihnen zuhören muss!)

Wir haben das in Ihrer Regierungszeit ja nicht erlebt, aber ich kann mir vorstellen, dass Sie jetzt unsere Leistungen mit Schmerzen zur Kenntnis nehmen.

Ich will ein weiteres Beispiel anführen, den öffentlichen Personennahverkehr. Sie tun immer so, als ob wir Liberale nichts mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu tun hätten. Sie waren es doch, die aus ideologischen Gründen zwischen "gutem" und "schlechtem" Verkehr differenziert haben. Der "gute" Verkehr war auf der Schiene, der "schlechte" Verkehr war der auf der Straße. Genau denselben Mist, den Sie jetzt mit den Landwirten machen, haben Sie in der Verkehrspolitik gemacht.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Armin Clauss (SPD): Sie erzählen Unsinn!)

So etwas wird es mit Liberalen nicht geben. In diesem Jahr ist im Haushalt nachzulesen - wir haben ihn ja verabschiedet -: 1,3 Milliarden DM aus dem Haushalt von Dieter Posch fließen in den öffentlichen Personennahverkehr. - Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Die GRÜNEN sind sowieso abwesend; das zeigt sich auch in der Entwicklung Ihrer Wahlergebnisse.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir waren die ganze Zeit da!)

350 Millionen DM fließen allein in die Unterstützung der Verkehrsverbände.

(Armin Clauss (SPD): Es fällt schwer, bei Ihrer Rede anwesend zu bleiben!)

600 Millionen DM bekommt die DB AG für die Durchführung ihres Verkehrskonzepts. Über 100 Millionen DM zahlt das Land zusätzlich, damit die Schülerinnen und Schüler und die Auszubildenden verbilligte Tickets bekommen. Weitere 250 bis 300 Millionen DM zahlt das Land an Investitionszuschüssen, und zwar für die kleine Wartehalle irgendwo auf dem Land bis hin zum großen S-Bahnhof oder zum ÖPNV-System in einem Ballungsraum. 1,3 Milliarden DM in diesem Jahr für den öffentlichen Personennahverkehr - das ist eine moderne Verkehrspolitik und nicht Ausdruck der Ideologie, die Sie in den letzten acht Jahren unserem Lande zugemutet haben.

Wir wissen, dass man dem Mittelstand in unserem Lande helfen muss. Wir machen das anders als der Bundeskanzler, der die Mitte gebraucht hat, um die Wahl zu gewinnen, und sich jetzt auf die Mitte setzt, um sich für die Genossen Sozialdemokraten und für die Gewerkschaften schadlos zu halten. Wir haben beispielsweise mit den IHKs ein Auslandsberatungsprogramm aufgestellt. Es ist doch vollkommen klar, dass dem Mittelstand in der globalisierten Welt, in der wir leben - wir wollen ja als Internetzentrum Hessen und auch als Flughafenzentrum Rhein-Main weiterhin globalisiert denken und arbeiten -, eine Chance gegeben werden muss, am Wirtschaftsleben teilzunehmen, dass er informiert werden muss, wie er sich auf anderen Märkten, in anderen Gesellschaften und anderen Kulturen zu verhalten hat. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Förderung unseres Mittelstandes, von der Landesregierung zusammen mit den IHKs aufgelegt.

Wir haben eine völlige Umorganisation der Förderprogramme vorgenommen. Was war das bei Ihnen in den letzten Jahren für ein Chaos bei den Förderungen. Es wusste keiner mehr hin oder her. Man brauchte Berater für die Beratung, damit man überhaupt irgendwelche Zuschüsse bekommen hat. Das Verfahren ist gebündelt und mittelstandsfreundlich organisiert worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Name der neuen Fördergesellschaft ist IBH. Sie alle wissen, dass ich mit dem Namen unzufrieden bin, weil ich mit "IBH" immer noch den Bankrotteur Horst-Dieter Esch verbinde. Das ist aber eine rein semantische Veranstaltung, die nur mich trifft. Alle anderen meinen, ich sollte mich in dieser Frage von den Achtzigerjahren lösen.

Die IBH hat Programme aufgelegt, z.B. das HSPM, das Hessische Strukturprogramm für den Mittelstand - 14,4 Millionen Euro sind bereits abgerufen -, und das HWPM, das Hessische Wachstumsprogramm für den Mittelstand, bei dem in den letzten drei Monaten bereits über 3 Millionen DM abgerufen wurden. Außerdem werden Start-ups vom Land Hessen unterstützt.

(Armin Clauss (SPD): Vergessen Sie die Porzellanmanufaktur nicht in Ihrer Leistungsbilanz!)

- Herr Kollege Clauss, Sie kapierten nicht, was modern ist. Das ist Ihr Problem. Sie reden über die Porzellanmanufaktur. Ich rede über innovative moderne Programme, die dieses Land macht. Davon lebt dieses Land. Wenn wir gut leben, dann können wir uns auch einen Anteil an einer geschichtlich wichtigen Einrichtung in diesem Lande leisten. Hören Sie doch auf, diese Scheingefechte so zu führen, wie Sie es tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lebhaftes Zurufe des Abg. Armin Clauss (SPD))

- Ich habe es eben gesagt. Sie haben nicht zugehört, weil Sie leider wieder dachten, Sie müssten dazwischenbrüllen und brauchten nicht zuzuhören, was ich gesagt habe.

(Armin Clauss (SPD): Sagen Sie etwas zu der glorreichen Porzellanmanufaktur!)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn wir weiterhin so erfolgreich wirtschaften wie in den ersten zwei Jahren dieser Legislaturperiode, wenn wir Start-ups organisieren und sie dann in das freie Feld der Wirtschaft entlassen können, wenn wir eine positive Finanzstruktur haben, wie sie Karlheinz Weimar mit Unterstützung der F.D.P.- und der CDU-Fraktion angelegt hat, dann können wir es uns auch leisten, ein wichtiges und die Geschichte dieses Landes reflektierendes Unternehmen teilweise zu übernehmen, wie wir das bei der Porzellanmanufaktur Höchst getan haben.

(Lachen des Abg. Armin Clauss (SPD))

Wenn man gut wirtschaftet, dann kann man sich auch etwas Gutes leisten.

(Beifall bei der F.D.P. - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Jahre 2000 65 Millionen DM in die Dorferneuerung gesteckt. Ich kann mich noch an die Krokodilstränen erinnern, als die Sozialdemokraten vor einem halben Jahr ankamen und erklärt haben: Ihr macht das Programm kaputt, das geht so gar nicht weiter. - Damit haben Sie wieder einmal voll danebengelegt, Kollege Bökel und Kollegen von der SPD. Wir haben sogar noch 9 Millionen DM draufgelegt, sodass das Programm mit einer Neuförderung in 68 Kommunen, Gemeinden und Stadtteilen in unserem Lande aufgelegt werden kann.

(Armin Clauss (SPD): Reden Sie doch ein bisschen leiser!)

Es gibt genügend Mitglieder der F.D.P.-Fraktion, die Bezüge zum ländlichen Raum haben. Es sind allein vier Kreistagsabgeordnete aus ländlichen Gebieten Mitglieder dieser Fraktion.

(Armin Clauss (SPD): Das merkt man auch!)

- Diese Niveaulosigkeit von Armin Clauss, zu sagen: "Das merkt man auch". Für Sie sind also Kreistagsabgeordnete aus dem ländlichen Raum niveauloser als Sie. An Arroganz ist der Frankfurter Clauss nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich finde, jetzt sollten auch Herr Dörrie und andere klatschen, denn es ist eine Gemeinheit, wenn Herr Clauss meint, dass die Kollegen von den Sozialdemokraten, z.B. im Kreistag der Wetterau - -

(Zurufe von der SPD)

- Das ist das Niveau von Clauss.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich will es Ihnen übersetzen, damit Sie merken, mit wem Sie zusammenarbeiten, Kollege Al-Wazir.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Geschrei seit zehn Minuten!)

Herr Kollege Clauss, wenn Sie meinen, dass das Niveau Ihrer Kollegen in den Kreistagen niedriger ist als Ihr Niveau, dann muss ich sagen: Ich habe gemessen an dem, was Sie hier dauernd dazwischenrufen, das Gefühl, dass Ihr Niveau niedriger ist.

(Armin Clauss (SPD): Es gelingt Ihnen nicht, einen Popanz aufzubauen!)

65 Millionen DM stehen für die Dorferneuerung zur Verfügung, 9 Millionen DM zusätzlich. Das ist eine Leistung dieser Regierung im wirtschaftlichen und im finanzpolitischen Bereich, aber auch im Bereich der Pflege und des Voranbringens des ländlichen Raums gegenüber dem Ballungsgebiet Rhein-Main.

Ein weiteres Beispiel für die Leistungen der Landesregierung. Wir müssen schon etwas machen, damit wir so gute Zahlen haben. Das ist doch völlig klar. Im Tourismus hatten wir im vergangenen Jahr eine Steigerung um 7% bei der Zahl der Gäste und der Übernachtungen. Wir haben ein Programm aufgelegt, das in den nächsten vier Jahren 125 Millionen DM europäischer, Bundes- und Landesmittel in diesem Lande strategisch orientiert einsetzt. Die Landesregierung gibt alleine in den nächsten vier Jahren 20 Millionen DM für den Landtourismus aus. Das ist ein Markt, den Sie über acht Jahre hinweg schlicht vernachlässigt haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wo war denn die Werbung für den Urlaub im ländlichen Raum? Es gab da einen dummen Spruch, den irgendeiner erfunden hat, eine Abwandlung der Formulierung "Urlaub auf dem Bauernhof". Das war das Einzige, was die frühere Landesregierung zur Förderung des Tourismus gemacht hat.

Wir haben das alte Konzept auf den Kopf gestellt, ein vollkommen neues Konzept erarbeitet und z. B. auf der ITB vorgestellt. Man darf nicht nur einfach dahintrotten, wie Sie das acht Jahre lang getan haben, sondern man muss regieren wollen und regieren können.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Lachen und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört Innovation auch in den Köpfen. Die fehlt leider bei Ihnen.

(Lachen und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind darüber hinaus dabei, das zu schaffen, was Rote und GRÜNE in diesem Lande nicht geschafft hätten und auch gar nicht richtig anzupacken begonnen haben, nämlich die Kapazitätsprobleme auf dem Flughafen Rhein-Main zu lösen. Herr Kollege Bökel, ich sage Ihnen an dieser Stelle: Ein bisschen Redlichkeit tut gut. Wenn Sie hier wieder den unredlichen Versuch unternehmen, darzustellen, Dieter Posch behindere die notwendige Entwicklung des Rhein-Main-Flughafens - das ist ja eine Kampagne der Sozialdemokraten, das hat nichts mit dem innerparteilichen Wahlkampf Bökels gegen Grandke zu tun -, dann sage ich Ihnen: Lieber Herr Bökel, Sie sagen schlicht die Unwahrheit. Sie wissen es besser. Hören Sie auf, Dieter Posch zu diskreditieren. Das ist unfair, und das steht Ihnen auch nicht zu.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Armin Clauss (SPD): Das tut er doch gar nicht!)

Das Schöne ist, dass Ihre Kampagne gegen Dieter Posch - nach dem Motto "Wir sondern ihn von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen ab und stellen ihn zur Seite" - überhaupt nicht geklappt hat.

Die Menschen in diesem Land können sehr gut differenzieren - da helfen die platten Argumentationen à la Armin Clauss und Gerhard Bökel nichts -, dass es auf der einen

Seite den politischen Willen von F.D.P. und CDU gibt und der heißt: Der Rhein-Main-Flughafen wird ausgebaut, aber nur dann, wenn es ein Nachtflugverbot gibt, und es gibt nur ein Nachtflugverbot, wenn der Rhein-Main-Flughafen ausgebaut wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der politische Wille der hier Regierenden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Menschen in diesem Lande wissen ganz genau und erwarten es sogar, dass derjenige, der letztlich die Unterschrift unter den Genehmigungsbescheid und den Planfeststellungsbeschluss setzen muss, sich von diesen politischen Aussagen abkoppelt, dass er rein nach Recht und Gesetz handelt, dass er schaut, dass die Normen beachtet werden. Er hat letztlich ganz allein die Entscheidung im Abwägungsprozess zu treffen, ob es denn eine Erweiterung geben kann, unter welchen Bedingungen es sie geben kann und wie ein Nachtflugverbot umgesetzt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Ihre unsäglich blöde Kampagne gegen Dieter Posch sollten Sie mit dem heutigen Tage einstellen. Sie müssen gemerkt haben, dass es Ihnen überhaupt nichts bringt. Ich müsste eigentlich sagen: "Machen Sie weiter", weil wir wissen, dass es der F.D.P. etwas bringt, weil unseren Wählerinnen und Wählern damit noch deutlicher vor Augen geführt wird, dass die F.D.P. einerseits eine politische Idee hat, für die sie kämpft, andererseits aber einen Minister und stellvertretenden Landesvorsitzenden hat, der in einem transparenten Verfahren ausschließlich nach Recht und Gesetz handelt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Roten, Sie machen schon Krisengipfel. Ich habe gedacht, dass der Herr Grandke schon seine Pressekonferenz in Offenbach gemacht hat. Versuchen Sie doch nicht, einen Keil zwischen die F.D.P. und ihren stellvertretenden Landesvorsitzenden oder zwischen die Landesregierung und Dieter Posch zu treiben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht unterhalten sich die Kollegen von den Sozialdemokraten einfach nur über das Mittagessen!)

Das bringt überhaupt nichts. Es gibt verschiedene Rollen. Dass Sie manchmal Rollen nicht ganz beherrschen, das haben Sie in den letzten Monaten und das hat Gerhard Bökel gerade eben auch noch einmal bewiesen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Armin Clauss (SPD): Das tut schon weh!)

Man muss etwas leisten. Ich habe es vorhin gesagt; ich sage es jetzt wieder. 39% aller Verwaltungsverordnungen sind weg, und das nach noch nicht einmal zwei Jahren Regierungsarbeit. Wir loben uns ja eigentlich schon ein paar Tage zu früh.

(Armin Clauss (SPD): Haben Sie das auch schon gemerkt, dass Sie sich zu früh loben?)

Eigentlich ist am 6. April erst die Zweijahresfrist abgelaufen. Aber Sie wollten ja nicht in den Osterferien tagen, haben Sie gesagt, Herr Kollege. Da wollten Sie ja lieber wieder irgendwo nach Südfrankreich oder sonst wohin fahren. Ich wünsche Ihnen schönen Urlaub. Es ist doch alles okay.

(Armin Clauss (SPD): Das ist wirklich unerträglich! Das ist ein Niveau, das unerträglich ist!)

39% der Verwaltungsverordnungen sind weg, 15% der Rechtsverordnungen sind weg. Wir haben eine Normprü-



fung in diesem Lande eingeführt. Wir wollen erreichen und wahr machen, dass wir so wenig Gesetze und Verordnungen wie möglich haben. Wir wollen so wenig wie möglich Gängelung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen so viel wie möglich Freiräume für unsere Mitmenschen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist für uns Liberale nicht nur eine Frage der Kostenentwicklung der öffentlichen Hand,

(Armin Clauss (SPD): Der Präsident des Oberfrei-  
raums sind Sie!)

sondern das ist für uns eine ganz zentrale Liberalismusfrage. Wir wollen nicht wie die Sozialisten der Idee nachhinken, dass der Staat alles besser weiß und dass der Staat alles besser kann.

(Armin Clauss (SPD): Nein, Sie sind nur der Ober-  
nachtwächter in diesem Staat!)

Unsere Philosophie ist eine diametral andere als die Ihre, Herr Kollege Clauss. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmer, die Unternehmungen in unserem Land so viel wie möglich selbst machen können und der Staat nur dort eingreift, wo er tatsächlich regulierend eingreifen muss. Dort werden wir dann auch eingreifen.

Ein Beispiel dafür, was wir in den nächsten zwei Jahren in diesem Bereich tun werden: Wir werden die Hessische Bauordnung entrümpeln. Wir werden endlich das erreichen, was in anderen Bundesländern - ich nenne noch einmal Bayern und Sachsen - schon gang und gäbe ist, wo kein Haus deshalb zusammengefallen ist, wie uns manche Interessenvertreter ein bisschen süffisant immer vortragen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir möchten und wir werden eine Hessische Bauordnung einführen, die das Bauen in Hessen bürgerfreundlicher, schneller und billiger macht,

(Armin Clauss (SPD): Da müssen Sie sich sogar mit  
ein paar Ihrer Mitglieder anlegen!)

die mindestens 30 Millionen DM weniger Kosten für die Bauherren verursacht. Das sind 7 Millionen DM Kosten bei Genehmigungsgebühren, das sind aber auch 23 Millionen DM für den Verzicht entbehrlicher bautechnischer Prüfungen bei Ein- und Zweifamilienhäusern. Wir möchten, dass die jungen Menschen, die ihr Privateigentum schaffen wollen, z.B. bei dem Bau eines Ein- oder Zweifamilienhauses 2.000 DM weniger derartiger unsinniger Kosten haben. Das ist eine Leistung, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten. Da muss man aber von der Philosophie her dazu übergehen, zu sagen, dass die Verantwortung beim Bauherrn und beim Architekten liegt und nicht ausschließlich beim Staat. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der  
CDU)

Man muss natürlich etwas tun, habe ich vorhin gesagt. Hochtechnologienation soll diese Bundesrepublik Deutschland werden. Wir möchten als Land Hessen das Kernland dieser Hochtechnologienation sein. Der Schlüssel zur Zukunft liegt in dieser Technologie. Herr Kollege Bökel hat darauf hingewiesen. Da sind wir sogar einer Meinung, auch wenn ich Ihre Ausführungen zur Biotechnologie nur mit einem Grinsen begleiten kann.

(Gerhard Bökel (SPD): Na, na!)

Ich kann mich noch daran erinnern - ich sitze ja nun leider oder Gott sei Dank, wie auch immer, schon einige Jahre in

diesem hohen Hause -: Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir hier an unsäglichen Debatten in der Regierungszeit Eichel zwischen Roten und GRÜNEN zum Thema Biotechnologie in diesem Land hatten, das ist nicht mehr zu überbieten. Viele von Ihnen werden sich daran noch erinnern. Ich sage nur: Feldbesetzung AgrEvo in Wölfersheim. Da war es der sozialdemokratische Landrat Gnadt - ich arbeite jetzt mit ihm im Kreistag -, der mit Kaffee und Kuchen hinausgegangen ist und die Feldbesetzer noch ernährt hat. Das war der Beitrag der Sozialdemokraten zur Biotechnologie in unserem Land mit der Folge, dass AgrEvo schlicht und ergreifend aus Hessen abgewandert ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Also hören Sie auf, so zu tun, als ob die Sozialdemokraten da innovativ gewesen wären. Nein, Sie waren Blockierer und Verhinderer. Das sind Sie in vielen Bereichen ja heute noch.

Wir haben mehrere Strategien, um das Hochtechnologieland zu werden: Gründungswettbewerb "promotion Nordhessen", Science 4 Life, Hidden Champions, zusätzlich ein Technologietransfernetzwerk, damit insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen daran teilnehmen können. Genau dasselbe, was ich eben zum Auslandsgeschäft von kleinen und mittelständischen Unternehmen gesagt habe, gilt natürlich noch stärker für die Hochtechnologie. Da muss eine Zusammenarbeit organisiert werden. Da ist der Staat in der Anfangsphase gefordert. Da muss eine Kommunikation zwischen der Forschung und der Industrie stattfinden. Dieter Posch hat ein derartiges Technologietransfernetzwerk gemeinsam mit der Wissenschaftsministerin und anderen geschaffen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sehen es ja an den Zahlen, an den Geschäftsgründungen, an den Unternehmensgründungen: In diesem Bereich boomt es zurzeit in Hessen. Das ist gut so, denn das Einzige, was wir in unserem Land haben, um unseren sehr hohen Wohlstand zu halten, ist das Wissen, ist die Innovation, ist das, was in den Köpfen von uns und künftig von unseren Kindern ist. Das muss mit aller Macht vernetzt und noch verstärkt werden. Dazu steht diese Regierungskoalition von F.D.P. und CDU.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir sind gerade dabei, das Finanzsystem vollkommen umzustellen. Das betrifft auch wieder die Frage der Leistung: Was erwartet der Bürger von dieser Regierung, überhaupt von einer Regierung, was erwarten Unternehmen von einer Regierung? Ich hätte mir nicht träumen lassen, was wir ererbt haben. Ich habe in den ersten Koalitionsrunden immer gedacht, Karlheinz Weimar würde uns ein bisschen verkohlen - um den höflichen Ausdruck zu nehmen. Es war ja nichts da. Es war nicht einmal der Ansatz eines Immobilienmanagements da. Sie wussten ja noch nicht einmal, wo die Grundstücke des Landes Hessen liegen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von Sozialdemokraten und GRÜNEN.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es war ein reines Zufallsprinzip, dass sich einmal einer, der eigentlich lenken sollte, darum gekümmert hat. Minister sollen eigentlich lenken. Sie sollen keine kleinkarierte Arbeit machen, sondern sie sollen denken und lenken. Aber sie wussten noch nicht einmal, wo die Grundstücke in ihren Ressorts sind. Das musste Karlheinz Weimar erst einmal zusammentragen.

(Clemens Reif (CDU): Das war ja schlimm!)

Wir sind dabei, ein endgültig richtig funktionierendes Immobilienmanagement zu entwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat doch etwas mit Verschuldungspolitik zu tun. Sie sind immer den einfachen Weg gegangen und sind zur Bank gerast und haben wieder neue Schulden aufgenommen. Das hätte man gar nicht machen müssen, wenn Sie in den Achtziger- und Neunzigerjahren ein vernünftiges Immobilienmanagement aufgebaut hätten. Man kann nämlich in schlechten Zeiten - das sagt uns sogar Oma Lena, und das sagen uns auch andere in dieser Gesellschaft - auch ein bisschen von seinem Vermögen zehren und muss nicht das Vermögen behalten, weil man gar nicht weiß, wo es ist und wie viel es wert ist, und gleichzeitig Schulden auf Kosten der künftigen Generation machen.

(Armin Clauss (SPD): Im Verschleudern von Vermögen sind Sie Meister!)

Das war sozialdemokratische Finanzpolitik à la Hans Eichel in diesem Land. Das macht er ja jetzt zum Schaden unseres Bundes in Berlin so weiter.

Ein modernes Finanzmanagement bedeutet natürlich auch Kosten- und Leistungsrechnung, Produkthaushalt, Budgetierung, Controlling. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen: SAP wird hier eingeführt. Das wurde aber auch, verdammt nochmal, Zeit, denn wir können dieses Land nicht ordentlich steuern, wenn wir nicht die notwendigen Zahlen, Daten und Fakten schnell zur Verfügung haben. Es muss nun einmal so sein, dass der Ministerpräsident, die Koalitionsrunde, das Kabinett, wer auch immer letztlich die Entscheidung trifft, auf Fingerdruck die notwendigen Zahlen, Daten und Fakten hat, damit überhaupt erst die Grundlage für eine vernünftige Bewertung vorhanden ist. Das wird jetzt eingeführt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN. Sie hatten von 1991 bis 1999 acht Jahre Zeit, da etwas zu tun. Sie haben es schlicht verpennt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch unwahr! Wer hat es denn eingeführt?)

- Sie haben zwei, drei Alibiveranstaltungen gemacht, lieber Kollege Kaufmann. Ansonsten haben Sie es schlicht verpennt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So eine schwachsinnige Behauptung! Die Grundsatzentscheidung war von Rot-Grün getroffen worden! Das wissen Sie auch!)

Das merkt man auch daran, dass Sie jetzt gerade erst wieder wach geworden sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Schwachsinn!)

Zum Immobilienmanagement habe ich schon einiges gesagt. Beteiligungsmodelle sind ein wichtiges Thema für die Liberalen. Ich habe das Gefühl, dass das bei der Diskussion über die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens in Vergessenheit gerät. Was gerade in diesem Land passiert und was in zwei Monaten abgeschlossen sein wird, ist die größte Privatisierung, die das Land Hessen jemals in seiner Geschichte erlebt hat. Ein Drittel des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens, der jetzt den ehrenwerten Namen Fraport trägt, wird dann nicht mehr der öffentlichen Hand gehören, sondern Privaten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein zentraler Einstieg in die Privatisierungspolitik, die die F.D.P. und der Koalitionspartner CDU verabredet haben. Ich rufe von dieser Stelle aus auch z.B. die Stadt Frankfurt am Main auf. Da könnten sich die beiden OB-Kandidaten Petra Roth und Achim Vandreike profilieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer soll denn kaufen, bei dem Aufsichtsrat?)

Wann wird endlich die Privatisierung der Messe angegangen? Das Land Hessen ist dazu bereit, meine sehr verehrten Damen und Herren aus Frankfurt. Setzen Sie es doch einmal in Frankfurt um. Wenn Sie meinen, dass Regionalpolitik in Frankfurt es notwendig mache, dass die Stadt einen Anteil an der Messe GmbH halten soll, so lassen Sie doch wenigstens das Land Hessen aus dieser Verantwortung heraus. Hier könnten Petra Roth und Achim Vandreike tatsächlich etwas für die Zukunft des Rhein-Main-Gebietes und auch für die Zukunft der Stadt Frankfurt tun. Aber das wird offensichtlich auch verpennt.

Subventionsbericht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ihn in den letzten Wochen zur Kenntnis genommen und sind dabei, ihn durchzuarbeiten. Es kann doch nicht sein, dass wir noch eine derartige Vielzahl von Subventionen in diesem Lande haben. Wir wollen, dass es eigenständige Unternehmen gibt. Wir wollen nicht, dass zur Erhaltung viele Millionen Steuergelder ausgegeben werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieser Satz kommt auch schon seit zwölf Jahren!)

Wir werden - das sage ich hier sehr deutlich für die Liberalen - an diesem Thema mit verstärkter Intensität in den nächsten zwei Jahren bleiben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, in den letzten zwei Jahren haben Sie nichts geschafft!)

Denn eines ist für uns oberstes Ziel: Die Schuldenmachelei, für die nun einmal Hans Eichel und Karl Starzacher in diesem Lande Hessen stehen, ist ein und für alle Mal vorbei.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auf Kosten der jungen Generation Ihre rot-grünen Spielchen finanziert. Das machen wir nicht. Im Jahre 1997, als Sie die Regierung noch zwei Jahre hatten, gab es eine Nettoneuverschuldung, d.h. zusätzliche Schulden auf die bereits vorhandenen Schulden - das muss man den Menschen immer sagen, weil Nettoneuverschuldung so schön klingt, aber das ist etwas ganz Schlimmes -, von 1,9 Milliarden DM.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die haben Sie geschafft?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es geschafft, sie im Haushalt 2001 um 600 Millionen DM zu reduzieren. Wir sind nur noch bei 1,3 Milliarden DM.

(Armin Clauss (SPD): Ihr habt 1 Milliarde DM Mehreinnahmen, das sind zusammen 2,3 Milliarden DM!)

- Hören Sie doch auf mit Ihren Mehreinnahmen. Sie wissen doch ganz genau, dass alle unsere Mehreinnahmen vom Länderfinanzausgleich wieder verfrühstückt werden. Es bleibt in unserem Haushalt doch überhaupt nichts davon übrig.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Lebhaftige Zuerufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Clauss, danke für den Zwischenruf. Am Beispiel Länderfinanzausgleich kann man deutlich machen, dass die hessische SPD das Land Hessen aufgegeben hat. Der hessische SPD-Landesvorsitzende, der zusätzlich noch Finanzminister in Berlin ist, macht alles dafür, dass das Land Hessen mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen muss als weniger. Das ist ein Verrat am Land Hessen durch den Vorsitzenden der SPD.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat die Klage eingereicht? Und wer hat sich auf die 12 DM eingelassen?)

Ich kann mir gut vorstellen, dass dies bei Ihnen wehtut. Es ist aber die Realität, und die Menschen in diesem Lande merken es immer mehr.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie leider Unrecht! - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo leben Sie denn?)

Sie sehen, im Bereich Wirtschaft - Dieter Posch - und Finanzen - Karlheinz Weimar - haben wir sehr viel geleistet. Deshalb können wir auch stolz darauf sein, dass die Zahlen für unser Bundesland, für unser Hessenland in den letzten zwei Jahren in allen entscheidenden Bereichen, von Arbeitsplätzen über Produktivität, über die Ausbildungslage bis hin zur Arbeitslosigkeit sich positiv entwickelt haben. Das ist nun einmal eine Leistung dieser Regierungskoalition von F.D.P. und CDU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch auf anderen Gebieten Leistungen erbracht. Bildungsland Hessen - Roland Koch hat darauf hingewiesen. Ich finde es wichtig, der Kollege Quanz ist in letzter Zeit dafür da, Pressekonferenzen zu machen, die der Regierung nützen. Ich finde, er sollte noch mehr machen und nicht wie am Montagmorgen im Stau stehen.

Es ist Klasse, er hat sich tatsächlich vor sechs oder acht Monaten hier mit der Feststellung profiliert, es sei schon ein Hammer, dass in Hessen immer noch wöchentlich 30.000 Stunden Unterricht ausfallen. Kollege Quanz, ich kann nur sagen: Sie haben Recht, es ist ein Hammer. Aber es war der Oberhammer, dass zu Ihrer Regierungszeit 100.000 Stunden pro Woche ausgefallen sind.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir haben es geschafft, in 18 Monaten den Unterrichtsausfall um 70.000 Stunden pro Woche auf 30.000 zu reduzieren. Ich sage Ihnen, Kollege Bökel: Sie können mit allem rechnen. Sie können damit rechnen, dass wir handwerkliche Fehler machen; das unterläuft jedem. Sie können damit rechnen, dass wir strategische Fehler machen; aber das ist sehr unwahrscheinlich. Sie können damit rechnen, dass wir möglicherweise den einen oder anderen taktischen Fehler machen. Aber zwei Fehler werden wir auf keinen Fall machen. Wir wissen ganz genau, dass die Glaubwürdigkeit der Regierungskoalition von F.D.P. und CDU mit zwei Dingen verbunden ist.

(Armin Clauss (SPD): "Glaubwürdig" sagen Sie? Wiederholen Sie das einmal!)

- Herr Kollege Clauss, es interessiert keinen Menschen mehr, was Sie zu diesem Thema herumerzählen. - Der erste

Punkt ist die Unterrichtsgarantie. Am Ende der Regierungszeit muss Null stehen. Das wissen wir, und deshalb machen wir es auch. Das Zweite ist der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens. Am Ende der Legislaturperiode muss klar sein, dass der Rhein-Main-Flughafen mit der Kondition Nachtflugverbot ausgebaut wird, ja oder nein. Das sind die beiden Maximen, auf die Sie fest vertrauen können, auf die Sie in Ihrer Kalkulation, seien es Sie in Person oder seien es andere in der Fraktion, bauen können. Davon werden wir nicht weichen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir haben aber auch einen qualitativen Wettbewerb im Bildungsbereich eingeläutet. Ich darf nur daran erinnern - auch das ist eben schon gesagt worden -, dass wir es bei den Betreuungsschulen erreicht haben, dass nunmehr immerhin 5 Millionen DM mehr in die Kommunen fließen. Was sollte eigentlich Ihr Beitrag eben, Herr Kollege Bökel, als Sie sich lästerlich damit auseinander gesetzt haben? Seien Sie doch stolz darauf, dass das Land den Kreisen 5 Millionen DM mehr für die Betreuung gibt. Das kann man auch als Oppositionsabgeordneter sein. Zerreden Sie es doch nicht.

Was haben Sie damals gemacht? Wir machen jetzt das, was Sie mit Subsidiarität bezeichnen. Wir sagen auf der einen Seite, dass wir erwarten, dass Betreuung gemacht wird. Auf der anderen Seite geben wir den Landkreisen 5 Millionen DM mehr dafür und erwarten, dass diese die Organisation machen. Was daran negativ sein kann, das wissen noch nicht einmal Sie, Herr Kollege Bökel. Denn Sie haben das, was Sie hier gesagt haben, auch nicht begründen können.

Gymnasiale Oberstufe. Das ist doch ein Zeichen, wie hervorragend diese Koalition arbeitet. Es gab verschiedene Vorschläge, es gab verschiedene Anhörungen, es gab verschiedene Aussagen. Doris Henzler und Karin Wolff haben jetzt ein Programm vereinbart, das eine moderne Fortentwicklung der gymnasialen Oberstufe in unserem Lande ist. Ich sage Ihnen, es wird Modellprojekt für ganz Deutschland sein, was Doris Henzler und Karin Wolff hier verabredet haben, nämlich eine Kombination, einerseits die Leistungsspezialisierung nicht so weit aufblühen zu lassen, dass man - ich überspitze einmal - nur mit Deutsch und Sozialkunde ins Abitur kommen kann. Die Leistungsspezialität darf also nicht auf Kosten der Breite gehen. Das ist eine der Grundsäulen in dem Papier. Die zweite Säule ist, dass wir endlich das wahrnehmen, was uns Ausbilder in den Betrieben, die Hochschullehrer usw. sagen: dass Grundwissen in Deutsch und Mathematik verstärkt kommuniziert werden muss. Diese beiden Säulen sind für die gymnasiale Oberstufe eine Qualitätsverbesserung. Ich sage Ihnen, das wird das Modell für die ganze Bundesrepublik Deutschland werden, was wir in den letzten Tagen hier gemeinsam verabredet haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ganztagsschule. Ich kann es nicht mehr hören. Roland Koch hat schon gesagt, Sie machen es nur, weil Ihnen jedes Thema im Bildungsbereich weggelaufen ist, weil Sie acht Jahre lang gepennt haben. Wenn jemand von der Landeschulreform der Sechzigerjahre träumt wie Gerhard Bökel eben, dann kann ich sogar nachvollziehen, dass Sie das verpennt haben. Sie haben die modernen Anforderungen an die Zeit gar nicht erkannt. Sie waren wohl noch bei der einstufigen und eingleisigen Dorfschule, die wir Gott sei Dank, jedenfalls in der Wetterau, in der Zeit von CDU und F.D.P. abgeschafft haben.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das merkt man bei Ihnen aber nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Liberale sprechen uns für ein Ganztagsangebot aus. Das ist doch vollkommen klar. Unser Bild von Ehe, aber auch von der selbstständigen Frau, die ein berufliches Leben haben kann - das ist eine Verbindung, das ist kein Gegeneinander, wie Sie es diskutieren -, macht es zwingend notwendig, dass entsprechende Angebote gemacht werden. Aber die müssen dort wachsen, wo sie angefordert werden, und das ist in den Kommunen. Es ist eine verdammt Aufgabe der Kreistagspolitik in den nächsten Jahren, diese Probleme vor Ort zu erkennen und zu bündeln.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn dann die Kommunalen Spitzenverbände und die Landräte zu uns kommen, dann können Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN, sich darauf verlassen, dass wir die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, aber nicht nach der Gießkanne und dem Motto: Gerhard Bökel braucht ein Programm, um sich in der Bildungspolitik ein bisschen von F.D.P. und CDU, von Karin Wolff und Doris Henzler abzusetzen. Damit haben Sie jetzt schon Schiffbruch erlitten.

Hochschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten zwei Jahren ist eigentlich so viel gemacht worden, dass 45 Minuten nicht ansatzweise zur Darstellung genügen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb jetzt in Stakkato. Ich habe mit fast jedem Präsidenten der Universitäten und der Fachhochschulen in den letzten Wochen gesprochen. Ich habe mit Menschen gesprochen, die bei ihrer Wahl gesagt haben, sie träten nur deshalb an, weil Ruth Wagner hier mit ihrem Hochschulgesetz regiert. Ich habe mit Menschen gesprochen, die eingefleischte und überzeugte Sozialdemokraten sind - beides finde ich okay; das muss in unserem Lande auch sein -, alle haben sich mit größtem Lob über die Hochschulpolitik von Ruth Wagner und dieser Regierung ausgesprochen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Kein einziger hat daran herumgekrittelt. Sie haben noch Wünsche, bei Herrn Wörner beginnend oder Herrn Klockner. Ich habe gerade vorgestern noch einmal mit ihm gesprochen.

Aber was Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in diesem Bereich hinterlassen haben, ist schlicht und ergreifend eine Unverschämtheit gegenüber den Interessen der jungen Generation in unserem Lande.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Sie haben dort einen Steinbruch hinterlassen. Ihnen ist Evelies Mayer weggelaufen, weil gerade Sie, Herr Kollege Clauss, sie gegängelt haben und dauernd Millionen aus dem Haushalt herausgeschöpft haben. Frau Hohmann-Dennhardt ist mit Begeisterung nach Karlsruhe abgereist, weil sie wusste, dass sie hier überhaupt nichts bewegen kann.

Ruth Wagner ist es, die - das sage ich ganz bewusst - mit ihrer, Gott sei Dank, eigenen Art die Regierungskoalition dazu gebracht hat, dass ihr Haushalt in den letzten zwei

Jahren im ersten Jahr um 200 Millionen DM und im zweiten Jahr um 250 Millionen DM erhöht wurde.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist schon zu Ende.

**Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):**

Lassen Sie mich bitte noch zwei Minuten sprechen. Dann bin ich fertig.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr Kollege von Plottnitz, es ist doch schön, von solchen Erfolgen zu hören.

Wir haben das finanziert, wovon Sie als Sozialdemokraten im Bund sich verabschiedet haben. Das hatte im Übrigen Herr Möllemann gemacht. Man kann zu ihm stehen, wie man will. Sie wissen, wie ich zu ihm stehe. Er hat das Programm HSP III gemacht. Das sind in Hessen 227,5 Stellen gewesen. Die wurden einfach platt gemacht. An den Universitäten und den Fachhochschulen hat aber keine einzige Stelle gefehlt. Denn wir haben sie weiter finanziert. Man kann uns vielleicht vorwerfen, wir hätten es nach Ihrer Art erst herunterfahren müssen, um es dann wieder hochzufahren, damit jetzt schon alle jubeln. So machen wir aber keine Politik und schon gar nicht bei der Bildung und den Hochschulen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie mich zu den Erfolgen kommen, die wir in der Innenpolitik, z. B. mit dem Ehrenamt, haben. Ich nenne da ganz bewusst auch die Sperrzeitverordnung, das Ladenschlussgesetz und auch die kritische Diskussion zu einem Hundegesetz. Angesichts all dieser Erfolge, die wir in den letzten zwei Jahren gemeinsam erarbeitet haben, sind wir als Liberale stolz darauf, dass wir seit zwei Jahren die Mitverantwortung in diesem Land tragen. Wir sind stolz darauf, dass wir uns als ein konstruktiver, ehrgeiziger, aber zuverlässiger Partner bewiesen haben. Wir wollen erreichen, dass es den Menschen wieder Spaß macht, in Hessen zu leben und zu arbeiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Arbeiten Sie daran doch einfach ein bisschen mit. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Hahn,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Hier!)

Ihr Schlusssatz war wirklich die Krönung Ihrer Rede.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben wirklich allen Ernstes gesagt, dass die F.D.P. mit ihrer Beteiligung an der Hessischen Landesregierung

es fertig gebracht habe, dass die Menschen wieder Spaß hätten, in Hessen zu leben. Ich kann Ihnen dazu sagen: Ich weiß nicht, wo Sie leben. Ich weiß auch nicht, wovon Sie nachts träumen. Aber mit der Wirklichkeit hat das, was Sie gesagt haben, überhaupt nichts zu tun gehabt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD))

Herr Ministerpräsident, es war nicht weiter verwunderlich, dass Sie sich heute Morgen selbst gelobt haben. Mir ist in der Geschichte der Bundesrepublik noch kein Ministerpräsident bekannt, der sich nach zwei Jahren an der Regierung nicht selbst gelobt hätte. Es hat aber noch selten eine Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten gegeben, der sich mit einer derartigen Chuzpe hierhin gestellt hat und so ein potemkinsches Dorf aufgebaut hat, wie wir es heute Morgen in der Rede von Roland Koch erlebt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie scheinen das Bauen solcher Dörfer oder das Stellen solcher Fassaden - Sie beliebten, es so auszudrücken - wirklich nötig zu haben. Sie haben Ihre Zweijahresbilanz nicht nur zehn Tage vor Erreichen des zweiten Jahrestages der Regierung gehalten, sondern Sie haben sogar geglaubt, sie einen ganzen Monat vor dem Jahrestag Ihrer ersten Regierungserklärung abgeben zu müssen. Ich glaube aber, dass wir trotzdem die Gelegenheit nutzen sollten, über das zu reden, was Sie heute verschwiegen haben. Wir sollten über das reden, was Sie heute nicht angesprochen haben. Herr Ministerpräsident, wir sollten etliches von dem, was Sie gesagt haben, näher an die Realität bringen. Denn das ist bei Ihnen des Öfteren nötig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., diese Landesregierung zeichnet sich in der Sachpolitik durch ein gerüttelt Maß an Dilettantismus und, was noch viel schlimmer ist, eine Politik aus, die Hessen spaltet, und zwar in fast jedem Politikbereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte mit dem Politikfeld beginnen, zu dem der Ministerpräsident fast nichts gesagt hat. Umwelt- und Naturschutzpolitik, die diesen Namen verdienen würde, findet in Hessen seit zwei Jahren faktisch nicht mehr statt. Das schlägt sich dann natürlich auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nieder.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihnen ist in Ihrer ganzen, fast einstündigen Rede zur Bilanz dieser Landesregierung zur Umwelt- und Naturschutzpolitik nicht mehr eingefallen, als von einer unverbindlichen Umweltallianz mit der Wirtschaft und der Abschaffung der Grundwasserabgabe zu reden. Wenn das der Beitrag der Hessischen Landesregierung zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen sein soll, dann kann einem angst und bange werden. Leider haben Sie aber bei diesem Punkt einmal uneingeschränkt die Wahrheit gesagt. Mehr ist von Ihnen in diesem Bereich leider nicht zu erwarten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie weigern sich, den europaweit einzigartigen Buchenbestand im Kellerwald als Nationalpark auszuweisen. Es soll

ein unverbindlicher Naturpark sein. Sie sprechen immer davon, dass man die Chancen nutzen müsse. Das ist auch der Titel Ihrer Regierungserklärung. Wie wäre es denn einmal, wenn Sie die Chancen für eine wirtschaftliche und touristische Entwicklung der nordhessischen Region um den Kellerwald durch die Schaffung eines Nationalparks nutzen würden, statt dort die Kettensäge anzusetzen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Herr Heidel, das Land Hessen, dessen Bewohnerinnen und Bewohner, auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises Waldeck-Frankenberg, und vor allem auch die zukünftigen Generationen hätten etwas anderes verdient. Sie hätten eine Landesregierung verdient, die beispielsweise die Chance erkennt, die sich daraus ergibt, die Vielfalt zu nutzen, die sich durch den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage ergibt. Hessen hätte eine Landesregierung verdient, die beispielsweise europäisches Naturschutzrecht nicht mit allerlei Tricks und durch Verschleppung dauernd zu unterlaufen versucht und immer erst durch die Androhung der Zahlung von Strafgeldern dazu zu bringen ist, Recht und Gesetz wenigstens in diesem Bereich zu beachten.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hessen hätte eine Landesregierung verdient, die beispielsweise den hessischen Wald als einen Beitrag zum Natur- und Klimaschutz versteht und nicht durch den neu gegründeten Landesbetrieb unter dem harmlosen Namen "HessenForst" versucht, möglichst viel Geld aus dem Holz zu machen und mit neuen Jagdgesetzen dem Tier-, Natur- und Umweltschutz ein Halali zu blasen.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Hessen hätte eine Regierung verdient, die nicht die Grundwasserabgabe abschafft und damit auf die Förderung moderner Wasserspartechnologie verzichtet.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Abzockerei der Bürger!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben selbst gesagt, Sie wollten Hessen an die Spitze bringen. Ich frage Sie: Warum setzen Sie am Himmels willen einen der Spitzenplätze, z. B. den, den Hessen beim Wassersparen hat, derart mutwillig aufs Spiel? - Am Ende sind Sie dann auch noch stolz darauf.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Die Mittel für das Energiesparen sind unter der Verantwortung dieser Landesregierung auf ein Minimum gekürzt worden. Ressourcen- und Klimaschutz fallen in Hessen schlichtweg aus. Dazu passt, dass der Betreiber des Atomkraftwerkes Biblis mit der neuen Landesregierung eine Atomaufsicht gefunden hat, die wieder einmal sehr zögerlich und verharmlosend über Sicherheitsmängel informiert. Das gab es unter der Regierung der CDU und der F.D.P. hier in Hessen schon einmal. Herr Kollege Hahn, wie würden Sie es denn klassifizieren, dass drei Risse zu einem Riss mit zwei Unterbrechungen gemacht wurden?

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie der Abg. Gerhard Bökel und Manfred Schaub (SPD))

Meine Damen und Herren, Hessen hat eine bessere Landesregierung verdient. Hessen hätte eine Landesregierung ver-

dient, der Ressourcen- und Klimaschutz etwas bedeuten, eine Regierung, die die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung ohne Wenn und Aber über die Interessen der Energiekonzerne stellt, die Energiesparen einerseits und die Erzeugung von regenerativen Energien andererseits fördert. Aber Ihr Minister Dietzel, der in der Umweltpolitik ein Totalausfall ist, versteht sich leider lediglich als Lobbyist der konventionellen Landwirtschaftslobby. Er versteht sich noch nicht einmal als Lobbyist der konventionellen Landwirte, sondern nur der konventionellen Landwirtschaftslobby.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Seit der BSE-Krise ist er selbst da auf Tauchstation. Herr Ministerpräsident Koch, es wundert mich dann schon, dass Sie es heute Morgen hier fertig gebracht haben, ausgerechnet die Bewältigung der BSE-Krise als Glanzstück des Herrn Dietzel hinzustellen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das war blanker Hohn!)

Wenn wir uns hier alle richtig erinnern, war es so, dass Herr Dietzel dadurch aufgefallen ist, dass er zwei Tage vor dem Auftreten des ersten BSE-Falles in Deutschland die Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einem Totalverbot der Verfütterung von Tierkadavermehl als hysterischen Aktionismus bezeichnet hat. Nachdem der erste BSE-Fall zwei Tage später aufgetreten war, hat er sich erst einmal bemüht, überhaupt nichts mehr zu sagen. Das wenige, was er inzwischen gesagt hat, macht die Sache auch nicht besser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt keine hessische Begleitung, die zu einer Agrarwende hin zu einer ökologischen Landwirtschaft führt. Es gibt z. B. keine Unterstützung des Ökolandbaus. Natürlich ist es so, dass es bei der Ökologisierung der Landwirtschaft um die gesamte Landwirtschaft geht. Aber Sie tun weder das eine noch das andere. Sie machen beim Ökolandbau nichts. Sie machen bei der konventionellen Landwirtschaft genauso wenig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Die Verliererinnen und Verlierer dieser Politik werden die hessischen Bäuerinnen und Bauern sein, die Ihnen vielleicht jetzt noch zumindest in einer relevanten Minderheit vertrauen. Aber das geschieht ungefähr genau in demselben Maße, wie sie früher ihrem Futterlieferanten vertraut haben, dass das, was sie an ihre Tiere verfüttern, auch wirklich nicht schädlich ist. Das wird ein böses Erwachen geben. Ich kann nur sagen: Gnade uns vor diesem Tag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir hätten in Hessen einen anderen Umwelt- und Landwirtschaftsminister verdient. Herr Ministerpräsident Koch, wir hätten aber auch in dem zweiten Bereich, zu dem Sie fast nichts gesagt haben, eine andere Politik verdient. Eine innovative Sozialpolitik findet in Hessen nicht mehr statt. Ihre Sozialministerin agiert hilflos, ahnungslos und konturlos. Ihr Haushalt ist der Steinbruch dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Niemand in diesem Landtag widerspricht der These, dass ein Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt der beste ist. Jeden freut es, wenn die Arbeitslosenzahlen zurückgehen.

Herr Ministerpräsident, in dem Zusammenhang bedarf es aber zweier Anmerkungen. Wenn ausgerechnet Sie sich mit dem Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit schmücken, obwohl gerade Sie es waren, die am lautesten gegen das Bundesprogramm "Arbeit für Junge" polemisiert haben, dann ist das schon eine Dreistigkeit allererster Güte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn sich dann Herr Hahn hierhin stellt und die Entwicklung der hessischen Arbeitslosenzahlen mit der Entwicklung der gesamtdeutschen Arbeitslosenzahlen vergleicht, dann kann ich Ihnen sagen: Wir räumen an verantwortlicher Stelle in der Bundesregierung die Trümmer weg, die Ihre Bundesregierung und Helmut Kohl mit seinem Versprechen von blühenden Landschaften in Ostdeutschland hinterlassen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sich die Entwicklung anschauen - gesamtdeutsch, ostdeutsch und westdeutsch -, dann stellen Sie fest, wie sie in diesem Bereich ist. Wenn Sie sich die Entwicklung noch einmal anschauen, werden Sie feststellen, dass durch die Politik der Bundesregierung viel mehr Arbeitsplätze entstanden sind und dass sich diese Arbeitsplätze vor allem in vier Boomregionen der Bundesrepublik ansiedeln. Eine davon ist die Rhein-Main-Region.

Damit hat Roland Koch ungefähr so viel zu tun wie mit der Tatsache, dass morgens die Sonne aufgeht. In einem Punkt waren Sie ausnahmsweise einmal ehrlich. Bei dem Thema Internetknoten, das sich der Ministerpräsident selbst auf die Fahne geschrieben hat, haben Sie immerhin einmal den Namen Klemm in den Mund genommen. Aber wenn sich Roland Koch heute Morgen hierhin stellt und sagt, dass die Hanauer Landstraße zur Kultmeile wird, dann kann ich Ihnen sagen: Vor zwei Jahren wusste der Mann noch gar nicht, wo sich die Hanauer Landstraße in Frankfurt befindet, weil sie so weit von seinem Eschborner Blickfeld entfernt war, dass sie für ihn gar nicht existiert hat.

Wenn Sie sich mit jeder neu eröffneten Kneipe an der Hanauer Landstraße in Frankfurt schmücken und sagen: "Das ist die Kultmeile und ein Erfolg dieser Landesregierung", dann ist es kein Kunststück, hier nach zwei Jahren eine erfolgreiche Bilanz dieser Landesregierung zu ziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, natürlich gibt es an der Hanauer Landstraße nicht nur Kultkneipen, sondern auch innovative Unternehmen. Nur muss ich Ihnen zu der Frage Internetknoten im World Wide Web sagen: Die allerwenigsten im World Wide Web wissen überhaupt, dass es ein Bundesland Hessen gibt, geschweige denn, dass der Ministerpräsident dieses Landes Roland Koch heißt. Es hätte mich nicht gewundert, wenn Sie den klassischen Fehler von Al Gore begangen und gesagt hätten, dass eigentlich Sie das Internet erfunden haben. Das wäre die Krönung dessen gewesen, was Sie heute gesagt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich ist ein Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt der beste Arbeitsplatz. Aber es gibt Menschen, die eben an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden müssen. Das sind z. B. die 35% Langzeitarbeitslosen. Das sind Schwerbehinderte und gering qualifizierte. Aus dieser staatlichen Aufgabe zieht sich das Land Hessen Stück für Stück zurück. Ihre Programme zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt, die darauf angelegt waren, genau dieses Zurückziehen aufzufangen, entpuppen sich als Flops allererster Güte.

Frau Ministerin, es wäre gut, wenn Sie wieder einmal darüber berichten könnten, was aus Ihren Kombilohnprojekten geworden ist. Ich glaube, selbst das haben Sie falsch angepackt, obwohl die Idee, die dahinter steckt, nicht falsch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie verabschieden sich in diesem Bereich aus Ihrer Verantwortung. Nicht nur die Menschen, die Sie schlicht und einfach aufgeben, verlieren dadurch. Vielmehr verliert die gesamte Gesellschaft, die auf Zusammenhalt und sozialen Ausgleich angewiesen ist. Die gesamte Gesellschaft hätte eine bessere Landesregierung verdient - vor allem aber die Menschen, die Sie abschreiben. Die vorherige Landesregierung hat es in einem beispiellosen Kraftakt geschafft, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Geburtstag zu gewährleisten. Die jetzige Landesregierung hat den Kommunen für die Kinderbetreuung schlicht und einfach 100 Millionen DM gestrichen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich dann hierhin stellen und die 12 Millionen DM, die Sie den Kommunen zurückgeben, nachdem Sie ihnen vorher 100 Millionen DM gestrichen hatten, als familienpolitische Offensive bezeichnen und angesichts eines Versorgungsgrades von um die 2% bei den unter Dreijährigen sagen: "Hessen wird zum Land der Tagesmütter", dann ist das nichts anderes als Betrug an den hessischen Eltern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Sagen Sie die Wahrheit!)

Das ist vor allen Dingen dann Betrug, wenn man daran denkt, dass es keine vier Monate her ist, dass im Rahmen der Haushaltsdebatte diese Mehrheit die Anträge der GRÜNEN für ein Programm "Kinder, Karriere und Tagesmütter" schlicht und einfach ohne Diskussion abgelehnt haben.

Wir hatten in der Sozialpolitik ein dichtes Netz von Hilfsmöglichkeiten für Jugendliche aufgebaut. Die meisten dieser Hilfsangebote laufen aus bzw. werden finanziell ausgehungert. Die Jugendbildungsstätten Dörnberg und Dietzenbach werden ersatzlos geschlossen. Neue Programme und neue Schwerpunkte in dem Bereich sind nicht in Sicht.

Die Gleichstellung von Behinderten ist in den letzten zwei Jahren nicht vorangekommen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Die Integration von Ausländern - angeblich eines der wichtigsten Themen dieser Landesregierung, wenn ich mich an Ihre Regierungserklärung im April 1999 erinnere - liegt im Dornröschenschlaf. Sie haben diesen Satz natürlich im Stehsatz in Ihrem Programm "Regierungserklärung und Bilanzen".

Herr Ministerpräsident, es müsste Ihnen doch etwas auffallen, wenn Sie sich nach zwei Jahren immer noch wie heute Morgen hierhin stellen und sagen: "Der Integrationsbeirat

hat seine Arbeit aufgenommen." Dann müsste man doch einmal die Frage stellen, was denn an realen Integrationskonzepten dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn es nicht z. B. den Landessportbund und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte gäbe, die solche Vorhaben anstoßen, wäre die Bilanz dieses Integrationsbeirates gleich null. Auch das ist ein Armutszeugnis für diese Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Hessen hätte eine Landesregierung verdient, für die der Zusammenhalt der Gesellschaft, die Integration der Schwächeren, die Hilfestellung für Benachteiligte und eine vorausschauende Jugend- und Sozialpolitik wirklich wichtig sind. Nichts davon haben Sie erfüllt.

Herr Ministerpräsident, um zur Bildungspolitik zu kommen: Sie haben vorhin einen Satz aus dem Papier "Bildungsoffensive für Hessen" zitiert, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Monat vorgestellt hat. Immerhin scheint es in Ihrem Regierungsapparat Leute zu geben, die die Thesen der GRÜNEN lesen. Das freut uns und kann auch für Sie nur hilfreich sein. Vielleicht ist das schon der erste Teil der Bildungsoffensive, zumindest, was die Hessische Landesregierung betrifft.

Der von Ihnen heute Morgen zitierte Satz ist richtig zitiert, wenn auch unvollständig. Die beiden vorhergehenden Sätze gehören nämlich dazu. Da stand nämlich und steht auch noch:

Zwar hat Hessen den Bildungsetat in der Verantwortung von Rot-Grün zwischen 1991 und 1999 um nicht weniger als 25% ausgeweitet. Diese Erhöhung der Mittel trotz öffentlicher Finanzknappheit hat jedoch mit dem Wachstum der Probleme nicht ausreichend Schritt gehalten.

Ja, das geben wir zu. Sie haben zusätzliche Stellen geschaffen, das ist unbestritten und richtig. Dass Sie das konnten, hat auch viel mit einer endlich wieder soliden Finanz- und Steuerpolitik auf Bundesebene zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Oder es ist so, wie es nordhessische Bürgermeister ausdrücken pflegen: Wenn es Brei vom Himmel regnete, würde jeder einen Löffel und nicht ein Sieb aus dem Fenster halten.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Trotzdem ist es natürlich richtig, einen Schwerpunkt in der Bildungspolitik zu setzen. Herr Ministerpräsident, Sie versuchen aber schlicht und einfach, die Leute für dumm zu verkaufen, wenn Sie sich heute Morgen damit brüsten, dass Sie 3.500 neue Lehrer in den Unterricht gebracht haben. Sie verschweigen nämlich, dass von diesen 3.500 Lehrerinnen und Lehrern genau 300 neu geschaffene Stellen bekommen. Diese Stellen sind Ihr Verdienst. 3.200 Lehrerinnen und Lehrer sind dagegen schlicht und einfach Ersatzbesetzungen für früh pensionierte Lehrerinnen und Lehrer. Frau Wolff, Sie haben diese Frühpensionierungen auch noch mutwillig gefördert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, was noch dazu gehört:

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

In den Papieren der GRÜNEN steht noch mehr, nämlich unter anderem der Satz, dass es mit der Schaffung von neuen Stellen allein eben nicht getan ist. Wir brauchen mehr Ganztagsangebote an hessischen Schulen, weil sich die Gesellschaft und damit auch die Aufgaben von Schulen verändern. Herr Ministerpräsident, die Art und Weise, wie Sie sich heute Morgen über diesen Punkt geradezu lächerlich gemacht haben, spricht für Ganztagsangebote und gegen Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen in den Schulen neben Hard- und Software, um den technischen Umgang mit neuen Medien im Unterricht zu vermitteln, auch die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, nicht nur in technischen Fragen, sondern auch in der Frage, wie der Umgang mit neuen Medien inhaltlich begleitet wird. Projekte, wie z. B. "Teach your Teacher" im Main-Taunus-Kreis, bei denen Schüler ihren Lehrerinnen und Lehrern beibringen, wie man mit dem Computer umgeht,

(Beifall des Abg. Günther Becker (Gießen) (SPD))

sind zwar pfiffige Ideen, sie stellen den staatlichen Bildungsauftrag aber auf den Kopf. Wenn ich mir dann Ihr Programm "Schule@Zukunft" anschau, stelle ich fest, dass es miserabel vorbereitet war, dass es völlig unterfinanziert ist und außerdem noch ein strukturelles Problem hat, das Ihre gesamte Bildungspolitik durchzieht: Wer hat, dem wird gegeben. Wer nichts oder wenig hat, soll gucken, wie er zurechtkommt. - Das zieht sich inhaltlich durch Ihre Politik der Auslese, aber auch finanziell, wenn Sie sich angucken, wie die Kofinanzierung der Kommunen zu leisten ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dort ist von der groß angekündigten Offensive nichts zu sehen, genauso, wie von der groß angekündigten IT-Akademie weit und breit nichts zu sehen ist.

Hinter der Fassade der Neueinstellungen blitzt eine Ideologie hervor, die dem Irrglauben anhängt, man müsse alles nur ein wenig strenger machen, und schon steigt die Qualität von selbst. Die Bewertung des bayerischen Mathematikunterrichtes in internationalen Vergleichsstudien spricht da eine andere Sprache.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie konzentrieren sich auf diejenigen, denen von Haus aus bessere Startchancen mitgegeben wurden.

(Norbert Kartmann (CDU): Quatsch!)

Der Rest kann sehen, wo er bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Unsinn, das hat nie gestimmt!)

Die geplante Reform der gymnasialen Oberstufe bedeutet beispielsweise natürlich eine Verengung

(Norbert Kartmann (CDU): Sie haben keine Ahnung! Sie sind jung! Sie hätten etwas lernen müssen!)

der Leistungskurse auf Sprachen und Naturwissenschaften. Herr Kollege Kartmann, es ehrt Sie ja, dass Sie sich in Ihrer Ex-Lehrerehre getroffen fühlen. Natürlich spricht nichts gegen Sprachen und Naturwissenschaften. Die Verengung auf diese Leistungskurse, die man verbindlich vorschreibt, ist eine brutalstmögliche Abwertung von allem, was nicht verbindlich vorgeschrieben ist. Auch das hat System.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Was ebenfalls System hat, ist Ihr systematischer Versuch, die Durchlässigkeit des Schulsystems zu verringern. Ich sage Ihnen: Die hessischen Schülerinnen und Schüler hätten weiterhin ein Leistungskurssystem mit breiter Wahlmöglichkeit verdient, um selbstständiges und fächerübergreifendes Arbeiten zu üben.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Sie hätten auch verdient - das hat etwas mit der Durchlässigkeit zu tun -, dass diejenigen, die anfangs auf Haupt- und Realschulen sind, bei einer Verbesserung ihrer Leistung weiterhin so gefördert werden, dass sie die Chance haben, noch ein anderes Schulsystem zu besuchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich allen Ernstes hierhin stellen und die Abschaffung der Grundschule mit festen Öffnungszeiten auch noch als Erfolg verkaufen wollen, dann sage ich Ihnen: Es gibt einen relevanten Unterschied zu den jetzigen Betreuungsangeboten, nicht nur in der pädagogischen Qualität,

(Petra Fuhrmann (SPD): Allerdings!)

sondern gerade in der Verlässlichkeit des Angebotes. Was nämlich passiert, wenn Unterricht ausfällt, bleibt den Eltern überlassen. Genau das ist der Weg, den wir nicht gehen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch in dieser Frage, die vom Dilettantismus der Kultusministerin, von im Haushalt vergessenen Pfarrern bis hin zu mutwillig geförderten Pensionierungswellen geprägt ist, hätte Hessen eine andere Landesregierung verdient.

(Norbert Kartmann (CDU): Das haben Sie schon zehnmal gesagt!)

Während Sie von neuer Freiheit für die Hochschulen sprechen, haben die Präsidenten der hessischen Universitäten eine faktische Kürzung ihrer Etats ausgemacht. Die Autonomie, die der Wissenschaftsministerin vorschwebt, hat in der Realität wenig mit Freiheit, aber viel mit Gängelung zu tun.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Wenn Sie sich hinstellen und sagen, die Auszeichnung der TU Darmstadt als reformfreudigste Hochschule habe etwas mit dieser Landesregierung zu tun,

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist unglaublich!)

dann sagen wir als Landtagsfraktion der GRÜNEN: Herzlichen Glückwunsch an die TU Darmstadt für die Auszeichnung als reformfreudigste Hochschule und vor allem herzlichen Glückwunsch dafür, dass sie es trotz der Gängelungsversuche dieser Wissenschaftsministerin geschafft haben, reformfreudigste Hochschule zu werden. Mit der



Wissenschaftsministerin hat dies aber wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Während Sie von internationalen Forschungszentren träumen, bekommt Ihre Wissenschaftsministerin gemeinsam mit dem Finanzminister und seinem Staatsbauamt keinen einfachen Umzug auf die Reihe. Vielleicht sollten wir Ihre Regierungserklärung zur Belustigung an die Studentinnen und Studenten der Frankfurter Universität verteilen, die bald in einem Zelt statt in einer Mensa verpflegt werden, weil der Umzug zum I.G.-Farben-Gebäude nicht klappt. Ich glaube, es würde dort zumindest für einige Erheiterung sorgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht hätten wir auch die Reden von Frau Wagner vor zwei Wochen verteilen sollen, als im Staatstheater Wiesbaden die Vorstellung geplatzt ist, weil der Vorhang geklemmt hat. Auch dort hätte es sehr zur Belustigung beigetragen, wenn man die Reden von Frau Wagner zum Stellenwert von Kunst und Kultur verteilt hätte. Auch hier gilt: viel Show und wenig dahinter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das klingt nach Al-Wazir!)

Eine der größten Showveranstaltungen dieser Regierung war die Show mit den Verordnungen und Erlassen.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Wenn man Heerscharen von Mitarbeitern in die Archive schickt, um nach längst obsoleten Erlassen zu suchen, und sich dann z.B. damit brüftet, dass im Jahr 2001 der Erlass aufgehoben wurde, der die Verschiebung der Beförderungstermine im Jahre 1997 geregelt hat, und dies auch noch als Erfolg versteht, dann versteht man von Verwaltung wirklich herzlich wenig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zumindest die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung hätten eine andere Landesregierung verdient. So ist dies aber mit Ihren angeblichen Jahrhundertreformen.

Die Polizeireform sollte durch Synergieeffekte angeblich Hunderte von Stellen für die Polizeiarbeit erbringen. Anfang des Monats war es dann nicht nur der Gewerkschaft der Polizei, sondern auch der Ihnen gegenüber wesentlich unkritischeren Polizeigewerkschaft im Beamtenbund aufgefallen - Überschrift der Presseerklärung -: "Neuorganisation der hessischen Polizei. Wo bleibt die versprochene Verstärkung der Basis?" Stattdessen machen Sie etwas anderes. Sie führen die Wachpolizei und die freiwillige Polizei ein. Sie führen damit Polizisten zweiter und dritter Klasse ein und entprofessionalisieren damit die Sicherheit. Meine Damen und Herren, Rechtsbrecher gibt es landauf, landab, aber nur in Hessen erklären Sie sich selbst zu Experten für die innere Sicherheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD))

Meine Damen und Herren, die Kriminalität in Hessen sinkt seit 1993 kontinuierlich. Die Aufklärungsquote in Hessen steigt kontinuierlich seit 1994. Das hat mit Ihren Gesetzes-

änderungen ungefähr so viel zu tun wie der Wechsel der Jahreszeiten. Wenn Sie aber schon mit den Veränderungen in der Kriminalitätsstatistik argumentieren, dann müsste es Ihnen zu denken geben, dass im Jahre 1999, vor In-Kraft-Treten Ihrer Gesetzesänderung, die Zahl der Straftaten doppelt so stark gesunken ist wie im Jahre 2000. Dass Sie sich heute Morgen hierhin gestellt und gesagt haben, ein Erfolg - nach einer Zweijahresbilanz ihrer Regierung - sei, dass 20% weniger Autos gestohlen wurden, dann kann ich nur sagen: Roland Koch, der Erfinder der elektronischen Wegfahrsperre. Das hat schon etwas.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das hat aber auch viel damit zu tun, dass Sie wirklich überhaupt nicht verstanden haben, was in diesem Bereich passiert.

Die besser durchgeführten Schleierfahndungen haben relativ wenig Erfolg gezeigt, Herr Ministerpräsident, weil dicke Fische nicht ins Netz gegangen sind. Die Frage ist schlicht, ob statt des irrsinnigen Personalaufwandes, der betrieben wird, um die Nadel im Heuhaufen zu suchen, gezielte Polizeiarbeit nicht sinnvoller wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die verstärkte Videoüberwachung. Wenn Sie sich nicht nur bei der Eröffnung von Videoüberwachungen an der Konstablerwache sehen lassen würden, sondern auch einmal später und vielleicht mit ein bisschen mehr Zeit als Herr Schily

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): B-Ebene! - Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

in die B-Ebene darunter gehen und mit den Geschäftsleuten reden, die Ihnen sagen: "Alle Verbrecher sind jetzt von oben, wo die Videokameras sind, nach unten gegangen, und ich kann hier nichts mehr verkaufen", dann würde Ihnen auffallen, dass unser Argument, dass es vor allem zur Verdrängung, aber nicht zur Verhütung von Straftaten führt, schlicht und einfach richtig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie arbeiten aber weiter an Ihrem Grundsatz, dass Sie sich die Kleinen kaufen, aber dass sich die Großen bei Ihnen freikaufen. Das gilt von Herrn Kohl wegen Untreue bis hin zu Herrn Bouffier wegen Parteiverrats.

(Michael Denzin (F.D.P.): Schon einmal etwas von Rechtsstaat gehört, von einer Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz?)

Nach zwei Jahren Regierung hätte Justizminister Wagner wirklich mehr als nur einen - und dann auch noch falschen - Satz in Ihrer Regierungserklärung verdient gehabt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sagen - was Ihnen in einer einstündigen Rede zum "grandiosen" Justizminister eingefallen ist -, dass er den Bau einer Justizvollzugsanstalt auf den Weg gebracht hat, dann hat das so viel damit zu tun, wie in der Sowjetunion die Erfüllung des Fünfjahresplanes gefeiert wurde.

Wenn man sich die Realität anschaut, kann man feststellen: Nach zwei Jahren ist noch nicht einmal in Kürze der Bau einer neuen JVA auf den Weg gebracht worden. Die Überbelegung in hessischen Gefängnissen ist dramatisch.

(Michael Denzin (F.D.P.): In welchen Jahren ist die entstanden, und wann kam die erste Reaktion darauf?)

- Herr Kollege Denzin, Christean Wagner hat mit dem ihm eigenen Fingerspitzengefühl erst wertvolle Zeit mit unerfüllbaren Privatisierungsideen verplempert und dann die Situation in Schlüchtern so gründlich vor die Wand gefahren, dass wir noch lange mit unhaltbaren Zuständen im Vollzug leben müssen. Auch bei Gefangenenausbrüchen und Entweichungen hat den lieben Christean Wagner sehr schnell die Realität eingeholt.

(Gerhard Bökel (SPD): Koch sagt doch, es sei keiner abgehauen!)

Es war übrigens heute das allererste Mal, dass Sie eine Rede gehalten haben, in der nicht Rupert von Plottnitz an allem schuld war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon bemerkenswert, wenn man sich vor Augen führt, mit was für einer Verve Christean Wagner, wenn im Knast auch nur eine Tür gequitscht hat, den Rücktritt des Justizministers gefordert hat, als er es selber noch nicht war, und jetzt sagt, dass Ausbrüche und Entweichungen im Bereich des Möglichen - Originalzitat - liegen. Im ersten Halbjahr seiner Amtszeit sind ihm sechs auf einen Streich entwischt; letzte Woche haben sich wieder zwei abgeseilt. Auch da gilt: Man muss nicht nur regieren wollen, man muss es auch können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Lachen bei der F.D.P.)

Man muss sich überlegen, was man vor einer Wahl erzählt, auch dann, wenn man selbst nicht mehr daran glaubt, dass man diese Wahl gewinnt und in Verantwortung kommt.

(Michael Denzin (F.D.P.): Uuiuiuiuiuu, Auauauau!)

In der Wirtschafts- und Verkehrspolitik zeichnen Sie sich durch den Glauben aus, dass die Zukunft vor allem in Beton besteht, ob nun bei Straßen oder Landebahnen. Natürlich gehört zu einem Verkehrsmix der Individualverkehr. Wer aber von Infrastrukturvorteilen Hessens redet, dann z. B. dem Nahverkehr die so genannten Plus-x-Mittel entzieht, der muss die Frage beantworten, wie er die Mobilität im Ballungsraum auch in der Zukunft sicherstellen will.

Herr Ministerpräsident, die Aufhebung von Tempolimits nützt auch dem verbohrtesten Raser nichts, wenn er sich im Stau, in dem er steht, mit Tempo 5 km/h fortbewegt. Was die Tempolimits angeht: Auch die Opfer der Raserinnen und Raser hätten in Hessen eine andere Landesregierung verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Schlecht! Perfide! Typisch Al-Wazir!)

Herr Ministerpräsident, zum Flughafenausbau. Ihr Wirtschaftsminister macht Sie doch gerade in Sachen Nachtflugverbot mindestens zweimal im Monat lächerlich.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Motto "Auf die Straße"! Frechheit!)

Mindestens zweimal im Monat werden Sie von Ihrem eigenen Wirtschaftsminister lächerlich gemacht. Wir werden die Passage in Ihrer Rede, in der Sie darauf hinweisen, dass die Wahlergebnisse rund um den Flughafen eine Zustimmung zum Ausbau signalisieren, unter anderem an den

CDU-Bürgermeister von Neu-Isenburg und an seine Wählerinnen und Wähler weiterleiten.

Ich gebe Ihnen zu, die Doppelstrategie, vor Ort dagegen zu sein und im Landtag dafür, hat bei dieser Kommunalwahl erstaunlich gut funktioniert. Glauben Sie wirklich, dass es CDU und F.D.P. gelingt, bei der nächsten Landtagswahl, wenn nicht irgendwelche lokalen Verbalausbaugesner, sondern die Landesparteien mit ihren Positionen zur Wahl stehen, mit so einer Position durchzukommen? Warum sollte man dann ausgerechnet dem ach so glaubwürdigen Roland Koch sein Versprechen eines Nachtflugverbotes abnehmen, wo schon sein eigener Wirtschaftsminister nicht daran glaubt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sie reden dummes Zeug!)

Meine Damen und Herren, nein, mit der Wahrheit nehmen Sie es alle nicht so genau,

(Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

wie Ihr Finanzminister, der zum Mittel der Täuschung greift, um zu verschleiern, dass die Personalkostenquote trotz Steuerrekordeinnahmen auf 46,4% geklettert ist, und der von Haushalt zu Haushalt weiter unwiederbringliche Werte ganz entgegen dem natürlichen Satz "Vermögen gegen Vermögen" verschleudert.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist alles andere als strahlend. Diese Landesregierung, die ihre Mehrheit einer auf dem Rücken von Minderheiten und mit Schwarzgeld finanzierten Kampagne verdankt, hätte ohne den Schwarzgeldskandal, der von Dilettantismus in der Sache abgelenkt hat, wahrscheinlich mehr als einen Minister verloren.

Herr Koch, eigentlich hätte zu einer Zweijahresbilanz, wenn Sie schon den Schwarzgeldskandal mit keinem Wort erwähnt haben, wenigstens die Beantwortung der Frage gehört, auf die wir alle schon seit langem warten, warum nämlich Franz Josef Jung zurückgetreten ist. Aber noch nicht einmal diese Frage haben Sie beantwortet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, stolz können Sie auf die vergangenen zwei Jahre wirklich nicht sein, es sei denn, Sie empfinden die Tatsache, dass sich immer mehr Menschen angewidert von der Weigerung der Übernahme politischer Verantwortung von Politik insgesamt abwenden, als etwas, auf das man stolz sein kann.

Sie haben sich von Anfang an so benommen, als würde dieses Land CDU und F.D.P. gehören. Das fängt bei der Entlassung von fachlich hoch qualifizierten Polizeipräsidenten an, die leider das falsche Parteibuch hatten, geht mit brutalstmöglicher Parteibuchpolitik bei der Justiz weiter und zieht sich bis zur brutalstmöglichen parteipolitischen Neubesetzung des Rundfunkrates durch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Ihr Regierungssprecher die Unverschämtheit besitzt, die Klage einer Oppositionsfraktion vor dem Staatsgerichtshof als Klamauk oder Firlefanz zu bezeichnen,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Recht hat er!)

dann müsste man ihm erst einmal den Unterschied zwischen Regierungssprecher und CDU-Sprecher erklären

oder ihm einfach einmal sagen, dass er der politischen Kultur in Hessen gut tun würde,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sind Sie aber dünnhäutig!)

wenn er einfach öfter einmal den Mund halten würde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie richten Ihre Politik brutalstmöglich auf Ihre Klientel oder auf das aus, was Sie dafür halten. Herr Ministerpräsident, gerade Sie sind von Gesamtverantwortung für Hessen und von einer Akzeptanz - ich will noch nicht einmal von Achtung reden - durch eine Mehrheit der Bevölkerung so weit entfernt wie noch nie ein Regierungschef in Hessen vor Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dieses Land gehört nicht CDU und F.D.P. Dieses Land gehört überhaupt keiner Partei. Dieses Land gehört seinen Bewohnerinnen und Bewohnern.

(Zurufe von der SPD)

Sie selbst haben vor der Kommunalwahl um ein Zwischenzeugnis gebeten. Ein Zwischenzeugnis kann sich nur auf die Landtagswahl von 1999 beziehen. Dann schauen wir uns die vergebenen Noten einmal an. Die CDU hat im Vergleich zur Landtagswahl 340.000 Stimmen verloren. Die SPD hat im Vergleich zur Landtagswahl 230.000 Stimmen verloren.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

- Sie wollten doch ein Zwischenzeugnis haben. - Die F.D.P. hat im Vergleich zur Landtagswahl 25.000 Stimmen verloren, und die GRÜNEN haben - ich gebe zu, das ist noch steigerungsfähig - 10.000 Stimmen dazugewonnen. Wenn man das einmal in Prozente umrechnet,

(Lachen bei der CDU - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Der Witz der Woche! Mengenlehre der GRÜNEN! - Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

- Herr Ministerpräsident, Sie sagen: lassen Sie einmal die Wahlbeteiligung weg -, dann kommen Sozialdemokraten und GRÜNE zusammen auf 47,5% und CDU und F.D.P. zusammen auf 43,5%, und das ohne den Anteil der Republikaner, der sich fast halbiert hat. Den haben Sie nämlich schon. Da gibt es nichts mehr zu gewinnen, Herr Ministerpräsident. Deswegen sage ich Ihnen: Diese 4 Prozentpunkte Vorsprung trotz der etwas schwachen Mobilisierung aufseiten der SPD machen uns großen Mut, dass wir Sie in zwei Jahren wieder dahin schicken, wo Sie hingehören, nämlich auf die Oppositionsbank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, was uns noch mehr Mut gemacht hat:

(Zurufe der Abg. Michael Denzin und Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Sie haben heute Morgen in Ihrer Regierungserklärung keinerlei Perspektiven für die nächsten zwei Jahre aufgezeigt, geschweige denn für eine nächste Legislaturperiode.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Haben Sie denn geschlafen?)

Deswegen kann es sein, dass wir Sie noch zwei Jahre ertragen müssen. Aber Hessen hat nicht nur eine andere Regierung verdient, sondern - verlassen Sie sich darauf - Hessen wird auch eine andere Regierung bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Kartmann für die CDU-Fraktion.

#### **Norbert Kartmann (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Al-Wazir, keiner will Ihnen den Mut nehmen, aber es ist der Mut der Verzweiflung, der hier gesprochen hat,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

nicht der Mut aus der Zuversicht, wirklich etwas verändern zu können. Denn es ist am heutigen Vormittag sehr deutlich geworden, dass diese Bilanz, die der Ministerpräsident vortragen hat, eine Bilanz des Erfolges ist, der Erneuerung Hessens und der großen Akzeptanz durch die Bevölkerung,

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das glaubt ihr jedenfalls!)

eine Bilanz der Hoffnung für Hessen und für die Zukunft. Jede andere Interpretation kann sich heute Vormittag nicht ergeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Sie ist das Ergebnis von zwei Jahren stetiger Arbeit dieser Regierung und dieser Koalitionsfraktionen.

(Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Wir haben zu unserer Koalitionsvereinbarung die Überschrift gewählt: "Hessen handelt - Chancen nutzen, Zukunft gewinnen". Das waren die richtigen Begriffe, und wir sind auf dem richtigen Weg, Hessen unter diesem Titel nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD) - Armin Clauss (SPD): Kollege Kartmann, halten Sie es für angemessen, wie die Regierung Ihnen die Reverenz erweist?)

- Die wissen doch, was ich sage.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wenn es ein Qualitätsmerkmal für gegenseitige Hilfe und gegenseitiges Nach-vorne-Bringen zwischen Regierung und Koalition gibt, dann doch die Tatsache, dass wir gemeinsam wissen, was wir denken und was wir in diesem Lande wollen, auch in der Koalition.

(Armin Clauss (SPD): Die sind alle vor Ihnen wegelaufen!)

Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, das haben Sie in Ihren Koalitionen nie gekannt. Wir haben das alles. Insofern ist das, glaube ich, unproblematisch.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Ich brauche auch keine Reverenzen, ich habe nicht diesen feudalen Anspruch wie Sie, Herr Kollege Clauss.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Ich möchte auf das eingehen, was der Ministerpräsident heute Morgen hier gesagt hat. Meine Damen und Herren, an allen Ecken wird es sichtbar - und das ist ebenfalls ein wichtiger Unterschied zu früheren Zeiten -, dass wir das halten, was wir versprochen haben. Daraus wächst Vertrauen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Deswegen ist auch festzustellen, dass dieses Land unter der Führung von Roland Koch und Ruth Wagner in den ersten zwei Jahren dieser Regierung erheblich nach vorn gekommen ist.

(Armin Clauss (SPD): Der Ministerpräsident, ein Beamter und zwei Staatssekretäre - das ist die Reverenz!)

Meine Damen und Herren, die Menschen haben das auch gespürt. Am 18. März haben sie ein deutliches Zeichen gegeben. Roland Koch hat gesagt: Uns wird ein Zwischenzeugnis ausgestellt. - Herr Ministerpräsident, am 18. März ist Ihnen ein gutes Zwischenzeugnis ausgestellt worden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Damit ist auch klar, das ist ein Vertrauensbeweis für die Regierung Roland Koch. Meine Damen und Herren, das war der 18. März. Für Sie ist er ein Trauma, und das verstehen wir gut. Aber lassen Sie uns klar sagen, was Sache ist. Sie haben am 18. März aus Ihrer Sicht eine Schlappe erlitten - das ist der Tatbestand, den wir seit zwei Wochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen doch sehr genau und haben es im Ohr, wie die Vertreterinnen und Vertreter der SPD von diesem Pult aus immer wieder dieser Regierung die Legitimation abgesprochen haben. Jetzt drehe ich den Spieß um: Am 18. März ist sie erneut hergestellt worden, nach 1999. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (F.D.P.) - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Sie sind doch fest davon ausgegangen, dass diese Regierung am 18. März abgewatscht wird. Die Watsche ist auf Ihrer Backe gelandet, meine Damen und Herren. Ich kann das nicht ändern. Das ist Ihre Schuld gewesen, nicht die Schuld dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Aber wirklich nicht! Wir haben nie von Zwischenzeugnis geredet!)

- Selbstverständlich. Sie haben einkalkuliert, dass er abgestraft wird. Jetzt aber ist die CDU am 18. März die stärkste Kommunalpartei geworden. Was nun, Herr Clauss, Herr Eichel, Herr Bökel? Jetzt steht ihr bedröppelt und nass gemacht da.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zurufe der Abg. Armin Clauss und Barbara Stolterfoht (SPD))

Das ist nicht mein Problem. Ich stelle es nur fest: Sie haben sich verrannt. Ich zitiere einmal aus der "Oberhessischen Presse" vom 24.03. Matthias Mayer schreibt dort Folgendes:

Für die hessischen Sozialdemokraten kann es nur zwei Konsequenzen geben:

Die Partei muss ihre Rolle der Fundamentalopposition aufgeben

- und genau das war es bisher, ich füge das hinzu -

und sich inhaltlich deutlich wahrnehmbar positionieren. Mit billigen (weil unbezahlbaren) Schaufensteranträgen wie der Forderung nach Einführung der Ganztagschule hat sie die Rückkehr zur konstruktiven Sachpolitik noch nicht vollzogen.

Ich stelle fest: Das stimmt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Dann schreibt Matthias Mayer in der "Oberhessischen Presse" weiter:

Der Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2003

- bei der SPD -

muss schnellstmöglich gekürt werden, denn sonst hat er keine Chancen, den riesigen Popularitätsvorsprung, den Roland Koch genießt, noch auszugleichen.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, das ist eine hervorragende Zwischenbilanz, die Ihnen hier ausgestellt wird.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Bei der letzten Umfrage Bökel/Koch lag der Bökel vorn! Das scheint Ihnen entgangen zu sein!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Beweis für die Verwirrung bei der SPD sind deren Erklärungsversuche nach dem Wahltag am 18. März. Herr Eichel hat damit begonnen - nach dem Motto, die Schwarzgeldaffäre habe zu diesem Ergebnis beigetragen. - Meine Damen und Herren, diese Logik verstehe ich nicht. Denn das, was Eichel und auch andere sagen, heißt nichts anderes als: Wir als SPD haben ein Jahr lang mit allen erlaubten und vor allem unerlaubten Mitteln auf diesem Koch und auf der Koalition herumgetrampelt - und deswegen hat die CDU überall gewonnen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das verstehe, wer will. Das ist abstrus. Die SPD-Wähler bleiben zu Hause, obwohl die SPD der Meinung war, sie hätte ein Jahr lang einen Wahlkampf für ihre eigene Klientel gemacht. Diese Logik bleibt mir völlig verschlossen, und es wäre gut gewesen, wenn Sie das hier erklärt hätten.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Herr Clauss erklärt am 20. März in der "FAZ" - ich zitiere -:

Das Wahlergebnis zeigt vielleicht, dass es sich nicht in einer zusätzlichen Mobilisierung unserer Wähler niedergeschlagen hat.

Herr Clauss, vielleicht sollten Sie einmal die Erkenntnis mitnehmen: Das Gegenteil war der Fall. Mit diesem einjährigen falschen Politikansatz haben Sie in Hessen Ihre Wähler demobilisiert. - Dazu kann ich nur sagen, das ist Ihr Problem, nicht unseres.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Da täuschen Sie sich aber!)

Das ist so in Ordnung. Insofern füge ich weiter hinzu, was Herr Clauss an sonstigen Erkenntnissen verbreitet hat. In der "FAZ" sagte er:

Was Herr Koch geschafft hat, ist die Mobilisierung der CDU-Anhänger.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Armin Claus (SPD) - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dazu sage ich nur: Welch eine überragende Erkenntnis, die Herr Claus hier geäußert hat. Er kommt dann zu dem Schluss - ich zitiere wieder -:

Aber "Zwischenzeugnis" heißt: Er muss sich an seinem letzten Landtagswahlergebnis orientieren. Da klafft noch eine Lücke.

(Armin Claus (SPD): Ja, so ist es!)

Dazu sage ich: Herr Claus, das ist für uns sehr beruhigend. Die Lücke von der letzten Kommunalwahl 1997 zur Landtagswahl 1999 war für die Union 10%. Die haben wir geschlossen. Nach Ihrer Arithmetik haben wir demnächst 48% in Hessen. Das ist für uns sehr beruhigend, lieber Herr Kollege Claus.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben 5% Abstand, vorher 10%. Jetzt haben wir eine ganz andere Basis. Das heißt, wir sind zur Mitte der Wahlperiode erheblich besser, als wir das 1997/1999 waren.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann und Armin Claus (SPD) sowie des Abg. Clemens Reif (CDU))

Dazu kann ich nur sagen: eine sehr gute Arithmetik, eine SPD-Arithmetik.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns also als Ergebnis des 18. März festhalten: Für uns ist dieses Kommunalwahlergebnis landespolitisch eine Bestärkung, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen. Das werden wir mit großer Anstrengung tun. Sie wollten im Jahre 2003 gar nicht wählen. Jetzt müssen Sie sich erst einmal gedanklich darauf einstellen, dass erst im Jahre 2003 gewählt werden wird. Wir werden unsere Aufgaben erfüllen und unsere Koalitionsaussagen letztendlich umsetzen.

Meine Damen und Herren als letztes unter den Zitaten von Herrn Claus das folgende:

Herr Koch hat das zentrale Problem, dass ihm niemand mehr glaubt.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Armin Claus (SPD))

Sehr geehrter Herr Claus, diesen Unsinn glaubt Ihnen spätestens seit dem 18. März in Hessen kein Mensch mehr. Das ist auch ein Teil der Bilanz.

(Beifall bei der CDU - Armin Claus (SPD): Es bleibt aber sein Problem!)

Meine Damen und Herren, die Konfusion bei der SPD, bei den Oppositionsfractionen ist sehr deutlich geworden. Sie mussten feststellen, dass sie vor dem Scherbenhaufen ihrer Erwartungen stehen. - Das ist natürlich nicht angenehm, das ist völlig klar.

Die CDU ist erheblich gestärkt. Die F.D.P. hat ein Pluszeichen vor dem Ergebnis und ist in vielen Kommunalparlamenten vertreten. Das ist ein Vertrauensbeweis für das gesamte Projekt der CDU/F.D.P.-Regierung in Hessen für die nächsten Jahre.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie haben jetzt Arbeit, Ihren Spitzenkandidaten zu nominieren. Sie haben

dazu bereits einige Vorfeldversuche gemacht, mit verschiedenen Stufen: Ersatz-, Not- und Übergangskandidat. Das ist auch Ihr Problem. Ich sage nur: Die CDU braucht keinen Spitzenkandidaten zu suchen, wir haben den besten, den wir uns wünschen können. Das ist Roland Koch. Damit haben wir Zeit genug zum Regieren. Machen Sie Ihre oppositionelle Arbeit erst einmal richtig.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Herr Claus hat in dieser Zeitung auch gesagt, Herr Koch hätte in seiner Oppositionszeit von 1997 bis 1999 weniger Gesetzentwürfe eingebracht, als die jetzige Opposition in den ersten zwei Jahren.

(Armin Claus (SPD): So ist es!)

- Das ist ja in Ordnung. Aber es kommt eben auf die Qualität an, nicht auf die Quantität, lieber Herr Claus.

(Armin Claus (SPD): Sacharbeit!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Unsere Oppositionspolitik hat uns an die Regierung gebracht. Ihre Oppositionspolitik lässt Sie in der Opposition verbleiben. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

(Beifall bei der CDU - Armin Claus (SPD): Das werden wir sehen, Herr Kollege!)

Ich bedanke mich für den Hinweis auf diese Zahlen. Das ist eine sehr kleinkarierte Rechnung.

(Clemens Reif (CDU): Das liegt auch am Claus!)

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, festzustellen, dass am 18. März deutlich geworden ist: Die Rechtsextremisten haben in Hessen auf der ganzen Linie verloren. Das ist gut so, um das eindeutig zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass es noch nicht allzu lange her ist, dass SPD und GRÜNE in der Debatte um das NPD-Verbot diesen Ministerpräsidenten und vor allem die CDU mit übelster Polemik überschüttet und uns vorgeworfen haben, wir und Roland Koch würden die Rechtsextremen in unserem Lande stärken.

Das Ergebnis straft diese Aussage Lügen. Deshalb ist es unverschämt gewesen, was Sie gemacht haben und was Bökel heute schon wieder versucht hat, nämlich immer wieder mit diesen Argumenten zu kommen.

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Im Hessen von Roland Koch und Ruth Wagner haben die Rechtsextremen keine Chance. Das ist eine hervorragende Erkenntnis und das Gegenteil von dem, was Sie auf den Marktplätzen ständig behaupten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage es den Sozialdemokraten in diesem Lande in aller Deutlichkeit: Hören Sie bitte endlich damit auf, das rechtsextremistische Häuflein und die rechtsextremistischen Taten, so schlimm sie auch sind, permanent als Waffe gegen die CDU - und damit gegen einen demokratischen Partner im Kampf gegen den Extremismus - ins Feld zu führen. Hören Sie endlich damit auf. Sie schaden diesem Land, Sie nutzen ihm damit nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wer dieses Thema in wirklicher Primitivität bis in die Ortsvereine hinein permanent für seine politischen Spielereien zu benutzen versucht, der arbeitet gegen den Konsens der Demokraten und schadet damit Hessen und Deutschland.

Das muss Ihnen einmal gesagt werden. Hören Sie endlich damit auf. Es bringt Ihnen keinen Ertrag. Am 18. März haben Sie es doch erlebt.

Wir haben doch mit unserer Politik auch dazu beigetragen, dass die Zahl der Wähler der Rechtsextremisten zurückgeht. Hören Sie auf, die Frage zu stellen, wo die Rechtsextremisten hinwandern. Gehen Sie nach Wölfersheim. Da können Sie abzählen, wo die Rechtsextremisten gelandet sind - nämlich dort, wo Sie vor 25 Jahren hergekommen sind. Sie sind nicht von der CDU gekommen. Mehr will ich dazu nicht sagen. Das ist doch alles Plänkelei und Polemik. Ich bitte herzlich, an der Stelle diese Sache nicht fortzuführen. Das taugt nicht. Ich glaube, dass wir in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und in Hessen bewiesen haben, dass es richtig ist, gemeinsam gegen den Rechtsextremismus vorzugehen und ihn nicht parteipolitisch auszuschlachten.

Wir haben in Hessen einen Politikwechsel zu verzeichnen. Dahinter steht ein anderer Weg in der Politik, eine andere Vision, eine andere Philosophie, ein Weg hin zu mehr Selbstverantwortung, zu größerer Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern, eine Aufwertung des Ehrenamtes, eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, weg vom verwaltenden Staat. Das sind Zeichen für eine Landespolitik, die einen Politikwechsel kennzeichnen, der sich in den einzelnen Dingen, die hier vom Ministerpräsidenten dargestellt worden sind, deutlich zeigt.

Wir haben die ersten wichtigen und sichtbaren Pflöcke eingeschlagen, Pflöcke, die Wegmarkierungen auch für die Zukunft sind. Wir wollen unser Bundesland verändern. Wir wollen es zukunftsfähig machen. Es ist notwendig, den Staat und die Verwaltung zu verändern und zu reformieren. Ein moderner Staat von morgen kann nicht mit den Methoden von gestern erfolgreich sein.

Dabei gibt es Probleme, weil wir auf Menschen treffen, die über viele Jahre in dem bisherigen System gearbeitet und nun Schwierigkeiten haben, von heute auf morgen die Art und Weise ihres Arbeitens zu verändern. Das wissen wir, aber es gibt keine Alternative zur Modernisierung Hessens.

Wir haben insgesamt festzustellen: Was wir brauchen, ist ein anderes, ein positives Klima - auch für Investitionen - im Bundesland Hessen. Die Rahmenbedingungen haben sich bereits in den ersten zwei Jahren unserer Regierung sichtbar verändert. Deswegen sind wir bedeutend konkurrenzfähiger gegenüber anderen Bundesländern und anderen Regionen Europas geworden, als wir das vorher waren.

Ökonomie und Ökologie müssen Partner sein und dürfen nicht ideologische Gegner sein. Hier hat sich etwas verändert. Der Geist in Hessen hat sich verändert. Die Verkehrsinfrastruktur muss stimmen, die moderne Verwaltung muss wirtschaftsfreundlich sein, moderne Technologien müssen gefördert werden. Menschen, die in Hessen arbeiten wollen, müssen in Sicherheit leben können. Wir müssen ihnen die besten Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder geben.

All dies ergibt einen neuen Touch für Hessen, eine neue Hoffnung für Hessen. Dies alles leisten die Regierung und die Koalitionsfraktionen. Das ist von dem Herrn Ministerpräsidenten in allen Einzelheiten deutlich gemacht worden.

Ich glaube, dass wir viel Zeit bräuchten, um an den einzelnen Punkten deutlich zu machen, wo der Unterschied zwischen CDU und F.D.P. und Rot-Grün, beispielsweise im Bereich des Straßenbaus oder im Bereich der Verkehrspolitik insgesamt, liegt. Ich finde es schon überraschend, dass Herr Bökel - offensichtlich die Not erkennend, dass die

Christdemokraten und die Freien Demokraten eine ganz sichtbar andere und bessere Politik für Nordhessen machen - tief in die Geschichte dieses Landes, bis hin zu VW zurückgreifen muss, um zu sagen, Nordhessenpolitik sei SPD-Politik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Ich muss schon sagen: Der Stillstand in Nordhessen hat wohl damit zu tun, dass Sie immer der Auffassung gewesen sind, dort könne Ihnen wahlmäßig nichts passieren. Die Genossinnen und Genossen in Nordhessen litten immer darunter, dass sie abgestraft werden, und zwar nach dem Motto: Ihr da oben müsst aushalten, bei euch machen wir nichts, und in Südhessen, wo wir Stimmen brauchen, machen wir etwas.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ein Unsinn!)

- Das ist bei Ihnen doch Wahltaktik. Sie haben Nordhessen vernachlässigt, und wir wenden uns Nordhessen zu.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir nach Nordhessen kommen, dann werden wir freundlichst empfangen. Das war früher nicht der Fall, weil die Leute da oben gedacht haben, sie seien das fünfte Rad am Wagen. Dieser Gedanke ist von Ihnen produziert worden.

(Manfred Schaub (SPD): Sie waren noch nie da oben! Sie wissen gar nicht, wo Nordhessen liegt!)

- Lieber Herr Schaub, Sie wissen gar nicht, wie oft ich in Nordhessen war. - Ich habe mich deshalb diesem Thema zugewandt, weil Herr Bökel anfing, über die Nordhessenpolitik der SPD zu reden. Herr Al-Wazir hat hier gesagt, dieses Land gehöre niemandem. Die SPD ist schon der Meinung, dass ihr Hessen gehört. Dieser Meinung sind Sie seit Jahrzehnten, in Nordhessen sowieso.

(Armin Clauss (SPD): Das ist Quatsch! Erzählen Sie nicht so einen Unsinn!)

- Ach du liebe Leute, mir kommen die Tränen.

(Armin Clauss (SPD): Die SPD benimmt sich staatspolitischer, als Sie das überhaupt können!)

Ich erinnere an den Frankfurter Flughafen. Wir haben hier ein schwieriges Projekt auf den Weg gebracht, und es wird Schritt für Schritt mit hoher Sensibilität umgesetzt.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Wieso Sie?)

- Bei "wir" meine ich natürlich auch die Sozialdemokraten. Ich komme aber noch auf die Sozialdemokraten zu sprechen, weil Sie hier teilweise ein doppelbödiges Spiel betreiben. Das muss man schon sagen.

Wichtig ist, festzustellen, dass die unglaublichste Partei in der Sache Frankfurter Flughafen die GRÜNEN sind. Das haben Sie am 18. März wohl gespürt. Da haben Sie gedacht, Sie könnten fröhliche Urständ feiern. Das Gegenteil ist der Fall. Die GRÜNEN haben sich im Prinzip aus jeder konstruktiven Debatte über diese Frage abgemeldet. Einverstanden, bleiben Sie dort sitzen. Zählen Sie die Tulpen und Zwiebeln. Dann ist der Fall gegessen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass die SPD davon abkommen muss, den Versuch zu unternehmen, etwas zu vertreten, was auch wir vertreten, und parallel dazu ihr parteipolitisches Süppchen

zu kochen. Das geht nicht. Wenn wir gemeinsam ein Nachtflugverbot fordern, Sie aber immer nur in Sonntagsreden davon sprechen, dass wir es in Wirklichkeit aber gar nicht haben wollen, dann verlassen Sie den Konsens in Sachen Flughafens.

Das ist ein gefährliches Spiel, meine Damen und Herren von der SPD. Das können Sie sich gar nicht erlauben. Wenn wir dann immer wieder sehen, dass Sie den Versuch unternehmen, den Wirtschaftsminister anzugehen, ihm permanent Knüppel zwischen die Beine zu werfen, dann sage ich Ihnen nur: Dieser Wirtschaftsminister geht einen sehr schwierigen und schmalen Weg zwischen seiner wirtschaftlichen Überzeugung und seiner Pflicht als Genehmigungsminister. Wir alle - auch Sie - haben die Pflicht, ihn bei der Erweiterung der Kapazitäten des Flughafens zu unterstützen. Sie dürfen ihm nicht permanent Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Frau Kollegin Stolterfoht, an dieser Stelle bedeutet das "wir" CDU, SPD und F.D.P. Wenn Sie nicht Gefahr laufen wollen, dass das ein "wir" von CDU und F.D.P. wird, würde ich Ihnen vorschlagen, zu versuchen, den Weg gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister zu gehen, damit am Ende die Kapazität des Frankfurter Flughafens erweitert wird. Eine Erweiterung des Flughafens ist nämlich für Hessen und die Region unverzichtbar. Herr Clauss, Sie sind an dieser Stelle ein Schlitzohr par excellence. Sie versuchen immer noch, Kapital aus dieser Angelegenheit zu schlagen.

(Beifall bei der CDU und F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Der Posch ist doch unfähig, das durchzuführen! Das merkt ihr doch auch schon!)

Deshalb rede ich gerade an der Stelle gegen Herrn Clauss und nicht gegen irgendjemand anderen.

Lassen Sie mich noch einige Punkte anschneiden, weil ich offensichtlich den Abschluss dieses Vormittags gestalten soll.

(Petra Fuhrmann (SPD): Bis jetzt haben Sie wenig zur Sache gesagt, Herr Kollege!)

- Der Vorteil ist: Ich habe alle vor mir. Ich bin der Letzte, hinter mir kommt keiner mehr.

(Armin Clauss (SPD): Sie sind wirklich der Letzte, im wahrsten Sinne des Wortes! - Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind bereit, Verantwortung an untere Ebenen abzugeben. Wir sind bereit, den Bürgern Verantwortung zu übertragen. Wir sind bereit, dafür zu sorgen, dass dieses Land seine Krakenarme zurückzieht und Verantwortung weitergibt. Dies ist ein völlig veränderter Geist, den wir in eine neue Politik für Hessen einbeziehen wollen.

Mit der Auffassung, dass alles beim Alten bleiben soll, ist ein moderner Staat nicht zu gestalten. Reformen sind manchmal schmerzhaft. Trotzdem sind sie notwendig.

Roland Koch und diese Landesregierung haben die Kraft dazu, mit den Schritten, die wir vorhaben, dieses Land erheblich zu verändern. Ich glaube, das sieht man an verschiedenen Bereichen. Ich wende mich zunächst dem Bereich innere Sicherheit zu, ohne dass ich das wiederholen will, was schon gesagt worden ist.

Die innere Sicherheit ist für die Menschen ein ganz hohes Gut. Wenn die Menschen nicht das Gefühl haben, dass sie vom Staat geschützt werden, dann werden sie auch Zweifel

haben, ob sie in diesem Staat gerne leben wollen. Wenn die Menschen nicht das Gefühl haben, dass sie sich wirklich und langfristig darauf verlassen können, in einem guten und gesicherten Staat zu leben, dann werden sie anderen Menschen vermitteln: Ihr könnt nicht nach Hessen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, innere Sicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor für die Entscheidung, nach Hessen zu gehen - sowohl für ein Unternehmen als auch für Menschen, die hier arbeiten wollen. Dieses Klima hat sich mit dem Innenminister und dem Justizminister fundamental verändert. Das kann man nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dafür sprechen die Zahlen und letztendlich auch die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben, die deutlich machen: Dies ist ein nachhaltiger Weg, den wir beschreiten. Wir haben hier gehalten, was wir versprochen haben.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits deutlich gemacht, dass sich im Bereich der Wirtschaftspolitik die klimatischen Veränderungen sehr deutlich zeigen. Ich möchte jetzt im Bereich der Schulpolitik einige Punkte anschneiden, weil ich glaube, dass auch Herr Quanz ein paar Antworten auf seine gestrigen Aussagen erhalten muss.

Roland Koch hat bereits dargestellt, welche Bedeutung die Bildungspolitik hat. Noch nie zuvor in diesem Land hat die Bildungspolitik einen derartigen Schub erfahren wie mit dieser Landesregierung. Das muss man jeden Tag neu wiederholen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Noch nie zuvor haben wir uns zu Beginn einer Amtszeit in einer Situation befunden, die bildungspolitisch so schlecht war wie damals zum Ende der Amtszeit von Herrn Holzappel und Herrn Eichel. Auch dies ist ein Teil der Wahrheit.

An dieser Stelle will ich sehr deutlich sagen: Wenn wir heute feststellen, dass der Bildungshaushalt der größte Etat im Landeshaushalt ist, wenn wir feststellen, dass die Priorität der Bildung sich durchgängig in allen Belangen zeigt, und wenn wir feststellen, dass sich das Klima an den Schulen, in den Kollegien, bei den Eltern und Schülern in einem Maße gewandelt hat,

(Barbara Stolterfoht (SPD): Zum Schlechten!)

dass an die Stelle der Frustrationsphase der Jahre bis 1999 die Feststellung getreten ist: "Jawohl, das ist richtig und eine gute Politik", dann hat sich in diesem Bereich alles um 180 Grad gedreht. Aus dem Tal der Tränen ist die Bildungspolitik an das Licht der Sonne gekommen, und das ist außerordentlich wichtig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Quanz hat gestern Papier voll schreiben lassen. Ich war geneigt, amüsiert zu sein, um es einmal so auszudrücken. Diese Angelegenheit war lustig. Dann habe ich es mir angeschaut und mit Erschrecken festgestellt, dass die SPD und insbesondere Herr Quanz als deren Sprecher nichts, aber auch gar nichts, kein Jota aus dem gelernt haben, was wir jetzt als Verbesserung durchführen und was Sie als Manko hinterlassen haben. Dabei gibt es durchaus Selbsterkenntnisse. Roland Koch hat auf das hingewiesen, was in einem Papier der GRÜNEN steht. Ich füge hinzu: Nach der Wahl gab es ein Papier von Herrn Schmitt, der in ganz massiver Weise die Bildungspolitik von Herrn

Holzapfel in der Luft zerrissen hat. Ich weiß, dass die GRÜNEN an dieser Stelle anders gedacht haben als Herr Holzapfel, aber das hat nichts genützt. Sie haben acht Jahre lang hessische Schulen an die Wand gefahren, meine Damen und Herren. Das ist ein Skandal für die Kinder in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine ganze Schülergeneration hat unter Ihnen gelitten und hat unter Ihnen schlechte Ausbildungsbedingungen gehabt.

Dann kommt Herr Quanz daher und erklärt uns, die Grundschulen würden aus unserer bildungspolitischen Sicht heraus Zulieferbetriebe sein. Lieber Herr Quanz,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der steht im Stau!)

die Grundschulen sind die Schulen, in denen unsere Kinder die Grundlagen für die weiterführenden Schulen und für ihre Ausbildung bekommen, damit sie zu den Zielen der Schulen geführt werden können. Das ist keine Zulieferung, sondern das ist hoch qualitative Grundschularbeit, die wir machen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Grundschulen hatten schon immer diese Aufgabe, und Sie haben genau diese Aufgabe vernachlässigt und in den Sand gesetzt und damit den Menschen geschadet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das, was Herr Quanz gesagt hat, ist billige Polemik, die ich allerdings aus Ihren Reden der Siebzigerjahre kenne. Sie sagen, die Union und die F.D.P. würden - man beachte jetzt die Wortwahl - die ideologische Wiederbewaffnung gegen die Förderstufe und die Gesamtschulen vornehmen. Allein der Begriff "Wiederbewaffnung" ist von einer solchen pädagogischen Flachheit, dass ich gar nicht weiß, wie so jemand einmal die Legitimation bekommen hat, Lehrer zu sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Anträge zur Auflösung von Förderstufen oder von integrierten Gesamtschulen kommen aus den Schulkonferenzen und nicht von dieser Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese haben erkannt, was Tony Blair erkannt hat und was die SPD nie erkennen wird: dass diese Schulform schlicht und einfach nicht so gut ist wie das gegliederte Schulwesen. Deshalb wollen sie von sich aus in eigener Verantwortung Änderungen vornehmen. Aus Einsicht besser werden, das ist es, was die Menschen draußen können und was diese SPD nie können wird.

Herr Quanz, wo leben Sie eigentlich?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der steht im Stau!)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das wirklich alles ernst meinen, was hier drinsteht, wenn ich noch ein bisschen Respekt vor dem haben soll, was Sie eigentlich an Kompetenz in dieser Frage mitbringen.

Meine Damen und Herren, Sie sagen, dass wir eine ideologische Stärkung der Hauptschüler statt eine Förderung der Hauptschüler vornehmen. Das ist geradezu hanebüchen. Wenn es in diesem Land einen Konsens gibt, dann den außerhalb von Herrn Quanz: Es ist eine der wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben, die Hauptschule wieder qualitativ zu machen, damit der Hauptschüler dort bestmöglich ausgebildet werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein breiter Konsens, und das nennt Herr Quanz Ideologie. Er ist immer noch in der Einheitsschule. Für ihn sind immer noch alle gleich und damit letztendlich auch gleich niveaulos im Schnitt der Leistungsbilanzen.

Herr Quanz und die SPD fordern einen deutlichen Qualitätsschub in der Bildungspolitik.

(Hans Michael Maus (SPD): Quatsch!)

Meine Damen und Herren, hätten Sie nur ansatzweise eine dieser Forderungen in Ihrer Regierungszeit von 1991 bis 1999 umgesetzt, vielleicht wären Sie sogar noch an der Regierung. Tatsache ist: Sie haben acht Jahre lang von all dem, was Sie da schreiben, nicht nur nichts gemacht, sondern Sie haben dies geradezu bekämpft, was Sie heute fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie anmaßend sind Sie eigentlich, dass Sie dies nach zwei Jahren fordern und damit den Menschen deutlich machen: "Ihr seid vergesslich, und wir tun so, als hätte es diese acht Jahre nicht gegeben"? Ich muss schon sagen, es ist eigentlich ein Offenbarungseid für die Situation der hessischen SPD, was sich in diesem Hause abspielt.

Meine Damen und Herren, die Bildungspolitik ist für uns ein Schwerpunkt. Ich will der Ministerin sehr deutlich sagen, dass sie als Kultusministerin ein wirklich positives und fast schon glänzendes Kontrastprogramm zu ihrem Vorgänger bietet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Frau Wolff, das ist eine wirklich gute Arbeit, die Sie hier in einem sehr schwierigen Feld leisten. Das muss man ganz klar hinzufügen.

Ich will noch zwei Dinge sagen, die mir in den Reden der beiden Oppositionspolitiker aufgefallen sind.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sag doch mal etwas zu mir!)

- Lieber Jörg-Uwe, was soll ich zu dir sagen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da fällt ihm nichts ein!)

Wir trinken zur Halbzeitbilanz einen Kaffee. Wir haben ja gesagt, wir lassen keine Sektkorken knallen. Aber einen Kaffee können wir trinken.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Okay!)

Wir heben nicht ab, und Hochmut kommt bei uns überhaupt nicht vor. Deswegen können wir auch nicht fallen. Die Reden von Bökel und von Al-Wazir waren Ausdruck des Hochmuts, der vor dem Fall kommt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Gerhard Bökel (SPD): Ach du lieber Gott!)

Insofern muss jeder mit seinen Reden leben. Sie haben gemeinsam den Versuch unternommen, die Frau Sozialministerin und den Herrn Landwirtschaftsminister mehr oder weniger mit Häme und mit übler Beschimpfung zu überziehen.

(Gerhard Bökel (SPD): Nein! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben nüchtern festgestellt, was sie gemacht haben, und da war nichts!)

Meine Damen und Herren, ich will einmal sehr deutlich sagen: Das, was Marlies Mosiek-Urbahn, die Sozialminis-



terin, in den letzten Wochen in Sachen BSE-Krise geleistet hat, ist hoch anzuerkennen und eine wirklich hervorragende Leistung, die Sie von ihr gar nicht erwartet haben. Sie hat sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen können wir als CDU-Fraktion Frau Marlies Mosiek-Urbahn ausdrücklich Dank sagen für ihre Arbeit in dieser sehr schwierigen Situation, die sie jetzt meistern muss.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche, liebe Freunde, gilt natürlich auch für Wilhelm Dietzel, den Landwirtschaftsminister. Wissen Sie, ihm vorzuwerfen, er sei sozusagen der Ex-Bauernpräsident, ist schon ein starkes Stück. Wie viele DGB-Funktionäre haben in Hessen schon in Regierungen gegessen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Da hat sich keiner darüber aufgeregt, dass die Kameraden vom DGB eventuell freundlicher begrüßt würden als von anderen.

Meine Damen und Herren, der Landwirtschaftsminister ist ein Fachmann. Er weiß, von was er redet. Das Problem ist ja, dass Sie in vielen Bereichen gar nicht wissen, von was da geredet wird, weil Sie beispielsweise eine Kuh noch nie richtig angepackt haben. Wir können draußen ja mal einen Test machen. Lassen Sie doch diesen Unsinn. Setzen Sie sich doch in der Sache mit ihm auseinander. Dann werden Sie sehen, wie schwierig es ist, an ihm vorbeizukommen. Der Landwirtschaftsminister hat das Vertrauen der Bauern, und wir wollen es ihm auch geben. Wir werden die Bauern vor Ihnen schützen müssen.

(Beifall bei der CDU - Gerhard Bökel (SPD): Ach du lieber Gott!)

Es ist nämlich sehr perfide, dass Sie die BSE-Frage zum Anlass nehmen, der konventionellen Landwirtschaft das Misstrauen auszusprechen. Sie wissen ganz genau, dass Sie mit diesem Ausspruch des Misstrauens unverschämterweise einen ganzen Wirtschaftszweig unterhöheln und Existenzen aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen sagen wir: Mit diesem Minister, dieser Regierung und dieser Fraktion der CDU stehen wir zu den Bauern, weil wir nicht zulassen werden, dass sie ungerechtfertigt beschuldigt werden und dass ihnen die Existenzgrundlage durch Sie weggezogen wird. Das wird nicht geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Richtung Berlin ist zu sagen: Herr Schröder ist ja in der Sache völlig ahnungslos. Gerhard Schröder macht Politik ausschließlich im Hinblick auf die Zahl der Wählerstimmen, und deswegen hat er die Bauern fallen lassen. Die GRÜNEN machen es halt nur geschickter, sympathischer. Am Ende, meine Damen und Herren - das muss man den Landwirten sagen -, geht es hier nicht um die Frage des Umstiegs aufgrund von BSE und von Krankheiten. Es geht um die alte ideologische Frage, die wir in den Programmen der GRÜNEN in Hessen schon längst gelesen haben: weg von der Landwirtschaft, wie sie jetzt gemacht wird, und hin zur ökologischen Landwirtschaft. Aber das ist das Ende der Basis der Landwirtschaft in Hessen. Das muss man auch hinzufügen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Insofern nichts Neues, aber Sie haben jetzt einen besseren Deckmantel gefunden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend auf die Aussprache zur Regierungserklärung von 1999 zurückblicken, als Sie, Herr Ministerpräsident, hier zum ersten Mal für die neue Regierung gesprochen haben. Ihnen antwortete der Oppositionsführer Armin Clauss. Da will ich einiges herausholen. Zum Thema Bildungspolitik sagte Armin Clauss:

Herr Ministerpräsident, Sie haben diesen Landtagswahlkampf im Bereich Bildung nicht mit Inhalten geführt, sondern mit einem einzigen Schlagwort - nämlich dem der Unterrichtsgarantie. Das Wort - das steht für mich heute schon fest - wird als der größte Wahlschwindel in die Geschichte eingehen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Armin Clauss (SPD))

Meine Damen und Herren, drei Viertel der Unterrichtsgarantie sind erfüllt, den Rest werden wir auch noch machen. Am Ende wird Ihr Wort, Herr Clauss, Schwindel gewesen sein und nicht die Unterrichtsgarantie. Das ist eine befriedigende Zwischenbilanz.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe gelesen, Herr Clauss hat erklärt: "Wir" - er meint die SPD - "werden eine konstruktive Oppositionspolitik betreiben."

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Denkste!)

Meine Damen und Herren, das steht für sich: Ein Jahr nichts getan für Hessen, nur Klamauk, Verleumdung und Beschimpfung, das ist destruktiv und nicht konstruktiv, Herr Clauss. Sie haben sich aus der Opposition verabschiedet. Wann das personell erfolgt, weiß ich noch nicht. Aber das ist ganz klar: Sie haben den Wählern vorgeschwindelt, Sie würden konstruktiv arbeiten, aber in Wirklichkeit haben Sie destruktive Politik gemacht. Deswegen muss Ihnen das gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Also von wegen Wahrheit und Unwahrheit. Wenn ich dann noch daran denke, dass Herr Kollege Al-Wazir falsche Zahlen und Behauptungen in den Raum gestellt hat, wenn ich daran denke, dass Herr Clauss am 20. März in der "FAZ" erklärt hat, es sei erschreckend für ihn, dass in Bad Nauheim die Wahlbeteiligung nur bei 30% liege - dabei waren es 44% -, dann kann ich nur sagen: Herr Clauss, wissen Sie, in der Politik werden manchmal Sätze gesagt, die nicht korrekt sind. Aber hier sind sie bewiesenermaßen falsch.

Konstruktive Oppositionspolitik hat er behauptet, aber das Gegenteil macht er. Das sind Anspruch und Wirklichkeit von Herrn Clauss und seinen Genossen in Hessen.

Ein Zweites. Er sagte, an Herrn Koch gewandt:

In Ihrem Wahlprogramm sind Ziele formuliert, von denen Sie damals bereits wussten, dass sie in der Regierung nicht zu erfüllen, geschweige denn zu finanzieren sind.

Nichts dergleichen. Alle Punkte der Koalitionsvereinbarung, die wir bisher umgesetzt haben, sind korrekt finanziert. Alles, was Sie sagen, Ihre Vermutungen sind auf Sand gebaut. Sie sind schlichtweg auf dem Bauch gelandet mit Ihrer Ahnung, es würde alles nicht gehen. Wir haben es gemacht, meine Damen und Herren - ein Riesenerfolg für diese Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Ein Letztes. Herr Clauss sagte, wobei ich bezweifle, ob es wahr ist, was er damals gesagt hat:

Ich habe Ihre Koalitionsvereinbarung aufmerksam studiert. ... Das ist nichts anderes als ein unverbindlicher Warenhauskatalog, bei dem sich jeder nach Beliebigkeit bedienen kann, ohne dass eine Konzeption zu erkennen ist.

Meine Damen und Herren, "Hessen handelt" ist eine klare Konzeption, eine klare Linie. Die Koalitionsvereinbarung ist Wort für Wort in den Bereichen, die wir angepackt haben, auch umgesetzt worden. Wir werden am Ende dieser Legislaturperiode diese Punkte alle umgesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Nichts von Warenhauskatalog, Herr Clauss, sondern Qualität für Hessen versprochen und gehalten. Das ist die Bilanz. Wir bedanken uns ganz herzlich bei der Landesregierung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Regierungserklärung wurde gegeben und besprochen.

Ich möchte jetzt noch über ein paar Beschlussempfehlungen abstimmen lassen und rufe **Tagesordnungspunkt 34** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Dörr (Umstadt), Fleuren, Habermann, Hartmann, Quanz, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend Vorlage eines pädagogischen Konzepts für den Einsatz der Neuen Medien an Hessens Schulen - Drucks. 15/2454 zu Drucks. 15/2284 -**

Berichtersteller ist Herr Kollege Dr. Lübcke. - Auf Berichterstattung wird verzichtet. Aussprache ist keine vorgesehen.

Dann lasse ich über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen. Wer stimmt ihr zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 41:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schweinemast-Skandal - Drucks. 15/2467 zu Drucks. 15/2286 -**

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Dörr (Bergstraße). - Auch hier verzichten wir auf Berichterstattung und auf Aussprache.

Ich lasse über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen. Wer möchte ihr zustimmen? Den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 42:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Abg. Dörr (Umstadt), Prof. Fellner, May, Siebel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Hochschuldienstrechtsreform auf gutem Weg - Drucks. 15/2471 zu Drucks. 15/1645 -**

Berichtersteller ist Herr Kollege Lenz. - Auch hier verzichten wir auf Berichterstattung und auf Aussprache.

Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 43:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Initiative "Tekno-Now" der Landesregierung - Drucks. 15/2472 zu Drucks. 15/2295 -**

Berichtersteller ist Herr Kollege Siebel. - Auf Berichterstattung und Aussprache wird verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde auch diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 46:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Präsidenten des Rechnungshofs betreffend Rechnung über den Haushalt des Hessischen Rechnungshofs - Epl. 11 - für das Haushaltsjahr 1999 - Drucks. 15/2384 zu Drucks. 15/2249 -**

Berichtersteller ist Herr Kollege Lortz. - Auf Berichterstattung und Aussprache wird verzichtet.

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt ihr zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde auch diese Beschlussempfehlung einstimmig so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 47:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend europäische Perspektiven - Drucks. 15/2491 zu Drucks. 15/1335 -**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Osterburg. - Auch hier verzichten wir auf Berichterstattung und Aussprache.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 48:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Klagerecht für den Ausschuss der Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof - Drucks. 15/2492 zu Drucks. 15/2290 -**

Berichtersteller ist Herr Kollege Quanz. - Auf Berichterstattung und Aussprache wird verzichtet.

Ich komme zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt ihr zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls beschlossen.

Ich glaube, das waren alle.

(Manfred Schaub (SPD): 49! - Stefan Grüttner (CDU): 49 und 50!)

#### **Tagesordnungspunkt 49:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Anforderungen zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Frankfurt am Main - Drucks. 15/2502 zu Drucks. 15/1392 -**

Berichterstatter ist Herr Kollege Reif. - Auf Berichterstattung und Aussprache wird verzichtet.

Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 50:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchsetzung eines Nachtflugsverbots am Flughafen Frankfurt - Drucks. 15/2503 zu Drucks. 15/2292 -**

Berichterstatter ist Herr Kollege May. - Auch hier wird auf die Berichterstattung und Aussprache verzichtet.

Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist das dann ebenfalls beschlossen.

Wenn ich das jetzt richtig sehe, ist jetzt über nichts mehr abzustimmen. Ich kann Sie dann in die Mittagspause entlassen. Wir treffen uns um 15 Uhr wieder. Ich weise noch einmal auf die Ausstellungseröffnung um 13 Uhr im Umgang des Plenarsaals hin. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.50 bis 15.06 Uhr)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen und Herren! Ich bin in Verzug. Ich werde schon von meinen Schriftführern beschimpft.

Es geht mit **Tagesordnungspunkt 29** los:

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürger durch das neue Kommunalwahlrecht - Drucks. 15/2486 -**

Dazu gibt es einen

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucks. 15/2517 -**

Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Hahn für die F.D.P.

#### **Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten zwölf, dreizehn Jahren hat es die Forderung nach einem Dreiklang für mehr Demokratie in der Kommunalpolitik des Landes Hessen gegeben. Im Sommer 1990 hat der Hessische Landtag auf Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Walter Wallmann und seines Stellvertreters Dr. Wolfgang Gerhardt die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamten verabschiedet - also die Direktwahl von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern der kleineren Städte und Landräten.

Meine Damen und Herren, wir haben gemerkt, dass die Menschen diese Möglichkeit der Auswahl sofort angenommen und regen Gebrauch davon gemacht haben. Dass man den Menschen vor Ort diese Möglichkeit gegeben hat, hat dazu geführt, dass nicht mehr "wie erwartet" - d.h. von den Parteien erwartet - gewählt wurde, sondern dass es sehr große Veränderungen gegeben hat.

1993/94 hat die damalige Koalition aus SPD und Bündnisgrünen die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerbescheide verbessert, mit dem Ergebnis, dass diese von den Menschen vor Ort stärker angenommen werden können.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es fehlte aber noch der dritte Schritt, um mehr Demokratie in Hessens Kommunen zu organisieren. Das war die Einführung des Wahlsystems von Kumulieren und Panaschieren. Ich darf daran erinnern, dass sich der Landesverband der F.D.P. als Erster - bereits vor 14 Jahren im Wahlprogramm für die Landtagswahl im Jahre 1987 - für dieses Mehr an Demokratie ausgesprochen hat. Damals haben wir Liberale uns dafür eingesetzt und ausgesprochen, dass die Menschen vor Ort nicht mehr die von den Parteien vorgegebenen Listen abzunicken oder nicht abzunicken haben, sondern dass sie die Möglichkeit haben, sowohl in den Listen der ihnen zugelegten Parteien Streichungen vorzunehmen als auch Personen anderer Parteien mit ihren Stimmen zu versorgen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dieses Mehr an Demokratie haben die Koalitionsfraktionen von F.D.P. und CDU in der Koalitionsvereinbarung vom März 1999 vereinbart. Wie das unser Stil ist - darüber haben wir ja heute Morgen gesprochen - : Was vor der Wahl versprochen und in der Koalitionsvereinbarung beschlossen wird, das wird auch umgesetzt. Deshalb hat der Hessische Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von F.D.P. und CDU diese politische Vorgabe umgesetzt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte daran erinnern, dass es besonders dem Kollegen Karwecki vorbehalten war, sich in dieser Diskussion zu profilieren.

(Michael Denzin (F.D.P.): Das hat er nicht!)

So hat er z. B. in einer Presseerklärung vom 28. September 1999 schreiben lassen und das auch fast wörtlich im Plenum vorgetragen:

Sie wollen, wie nicht nur ich spaßeshalber sage, komplizieren und pervertieren.

Der erste Vorwurf des Kollegen Karwecki, der Sozialdemokraten, war also, wir wollten komplizieren und pervertieren. Das ist ein recht heftiger Vorwurf gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.

Der zweite Vorwurf lautet - in der Presseerklärung vom 28.09.1999 ebenso nachzulesen wie im Protokoll des Hessischen Landtags, da hat er wörtlich abgelesen, das ist ja nichts Schlimmes -:

Sie erwecken,

- "Sie", das waren der Kollege Klein, der Innenminister und ich -

wenn Sie für Ihr Wahlsystem werben, den falschen Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger künftig Personen wählen können ... Jeder muss aber wissen, dass die für einzelne Personen abgegebenen Stimmen ... bei der Sitzverteilung ausschließlich für die

jeweilige Partei, nicht für die einzelnen Personen, zählen.

Das war der zweite Vorwurf, den er dann noch getoppt hat, indem er von so genannten Pseudomitwirkungsrechten der Bürgerinnen und Bürger gesprochen hat, nach dem Motto: Es wird sich überhaupt nichts ändern, ihr macht den Bürgern nur irgendetwas vor.

In der Debatte am 28.09.1999 hat der Kollege Karwecki Folgendes gesagt. Das ist jetzt das Toppen, und das zitiere ich wörtlich, denn er spricht ja nicht nur für sich, sondern für die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause und damit für die Sozialdemokratische Partei im ganzen Lande.

Sie erwecken, wenn Sie für Ihr Wahlsystem werben, den falschen Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger künftig Personen wählen können. Nein, weit gefehlt. In Wirklichkeit können Sie bei Ihrem System nur die Namen von Personen ankreuzen, sodass es unter Umständen zu geringfügigen Veränderungen in der Reihenfolge der Listenbewerber kommt.

Das war das Zitat von Rolf Karwecki vom 28.09.1999. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war also die Prognose des Kollegen Karwecki nach dem Motto: Ei, es wird sich ja eigentlich nichts ändern. - Das war anscheinend die Aktion "Pervertieren".

In derselben Debatte - das ist jetzt der vierte Vorwurf gegen unser System - hat er festgehalten, dass Frauen heruntergewählt würden.

Der nächste Vorwurf - z.B. in der Presseerklärung vom 22.09.1999 - war, dass wir dann nur noch Honoratiorenparlamente hätten. Das alles gipfelte in der famosen Betrachtungsweise, dass CDU und F.D.P. mit diesem Wahlsystem dafür verantwortlich seien, dass nunmehr verstärkt rechte und linke Extreme - "linke" haben Sie nie gesagt, dass ist nicht Ihr Problem, da Sie auf einem Auge blind sind; ich kommentiere es jetzt aber für einen Liberalen - Einzug in die Kommunalparlamente dieses Landes halten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU - Tarek Al-Wazir und Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ha!)

Verehrter Herr Kollege Karwecki, bei einer Prognose hat noch nie jemand in diesem Hause so famos danebengelegt. Da haben Sie tatsächlich eine Spitzenleistung vollbracht. Denn die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen haben alles anders gemacht, als Sie es vorausgesagt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich bin stolz darauf, dass wir in einem Land leben, in dem unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger dieses System, das wir ihnen dargeboten haben, sofort angenommen haben, dass sie nicht, wie im Bundesland Rheinland-Pfalz vor zehn Jahren, nur zu 29% von der Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Karwecki, Sie haben sich nach dem Motto geäußert: "Daran wird sich eh keiner beteiligen, weil es zu unübersichtlich ist." - Das war eine Ihrer Auskünfte. Zu diesem Thema haben wir einmal lange bei Herrn Müller-Vogt in der "FAZ" diskutiert. Nunmehr können wir die Ergebnisse der Landtagswahl vom vergangenen Sonntag vorhalten.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Ich komme zum Wählerverhalten nach Gemeindegrößen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist eindeutig, dass die geringste Zahl - 45,1% - in Städten über 100.000 Einwohner kumuliert und panaschiert hat, also haben 45,1% der Hessen in großen Einheiten, wie Städten über 100.000 Einwohner, vom Kumulieren und Panaschieren Gebrauch gemacht. Die andere Extremzahl ist 69,2%. Das ist die Zahl derjenigen Bürger, die in Gemeinden bis 5.000 Einwohner von ihrem Recht zum Kumulieren und Panaschieren Gebrauch gemacht haben.

Werter Herr Kollege Karwecki, eindeutiger kann man Ihnen, den Sozialdemokraten, nicht beweisen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht nur reif, sondern auch in der Lage und willens sind, mehr Demokratie vor Ort zu üben. Sie wollten das den Bürgerinnen und Bürgern über 50 Jahre verbieten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Herrmann-Josef Seggewiß ist uns allen noch als Journalist der "Offenbach Post" in diesem Hause bekannt. Nunmehr ist er Chefredakteur der "Fuldaer Zeitung". Er hat sehr folgerichtig am 24.03. als zweite Erkenntnis kommentiert - ich darf zitieren -:

Kumulieren und Panaschieren ist eine feine Sache, und viele Wähler sahen das genauso. Da wurden Listen durcheinander gewirbelt und mancher Mandatsträger auf vermeintlich sicherem Listenplatz stand plötzlich ohne Sitz und Stimme im Gemeinderat oder Kreistag da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das wollten wir erreichen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollten, dass nicht die Parteien in den Hinterstuben die Parlamente besetzen, sondern dass die Bürger das aufgrund freier Entscheidung und freier Information machen. Die Sozialdemokraten in diesem Lande wollten das nicht. Deshalb haben Sie am Anfang gegen dieses System polemisiert, haben es sogar "pervertiert" genannt. Nunmehr haben Sie dafür ein bisschen Ihre Quittung erhalten.

(Günter Rudolph (SPD): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Es ist schon spannend. Vorwurf: zu wenig Frauen, Vorwurf: nur Honoratioren, Vorwurf: keine jüngeren Personen - alles das ist von Ihnen genannt worden.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Ich will jetzt einmal ein paar Namen von Menschen nennen, die wir zum Großteil alle kennen bzw. die wir in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen konnten.

Der Honoratior Al-Wazir - das ist ja ein Widerspruch in sich -

(Rolf Karwecki (SPD): Wieso?)

ist in Offenbach von dem letzten Listenplatz auf den Listenplatz 7 - ist das richtig? - vorkumuliert und -panaschiert worden.

(Zuruf der Abg. Silvia Hillenbrand (SPD))

Das spricht erstens gegen die These von Ihnen, dass junge Leute nicht vorkommen. Zweitens spricht es dagegen, dass Honoratioren nicht vorkommen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Hermann Schoppe ist ein Beispiel, wie es Ihnen gefällt. Hermann Schoppe, ein altgedienter Landtagskollege,

(Stefan Grüttner (CDU): Offenbach!)

der seit vielen Jahrzehnten in Offenbach Kommunalpolitik betrieben hat, der viel Sachverstand hat, ist von Platz 68 auf Platz 11 vorkumuliert worden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ludwig Braun, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, hat - ich glaube - den besten Sprung geschafft, nämlich von Platz 36 auf der Stadtverordnetenliste der F.D.P. in Melsungen auf Platz 1.

(Günter Rudolph (SPD): Sein Sohn ist auf Platz 2!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier mag das Wort von den Honoratioren klappen. Dies ist bei den anderen Bedenken, die Sie genannt haben, aber nicht der Fall.

Nun kommen wir zu einem Sozialdemokraten in Dreieich, einem jungen Arzt namens Reinhold Pötsch, der von Platz 21 auf Platz 1 vorkumuliert worden ist.

Oder: Noch ein Sozialdemokrat im Bereich Offenbach-Land. Hans-Joachim Vorndran, 28 Jahre alt, ist von Platz 33 auf Platz 1 vorgerückt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den haben Sie verwechselt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun kann man sagen - so schreibt es eine Zeitung -, er wäre ausschließlich deshalb gewählt worden, weil sein Vater denselben Nachnamen und dieselben Abkürzungen im Vornamen hat. Ich glaube, hier macht sich ein Journalist über die Bürger in seiner Gemeinde lustig.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Frauen würden nicht vorgewählt.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben es gerade in Wiesbaden erlebt. Jede Partei hat es "getroffen". Da wurden auch Verabredungen getroffen. Das finde ich auch klasse so. Herr Kollege Karwecki, die These stimmt nicht, dass Frauen nicht vorgewählt werden. Ganz im Gegenteil, wie gesagt, in der Landeshauptstadt ist dies über alle Parteien hinweg geschehen. Lassen Sie mich noch zwei etwas berühmtere Damen nennen. Karin Wolff, unsere Kultusministerin, ist in Darmstadt von Platz 50 auf Platz 13 vorgerückt. Das ist schon ein Riesensprung. Gisela Stang, die künftige Bürgermeisterin von Hofheim, ist im Kreistag des Main-Taunus-Kreises von Platz 65 auf 21 vorgerückt. Herr Karwecki, alle Ihre Prognosen waren schlicht Mumpitz.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es waren Hilfsargumente, um uns daran zu hindern, mehr Demokratie auf kommunaler Ebene einzuführen. Sie haben sich geirrt. Wir haben es anders gemacht, und die Menschen in diesem Land haben es nicht nur genutzt, sondern mit großem Engagement auch ausgenutzt und die Listen durcheinander gewirbelt.

Extreme Rechte war Ihr nächster Punkt. Sehr verehrte Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dass durch die Politik, die diese Landesregierung macht, eine offensive Auseinandersetzung mit den rechtsradikalen Parteien stattfindet. Wir machen keine Placeboveranstaltungen, wie NPD-Verbote, sondern wir setzen uns auseinander.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Die Zahl der Wählerinnen und Wähler der REPs und der NPD ist dadurch um zwei Drittel gesunken.

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Günter Rudolph (SPD))

Ein Problem - das möchte ich überhaupt nicht herunterreden, damit müssen wir uns noch beschäftigen - ist die Frage der Wahlbeteiligung. Sie ist sehr negativ. Sie lag in diesem Jahr bei 53%. Vor vier Jahren waren es 66,1%. Eines sage ich: Schon am Wahlabend waren die Sozialdemokraten mit irgendwelchen klugen Erklärungen vorne weg, nach dem Motto: Die Menschen in diesem Lande waren - das war Ihr Hilfsargument, weil es bei den Wahlergebnissen nicht geklappt hat, da haben Sie es andersherum versucht - durch die Finanzaffäre der Hessen-CDU so angewidert, dass sie nicht zur Wahl gegangen sind. - Das ist offenbar auch wieder Mumpitz, eine typisch sozialdemokratische Auseinandersetzung mit Wählern.

Wir haben heute die Möglichkeit, in der "FAZ" nachzulesen, was uns die beiden Wahlforscher Richard Hilmer von Dimap sowie Herr Roth von der Forschungsgruppe Wahlen nahe gelegt haben. Die These ist ganz einfach. Erster Punkt. Wir kommen in Hessen zur Normalität bei der Kommunalwahlbeteiligung, die die anderen Bundesländer schon haben.

Zweitens. Das hat etwas damit zu tun, dass die Menschen Prioritäten setzen. Die Priorität heißt: Erstens Bund, zweitens Land, drittens Kommunen und viertens Europa.

Das hat drittens etwas mit der Mobilität zu tun. Allein in Frankfurt gibt es jährlich einen Austausch - Hin- und Herziehen von Menschen - von 40.000 Personen, sodass innerhalb einer vierjährigen Legislaturperiode 160.000 Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt wechseln.

(Rolf Karwecki (SPD): Der Vergleich hinkt!)

Dass diese Personen dann natürlich nicht die Interessenlage haben, auch dort zu wählen, wo sie gerade hingezogen sind, weil sie damit noch keine persönlichen Beziehungen haben, ist auch eine Erklärung.

Wir Kommunalpolitiker im Landtag sind durch Kumulieren und Panaschieren unheimlich viel mehr geworden. Ich bin ein bisschen "traurig", dass ich von Platz 26 auf nur Platz 2 hochgewählt worden bin.

(Beifall bei der CDU - Zurufe bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

- Ja, manche haben es besser geschafft. Das gebe ich neidlos zu. Ich kann allen Kommunalpolitikern nur sagen, dass sich die Kommunalpolitik so einsetzen muss, dass sie wieder interessanter für die Menschen wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb Folgendes sagen: Wir haben mit dem System etwas erreicht, was die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande mit insgesamt weit über 50% angenommen haben, was notwendig war, um die Demokratie vor Ort zu steigern. Wir möchten aber, dass das noch verbessert wird.

Die endgültigen Zahlen liegen ja bis auf Frankfurt vor. Das ist übrigens ein Kapitel für sich. Herr Innenminister, da

bitte ich darum, dass wir im Innenausschuss einmal darüber reden. Ich halte es schon für ein kleines Unding, dass wir Klein-Florida in Frankfurt üben. Da muss irgendwo irgendwas falsch gelaufen sein. Das können wir im Innenausschuss in aller Ruhe auch hinter verschlossenen Türen beraten.

Ich meine, wir sollten noch Änderungen vornehmen, damit die Menschen noch präziser wissen und erkennen können, wer die Kandidaten sind. Das heißt, der Wohnort, der Beruf und das Alter sollten auf die Stimmzettel mit notiert werden.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):**

Vielen Dank, Herr Präsident.

Wir sollten uns dabei darüber unterhalten, ob nicht die Briefwahl noch erleichtert werden kann, damit die Menschen bei anderen Gelegenheiten schon zu Hause die Wahl machen können, und - das ist für uns Liberale sehr wichtig - wir möchten, dass die Möglichkeiten für EU-Wähler etwas verbessert werden. Mir ist die rechtliche Meldeproblematik bewusst, insbesondere mit zwei verschiedenen Arten von Pässen im Vereinigten Königreich. Ich meine, wir sollten nicht päpstlicher als der Papst sein. Wenn es rechtliche Möglichkeiten gibt, sollten wir sie nutzen.

Herr Präsident, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir Liberale sind froh darüber, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner mehr Demokratie in Hessens Kommunen und Rathäusern gewagt haben. Wir sind halt nicht die Hasenfüße von den Sozialdemokraten, die weiter Parteipolitik machen wollten.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Wir wollten, dass die Bürger selbst entscheiden. - Vielen Dank.

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Damit hat der Abg. Karwecki für die SPD-Fraktion das Wort.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Ui, die Hinterbänkler!)

**Rolf Karwecki (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Stefan Grüttner (CDU): Wie weit sind Sie kumuliert worden?)

- Ich bin kein Multifunktionär, Herr Kollege.

(Stefan Grüttner (CDU): Keine Bodenhaftung!)

Wenn ich mir den CDU/F.D.P.-Antrag ansehe und über das eben Gehörte nachdenke, kann ich bei Ihnen nur eine gewisse Wahrnehmungsstörung feststellen. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vor lauter Begeisterung über den Anteil der Kumulierer und Panaschierer verlieren Sie die alarmierend niedrige Wahlbeteiligung fast aus den Augen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Nein! - Norbert Kartmann (CDU): Nichts begriffen!)

Wir halten nichts von Ihrer Art der Selbstbeweihräucherung, sehen die Schwerpunkte anders und werden uns deshalb - um es gleich vorwegzunehmen - bei Ihrem Antrag enthalten.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P. - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Sie können Ihre Rede nicht mehr ändern!)

Meine Damen und Herren, auch wenn die Wahlstatistik noch nicht vorliegt und insofern noch eine eingehende Beratung als verfrüht angesehen werden muss,

(Stefan Grüttner (CDU): Hat die Entscheidung Herr Bökel getroffen, wer hier reden soll?)

erlaube ich mir hier einige Bemerkungen zum Thema, die ich gesittet vortrage und nicht so hereinschreie wie Sie, Herr Grüttner. Es ist zutreffend, dass ein beachtlich großer Teil der Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten des neuen Kommunalwahlrechtes genutzt hat. Ob das wirklich, wie der Innenminister in einer Presseerklärung verkündet hat, mehr als 55% waren, bleibt fraglich.

Ich verlasse mich eher auf die Angaben des Statistischen Landesamtes, die besagen, dass bei den Kreistagswahlen 59,4% der Wähler und bei den Gemeindewahlen immerhin noch knapp 43% der Wähler lediglich eine Liste gewählt haben. Fest steht jedenfalls, dass - wie vermutet - der Anteil des Kumulierens, Panaschierens und Streichens mit abnehmender Größe der jeweiligen Körperschaft zunimmt. So ist zu registrieren, dass gerade bei den Ortsbeiräten teilweise 75% personenbezogen gewählt haben.

Damit zeigt sich, dass je nach Bekanntheitsgrad der Kandidatinnen und Kandidaten die personenbezogene Wahl, wie vorher schon angenommen, zunimmt. Wer sich durch politischen Sachverstand und insbesondere durch Engagement in der Vergangenheit ausgezeichnet hat, konnte bei dieser Wahl auch über Parteigrenzen hinweg mit Anerkennung seiner Leistungen rechnen. Dies ist insbesondere an den Ortsbeiratsergebnissen abzulesen, wo einzelne Kandidaten unabhängig von ihrer Partei dreimal so viele Kreuze erhalten haben wie der Nachfolgekandidat oder der Spitzenreiter einer anderen Liste.

Ob allerdings ein Kandidat Herr Koch für seine medienwirksame Standhaftigkeit mit entsprechenden Personenkreuzen belohnt worden wäre oder aber die Wahlkampffinanzierung mit Schwarzgeld zu zigfachen Streichungen dieser Person geführt hätte, kann ich nicht sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Lachen des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Unbestritten ist dagegen, dass die Hessen im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich häufiger die Möglichkeit des Streichens genutzt haben, also den einen oder anderen Kandidaten abstrafen. Fest steht auch, dass viel mehr Wähler die sonstigen Möglichkeiten, also des Kumulierens und Panaschierens, nutzten, als ursprünglich angenommen und als - wie Herr Hahn richtig bemerkte - aus den Erfahrungen von Rheinland-Pfalz anzunehmen war. Das wiederum dürfte ein Hinweis darauf sein, dass die Wähler zumindest Teile des Systems kannten und verstanden haben. Auf die Nichtwähler komme ich später noch zu sprechen.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Sie haben doch immer erzählt, sie würden es nicht kapieren!)

Was die Wähler allerdings nach meinen Erfahrungen nicht so deutlich erkannt hatten, war die Tatsache, dass jede Per-

son und Stimme in Bezug auf die Sitzverteilung zunächst nur für die jeweilige Partei zählt. Es ist nach wie vor keine Persönlichkeitswahl, sondern wie bisher eine reine Verhältniswahl, bei der durch die Personenstimmen nur die Möglichkeit besteht, die Reihenfolge der von den Parteien eingereichten Listen zu verändern.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist doch schon etwas!)

Deshalb ist es, wenn man mehr Klarheit vorgeben will, tatsächlich eine Überlegung wert, ob man künftig zur Berechnung der reinen Mandatsverteilung auf die Parteien nur noch die Listenstimmen zugrunde legt. Die Einwirkungen des Wählers auf die Reihenfolge der Kandidaten durch die Personenstimmen bliebe dadurch ohne weiteres vorhanden.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich habe nicht eine solche Forderung erhoben. Ich habe lediglich ein diesbezüglich ergebnisoffenes Nachdenken als sinnvoll bezeichnet.

Meine Damen und Herren, kennt der Wähler aber seine Kandidaten nicht persönlich, treten offensichtlich ganz andere Kriterien in den Vordergrund. Es ist zu beobachten, dass - wie ebenfalls schon vermutet und wie es Erfahrungen aus anderen Bundesländern belegen - klangvolle Namen oder akademische Titel bevorzugt werden. Herr Kollege Hahn, die Richtung hin zu Honoratiorenparlamenten hat sich bestätigt.

Interessant war auch, dass sich im Gegensatz zu anderen Erfahrungen gerade in Hessen der Trend, selektiv Frauen zu wählen, stark bemerkbar machte, was manche von Parteien geschlechtsaustarierte Listen durchaus durcheinander brachte. Auch im Landkreis Kassel - nicht nur in Wiesbaden - wurde beispielsweise der überwiegende Teil der weiblichen Kandidaten hochkumuliert, während ein beachtlicher Teil der männlichen Kandidaten leicht nach hinten rutschte - ähnlich wie in anderen Kreisen. Hier hat wohl der Slogan "Frauen wählen Frauen" oder aber die natürliche Solidarität unter den Frauen gewirkt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt dürfte der Frauenanteil gegenüber den letzten Wahlen steigen, was durchaus als erfreulich bezeichnet werden kann. Dagegen ist kurios, dass Namensgleichheiten oder Ähnlichkeiten ganz offensichtlich zu Verwechslungen führten. Wie sonst wäre es zu erklären, dass in einem Orts- teil ein Kreistagskandidat ohne jeglichen örtlichen Bezug, aber mit ähnlichem Namen wie der Ortsvorsteher ungleich mehr Stimmen einfährt als in allen übrigen Stimmbezirken derselben Gemeinde? Ob und wie hier Abhilfe erfolgen kann oder sollte, ist vorhin vom Kollegen Hahn angeregt worden. Man muss darüber diskutieren.

Eine Bemerkung noch zum Anteil ungültiger Stimmzettel. Obwohl die Listenstimmen bei den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte weit aus überwiegen, ist gerade hier ein deutlich höherer Anteil ungültiger Stimmen zu verzeichnen. Genauer gesagt: 4,2% gegenüber bisher 2,7%. Dagegen sind in den sonstigen Städten und Gemeinden kaum mehr ungültige Stimmzettel aufgetaucht. Ob das mit der jeweiligen Größe des Stimmzettels zu tun hat, bedarf noch näherer Prüfung.

Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, warum gerade auf den Kreistagsstimmzetteln sehr viele Stimmen verschenkt wurden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so beabsichtigt war.

Ein weiteres, schon vorher vermutetes Problem ist vielfache Wirklichkeit geworden: So sind in vielen Städten und

Gemeinden Orts- bzw. Stadtteile in den jeweiligen Vertretungsorganen überhaupt nicht mehr repräsentiert, obwohl die großen Parteien bei der Listenaufstellung auf den Regionalproporz geachtet haben und auch nach der Wählerzahl dem jeweiligen Stadt- oder Ortsteil rein rechnerisch mindestens ein Vertreter zugestanden hätte.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Entsprechendes muss ebenso für zahlreiche Städte und Gemeinden in Bezug auf die Kreistage registriert werden. Beispiel: Die Stadt Laubach und die Gemeinde Fernwald stellen, unabhängig von den Parteien, keinen einzigen Abgeordneten mehr im Gießener Kreistag.

Wenn nach diesem System Landtagswahlen erfolgen würden, wären große hessische Regionen überhaupt nicht mehr im Landtag vertreten. Erlaubt sei deshalb hier die Frage, ob das mit der Absicht mehr Demokratie zu vereinbaren ist. Ich meine, hier ist ein näheres Nachdenken in Bezug auf vorgegebene Wahlbezirkseinteilungen angesagt.

Bezogen auf die jeweilige Parteipräferenz ist zu bemerken, dass die Wähler der großen Parteien die neuen Möglichkeiten überdurchschnittlich nutzten. Die Zahl der Briefwähler hat verständlicherweise zugenommen - obwohl noch nicht genau gesagt werden kann, ob hier mehr kumuliert oder panaschiert wurde. Das bleibt noch zu ermitteln.

Fazit: Die meisten, die gewählt haben, wussten, wie es geht. Aber das waren landesweit leider nur knapp über 50%. Insofern ist dem Änderungsantrag der GRÜNEN nur zuzustimmen. Während 1997 noch rund zwei Drittel zur Wahl gingen, haben jetzt nur noch 53 vom Hundert ihre Stimmen abgegeben. Herr Innenminister, die Wahlzurückhaltung ist wesentlich deutlicher als bei fast allen anderen zurückliegenden Wahlen in anderen Bundesländern. Insofern müsste der CDU/F.D.P.-Antrag eigentlich dahin gehend umformuliert werden, dass es heißt: Der Landtag begrüßt es, dass etwa ein Viertel aller Wahlberechtigten die Möglichkeiten des neuen Rechts genutzt hat.

Meine Damen und Herren, ein solcher Rückgang kann nicht allein mit dem Hinweis auf die Politikmüdigkeit abgetan werden. Die in einer Pressemitteilung des Innenministers aufgestellte Behauptung, der Rückgang liege im Trend, ist, zumindest bezogen auf die Bundestagswahlen, nicht zutreffend.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Das ist aber jetzt ein Beispiel!)

Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass eine gewisse Angst, gerade bei den älteren Herrschaften, vor dem neuen System auch einige von der Wahl abgehalten hat. Ich meine, deswegen ist es erforderlich, eine Nichtwähleranalyse vorzunehmen.

Schaut man sich die Wahlbeteiligung näher an, dann relativiert sich gewiss auch die Freude der CDU, landesweit gerade so eben stärkste Partei geworden zu sein. Denn nach wie vor besetzt die CDU bei der Zahl der errungenen Mandate nur Platz zwei. Gegenüber 1997 hat die CDU insgesamt rund 60.000 Wähler verloren - und so gesehen also nicht gewonnen; andere haben nur mehr verloren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die F.D.P. hat die überwiegende Zahl ihrer neuen Mandate nicht etwa einer gewachsenen Wählergunst zu verdanken.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Sie haben Ihr Wahlziel verfehlt. Sie haben gerade einmal die Zahl Ihrer Mandate verdoppelt und bei weitem nicht

verdreifacht. Die neuen Mandate sind nur auf den Wegfall der 5 %-Hürde zurückzuführen. Das heißt also, Mandatsgewinne hatten Sie nicht durch Wahl, sondern per Gesetz.

Nur hierdurch ist es auch zu erklären, dass die großen Parteien zwar in mehreren Bereichen hinzugewonnen haben, in manchen dieser Bereiche jetzt aber sogar weniger Mandate zugeteilt bekommen haben als zuvor. So - also durch den Wegfall der 5 %-Hürde - sind landauf, landab Einpersonnenfraktionen entstanden, und zwar in zahlreichen Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten. Genauer: Es sind bei den Kreisparlamenten acht und bei den Gemeindeparlamenten sogar 156; von Letzteren haben 128 ihre Existenz allein dem Wegfall der 5 %-Hürde zu verdanken.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

In Frankfurt finden wir fast Weimarer Verhältnisse: zehn Parteien im Stadtparlament. In Darmstadt-Dieburg reichten den Tierschützern gerade einmal 0,6% der Stimmen, um einen Sitz zu erringen. Ob das - also die Vertretung von ganz begrenzten Partikularinteressen - dem politischen Meinungsbildungsprozess dienlich ist, halte ich für mehr als fraglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich lasse mich gerne im Lauf der nächsten fünf Jahre eines Besseren belehren. Ich befürchte aber, dass diese Art der Ergebnisse - wenn es die kleinen Extremen schon vorher nicht geschmalt haben - jetzt extremen Gruppierungen wieder Aufwind geben und sie bei den nächsten Kommunalwahlen zu entsprechenden Kandidaturen verführen wird.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meines Erachtens ist es angesagt, über neue Bewertungs- und Sitzverteilungsverfahren nachzudenken - zumal Koalitionen, die nach der Stimmenzahl die absolute Mehrheit aufweisen, dies in wenigen Fällen nicht in ausreichende Sitzzahlen umgewandelt bekommen.

Um die hier eben erwähnten kleinsten Gruppierungen nicht noch mit Steuermitteln zu unterstützen, wäre meines Erachtens darüber nachzudenken, ob nicht - wie in anderen Bundesländern - auch in Hessen eine gewisse Mindestmandatszahl für den Fraktionsstatus verbindlich vorzuschreiben ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Einzelpersonen mit Fraktionsstatus gibt es fast nur in unserem Bundesland.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt und Günter Rudolph (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch etwas, was die Freude über das Kommunalwahlergebnis auf der konservativen Seite doch sehr relativieren dürfte: Überträgt man das Ergebnis vom vor-vergangenen Sonntag auf die Landesebene - was zugegebenermaßen nicht ohne weiteres möglich ist, aber ich halte das dennoch für interessant -, dann hätte Schwarz-Gelb keine Mehrheit erhalten, sondern Schwarz-Gelb wäre nachweisbar abgewählt worden.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Sobald die repräsentative Wahlstatistik vorliegt, müssen wir über folgende Punkte nachdenken: ungültige Stimmzettel, verschenkte Stimmen, Sitzverteilungsberechnung, Sicherung der flächendeckenden Repräsentanz und Einpersonnenfraktionen.

Ganz besonders wichtig aber ist eine Analyse im Hinblick auf die meines Erachtens beängstigend schwache Wahlbeteiligung. Meine Damen und Herren, nur wenn wieder der Anteil der Bürger, die mitentscheiden, deutlich ansteigt, erreichen wir mehr Demokratie. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Danke. - Das Wort hat der Kollege Klein für die Fraktion der CDU.

**Armin Klein (CDU):**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Karwecki, wenn Sie ein ordentlicher Politiker wären, hätten Sie sich hierhin gestellt und gesagt: Ich habe mich geirrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Günter Rudolph (SPD): Schwätzer!)

Was aber haben Sie gemacht? Sie haben Fakten verdrängt und den Wähler noch als unmündig dargestellt und beschimpft. - Das ist das, was ein Politiker nicht machen sollte, weder vor Wahlen noch nach Wahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Rolf Karwecki (SPD): Das ist Quatsch!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wähler haben am 18. März zum ersten Mal seit 20 Jahren die CDU wieder zur stärksten kommunalpolitischen Kraft in diesem Lande gemacht.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Damit haben die Wähler auch unseren Ministerpräsidenten, dieser Landesregierung und dieser Koalition ihr Vertrauen ausgesprochen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ein Schwätzer!)

Meine Damen und Herren von SPD und auch GRÜNEN, Sie hätten gern das Gegenteil gehabt. Aber der Wähler hat Ihnen am 18. März eine schallende Ohrfeige gegeben.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Karwecki, ihre Rechenbeispiele sind so verquer, dass man sie gar nicht nachvollziehen kann.

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Bei der Wahl selbst haben die Menschen in unserem Lande gezeigt, dass sie viel intelligenter sind, als ihnen das die SPD zugetraut hat. Die Möglichkeit, zu kumulieren und zu panaschieren, gibt den Bürgern die Chance zu mehr Demokratie und zu mehr Mitwirkung auf kommunaler Ebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Bei der Auswahl der kommunalen Mandatsträger haben sie diese neuen Rechte in hervorragender Weise angenommen und genutzt. Die Menschen haben ihr Vertrauen und ihre Sympathie sehr gezielt und sehr differenziert auf die Kandidaten verteilt, auch zwischen den einzelnen Listen.

(Rolf Karwecki (SPD): Das habe ich gesagt! - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Persönliche Kompetenz der Bewerber und inhaltliche Alternativen haben die Wähler sehr bewusst wahrgenommen und gewichtet.



(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Herr Karwecki, Herr Hahn hat Sie schon angesprochen, und ich tue es auch: Trotz wochenlanger Angstmache durch Sie, meine Damen und Herren insbesondere von der SPD, hier im Landtag und draußen im Lande und durch die zahlreichen Verwirrspiele mancher Medien haben im Landesdurchschnitt - das ist ausgewiesen, auch wenn Sie die Zahl bestreiten - 55% der Wähler auf Anhieb von den neuen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Das ist mehr als jeder Zweite, ein wirklich sensationell gutes Ergebnis. Nehmen Sie es doch endlich zur Kenntnis.

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Nun zum Vergleich: Bei der ersten Wahl nach einem solchen System in Rheinland-Pfalz haben nur ganze 29% der Wähler kumuliert und panaschiert. Die hessische Wählerschaft ist also sehr, sehr klug. Der gute Widerhall, den das neue Wahlverfahren gerade bei den hessischen Wählern gefunden hat, zeigt doch, dass es vielen Bürgern ein Bedürfnis war, bei der Kandidatenauswahl ein Wort mitzureden. Sie wollen dieses Feld eben nicht nur und allein den Parteien überlassen.

Meine Damen und Herren von der SPD, die Bürger haben auch nie verstanden, warum ausgerechnet in Hessen die demokratische und bürgerfreundliche Persönlichkeitswahl nicht funktionieren sollte, obwohl sie in allen Nachbarländern und in fast allen Flächenländern bereits funktioniert. Selbst in den Großstädten - Kollege Hahn hat die Zahlen schon genannt -, wo die Kommunalwahl als besonders anonym gilt, haben die Wähler von der Möglichkeit, ihre Kandidaten auszuwählen, Gebrauch gemacht. In Wiesbaden waren es 44%, in Offenbach 51%, in Darmstadt sogar 59% der Wähler. Selbst in Frankfurt, der mit Sicherheit anonymsten Großstadt in Hessen, waren es immerhin respektable 38% der Wähler, die dieses Recht in Anspruch genommen haben.

Ein Weiteres fällt auf. Ausgerechnet diejenigen, die nach Ansicht der SPD mit dem ach, so komplizierten Wahlverfahren die meisten Schwierigkeiten haben würden, kamen mit den Mitwirkungsmöglichkeiten besonders gut zurande. Gerade die Älteren waren es - übrigens neben den ganz Jungen -, die am eifrigsten kumuliert und panaschiert haben.

(Rolf Karwecki (SPD): Woher wissen Sie das?)

Ich weiß nicht, ob der Innenminister nachher die Zahlen nennen wird. In Wiesbaden haben 65%, also zwei Drittel, der älteren Wähler kumuliert.

Auch die vielfach prophezeite Zersplitterung der Parlamente - Herr Karwecki, Sie haben es eben gesagt - hat nicht stattgefunden, auch wenn in Frankfurt zehn verschiedene Parteien und Gruppierungen im Stadtparlament vertreten sind. Auch hier haben sich Ihre Kassandrarufer als haltlos herausgestellt - genauso wie das dumme Gerede von dem angeblichen Erhaltungsprogramm für die F.D.P.

Die F.D.P. hat landesweit Stimmen dazugewonnen - im Gegensatz zu Ihnen, Sie haben Stimmen verloren - und mit Ausnahme von Frankfurt in allen kreisfreien Städten die 5%-Hürde geschafft. Also stimmt das doch gar nicht, was Sie sagen.

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

- Entschuldigung, Sie haben etwas anderes behauptet. - Auch ohne den systembedingten Wegfall der 5%-Klausel wäre die F.D.P. in die Kommunalparlamente eingezogen.

Noch ein höchst erfreuliches Ergebnis - das wird sicherlich von uns allen so gesehen -: Die radikalen Parteien haben am 18. März eines auf die Mütze bekommen.

(Rolf Karwecki (SPD): Weil sie größtenteils nicht angetreten sind!)

- An vielen Orten sind sie angetreten, und sie wurden marginalisiert. - Die rechtsradikalen Republikaner haben durch die Bank zwei Drittel ihrer Wähler verloren: von 6,6% auf 2,5%. Darüber müssen wir uns doch gemeinsam freuen.

(Rolf Karwecki (SPD): Ja!)

Das ist übrigens ein Trend, der sich am vergangenen Sonntag in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz fortgesetzt hat. Selbst in den beiden NPD-Hochburgen Ehringshausen und Wölfersheim ging die Zahl der Stimmen für die NPD um mehr als die Hälfte zurück. Ich gratuliere, Herr Fraktionsvorsitzender, dass Sie das durch gute Politik und einen guten Wahlkampf mit geschafft haben. In Wölfersheim hat die NPD 10,6% verloren. Dort hat übrigens der Stimmenanteil der SPD gleichzeitig um 8% zugenommen - der SPD, nicht der CDU.

(Norbert Schmitt (SPD): Was wollen Sie damit sagen?)

In Ehringshausen, wo die CDU 12% zugelegt hat, haben die Radikalen um 15,8% abgenommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was wollen Sie Kleingeist damit sagen?)

- Ich sage Ihnen, was ich damit sagen will. Diese erfreuliche Entwicklung haben wir der erfolgreichen politischen Auseinandersetzung der großen Parteien mit den Extremisten zu verdanken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist uns gelungen, den Großteil derer, die früher einmal Radikale gewählt haben, in das demokratische Spektrum zurückzubringen. Darüber sollten wir uns freuen, statt uns gegenseitig anzumachen.

(Zurufe von der SPD)

Jedenfalls wir wollen, dass sich die Bürger von den radikalen Parteien wieder zurück in das demokratische Spektrum orientieren. Mich stimmt froh, das neun von zehn Wählern bei dieser Kommunalwahl den großen demokratischen Parteien ihre Stimme gegeben haben. Das ist doch ein prima Ergebnis.

Ich komme zu dem Schluss, dass sich das neue Wahlverfahren insgesamt als voller Erfolg erwiesen hat, auch wenn das eine oder andere Detail - darüber werden wir im Ausschuss zu reden haben - sicherlich noch verbessert werden kann. Ich denke dabei insbesondere an den großen und unhandlichen Stimmzettel in Frankfurt. Das ist vorhin schon angesprochen worden. Hier wären sicherlich intelligentere und für die Wähler bequemere Lösungen möglich gewesen. Die Mindestgröße der Fraktionen mag ebenfalls umstritten sein. Herr Karwecki, da gebe ich Ihnen Recht. Auch mir wäre es lieber gewesen, wenn die Fraktionen aus mindestens zwei oder drei Personen bestehen müssten. Es ist aber nicht alles durchsetzbar. Das wissen auch Sie aus Ihren Koalitionszeiten.

Trotz der großen Stimmzettel ist von der von Ihnen heraufbeschworenen Katastrophe - dramatischer Anstieg der Zahl der ungültigen Stimmen - nichts übrig geblieben. Der Anteil der ungültigen Stimmen ist zwar leicht gestiegen, liegt aber noch in dem für allgemeine Wahlen üblichen

Rahmen. Ich bin ziemlich sicher, dass - das zeigt sich auch am Beispiel Rheinland-Pfalz - beim zweiten Mal der Anteil der ungültigen Stimmen zurückgehen wird.

Nun zur Wahlbeteiligung. Ihre Auslegung ist interessant. Die Wahlbeteiligung ist mit 53% - auch da stimmen wir überein -, 13 Prozentpunkte unter dem letzten Ergebnis, alles andere als erfreulich. Ich hätte mir, wie sicherlich jeder in diesem Hause, gewünscht, sie wäre um 10 Prozentpunkte oder mehr höher gewesen. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN selbstverständlich zustimmen, dass es besser wäre, eine höhere Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen - wie bei allen anderen Wahlen übrigens auch - zu haben.

Die SPD war aber auch hier wieder einmal mit vorschnellen Erklärungen zur Hand. Was mussten wir uns an Kommentaren in der Wahlnacht von Ihnen, Herr Bökel - ist er hier? nein, es interessiert ihn nicht -, und von Herrn Eichel anhören. Das Wahlverfahren sei schuld an der geringen Wahlbeteiligung und letztlich auch am schlechten Abschneiden der SPD. Der Fraktionsvorsitzende hat das heute Morgen nochmals gesagt. Ich will nicht ausschließen, dass das Wahlverfahren 1% oder 2% an Wählerstimmen gekostet hat. Der insbesondere von der SPD behauptete Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Wahlbeteiligung stimmt aber nicht. Oder wie erklären Sie sich, dass bei der letzten Kommunalwahl in NRW, wo bekanntlich noch die Listenwahl gilt, die Wahlbeteiligung um 20% zurückgegangen ist?

(Norbert Kartmann (CDU): Um 25% !)

- Der Fraktionsvorsitzende sagt: um 25%. - Oder wie wollen Sie erklären, dass in Rheinland-Pfalz bei der Einführung des Kumulierens und Panaschierens 1989 die Wahlbeteiligung sogar gestiegen ist? Die Leiterin des Wiesbadener Wahlamts, die in diesen Fragen sehr, sehr versiert ist, sagt, am Kumulieren und Panaschieren liege es nicht. Die Wahlmüdigkeit ist ein Trend. Das ist bedauerlich, aber dieser allgemeine, jetzt schon seit einigen Jahren zu beobachtende Trend hat sich auch bei dieser Kommunalwahl - wie leider auch bei den Landtagswahlen am letzten Sonntag - bestätigt.

Die großen Gewinne für die CDU, das Stagnieren der SPD und die schmerzlichen Verluste der GRÜNEN auf das neue Wahlverfahren zu schieben ist aber absoluter Unsinn. Das beweisen alle Wahlstatistiken. Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, so leicht werden Sie das Wahldebakel nicht verdrängen können. Sie werden nicht umhin können, verehrte Kollegen der Oppositionsfraktionen, sich einmal mit den wirklichen Gründen auseinander zu setzen. Herr Karwecki, Sie haben das nicht getan. Sie müssen sich auch mit den Gründen auseinander setzen, die dazu geführt haben, dass die CDU einen Zugewinn von 5,4% verbuchen konnte und damit zur landesweit stärksten Kraft wurde.

Ich will Ihnen diese Gründe nennen. Erstens. Der Wähler hat in den Städten, Gemeinden und Kreisen zunächst einmal die gute und engagierte Sacharbeit der CDU-Stadtverordneten und -Kreistagsmitglieder deutlich honoriert. Das haben Sie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Unsere Kommunalpolitiker waren offensichtlich besser und haben deshalb bessere Ergebnisse bekommen. Die Bürger haben nämlich sehr genau geprüft, welche Kandidaten aufgestellt worden sind. Sie haben sehr überlegt und sehr bewusst gewählt und ihre Stimmen den einzelnen Kandidaten, auch über die Parteilisten hinweg, gegeben. Dabei haben auch Sie teilweise gut abgeschnitten, wie Sie vorhin sagten. Wie unterschiedlich die Sacharbeit und das Personalangebot

waren und sind, zeigen die unterschiedlichen Wahlbeteiligungen: in einigen Gemeinden 30%, in anderen 80% Wahlbeteiligung.

(Zurufe von der SPD)

Die Bürger haben außerdem wahrgenommen, welche Anstrengungen diese Landesregierung beispielsweise zur Verbesserung der Bildungssituation an unseren Schulen und Hochschulen unternommen hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie neigen zu Scherzen!)

Denken Sie an die Unterrichtsgarantie, die zurzeit zu 70% verwirklicht ist. Sie ist an einigen Schulen sogar zu 100% verwirklicht. Auch das wissen Sie.

(Norbert Schmitt (SPD): Da lachen ja die Hühner!)

Sie können darüber hinaus die Erfolge im Straßenbau, bei der inneren Sicherheit und beim freiwilligen Polizeidienst nehmen. All dies sind kommunalpolitisch relevante Themen, die von den Bürgern honoriert worden sind.

(Norbert Schmidt (SPD): Und die 100 Millionen DM, die Sie den Kommunen bei den Kindergärten genommen haben!)

- Schreien Sie ruhig, jetzt komme ich nämlich zu Ihnen. - Sie, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, hatten sich zum Ziel gesetzt, diese Kommunalwahl zur Abrechnung mit Roland Koch und seiner Regierung zu machen. Sie haben alle, wirklich alle Möglichkeiten in diesem Wahlkampf genutzt, um die Wähler aufzufordern, diese Regierung abzustrafen. Sie haben gesagt: Nutzt diese Wahl, um Koch und der Koalition von CDU und F.D.P. einen Denkzettel zu verpassen. Zeigt Ihnen, dass sie es nicht verdienen, dieses Land zu regieren. - Was hat der Landesvorsitzende und Ministerpräsident gemacht? Er hat sich keinesfalls weggeduckt. Er hat den Handschuh aufgenommen und seinerseits den Wähler gebeten, mit dieser Kommunalwahl auch ihm und dieser Koalition ein Zwischenzeugnis auszustellen. Das hat der Wähler dann auch sehr deutlich getan. Wir danken ihm dafür.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht zu fassen!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Ergebnis - jetzt komme ich auch zu Ihnen, verehrter Herr Al-Wazir, und Ihrem Zuruf "Nicht zu fassen" - hat der Wähler auch noch etwas anderes eindeutig gezeigt: Er honoriert nicht, wenn Parteien diesen Landtag dazu missbrauchen, um den politischen Konkurrenten, besonders auch den Ministerpräsidenten, monatelang in übelster Weise zu beschimpfen und zu diffamieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Der Wähler will nicht, dass die Mandatsträger, die er in die Verantwortung gewählt hat,

(Norbert Schmitt (SPD): Der Wähler will nicht angelogen und betrogen werden! Da haben Sie Recht!)

den Gegner politisch und menschlich beschädigen, was Sie hier permanent getan haben. Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, Sie haben es anscheinend immer noch nicht gelernt; das zeigen Ihre Zwischenrufe. Der Wähler hat Ihnen auch dafür eine Quittung gegeben. Ich hoffe, Sie nehmen dieses Wahlergebnis ernst und lernen daraus, auch Sie, Herr Schmitt.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir reden in zwei Jahren darüber!)

Kehren Sie endlich nach einem Jahr sachpolitischer Abstinenz wieder zu den Themen zurück, die unser Land und die Menschen dieses Landes bewegen. Nehmen Sie endlich Ihren Wählerauftrag wahr, und werden Sie eine fleißige und sachkundige Opposition in diesem Landtag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir von der CDU werden auch nach diesem guten Wahlergebnis nicht abheben. Wir werden mit unserem Koalitionspartner die begonnene Politik für Hessen in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie fortsetzen.

(Norbert Schmitt (SPD): 800 Millionen DM haben Sie den Kommunen weggenommen!)

Auch die Kommunalfreundlichkeit dieser Koalition hat sich in dieser Wahl ausgezahlt. Das sagen auch SPD-Bürgermeister und SPD-Kommunalpolitiker. Wir werden uns im Frühjahr 2003 von den Bürgerinnen und Bürgern das neue Mandat erbitten, um diese gute Politik auch über den Wahltag hinaus fortführen zu können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Riesenbeifall für so einen Stuss!)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde es ein wenig ruhiger als mein Vorredner versuchen

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schade!)

und zunächst einmal feststellen: Wir haben als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Anfang an die Einführung des Kumulierens und Panaschierens unterstützt, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir haben gesagt, mehr Einfluss für die Bürgerinnen und Bürger ist in allen Bereichen des politischen Lebens angesagt. Deswegen heißt mehr Einfluss auch mehr Einfluss auf die Personen, die einen vertreten, auch dann, wenn es um ein Parlament geht. Deswegen waren wir von Anfang an dafür und haben das immer positiv gesehen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der dann aber auch dazugehört, ist der, dass man es nicht bei mehr Einfluss auf die Vertreter belassen darf, sondern dass dazu auch mehr Einfluss auf direkte Entscheidungen gehört. Der Kollege Hahn hat darauf hingewiesen, dass die rot-grüne Koalition 1993 die Bürgerbegehren und die Bürgerentscheide eingeführt hat. Ich sage noch einmal: Wenn Sie es ernst meinen mit mehr Demokratie und mit mehr Einfluss der Bürgerinnen und Bürger, dann sind wir gespannt darauf, wie Sie mit den beiden Gesetzentwürfen der GRÜNEN, die in diesem Landtag noch im Verfahren sind, nämlich zur Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden und zur Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene, umgehen. Denn wenn Sie das ernst meinen, dann müssten Sie diesen beiden Gesetzentwürfen zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Grund, warum das Kumulieren und Panaschieren etwas Positives ist: Es gibt weiterhin Parteilisten, und die Listen der Parteien haben auch weiterhin große Bedeutung. Aber es gibt trotzdem keine Erbhöfe mehr. Es gibt keine Plätze mehr, auf die jemand gesetzt wird, der im

Zweifelsfalle in dem Kommunalparlament relativ wenig macht und im Zweifelsfalle auch gar nicht mehr das erfüllt, was er erfüllen sollte.

Im Einzelnen ergeben sich natürlich Probleme, die man gar nicht vorhergesehen hat. Ich habe auch denen in meiner Partei, die skeptisch waren, was das Kumulieren und Panaschieren angeht - da gab es auch einige; da kam beispielsweise das Argument, dass dann weniger Frauen gewählt würden -, immer gesagt: Ich prophezeie, dass Frauen stärker gewählt werden. - Zum Glück habe ich Recht gehabt. Nun gibt es allerdings beispielsweise Kreistagsfraktionen, wo die Fraktionen nur noch aus Frauen bestehen und die Männer inzwischen der Meinung sind, man müsste quasi eine Schutzzone für sie einrichten. Das ist dann sozusagen der endgültige Erfolg der Quote, die die GRÜNEN einmal eingeführt haben. Aber an diesem Punkt kann man sehen, dass langfristiges Bohren dicker Bretter sich lohnt.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein Satz zur Frage "5%-Hürde und F.D.P.". Ich habe, als ich die Hurrarufe der F.D.P. gehört und die Überschrift der Presseerklärung gelesen habe, nachdem Ruth Wagner und Jörg-Uwe Hahn ihre Pressekonferenz gemacht hatten - diese Überschrift lautete: "Hessens Landkarte ist wieder blau-gelb" -, mir gedacht, Kumulieren und Panaschieren hat doch zu einem gewissen Größenwahn geführt. Wir wollen einmal festhalten, lieber Kollege Hahn, sehr verehrte Frau Landesvorsitzende Wagner: In 13 von 26 Gebietskörperschaften sind Sie immer noch unter der 5%-Hürde. Es ist keine große Leistung, seine Mandate zu verdreifachen, wenn man keine 5%-Hürde mehr hat.

(Rolf Karwecki (SPD): Nur verdoppelt!)

Absolut haben Sie ja Stimmen verloren, aber sogar wenn Sie prozentual Stimmen verloren hätten, hätten Sie wahrscheinlich Ihre Mandate verdoppelt. Denn wenn man statt 4% nur noch 3% hat, hat man trotzdem einen Vertreter drin. Das sind dann 100% mehr als vorher. Insofern würde ich Ihnen raten, in diesem Zusammenhang nicht so viel Größenwahn an den Tag zu legen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein Zweites, was die Hessinnen und Hessen angeht. Sie müssen sich einmal überlegen, Herr Klein, wenn Sie sagen, die Hessinnen und Hessen sind nicht dümmer als die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, oder andersherum gesagt - so habe ich es immer gesagt -, was die Bayern können, können die Hessen schon lange, ob denn das Ergebnis und die Tatsache, dass so viele von dem neuen Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, nicht darauf hindeutet, dass das, was Sie immer erzählen und zuletzt heute Morgen erzählt haben, dass nämlich das hessische Schulsystem so schlecht sei, nicht stimmt. Vielleicht ist es so, dass der Unterschied zwischen dem bayerischen und dem hessischen Schulsystem darin besteht, dass die einen nur stur auswendig lernen und die anderen denken lernen und dadurch sich auf neue Situationen und damit auch auf ein neues Wahlrecht einstellen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Insofern wäre das einer der Punkte, wo Nachdenken auf Ihrer Seite angebracht wäre.

Jetzt zu den Punkten, die ein bisschen problematisch sind, und zu einem Punkt, der sehr problematisch ist.

Ich glaube, dass die Kampagne, die das Innenministerium gemacht hat, zwar sehr gut über die neuen Möglichkeiten informiert hat, aber vielleicht auch einen zu großen Schwerpunkt auf die neuen Möglichkeiten gelegt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Richtig!)

Ich glaube, dass die Kampagne, die immer nur gesagt hat: "Ihr könnt jetzt kumulieren und panaschieren, das sind die neuen Möglichkeiten, und so wird es gemacht", der dann ja am Ende von allen Parteien, auch von der CDU, in der Woche vor der Wahl mit der Kampagne begegnet wurde: "Ihr könnt es aber auch so machen wie bisher, wenn ihr wollt", einen zu großen Schwerpunkt auf die neuen Möglichkeiten gelegt hat und dabei zu wenig darauf geachtet wurde, dass auch die Information vermittelt wurde: "Wer es nicht will, der muss es auch nicht." Da gibt es, glaube ich, noch Erörterungsbedarf, ob das denn immer so perfekt war, wie es da gelaufen ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Vor allem das Kreuzchen immer bei Liste 1!)

Zweitens glaube ich, dass in großen Landkreisen darüber nachgedacht werden muss, ob man die Möglichkeit von Bezirken nicht wirklich nutzt. Denn wir haben festgestellt - der Kollege Karwecki hat die Frage angesprochen, wer eigentlich in Kreistagsfraktionen noch vertreten ist -, dass es Bürgerinnen und Bürger, Kandidatinnen und Kandidaten aus kleineren Orten in größeren Kreisen sehr viel schwerer haben, noch in die Fraktion zu kommen, weil diejenigen, die aus größeren Orten kommen, wo sie bekannt sind, wo es mehr Wählerinnen und Wähler gibt, eine größere Möglichkeit haben, vorkumuliert zu werden. Ich glaube deshalb, dass auch der Vorschlag, auf dem Wahlzettel noch zusätzliche Angaben aufzunehmen, nicht hilfreich ist. Denn wenn man beispielsweise den Wohnort hineinschreibt und jemand aus einem kleinen Dorf in einen großen Kreis kommt und jemand beispielsweise in einer Kreisstadt sagt: "Ich wähle nur Leute aus meiner Kreisstadt", dann hat jemand aus dem kleinen Dorf kaum noch eine Chance, in den Kreistag zu kommen, ganz abgesehen davon, dass dann, wenn man zusätzliche Angaben in den Stimmzettel aufnimmt, wie es zum Teil angeregt worden ist, die Stimmzettel endgültig eine nicht mehr handhabbare Größe erreichen würden. Deswegen sage ich jetzt: Ich glaube, wir sollten es bei dem, was jetzt auf den Stimmzetteln steht, schlicht und einfach belassen.

Das Dritte, was angesprochen worden ist, ist die Erleichterung der Briefwahl. Es gibt ja das baden-württembergische Modell, dass alle Wählerinnen und Wähler die Stimmzettel vorher nach Hause geschickt bekommen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist ja etwas anderes!)

Ich glaube, dass wir uns aus guten Gründen dafür entschieden haben, es so zu machen, wie wir es jetzt gemacht haben. Denn ich habe keine Lust, dass das, was teilweise jetzt schon passiert, sich ausweitet. Wer einmal Wahlhelfer war, weiß, wie schwierig es ist, Leute davon abzuhalten, gemeinsam in die Kabine zu gehen und zu sagen: Helf mir einmal. - Ich will nicht, dass Papa für die Kinder oder Mama für die Oma wählt. Ich glaube schon, dass man selbst in der Lage sein sollte, zu wählen.

Wenn man das erleichtert und beispielsweise das baden-württembergische Modell übernimmt, dann kann es doch so sein, dass es am Ende nicht Entscheidungen der Einzelnen gibt, sondern vielleicht Familienentscheidungen. Deswegen halte ich das nicht für klug.

Ein weiterer Punkt, und da haben wir ein echtes Problem. Ich glaube, die Katastrophe der niedrigen Wahlbeteiligung wird allgemein sehr unterschätzt. Natürlich ist es so, dass die Kommunalpolitik einen Bedeutungsverlust erlitten hat. Andererseits will ich mich nicht damit abfinden, dass man sagt, es liege an einem Bedeutungsverlust der Kommunalpolitik. Denn erstens ist die Kommunalpolitik die Politik, deren Auswirkungen am direktesten vor Ort erfahrbar sind. Sie ist die Politik, bei der die Kandidatinnen und Kandidaten am nächsten an einem dran sind. Deswegen glaube ich nicht, dass wir uns mit einem solchen Bedeutungsverlust abfinden dürfen.

Der zweite Punkt ist mir sehr wichtig. Wenn Sie sich - die ganzen Analysen liegen noch nicht vor - die Ergebnisse genau anschauen, dann werden Sie feststellen, dass vor allem in sozial schwachen Gebieten Menschen nicht mehr zur Wahl gegangen sind. Das bedeutet, wenn man das zu Ende denkt und sich dieser Trend fortsetzt, dass wir im Endeffekt bei Wahlen eine Zweiteilung dieser Gesellschaft erleben. Es gibt diejenigen, die gut informiert und gut situiert sind. Die nehmen ihr Recht wahr. Es gibt auch diejenigen, die in irgendeiner Form entweder ein Informationsdefizit haben oder schlicht und einfach auf der sozial schwachen Seite stehen. Die gehen nicht mehr hin. Aber das kann nicht im Interesse der Gesamtgesellschaft und auch nicht im Interesse irgendeiner Partei in diesem Lande sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein Weiteres, das uns zu denken geben sollte. Wenn Sie sich einmal in der Analyse des Statistischen Landesamtes die Stimmenanteile der Parteien nicht in Prozent der gültigen Stimmen, sondern an den Wahlberechtigten betrachten,

(Horst Klee (CDU): Das ist bekannt!)

dann stellen Sie fest, dass ganz fürchterliche Ergebnisse herauskommen. Da heißt es nämlich, dass CDU und SPD 19,5 bzw. 19,4% haben, dass GRÜNE 4,7% haben und die F.D.P. 2,6% hat, dass die Nichtwähler und Ungültig-Wähler bei 49,2% liegen und dass der Rest sich auf andere Parteien verteilt.

Das bedeutet, dass wir bei der letzten Kommunalwahl in Hessen das Ergebnis hatten, dass weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten den Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, die Stimme gegeben haben. Natürlich ist es so, dass neun von zehn Wählerinnen und Wähler den Parteien, die hier vertreten sind, ihre Stimme gegeben haben, aber weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten. Das ist Anlass zu sehr großer Sorge, und wir sind alle aufgerufen, darüber nachzudenken.

Herr Kollege Klein, ich glaube nicht, dass der Schwarzgeldskandal der alleinige Grund dafür ist, dass die Wahlbeteiligung nach unten gegangen ist. Aber natürlich ist das, was im Hessischen Landtag in den letzten 15 Monaten passiert ist, auch keine Werbung für die Demokratie gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Da haben Sie Recht! Daran haben Sie sich auch stark beteiligt!)

Darüber sollten Sie auch einmal nachdenken. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Denn wir meinen, wer begrüßt, dass die Wählerinnen und Wähler vom Recht auf Kumulieren und Panaschieren in großer Zahl Gebrauch gemacht haben, der muss auch bedauern, dass es insgesamt so wenige waren, weil beides zusammengehört.

Ein letzter Satz zu den Rechtsextremisten und dem NPD-Verbot, weil dies angesprochen wurde. Ich glaube, dass wir alle miteinander über die Halbierung der Anteile der Rechtsextremen froh sein müssen und froh sein dürfen. Ich glaube allerdings auch - das zur Frage NPD-Verbot -, dass die Diskussion um das NPD-Verbot, um die Tatsache, dass der Staat gesagt hat, dass es eine bestimmte Grenze gibt und die hier erreicht ist, viel dazu beigetragen hat, dass wir die Grenzlinie wieder stärker gezogen haben zwischen denen, die wirklich extremistisch gesinnt sind, und denen, die gesagt haben: Na ja, ich wähle sie einmal.

Ich glaube, dass deswegen die Diskussion um das NPD-Verbot ein gut Teil dazu beigetragen hat, dass die Anteile der Rechtsextremen sich halbiert haben. Vielleicht sollten Sie noch ein wenig darüber nachdenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Strich drunter. Ich glaube, dass das Kumulieren und Panaschieren insgesamt ein Erfolg war. Ich glaube zweitens, dass wir noch einiges verbessern können, was die Informationen über das Wahlrecht angeht. Wir sollten uns nichts vormachen. In fünf Jahren ist das Jahr 2001 weit weg. Da muss man wieder von vorne anfangen. Ich glaube drittens, dass wir nichts an den Stimmzetteln verändern sollten, weil wir sie nicht noch größer machen sollten, jenseits der Probleme mit den Kandidatinnen und Kandidaten aus kleinen Orten bei Kreistagswahlen.

Ich glaube insgesamt, dass wir nicht nur das Abschneiden der einzelnen Parteien betrachten dürfen. Lieber Herr Klein, da muss ich Ihnen sagen, dass wir als einzige Partei, die absolut zur Landtagswahl hinzugewonnen hat, nicht sagen, dass es ein Debakel war, auch wenn Sie uns das zuschreiben wollen. Im Gegenteil, was die Mobilisierungsgrade angeht, müssen Sie sich auch einmal anschauen, wie das Statistische Landesamt das bewertet. Da ist mir nicht bange.

Aber ich glaube, jenseits des Abschneidens der einzelnen Parteien müssen wir uns überlegen, wie wir wieder mehr Leute von ihrem Recht Gebrauch machen lassen, wie wir wieder mehr Leute dafür begeistern, dass wählen nicht nur Recht, zwar auch keine Pflicht, aber gute Übung ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir heute Gelegenheit haben, im Plenum über die Frage zu sprechen, wie sich ein Wahlrecht bewährt hat, was die Ergebnisse waren. Das Wahlrecht gehört zu den elementarsten Organisationsformen eines Landes. Deshalb gehört das natürlich schon hierher.

Ich darf daran erinnern, CDU und F.D.P. haben als die Regierung tragenden Fraktionen den Wunsch gehabt, eine Wahlmöglichkeit, die es bereits in zehn Bundesländern gibt, auch in Hessen endlich einführen zu können. Wir wollten den Bürgerinnen und Bürgern das Recht einräumen, unmittelbar, persönlich wesentlich stärker auf die Vertretungen einwirken zu können, als das bisher der Fall war.

Nun lassen wir die ganze Wahlergebnisdiskussion weg. Eines kann doch niemand bestreiten: Dieses neue Wahlrecht ist ein grandioser Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das kann gar nicht anders sein, wenn ich mir überlege, was im Vorfeld alles verkündet worden ist, teilweise Absurditäten. Die größte Absurdität war kurz vor der Wahl die Warnung, man müsse in den Wahllokalen 20 Minuten warten, bis man wählen könne. Das ist geradezu abenteuerlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat es aber gegeben! - Gegenruf der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.): Da haben sich die Leute aber sehr gut unterhalten!)

Dann hat man den Leuten erklärt, anschließend würden die Kommunen wochenlang weder Hochzeitsaufgebote entgegennehmen noch sonst etwas. Da ist gelegentlich eine Stimmung vermittelt worden, die mit der Realität so gut wie nichts zu tun hat.

(Armin Klein (CDU): Völlig richtig!)

Ich will auch ganz bewusst Anlass nehmen, all denen zu danken, die die Durchführung dieser Wahl sowohl ehrenamtlich als auch beruflich gewährleistet haben. Das war eine große Anstrengung. Nach allem, was uns bekannt geworden ist, ist das sehr gut abgewickelt worden. Das zeigt, dass die Vorbereitung zu dieser Wahl sich ausgezahlt hat.

Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben die Informationskampagne der Landesregierung angesprochen. Ich bedanke mich für das Lob. Wir haben es allen Fraktionen vorgetragen. Ich möchte mich auch bei denen bedanken, die es gemacht haben. Ich glaube, sie war richtig. Ich verzichte jetzt darauf, Zahlen zu nennen, Ihnen zu sagen, wie viele Internetbesucher wir hatten, wie viele Hunderttausend Broschüren und Ähnliches mehr verteilt wurden. Das hat sich schon ausgezahlt.

Natürlich ist es nicht so, dass wir nicht darüber diskutieren könnten, was wir noch besser machen könnten. Aber mir liegt daran, das hier nicht untergehen zu lassen.

Ich möchte mich, weil ich denke, wir sollten uns auf ein paar Kernpunkte konzentrieren, hier zunächst auf drei Bemerkungen beschränken.

Erstens. Es steht außer Frage, dass nach der Einführung eines neuen Wahlrechts darüber gesprochen werden muss, was sich bewährt hat und was nicht. Wir haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden verabredet und im Übrigen auch Fragebögen in Auswahlkommunen ausgelegt, dass wir zu den Themen Größe der Stimmzettel, Gestaltung der Stimmzettel, Beruf, Wohnort und Ähnliches mehr eine Auswertung vornehmen werden, über die wir dann gemeinsam zu diskutieren haben und gegebenenfalls auch zu entscheiden haben, was vernünftig ist und was weniger vernünftig ist.

Ich füge hier hinzu: Ich habe es außerordentlich bedauert, dass der große Wahlzettel in Frankfurt so gestaltet wurde, wie er gestaltet wurde. Er hat nämlich in den Medien den entscheidenden Eindruck gemacht. Ich kann nicht ausschließen, dass er manchen Bürger dazu veranlasst hat, zu sagen: Das ist mir alles viel zu kompliziert.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (F.D.P.))

Es war nicht kompliziert. Das Wählen war ganz einfach. Das Auszählen war etwas komplizierter. Herr Karwecki, ich komme jetzt auf das zu sprechen, was Sie gesagt haben.

Ich weiß gar nicht, woher Sie Ihre Zweifel haben. Alle Zahlen, die wir hier vorgetragen haben, stammen vom Statistischen Landesamt. Über 55 % der Bürgerinnen und Bürger haben von diesem Recht Gebrauch gemacht, das sie erstmals hatten. Man kann dann doch nur sagen: Hut ab, die Menschen sind viel klüger, als alle berufenen Kritiker es vorher geglaubt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich will noch etwas hinzufügen. Sie haben mit so einem Unterton gesagt, die Wähler hätten auch viel gestrichen. Dann müssen wir als Parteien doch zur Kenntnis nehmen, dass der mündige Bürger ein Votum in der Form abgibt, dass er sagt, das halten wir nicht für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Sie können sich doch nicht hierher stellen und beklagen, dass die Bürger gesagt haben: Euer Angebot halten wir an dieser oder jener Stelle nicht für überzeugend.

(Rolf Karwecki (SPD): Ich habe mich doch gar nicht beklagt! Ich habe es festgestellt!)

Das ist doch genau der Sinn der Übung.

Zweite Bemerkung. Ich habe das so mit einem halben Ohr gehört. Ich glaube, Sie haben vorgetragen, aus Fernwald habe niemand mehr ein Mandat im Kreistag in Gießen. Als Kreisvorsitzender der CDU von Gießen darf ich Ihnen versichern, dass das für die CDU-Kreistagsfraktion nicht stimmt. Herr Kollege Beinhoff ist da drinnen. Aber vielleicht haben Sie nur die SPD-Fraktion betrachtet.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heide (F.D.P.) - Rolf Karwecki (SPD): Nein!)

- Wenn Sie es parteiübergreifend betrachtet haben, dann ist das falsch. Als Vorsitzender weiß ich ziemlich genau, wer der Fraktion angehört. Nehmen Sie mir das einfach einmal so ab.

Herr Kollege Al-Wazir hat darauf hingewiesen, dass die GRÜNEN eigentlich schon immer das Kumulieren und Panaschieren für richtig gehalten haben. Zur Vollständigkeit der Geschichte gehört aber, zu sagen, dass Sie trotzdem gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil da noch viel anderer Unsinn drinnen war!)

Ich sage das, damit das hier nicht völlig untergeht. Das sollten wir hier mit dabei haben.

Ich möchte Ihnen noch gerne zu zwei Themenkreisen vortragen, die aus meiner Sicht besondere Bedeutung haben. Sie haben die Frage der extremistischen Parteien angesprochen. Sie haben die Frage angesprochen, ob noch die Bildung von Koalitionen mit Mehrheit möglich sein wird. Das ist ein Punkt, über den wir uns mit Sicherheit noch vertieft werden unterhalten müssen. Ich möchte aber allen, die vorher gesprochen haben, in einem Punkt Recht geben. Es ist ein Erfolg aller demokratischen Parteien, dass die extremistischen Gruppen der linken wie der rechten Seite drastisch zurückgedrängt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch Folgendes ist interessant. Früher, also vor Einführung dieses Rechtes, wurde behauptet, wir hätten mit der Änderung quasi viele Gruppen eingeladen, jetzt zu kandidieren. Die Wahrheit ist, dass diesmal viel weniger Gruppierungen und Parteien als früher kandidiert haben.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Sämtliche Bedenken, die damals aufgetreten sind und für die man zumindest zum Teil durchaus Verständnis haben kann, haben sich am Wahltag nicht bestätigt. Deshalb ist das, was die Koalition und die CDU und F.D.P. als Parteien als Ziel verfolgt haben, in vollem Umfang eingetreten.

Nun möchte ich ein bisschen gegen das antreten, was seit einer Woche, teilweise auch durch die Medien verbreitet, vorgetragen wird. Es wird behauptet, die Höhe der Wahlbeteiligung sei eine Katastrophe. Ich sehe das völlig anders. Ich will das auch deutlich machen. Denn ich will uns gemeinsam davor bewahren, dass hier völlig falsche Bilder entstehen. Das trifft nicht zu. Wir brauchen uns nicht darüber zu streiten, dass all diejenigen, die sich politisch oder gesellschaftlich um den Bürger bemühen, sich darum bemühen müssen, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen. Darüber sind wir uns einig. Aber es ist nachweisbar falsch, dass das irgendetwas Signifikantes mit dem Wahlrecht zu tun habe. Das stimmt nicht. Das kann ich Ihnen belegen. Meine Damen und Herren, Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass bestimmte Dinge den Bürger nicht erreichen. Das hat etwas mit den Systemen zu tun, in denen wir uns befinden. Das tiefere Problem liegt nämlich bei Folgendem. Ich will Ihnen einfach dazu einmal ein paar Zahlen sagen.

Wir haben bei den hessischen Kommunalwahlen seit 20 Jahren kontinuierlich dramatische Rückgänge zu verzeichnen. Der Trend hat sich nie umgekehrt. Die Wahlbeteiligung wurde immer niedriger.

In den Kommunalwahlen der Jahre 1998 und 1999 in den anderen Bundesländern hat sich eine Situation gezeigt, die man nicht völlig unterschlagen darf. Ich möchte das hier gerne einmal vortragen. Herr Kollege Hahn hat dazu schon einiges genannt. Ich will noch einmal einiges zusätzlich dazu nennen. In Sachsen gab es bei der Kommunalwahl eine Wahlbeteiligung von 61%. In Thüringen betrug sie nur noch 59%. In Bremen waren es auch 59%. In Brandenburg betrug die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl noch 54,3%. Nehmen Sie dann noch einmal einen anderen Sachverhalt hinzu, durch den es meines Erachtens richtig deutlich wird. Das sind nämlich die Rückgänge der Wahlbeteiligung. In Rheinland-Pfalz hatten wir einen Rückgang um 11,2%.

(Norbert Kartmann (CDU): Ja!)

In Saarland kam es zu einem Rückgang von 14,6%. In Thüringen gab es einen Rückgang um 14,3%.

(Rolf Karwecki (SPD): Prozentpunkte!)

Das sind jetzt alles Wahlen, bei denen die Beteiligung um 50% lag. In Baden-Württemberg gab es einen Rückgang um 13,1%. Dort ist man bei 54,2% Wahlbeteiligung angekommen. In Nordrhein-Westfalen ist ein Rückgang von 26,7% zu verzeichnen. Das muss man erklären. Dort wurde zuvor mit der Bundestagswahl zusammen gewählt.

(Norbert Kartmann (CDU): Ja!)

Entscheidend ist aber, bei welcher Wahlbeteiligung sie angekommen sind. Dort liegt sie bei 55%. In Sachsen-Anhalt gibt es einen Rückgang um 16,6% auf 49,6%. Nehmen Sie das einfach nüchtern zur Kenntnis. Es ist dann schlichtweg falsch, wenn man behauptet, hier hätte irgendetwas Besonderes stattgefunden. Die Wahlbeteiligung in Hessen liegt absolut im Trend. Politisch gesehen muss man sagen, dass sie nicht befriedigend ist. Aber sie ist weder eine Katastrophe, noch ist sie etwas Besonderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Die hessische Wahlbeteiligung ist

die tiefste Zahl von denen, die Sie eben vorgetragen haben!)

Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen, das nachzulesen. Das steht heute in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Die Wahlforscher haben da etwas dargelegt, was ich unterstreichen will. Es gibt noch ein zweites Momentum, das Sie bitte zur Kenntnis nehmen. An diesem kann man deutlich sehen, dass das überhaupt nichts mit dem Wahlrecht zu tun hat. Ich halte die Debatte dazu auch nicht für lauter oder intellektuell redlich. Denn ansonsten hätten wir hier darüber viel öfter diskutieren müssen. Schauen Sie sich einmal die Direktwahlen der Bürgermeister, Landräte und Oberbürgermeister an. Dort erreichen wir fast nie eine Wahlbeteiligung von 50%. Da ist die Wahl aber ganz einfach. Da muss ich entweder den einen oder die andere ankreuzen - Ende der Veranstaltung. Die niedrige Wahlbeteiligung kann also nicht daran liegen, dass das kompliziert ist. Ich will jetzt nur drei oder vier Beispiele aus dem letzten Jahr anführen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl des Landrats im Landkreis Fulda lag bei 40,6%. Die Wahlbeteiligung bei der Wahl des Landrats im Werra-Meißner Kreis lag bei 43,8%. Nehmen wir jetzt einmal den Lahn-Dill-Kreis. Dort lag die Wahlbeteiligung bei 29,4%.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sind doch alarmierende Zahlen!)

- Richtig. Herr Schmitt, langsam, ich bin noch nicht fertig.

(Norbert Schmitt (SPD): Darüber müssen wir doch gemeinsam nachdenken!)

Ich bin noch nicht fertig. Ich komme jetzt zu einer Stadt, die für die SPD große Bedeutung hat, nämlich die Stadt Offenbach. Bei der Wahl des Oberbürgermeisters lag die Wahlbeteiligung dort bei 36,2%.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Wenn Sie das jetzt nüchtern analysieren - -

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt noch eine Bitte! Nennen Sie die Zahlen zur Landratswahl im Main-Taunus-Kreis!)

- Dort lag die Wahlbeteiligung wahrscheinlich noch niedriger. Ich habe mir nur ein paar Zahlen aufgeschrieben.

Ich will auf Folgendes hinaus. Wenn man das sieht, erkennt man, dass es schlichtweg unzulässig ist, eine niedrige Wahlbeteiligung mit dem Wahlrecht zu begründen. Das ist falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Vielmehr müssen wir uns ganz nüchtern darauf einstellen, dass die Menschen es entweder nicht für notwendig oder die Wahl nicht für so spannend halten, dass sie wählen gehen. Das bedauern wir zu Recht. Jetzt komme ich auf die Ergebnisse zurück. Da schließt sich dann der Kreis. Ich bin aus folgendem Grund so froh, dass wir ein anderes Wahlrecht haben. Mit diesem Wahlrecht kann man nämlich erreichen, dass der Austausch zwischen denen, die wählen und gewählt werden, intensiver wird, als es bisher der Fall war. Das Ergebnis, dass sich die Reihenfolgen auf den Listen nach der Wahl verändert haben, zeigt doch, dass die Menschen verstärkt intensiven persönlichen Wahlkampf gemacht haben. Sie müssen also mit den Bürgern mehr in Kontakt treten. Sonst geht das nämlich nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Da hätte es eine höhere Wahlbeteiligung geben müssen! Was Sie da vortragen, ist doch intellektuell nicht redlich!)

- Lieber Herr Schmitt, lassen Sie uns jetzt bitte nicht über intellektuelle Potenz reden. - Ich sage Ihnen nur: Ich finde es nicht redlich, dass jetzt die Frage der Wahlbeteiligung als ein Dämon hingestellt wird, obwohl wir doch jahrelang sehen können, dass es eine Tendenz dahin gibt, dass die Landräte und Oberbürgermeister am Schluss von 5% der Wahlberechtigten gewählt werden. Das gehört beides zusammen. Deshalb müssen wir da viel tiefer hineingehen. Hier ist die Wahlforschung hochinteressant. Oder aber sie ist vordergründig. Da Sie das schon gefragt haben, hätte ich gerne noch einmal einen Hinweis gegeben.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sagen doch, das neue Wahlrecht würde zu einer Intensivierung führen! Das hat es doch gerade nicht!)

- Herr Schmitt, wissen Sie, was die Auseinandersetzung mit Ihnen so schwierig macht? Sie können doch hierher kommen und sich äußern. Im Grunde rufen Sie aber immer nur dazwischen. Das kann niemand verstehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie verstehen es! Das reicht mir!)

Ich verstehe eines nicht. Vielleicht können Sie es ja anschließend beantworten: Ist die SPD jetzt für dieses Wahlrecht, oder ist sie dagegen? Das hätte ich gerne einmal gewusst.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Im Vorfeld waren Sie stramm dagegen. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Die Philosophie dieses Teils des Hauses kann man so beschreiben: CDU und F.D.P. vertrauen auf die Klugheit der Bürgerinnen und Bürger, d. h. sie vertrauen darauf, dass sie vernünftig wählen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Sie nehme ich jetzt aus. - Das ist doch ein Grundproblem der SPD. Sie müssen sich langsam einmal fragen, warum Sie eigentlich keinen Meter vorankommen. Sie vertrauen nur auf die Klugheit Ihrer Parteitaglisten. Jetzt hat der Bürger entschieden. Das können Sie doch bei dieser Kommunalwahl nachvollziehen. Lieber Herr Schmitt, Herr Karwecki hat sich eben abgearbeitet und vorgetragen, dass alles, was er gesagt hat, so nicht eingetreten sei. Die Krönung des Redebeitrags war aber - ich bitte, mir das jetzt nicht übel zu nehmen -, dass Sie gesagt haben: Das alles ist jetzt zwar in dieser Form nicht gekommen, aber in fünf Jahren wird es so sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Stuss! Sie wissen doch selbst, dass das Stuss ist! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist intellektuell! - Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Das musst du gerade sagen!)

- Auf der Ebene können wir hier nicht diskutieren. - Ich möchte hier noch einen Gesichtspunkt, der von Bedeutung ist, abschließend vortragen. Das betrifft die ungültigen Stimmen. Auch dazu gab es einiges zu lesen, was aus meiner Sicht hart an der Grenze des Törichten war. Wir haben jetzt 4,2% ungültige Stimmen. Irgendwann wird auch Frankfurt endgültig ausgezählt haben.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Warten wir einmal!)

Dann werden wir einmal gucken. Ob sich das Ergebnis noch verändert, weiß ich nicht. Ich darf aber noch auf Folgendes hinweisen. Wir hatten z. B. bei der Kommunalwahl, wo nur eine Stimme abgegeben war, 2,7% ungültige Stimmen.

Vergleichen Sie das einmal mit den Ländern. In Bayern haben wir 3,3%, in Baden-Württemberg 3,9%, in Brandenburg 7,2% und in Thüringen 4,3% ungültige Stimmen. Mir ist nur wichtig, auf folgenden Sachverhalt hinzuweisen. Es gibt auch Bürgerinnen und Bürger, die als Ausdruck ihrer Wahlentscheidung ganz bewusst ungültig wählen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was hat denn das mit den Vorschriften zu tun? Das wissen Sie doch auch!)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Staatsminister, die Regierung soll wenigstens wissen, wenn sie länger als die Abgeordneten redet. Dieser Punkt ist inzwischen erreicht.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Mir ist nur wichtig, dass die Interpretation bestimmter Zahlen nicht so ein-dimensional vorgenommen wird, wie das gelegentlich geschieht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unter dem Strich bleibt übrig: Wir bedanken uns bei den vielen Tausend Helfern, die die Durchführung dieser Wahl ermöglicht haben. Das will ich ausdrücklich noch einmal sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich finde es faszinierend, wie es nach Wahlen jede Partei irgendwie fertig bringt, zu erklären, dass sie gewonnen hat. Als Innenminister und für das Wahlrecht des Landes Zuständiger möchte ich es einmal so zusammenfassen: Am vorletzten Sonntag haben mit dem neuen Wahlrecht die hessischen Bürgerinnen und Bürger gewonnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 29.

Zur Reihenfolge der Abstimmungen: Ich sehe beide Anträge gleichberechtigt nebeneinander.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geschäftsordnung zuerst!)

- Ja, das steht in der Geschäftsordnung. Aber jetzt kann ich sagen: Schön, diejenigen, die zur Wahl gegangen sind, haben kumuliert und panaschiert. Schade, dass so wenige zur Wahl gegangen sind. Oder ich kann sagen: Schade, dass so wenige zur Wahl gegangen sind. Aber diejenigen, die zur Wahl gegangen sind, haben wenigstens kumuliert und panaschiert.

(Zuruf von der SPD: Ist doch egal!)

- Ist egal. - Wir stimmen also über den Änderungsantrag zuerst ab, weil das so in der Geschäftsordnung steht, obwohl es kein echter Änderungsantrag ist, sondern ein Ergänzungsantrag. Das steht da, ich weiß es.

Wer ist für die Annahme des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Wortlaut: "Der Landtag bedauert, dass nicht mehr Wahlberechtigte zur Wahl gegangen sind"? - Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Wir bedauern das.

Jetzt freuen wir uns. Wer ist für den Antrag von CDU und F.D.P., dass der Landtag begrüßt, dass mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler von den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens Gebrauch gemacht hat? - Das sind wenigstens die drei Fraktionen CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Die SPD enthält sich.

(Zurufe von der SPD)

- Den Ruf nach Auszählen nehme ich nicht ernst. Auch das ist erlaubt.

Ich rufe vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 11** auf:

#### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend finanzielle Rahmenbedingungen der hessischen Hochschulen - Drucks. 15/2377 -**

Redezeit zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat zunächst Frau Kollegin Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung zwischen den Regierungsfractionen wurde ein Hochschulpakt angekündigt, der den hessischen Hochschulen über Zielvereinbarungen finanzielle Planungssicherheit bieten soll. Die Finanzierung der Hochschulen wurde auf Globalhaushalte, also Globalbudgets plus einer erfolgsorientierten Mittelzuweisung, umgestellt. Die Landesregierung hat zudem vollmundig eine Aufstockung der Mittel für die Hochschulen angekündigt.

Auf den ersten Blick sieht das alles sehr löblich aus. Die Realität ist aber leider anders. Denn den hessischen Hochschulen wurde schlicht und ergreifend vorgegaukelt, sie hätten auf diese Weise mehr Mittel zur Verfügung. Das ist aber eine Mogelpackung, wie sich bei näherer Betrachtung herausstellt. Rechnet man die globalen Minderausgaben, die den Hochschulen auferlegt wurden, mit ein und berücksichtigt man, dass die leistungsbezogenen Mittelvergaben nicht zusätzlich in den Haushalt eingestellt wurden, sondern dass sie vorher in gleicher Höhe aus der Grundfinanzierung entnommen wurden, merkt man, dass sich hier nur die Finanztöpfe hin- und herbewegen. Summa summarum bleibt den Hochschulen sogar weniger Geld zur Verfügung als vorher.

Die Hochschulpräsidenten waren zum Glück nicht dumm und haben diesem Märchen keinen Glauben geschenkt. Es hagelte aus ihren Reihen bereits im Vorfeld der Haushaltsverabschiedung massive Proteste. Diese Kritik hat auch nach den zahlreichen Beschwichtigungsversuchen seitens der Wissenschaftsministerin bis heute nicht abgenommen. Mit Recht; denn die hessischen Hochschulen haben bis zum heutigen Tage keinen verlässlichen Finanzrahmen.

Die widersprüchlichen Aussagen aus dem Wissenschaftsministerium in Bezug auf die Haushaltsentwicklung der kommenden Jahre lassen denn auch eher befürchten, dass es in Wirklichkeit nicht zu der angekündigten Verbesserung der Mittelausstattung der Hochschulen kommen wird. Es geht aber nicht, den Hochschulen durch die Budgetierung größere finanzielle Entscheidungsspielräume zu geben, wenn man sie im Austausch dafür mit Mittelkürzungen bestraft.

Die hessischen Hochschulen brauchen umgehend einen verlässlichen Finanzrahmen, auch um die ihnen gestellten



Aufgaben der Strukturplanung, die in § 88 des Hessischen Hochschulgesetzes verankert sind, zu bewältigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur das Versprechen zusätzlicher finanzieller Mittel erweist sich bei näherer Betrachtung als Seifenblase, sondern auch der von Ihnen, Frau Ministerin, angekündigte Hochschulpakt. Die angekündigten Rahmenvereinbarungen zur Finanzierung der Universitäten von 2002 bis 2007 existieren noch nicht. Die angekündigten Zielvereinbarungen mit den hessischen Hochschulen sind noch nicht getroffen.

Auch wenn der Ministerpräsident heute Morgen in seiner Regierungserklärung diese Lippenbekenntnisse erneut vortragen hat: Es gibt keine sichtbaren Bestrebungen der Ministerin, diese Zielvereinbarungen endlich zu entwickeln. So entpuppt sich auch das Versprechen "Planungssicherheit durch Zielvereinbarungen" bei näherer Betrachtung als Seifenblase. Das ist ein weiterer Punkt, der die gewünschte finanzielle Planungssicherheit der hessischen Hochschulen unmöglich macht.

Die Reform der Hochschulen ist aber, wie wir alle wissen, nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus strukturellen und inhaltlichen Erwägungen nötig. Dass wir uns auf dem Weg von der herkömmlichen Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft befinden, ist unbestritten. Dies bedeutet, dass dem Wissen eine immer größere Bedeutung zukommt. Via Internet und E-Mail sind Informationen in immer größeren Mengen und in immer größerer Geschwindigkeit verfügbar. Dies wird in Zukunft auch die Bedingungen für ein erfolgreiches universitäres Arbeiten drastisch verändern.

Eine besondere Herausforderung für die Hochschulen wird darin bestehen, dass Herstellung, Aufarbeitung und Verfügbarkeit von Informationen nicht mehr nur im Hörsaal oder in der Bibliothek stattfinden, sondern den Studierenden auch über diese neuen Medien zugänglich gemacht werden können. Hierauf müssen sich Lehre und Forschung einstellen. Aber auch anderen Problemen und Herausforderungen, die mit dem Wandel der Gesellschaft einhergehen, müssen sich die hessischen Hochschulen der Zukunft stellen.

Beispiele hierfür sind die Internationalisierung und die Nachwuchs- und Frauenförderung. Wie aber sollen sich die hessischen Hochschulen den veränderten Anforderungen an die Hochschulen adäquat stellen, wenn sie über ungenügende und unsichere Finanzausstattung verfügen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich die viel beschworene Planungssicherheit als nichts anderes entpuppt als die Gewissheit, dass die Hochschulen früher als bisher wissen, wie viel weniger Geld sie in der Kasse haben, dann ist diese Planungssicherheit der pure Hohn, der sich lediglich in ein modern klingendes Gewand kleidet. Das Prestige der Hochschulen droht verspielt zu werden, wenn die Wissenschaftsministerin nicht ihre Finanzpolitik ändert und den Hochschulen eine wirkliche finanzielle Planungssicherheit zugesteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein solides finanzielles Fundament, gepaart mit einer Autonomie der Hochschulen, die diesen Namen auch verdient, käme dem verbal geäußerten Anspruch, Hessen zu dem Wirtschaftsstandort zu machen, auch entgegen. Denn zu einer verlässlichen Finanzplanung - verlässlich im Sinne einer ausreichenden Finanzierung und einer souveränen Mittelverwaltung - gehört auch die Autonomie einer Hochschule. In allen Fachartikeln, die sich mit der Reform der

Hochschulen beschäftigen, ist man sich einig, dass die Reform der Hochschulen nicht nur über die finanzielle Selbstverwaltung, sondern im Gegenzug auch über Leistungstransparenz fortentwickelt werden muss. Diese beiden Schritte - die monetäre und die nicht monetäre Leistungstransparenz - müssen, damit die Reform überhaupt einen Sinn macht, kohärent vorangetrieben werden. Genau hier hat die Landesregierung kein Konzept.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Autonomie und finanzielle Verantwortung sind untrennbar. Autonomie meint hier allerdings mehr als den Autonomiebegriff der Wissenschaftsministerin. Der Autonomiebegriff der Wissenschaftsministerin scheint nämlich nicht mehr zu sein als das Gewähren einiger kleiner Freiheiten für die Hochschulen. Die Hochschulen müssen aber weit mehr als bisher Möglichkeiten erhalten, ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln.

(Ministerin Ruth Wagner: Ja, eben!)

Dabei muss der Staat mehr Mut zu weniger Detailaufsicht, zu wenigen, aber verlässlichen Rahmenregelungen und zu mehr Vertrauen in die Hochschulen selbst aufbringen. Um die Handlungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken, müssen die Entscheidungsstrukturen verbessert werden.

(Michael Denzin (F.D.P.): Meine Rede von vor vier Jahren!)

Die Hochschulen brauchen eine höhere Wettbewerbstransparenz, mehr Qualitätsmanagement und nicht zuletzt eine klare Evaluation.

(Ministerin Ruth Wagner: Das wird alles gemacht!)

Diese von mir aufgezeigten Mängel sind ein Zeichen dafür, dass der Prozess Hochschulreform von der Landesregierung nicht ausreichend begleitet wird. Eine größere Finanzdecke, eine mittelfristige Planungssicherheit und mehr Autonomie würden der Flexibilität des gesamten Hochschulsystems, seiner Effizienz und seiner Wettbewerbsfähigkeit nur gut tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wissenschaftsministerin täte gut daran, sich diese Forderungen nicht nur verbal zu Herzen zu nehmen, sondern sie auch umzusetzen. Frau Wagner, man muss auch loslassen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Frau Wagner lässt uns nicht los! Gott sei Dank!)

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Herrhausen für die CDU-Fraktion.

#### **Traudl Herrhausen (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Man muss auch einsehen, dass die Landesregierung nicht Versäumnisse der letzten Jahrzehnte handstreichartig beheben kann."

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Das stammt nicht von mir, es stammt auch nicht von irgendjemanden der Koalitionsfraktionen. Nein, wenn die Kollegin Sorge die "FAZ" vom 01.03. aufmerksam gelesen hätte, hätte sie feststellen können, dass diese Aussage von dem Präsidenten der Universität Frankfurt kommt, von Herrn Prof. Steinberg.

(Norbert Kartmann (CDU): Er hat im Zweifel mehr Ahnung als Frau Sorge! - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr freundlich! - Norbert Kartmann (CDU): Auch als ich!)

Das heißt, wir können in der Tat nicht alle finanziellen Einschnitte, die Sie, meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, den hessischen Hochschulen in den letzten Jahren zugemutet haben, von heute auf morgen rückgängig machen. Dazu hat der von Ihnen betriebene Raubbau wahrlich zu tiefe Spuren hinterlassen. Wenn man sich einmal die Zahlen genau anschaut, kommen wir jetzt nach zwei Haushaltsjahren und einem Nachtragshaushalt ungefähr auf das Jahr 1994 zurück. In der Zwischenzeit haben Sie alles dermaßen heruntergewirtschaftet. Wir haben es mittlerweile geschafft, etwas aufzuholen, sind aber noch lange nicht dort angekommen, wo wir eigentlich hin wollen. Das wissen wir alle.

Der Herr Ministerpräsident hat auch heute gesagt, dass wir die hessischen Hochschulen weiter an die Spitze bringen wollen, dass wir mit Bayern und Baden-Württemberg mithalten wollen. Auch dazu hat sich Herr Steinberg einmal geäußert. Er hat gesagt, dass er es begrüßt, dass die hessische Landesregierung es anstrebt, in den nächsten Jahren die Lücken zwischen der Ausstattung der süddeutschen Universitäten und der hessischen Universitäten kleiner werden zu lassen. - Das sind Schritte in die richtige Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wann ist in den letzten Jahren ein Schritt von Ihnen, der Opposition, von den hessischen Hochschulrektoren und -präsidenten begrüßt worden? Das frage ich mich. Als ich hier im Jahre 1996 Hochschulpolitikerin geworden bin, gab es nur Aufstand gegen die Hochschulpolitik der damaligen Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Haben Sie eben Aufstand gehört? Ich nicht.

Zu Ihrem Antrag nur so viel. Sie wissen alle, dass das HMWK derzeit in Verhandlungen mit den Hochschulen über Zielvereinbarungen steht. Ja, es steht in Verhandlungen, endlich, darf ich sagen, in konkreten Verhandlungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Denn Sie, Herr Kollege Kaufmann, haben im Jahre 1998 in einer Ihrer hochschulpolitischen Reden gesagt: Wir haben Zielvereinbarungen. - Nichts hatten Sie, gar nichts hatten Sie. Das gehört nämlich auch in die Abteilung Wolkenkuckucksheim.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Wir kamen hierher und glaubten, wir würden Zielvereinbarungen vorfinden: gerade so viel, dass man das Wort Zielvereinbarung buchstabieren konnte. Inhaltlich war überhaupt nichts vorhanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Herr Bökel hat heute - oh, welcher Sinneswandel - noch mehr Autonomie gefordert.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Die Forderung geht ins Leere. Denn dort, wo Sie vermuten, es gebe zu wenig Autonomie, wird sie nur nicht genutzt. Meine Damen und Herren von der Opposition, auch an Freiheit muss man sich gewöhnen. Das ist oft ziemlich schwer.

Zielvereinbarungen heißt das Zauberwort. Eine Vereinbarung kommt durch Verhandlungen zustande. Die brauchen eine gewisse Zeit, noch dazu, wenn man am Nullpunkt anfängt. Es gibt nämlich überhaupt keine besonderen Modelle, mit Ausnahme der Universität Hamburg, die inzwischen Zielvereinbarungen hat. Das Modell einer Stadtuniversität ist aber vielleicht nicht unbedingt auf Hessen übertragbar.

Also: Vereinbarungen brauchen eine bestimmte Zeit. Deswegen sind wir hier auf einem ganz guten Weg. Vor allem wissen Sie selbst, wie die Verhandlungen über die Zielvereinbarungen nullter Ordnung und die Zielvereinbarungen erster Ordnung laufen. Dazu brauchten wir eigentlich nicht diesen Antrag. Wir haben selbst untereinander verabredet und die Ministerin hat immer in den Ausschusssitzungen vorgetragen, wie die Verhandlungen mit dem Ministerium und den Hochschulen vorangehen.

(Michael Siebel (SPD): Aber sehr unvollständig!)

- Herr Kollege Siebel, wenn es unvollständig ist, dann verstehe ich Ihren Antrag überhaupt nicht, denn dann müssten Sie über ein höheres Maß an Kenntnissen verfügen. Also woher können Sie beurteilen, dass es unvollständig ist?

Frau Staatsministerin Wagner wird sicher noch ausführen, auf welche Art und Weise wir diese Ziele bis zum Jahre 2001 bzw. 2003 verwirklichen können. Beides zusammen - Zielvereinbarungen und Programmhaushalt - sind Voraussetzung für eine Finanzaussage der Landesregierung. Denn nur die Erarbeitung inhaltlicher Zielvereinbarungen kann die Basis für die Festsetzung leistungsgesteuerter Parameter im Rahmen eines Programmhaushaltes sein, die dann wiederum für die Mittelverteilung an die einzelnen Hochschulen ausschlaggebend sein werden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass die Landesregierung nur dann eine seriöse Finanzaussage hinsichtlich der Ausstattung der hessischen Hochschulen wird machen können, wenn zwischen den Partnern Land und Hochschulen inhaltliche Entwicklungsziele, wie etwa Studienangebot und Qualitätssicherung, vereinbart sein werden. Vorher wäre jede Aussage über eine mittelfristige Finanzplanung unseriös.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

da eine solche nämlich nur den gleichen Zeitraum umfassen kann wie die ausgehandelten Zielvereinbarungen. Selbstverständlich bedeutet es nicht, dass die Landesregierung bis zum Abschluss der Zielvereinbarungsverhandlungen hinsichtlich der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Frage untätig sein wird. Im Gegenteil.

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Arbeit an Zielvereinbarungen und Programmhaushalt schon längst damit begonnen, eine Rahmenvereinbarung zur Finanzierung der hessischen Hochschulen mit mittelfristiger zeitlicher Perspektive vorzubereiten. Dass das eine schwierige Sache ist, wissen alle Fraktionen in diesem Hause. Wir werden im Zuge von solchen langfristigen Vereinbarungen nicht umhin können, die einen, die um die Stärkung ihrer Profile ringen, zu stärken und die anderen, wo es Einschnitte geben wird, auch in kooperativer Mitarbeit zu begleiten.

Die CDU hat, als Sie regierten, meine Damen und Herren von der Opposition, den Hochschulpakt gefordert. Jetzt wird die Forderung umgesetzt. Zu Ihren Zeiten haben Sie sich mit Händen und Füßen gegen einen Hochschulpakt gewehrt.

(Ministerin Ruth Wagner: So ist es!)

Frau Kollegin Sorge, dass Sie jetzt so vehement einen Hochschulpakt fordern, den wir eben bereit sind abzuschließen, kann ich nur darauf zurückführen, dass Sie einfach noch nicht so lange hier im Parlament sind. Sonst wüssten Sie, was in den Jahren vorher hier diskutiert worden ist.

Ein Hochschulpakt - das habe ich schon einmal gesagt - setzt allerdings voraus, dass die Profildiskussion in den Hochschulen abgeschlossen ist, dass daraus ein Gesamtableau entsteht und dann auch zusätzliche Schwerpunkte einfließen. All das, immer die Autonomie fest im Blick - Herr Bökel, der ist nicht da, aber andere Autonomiefans -, erfordert Geduld, Ermunterung und Motivation seitens aller Beteiligten und ein hohes Maß an Offenheit und Transparenz.

Lassen Sie mich deshalb im Zusammenhang mit der von Ihnen aufgeworfenen Frage eines verlässlichen Finanzierungsrahmens für die hessischen Hochschulen zum Abschluss unabhängig von Zielvereinbarungen, Programmhaushalt und Hochschulpakt noch einige interessante Aspekte ausführen. Der Anteil der Ausgaben für Lehre und Forschung an den Hochschulen am Gesamtetat des Landes Hessen betrug im Jahre 1994 9,38%, im Jahre 1997 8,57%, im Jahre 1999 immerhin schon wieder 9,12%, im Jahre 2000 9,38%.

Sie sehen also, dass die Zahlen wieder ansteigen. Ebenso die hessischen Ausgaben in Grundmitteln für Lehre und Forschung an den Hochschulen in DM je Einwohner: 1994 350 DM, 1997 343 DM, 1999 immerhin schon 360 DM und 2000 373 DM.

Hiernach zeigt sich, dass nur Baden-Württemberg noch höhere Pro-Kopf-Ausgaben in diesem Bereich tätigt. Auch insoweit hat es die Landesregierung geschafft, immerhin Bayern hinter sich zu lassen und den Kürzungen durch die vormalige Landesregierung entgegenzusteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Sie sehen also, diese Landesregierung braucht die Anträge - nämlich die Anträge derjenigen, die nicht gehandelt haben - nicht.

(Ministerin Ruth Wagner: So ist es!)

Alles Weitere werden wir im Ausschuss noch zu diskutieren haben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Herr Kollege Siebel für die SPD-Fraktion.

### **Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr dankbar für diesen Antrag,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil er eines deutlich macht, was wir heute Morgen schon bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ge-

hört haben, die sich auch Halbzeitbilanz genannt hat: Die selbst gesteckten Ziele dieser Landesregierung werden nicht umgesetzt. Sie stagniert. Und wenn dann einmal Ziele umgesetzt werden, dann haben sie einen sehr kurzfristigen Charakter. Ich werde Ihnen dieses auseinander legen.

Der Antrag der GRÜNEN bezieht sich auf § 88 Abs. 1 Hessisches Hochschulgesetz, den ich einfach einmal zitiere:

Die Struktur- und Entwicklungsplanung ist im Rahmen der Grundsatzentscheidungen der Landesregierung Aufgabe der Hochschulen und des Ministeriums. Sie soll ein fachlich ausreichendes und regional ausgewogenes Angebot in Lehre und Forschung sicherstellen und das gemeinschaftliche oder hochschulübergreifende Angebot von Einrichtungen und deren wirtschaftliche Nutzung gewährleisten.

Wenn man sich diese Maßgabe des Gesetzes auf der Zunge zergehen lässt, dann wird genau in diesem Punkt von dieser Landesregierung nach unserer Auffassung viel zu wenig getan. Wo ist der regionale Ausgleich?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wo ist den tatsächlich eine Hochschulstrukturplanung? Wo sind denn die Vorgaben beispielsweise im Landesentwicklungsplan, wo man das machen könnte?

(Beifall bei der SPD)

Wo ist die Umsetzung der Empfehlungen, weil Sie immer wieder rekurrieren, dass in der Vergangenheit nichts gemacht worden sei? Wo sind die Empfehlungen aus dem Werk "Autonomie und Verantwortung - Hochschulreform unter schwierigen Bedingungen"? Wo sind die Empfehlungen, die Sie umsetzen, wo es beispielsweise heißt:

Bis zum Jahre 2010 sollten in Hessen insgesamt 100.000 flächenbezogene Studienplätze erreicht werden, davon 70.000 für die Universitäten und 30.000 für die Fachhochschulen.

Wir können uns gerne über die Zahlen streiten, Frau Herrhausen, Frau Wagner, Frau Beer und Frau Sorge. Dann legen Sie aber doch einmal Ihre Vorstellungen auf den Tisch, damit wir uns darüber streiten können, wie denn eine solche Strukturplanung aussehen kann und aussehen soll.

Zu den Entwicklungszahlen möchte ich mir erlauben etwas zu sagen. Das hat auch ein bisschen eine Rolle bei der Diskussion des Hochschulgesetzes gespielt, das wir abgelehnt haben, und zwar begründet abgelehnt haben unter der Vorlage eines Antrages. In diesem Antrag ist auch eine Formulierung, die Sie sich bitte einmal auf der Zunge zergehen lassen sollen - Frau Herrhausen, weil Sie es genannt haben -, was sozusagen die Zielvorgabe dieser Landesregierung ist. Wir haben gefordert:

Die Finanzierung der Hochschulen muss in Zukunft an den Entwicklungszielen des Landesentwicklungsplanes orientiert sein. Zielvereinbarungen zwischen dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und den Hochschulen müssen diesen Hochschulzielen genügen und sind dem Hessischen Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind momentan doch im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst - da können wir darüber streiten - in der Situation, dass wir eine

Arbeitsgruppe eingefordert haben, die sich mit der Frage der Haushaltsumstellung befassen soll.

(Ministerin Ruth Wagner: Das habe ich doch angeboten! Das ist eine Unverschämtheit!)

- Nein, Frau Wagner, wir sind aber noch nicht an dem Punkt, dass Sie ernsthaft angeboten haben, eine Arbeitsgruppe einzurichten, wo wir über die Frage der Zielvereinbarungen beraten. Das ist Fakt im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie anderer Auffassung sind, können Sie diese hier auch vorlegen.

(Ministerin Ruth Wagner: Das werde ich!)

- Ja, das ist auch völlig in Ordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil in dem Antrag auf die mittelfristige Investitionsplanung rekurriert wird: Man kann zwei Dinge vertreten. Das eine ist, was Frau Herrhausen getan hat, die gesagt hat: Das mit der mittelfristigen Investitionsplanung ist eh alles Tinnef; da kann man hineinschreiben, was man will. Wir müssen erst einmal Zielvereinbarungen machen. - Oder man kann das ernst nehmen, was wir hier tun. Ich beispielsweise nehme meine Arbeit ernst. Wir haben die mittelfristige Finanzplanung übrigens mit Ihren Stimmen beschlossen. Ich habe einmal in diese mittelfristige Finanzplanung hineingeschaut. Das ist einer der Haushaltsteile, die nicht so oft näher betrachtet werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber sehr interessant!)

Ich kann nur jedem empfehlen, das öfter zu tun. Da wird beispielsweise darauf eingegangen, was die Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich angeht, was die jährlichen Steigerungsraten ausmachen: von dem Jahr 2002 auf 2003 5%, von 2003 auf 2004 4,5% und 2004 danach 5,4%. Das ist das, was in der mittelfristigen Finanzplanung steht.

Dann haben wir dort eine Position "Hochschulprogrammhaushalte", die logischerweise von dem Jahr 2000 auf 2001 wegen der entsprechenden Umstellung ansteigt. Dann muss ich einmal die Steigerungsraten angucken. Da haben wir im Jahre 2002 2,09 Milliarden DM, im Jahre 2003 2,133 Milliarden DM und im Jahre 2004 2,169 Milliarden DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir jetzt die Steigerungen ansehe, die an Steuereinnahmen im Lande Hessen nach Länderfinanzausgleich bestehen

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

- Frau Wagner, das kann man auch vorher machen; das ist doch wirklich egal, das unterscheidet sich prozentual nicht -, dann heißt das, dass wir eigentlich im Hochschulprogrammhaushalt im Jahre 2003 2,202 Milliarden DM haben müssten und nicht 2,133 Milliarden DM.

Das heißt, in den Jahren von 2002 bis 2004 - entschuldigen Sie diese etwas barsche Ausdrucksweise - "bescheißen" Sie die hessischen Hochschulen um 132 Millionen DM, nur gerechnet, was die Schätzungen für die Steuereinnahmen des Landes Hessen und die Zahlen angeht, die Sie in die mittelfristige Finanzplanung hineingeschrieben haben. Ich finde, das sollte einmal benannt werden. Dann sollten Sie hier nicht immer wieder erklären, wie toll Sie mit den hessischen Hochschulen umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Bereich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass wir Zielvereinbarungen festlegen

und daran orientiert irgendwann auch zu Haushaltszahlen kommen. Ich bin der festen Überzeugung - und als Parlament sollten wir auch gemeinsam den festen Willen haben -, dass wir als Parlament an diesem Prozess mitwirken können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen. Ich würde gerne einmal eine Diskussionsrunde zu der Frage haben, welche Mandanten im Bereich Wissenschaft und Kunst eigentlich gebildet werden - in welchem Umfang, wie viele und welche Zahlen wir hier im Hessischen Landtag überhaupt noch beschließen. Meiner Ansicht nach ist das im Hinblick auf die Steuerung relativ wichtig.

Aber auch etwas anderes ist wichtig, und dazu zitiere ich aus einem Papier, das man vielleicht auch einmal ein bisschen im Ministerium verbreiten kann: "Leitfaden Ziel- und Produktdefinitionen" aus dem Finanzministerium. Es beschreibt, wie das funktionieren könnte. Dort steht:

Das Zielsystem muss umfassend definiert werden, d. h. alle politischen Ziele, die die Landesregierung in kürzeren oder längeren Zeiträumen anstrebt, müssen sich in Zielsystemen wieder finden. Darunter werden Ziele sein, die mit hoher Priorität verfolgt werden und die der Bevölkerung öffentlichwirksam kommuniziert werden. An der Erreichung dieser Ziele wird die Landesregierung vorwiegend gemessen ... Ziele dieser Art finden sich z. B. in der Regierungserklärung. Diese Ziele drücken den Willen aus, einen als unzureichend erkannten Zustand zu verändern; daher werden sie im Folgenden als "Entwicklungsziele" bezeichnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von heute Morgen noch einmal durch den Kopf gehen lasse, dann kann ich solche Entwicklungsziele, die auf den Hochschulbereich zielen, nicht erkennen. Sie pflegen hier die Stagnation. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Kollegin Beer für die F.D.P.-Fraktion.

**Nicola Beer (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Sorge, ich habe Ihrer Rede gelauscht, und als Sie über die vehemente Kritik der Hochschulpräsidenten gesprochen haben, die es in diesem Land angeblich gibt, habe ich mich gefragt, von welchen Schlagzeilen Sie da wohl geredet haben mögen.

Ich habe ein paar Schlagzeilen gefunden, die ich hier zum Besten geben will. Da heißt es zum einen in der "Marburger Neuen Zeitung": "Das Land lässt unsere Universitäten ausbluten", "Weiterhin ist ein Aderlass der Philipps-Universität zu befürchten" Und schließlich in der "FAZ": "Ausstattung mancher Institute auf dem Niveau von 1950".

Liebe Frau Kollegin Sorge, das sind aber keine Zitate aus den letzten zwei Jahren und schon gar nicht aus diesem Jahr, sondern das sind Zitate aus den Jahren 1997 und 1998. Wenn mich nicht alles trügt, dann haben damals Sie von Rot-Grün Regierungsverantwortung getragen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Von daher kann man nur sagen: Liebe Frau Kollegin, Ihre Rede wäre vor zwei, drei Jahren sicherlich keine schlechte Sache gewesen, sehr engagiert in der Auseinandersetzung mit der damaligen SPD-Wissenschaftsministerin. Aber sie ist leider heute, zum jetzigen Zeitpunkt, völlig überholt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da täuschen Sie sich!)

Die F.D.P./CDU-Koalition, lieber Herr Kollege Kaufmann, ist angetreten, um gerade die von Ihnen verschuldete Überregulierung und Unterfinanzierung der hessischen Hochschulen zu beseitigen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angetreten vielleicht, aber stecken geblieben!)

und das wurde in den letzten zwei Jahren durch die tatkräftige Wissenschaftsministerin Ruth Wagner in Zusammenarbeit mit den Fraktionen von F.D.P. und CDU umgesetzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorsicht mit dem Weihrauch!)

Also auch hier: versprochen - gehalten. Das novellierte Hessische Hochschulgesetz bringt den Hochschulen so viel Autonomie wie seit langem nicht.

Wenn man Herrn Kollegen Bökel heute Morgen bei der Diskussion der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört hat, dann kommt man zu dem Schluss, er muss ein regelrechter Fan dieses neuen Hessischen Hochschulgesetzes sein; denn er hat es so treffend mit seinen Forderungen beschrieben: Dieses Hessische Hochschulgesetz nämlich stärkt die Leistungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer hessischen Hochschulen und fördert ihre Innovationskraft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem auch der stetige Aufwuchs der Finanzmittel - seit dem Nachtragset für den Haushalt 1999 um fast 220 Millionen DM allein für den Wissenschaftsbereich - versetzt die Hochschulen endlich, und zwar seit Jahren zum ersten Mal wieder, in die Lage, handlungsfähig zu sein und ihren Auftrag einer qualitätsvollen Ausbildung von Studierenden zu erfüllen können. Das war in den acht Jahren zuvor unter Rot-Grün nicht der Fall gewesen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dabei ist es uns durchaus bewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Grundausstattung der Hochschulen noch weiter verbessert werden muss und dass der Finanzrahmen für die Hochschulen über einen längeren Zeitraum hinweg kalkulierbar werden muss.

Deshalb sind diese Landesregierung und diese Wissenschaftsministerin dabei, im Rahmen eines Hochschulpaktes diese Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu verhandeln. Hierbei gilt es, quantitative Ziele, aber eben auch qualitative Ziele und Leistungen mit den Hochschulen zu vereinbaren, z. B. im Hinblick auf das Fächerspektrum, inklusive der fachbezogenen Studierendenzahlen, grundlegende Qualitätsstandards und die Grundlagen des zugehörigen Qualitätsmanagements - wie man nämlich diese Qualitätsstandards und die Einhaltung dieser Standards überprüft und weiterentwickelt.

Es gilt aber auch, in diesen Ziel- und Leistungsvereinbarungen Regelungen im Hinblick auf die Standortplanung, die Personalplanung und die Investitionsplanung sowie für besondere Aufgaben und Entwicklungsschwerpunkte der

einzelnen Hochschulen zu finden. Dabei ist es Ziel dieser vertraglichen Vereinbarungen, die gemeinsam mit den Hochschulen erarbeitet werden, die mehrjährige Entwicklung der Hochschulen festzulegen, ihre Profilbildung im Rahmen der hochschulübergreifenden Planungen voranzutreiben und ihnen auch finanziell Planungssicherheit über mehrere Haushaltsjahre hinweg zu geben.

Meine Damen und Herren, es ist gerade nicht mehr Ziel, was Sie, Herr Kollege Siebel, hier angemahnt haben: im Rahmen einer absoluten Plangläubigkeit von oben herab par ordre du mufti mit ministeriellen Zielvorgaben den Hochschulen vorzuschreiben, wie sie sich zu entwickeln haben. Stattdessen gehen wir den Weg eines Entwicklungsprozesses gemeinsam mit unseren Hochschulen. In diesem Prozess stecken wir mittendrin.

Die Hochschulen müssen von sich aus aufgrund der Planungen ihrer einzelnen Fachbereiche und ihrer Gremien Zielvorschläge entwickeln, Entwicklungsschwerpunkte beschreiben, die sie sich vorstellen können. In Verhandlungen mit dem Ministerium muss dies vereinbart werden. Dieser Prozess soll bis in die zweite Jahreshälfte dieses Jahres durch den Abschluss der ersten Generation von Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen und dann jeweils weiterentwickelt werden, indem diese Ziel- und Leistungsvereinbarungen fortlaufend fortgeführt und verfeinert werden.

#### **Präsident Klaus Peter Möller:**

Frau Kollegin, lassen Sie eine Frage von Herrn Siebel zu?

(Nicola Beer (F.D.P.): Bitte schön!)

- Herr Kollege Siebel.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Frau Kollegin Beer, wenn denn die Zielvereinbarungen schon so weit fortgeschritten sind, können Sie sich vorstellen, § 88 Abs. 5 des Hessischen Hochschulgesetzes zu streichen? Er war in den Anhörungen zur Gesetzesberatung so hoch umstritten und besagt, dass in dem Fall, in dem keine Zielvereinbarungen zustande kommen, solche erlassen werden können.

#### **Nicola Beer (F.D.P.):**

Herr Kollege Siebel, ich brauche diesen § 88 Abs. 5 HHG nicht anzuwenden. Im Gegensatz zu Ihrem damaligen Hochschulgesetz, auch nach der Reform von 1998, als § 88 Abs. 5 die Regel war, während alles andere im Kleingedruckten als Kannvorschrift drinstand, haben wir dieses Verhältnis umgekehrt. Bei uns ist diese Ziel- und Leistungsvereinbarung auf gemeinsamer vertraglicher Ebene mit den Hochschulen die Regel. Genau das wird momentan mit den Hochschulen verhandelt, vereinbart und diskutiert. Dann brauchen wir einfach diese Notfallmaßnahme des § 88 Abs. 5 HHG nicht mehr. Das ist ein reiner Auffangabsatz, ganz am Schluss dieses Paragraphen. - Also das genaue Gegenteil dessen, was Sie mit Ihrer Wissenschaftsministerin Hohmann-Dennhardt mit Zustimmung der GRÜNEN über die gesamte letzte Legislaturperiode betrieben haben.

Sie wissen auch, dass wir mit den Hochschulen bereits so weit gekommen sind, denn diese Ministerin hat im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen informiert. Sie war es auch,

die alle Fraktionen - auch die Ihre, Herr Kollege Siebel - im Ausschuss eingeladen hat, an einer von ihr initiierten Arbeitsgruppe zu diesen neuen Steuerungsinstrumenten teilzunehmen - einfach vor dem Hintergrund, dass sie als langjährige Abgeordnete sich gar nicht vorstellen kann, dass dies nicht auch in enger Abstimmung mit dem Landeshaushaltsgesetzgeber vollzogen werden kann.

Meine Damen und Herren, einzige Absicht für den heute hier vorliegenden Antrag der Bündnisgrünen ist vor diesem Hintergrund doch der Versuch, auf einen bereits in hoher Geschwindigkeit fahrenden Zug noch aufzuspringen. An und für sich könnte dies ein Anlass zur Freude sein: dass auch die Bündnisgrünen endlich die Zeichen der Zeit erkannt haben und späte Einsichten gewinnen. Unverschämmt ist dabei aber, wenn die Bündnisgrünen so tun, als ob sie diese Idee geboren hätten und nun die Landesregierung zum Handeln bringen müssten. Mitnichten, meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall.

Waren zu rot-grünen Zeiten ministerielle Zielvorgaben und die Bevormundung der Hochschulen der Geist der Hochschulpolitik, so wird die hochschulpolitische Situation heute durch ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen dem Land und den Hochschulen geprägt, und die Hochschulen sind bei der Strukturplanung gemeinsam mit dem Land aufgerufen, diese zu entwickeln. Sie müssen nicht mehr hinnehmen, was ihnen par ordre du mufti vorgegeben wird, was also auf SPD-Parteitag beschlossen worden ist. Waren unter Rot-Grün massive Haushaltskürzungen, Stellensperren, Haushaltssperren sowie Stellenabbau ständige Folterinstrumente für unsere hessischen Hochschulen, so steht bei unserer Hochschulpolitik die leistungsbezogene und verlässliche Finanzausstattung der Hochschulen im Vordergrund, wobei die Hochschulen über die mit ihnen vereinbarten Budgets in eigener Verantwortung verfügen können.

Fazit: Die F.D.P./CDU-Koalition ist zusammen mit den hessischen Hochschulen auf dem richtigen Weg. Die Opposition ist sehr, sehr herzlich eingeladen, sich hier anzuschließen und diese Schritte zu unterstützen. Dafür bedarf es aber eines solch durchsichtigen Antrags wie dem der Bündnisgrünen nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Wagner.

#### **Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen gleich vorweg: Ich halte den Antrag der GRÜNEN für überflüssig und die Rede von Frau Sorge für peinlich.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin nämlich der Meinung, dass man auch als junge Abgeordnete zumindest einmal nachlesen sollte, was die eigene Fraktion und ihr Sprecher bis noch vor wenigen Wochen gesagt hat. Das kann man erwarten.

(Beifall bei der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Belehrung, Frau Lehrerin!)

Ich darf Ihnen zunächst einmal vorhalten, dass im Jahre des Herrn 1997 - vielleicht haben Sie Lust, wenigstens das einmal nachzulesen - die vormalige Abgeordnete Ruth

Wagner mit Datum vom 1. Dezember auf Drucks. 14/3413 beantragt hat, einen Hochschulpakt zwischen den hessischen Universitäten und dem Land Hessen zu schließen, und zwar auf der Grundlage eines Briefes, den die fünf Universitäten unter Federführung ihres damaligen Sprechers an alle vier Fraktionen herangetragen hatten.

Die Universitäten haben vorgeschlagen, eine verbindliche Vereinbarung zwischen ihnen und dem Land Hessen über einen Zeitraum von fünf Jahren zu schließen und, ausgehend von dem Haushalt des Jahres 1997 - ich komme gleich darauf zurück, wie hoch die Mittel damals waren -, die Gegenverpflichtung der Hochschulen auszusprechen, eine Minderung ihrer Haushalte um jährlich 1 % hinzunehmen. Der nachmalige Sprecher Wörner hat mir und vielleicht auch anderen in den Fraktionen in Gesprächen damals signalisiert, dass er sogar bereit sei, 3 % seines Gesamthaushalts zur Verfügung zu stellen, wenn er genügend Finanzautonomie bekomme.

Dieser Antrag ist im Plenum am 29. Januar 1998 zusammen mit Ihrem Gesetzentwurf behandelt worden. Sie haben es damals nicht nötig gehabt - außer einer einzigen Rednerin, nämlich Frau Fellner von der SPD -, darauf einzugehen und zu sagen, dass wir Zielvereinbarungen brauchen. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, weil Sie Zielvorgaben hatten. Sie waren eine Planungsfraktion und keine kommunikative Fraktion.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die SPD und die damalige Ministerin sind auf denselben Kurs eingeschwenkt. Nur Frau Fellner hat zusammen mit der Opposition dargestellt, dass es einen kooperativen Vorgang geben muss, dass man auf diesen Vorschlag der Universitäten eingehen muss. Verehrte Frau Sorge, das ist die Wahrheit, und deshalb sollten Sie auch die Öffentlichkeit nicht hinter Licht zu führen versuchen mit einem Antrag, der genau das fordert, was wir vereinbart haben und was wir in unserer Oppositionszeit versprochen haben. Wir halten das, was wir damals versprochen haben. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In Ihrem Gesetz von 1998 gab es keinen solchen § 88. Da gab es einen Paragraphen, in dem stand, dass die Landesregierung Vorgaben macht. Von einem Dialog, von einem Prozess, von einer Diskussion war überhaupt keine Rede. Das ist der zweite Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb sage ich noch einmal: Wir sind mitten in diesem Prozess. Ein solcher Prozess funktioniert nicht auf Knopfdruck, wenn irgendeine Ministerialbürokratie oder eine Ministerin oder ein Staatssekretär etwas will. Jeder von Ihnen weiß, wie die Diskussionskultur heutzutage in den Hochschulen oder in anderen großen Institutionen aussieht. Sie können das auch "bürokratische Hemmnisse auf unterschiedlichen Ebenen" nennen. Dieser Prozess braucht Zeit. Ich gebe den Hochschulen Zeit - auch wenn es drei Monate länger dauert -, weil ich einen demokratischen Prozess, einen Dialog und einen Bottom-up-Prozess für eine Zielvereinbarung haben will. Hier handeln wir anders als alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU)

In einem solchen Prozess gibt es einerseits strukturelle Vorgaben durch ein gutes Gesetz, andererseits haben wir seit dem 1. Januar 2001 an allen Hochschulen die Vorbereitung

der Programmhaushalte und Finanzautonomie. Das gibt es in keinem anderen Bundesland.

Wir stehen mitten in der Diskussion über Zielvereinbarungen. Ich habe freiwillig - dazu bedarf es keines Antrags und keiner Aufforderung -, anders als meine Vorgängerin, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst für ein kooperatives Verhältnis gesorgt und informiere Sie jedes Mal von mir aus über so viele Themen, dass ein Teil der Abgeordneten sagt: So viel Papier will ich gar nicht lesen. - Mir können Sie nicht vorwerfen, dass ich Ihnen zu wenig Informationen gebe. Im Gegenteil, ich höre sogar Beschwerden.

Weil ich die Abgeordnetenmentalität, die ich nicht ablegen werde, im Kopf habe, habe ich angeregt, eine Arbeitsgruppe zwischen dem Wissenschaftsausschuss und dem Haushaltsausschuss einzurichten, die sich darüber Gedanken macht, wie die Kontrollfunktion des Parlaments in der Begleitung der Finanzautonomie der Hochschulen verbessert werden kann. Herr Siebel, Sie alle kennen die Zahl der Mandanten. Sie kennen die Art der Mandanten. Das ist x-mal vorgetragen worden. Sie können es nachlesen. Sie sollten es dann aber auch nachlesen und sich nicht im Parlament beschweren, Sie wüssten es nicht.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Siebel?

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Einen Satz will ich noch sagen. - Ich warte darauf, dass mir der Ausschuss einen Vorschlag macht, wann die Arbeitsgruppe tagt. Das will ich Ihnen nicht vorgeben. Sie müssen sagen, ob Sie das wollen. Wenn Sie es nicht wollen, werde ich Sie nicht mit neuem Papier überschütten. Das Angebot steht. Der Ausschuss kann davon Gebrauch machen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

**Michael Siebel (SPD):**

Frau Wagner, wir haben x-mal angemahnt, einen Termin zu benennen, wann die Arbeitsgruppe tagt. Sie haben gesagt, Ihr Haus werde einen Terminvorschlag machen. Der ist bis heute nicht gekommen.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Eine Frage, bitte.

**Michael Siebel (SPD):**

Frau Wagner, können Sie mir sagen, wie viele Mandanten wir im Bereich Wissenschaft und Kunst haben werden? Haben wir fünf Mandanten oder einen Mandanten?

**Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Verehrter Herr Siebel, wir haben heute einen Tagesordnungspunkt, der sich mit dem Hochschulpakt beschäftigt. Wenn Sie etwas über die Haushaltsumstellung im Kulturbereich wissen wollen: Machen Sie eine Initiative. Fragen Sie mich in der nächsten Ausschusssitzung. Sie wissen ganz genau, dass die Mandantenbildung und die Haushaltsumstellung im Kulturbereich zwei Jahre später als in den

Hochschulen anläuft. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie einen solchen Antrag stellen. Wenn Sie mich fragen, werden wir das nächste Mal im Ausschuss ausführlich berichten, wie der Stand ist.

Die Diskussion darüber, ob ein Museum oder ein Theater ein Mandant ist oder nicht, ist in vollem Gange. Sie kennen das doch alles. Tun Sie doch nicht so, als wüssten Sie nicht, dass man die Mandanten noch gar nicht bilden kann. Wir sind dabei, im Jahre 2002 die erste Umstellung vorzunehmen. Bei den Hochschulen hatten wir drei Modellhochschulen mit fünf Jahren Vorlauf. In dem anderen Bereich waren es drei Jahre. Jetzt fangen wir damit an. Welches Ministerium macht das eigentlich? Wir sind die Vorläufer für alle anderen. Deshalb sollten Sie nicht so tun, als werde das alles aus dem Ärmel geschüttelt. Wenn Sie das hätten machen können, warum haben Sie es denn dann nicht gemacht?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich mache jetzt all das, was Sie vernachlässigt haben. Das ist doch der Punkt.

Ich will noch einmal sagen: Der § 88 des Hochschulgesetzes verpflichtet uns, Aufgaben parallel zu erledigen. Das ist völlig in Ordnung. Wir hätten es ganz leicht, einen Hochschulpakt à la Hamburg, à la Niedersachsen oder à la Baden-Württemberg zu schließen, in dem steht: Das ist der Haushalt der Hochschulen, dafür haben sie soundso viel einzusparen. - So lauten nämlich die meisten Hochschulpakete. Das finde ich albern. Das ist kein Hochschulpakt, der diesen Namen verdient. Wir wollen in dem Hochschulpakt eine Zusammenführung von Profilbildungen, Zielvereinbarungen, Studienangeboten, Forschungsschwerpunkten, Förderungen des wissenschaftlichen Nachwuchses, Leistungsevaluationen und Qualitätssicherungen, um nur einige Beispiele für die Elemente zu nennen, die in diesen Pakt hineinkommen sollen.

Ich bin der Auffassung - ich war am Anfang anderer Auffassung -, dass man die Zeit aufwenden muss, um diesen Dialog der Überzeugung zu führen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Ich bin mir noch nicht sicher, wie schnell er wirklich vorangehen kann, weil die Strukturen in den Hochschulen so langsam arbeiten, dass sie erst ganz allmählich eigene Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wenn Sie von einer Hochschule eine Aussage haben, dann wissen Sie nie, ob das jetzt vielleicht die oberste Präsidiums- oder Senatsmeinung ist. Sie wissen nie, wie weit die Meinungsbildung in den Fachbereichen vorangeschritten ist. Meine Erfahrung ist, dass die Zeit sehr viel länger sein muss, als man ursprünglich eingeplant hat.

Zweitens ist ganz klar, dass man das in zwei Stufen machen muss. Deshalb habe ich Ihnen berichtet. Die Zielvereinbarungen der nullten Generation werden am 30. April - Sie kennen auch alle Termine - in der nächsten Runde mit allen Präsidenten der Hochschulen verabredet, und dann gehen sie in eine Probephase. Wir haben parallel verabredet, dass der Programmhaushalt für die nächsten Jahre jetzt in verbindlichen Simulationsrechnungen in der nullten Runde gemacht werden muss. Sie kennen die Stufen der Planung bis zum Jahr 2003 mit monatlichen Verabredungen. Sie wissen das alles.

(Michael Siebel (SPD): Sie leiden an Wahrnehmungsstörungen!)

Meine Damen und Herren, wir haben drittens für die tatsächliche finanzielle Situation des Hochschulpakts intensive Gespräche zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Finanzministerium und - auch das ist einzig in der Bundesrepublik - dem Ministerpräsidenten geführt. Welcher Ministerpräsident welchen Landes hat sich schon einmal einen Nachmittag Zeit genommen, um mit seiner Wissenschaftsministerin, dem Finanzminister und den Kanzlern aller hessischen Hochschulen intensiv darüber zu sprechen? Das haben wir am 22. Januar in unserem Haus gemacht,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

weil auch der Ministerpräsident sich in der Sache kundig machen will und weil er wie bei der Schule den Eindruck hat, Bildung ist etwas, worum er sich auch als Chef zu kümmern hat. Ich freue mich darüber sehr, und ich glaube, das wird der Sache sehr dienen.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Ministerin, nur als Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist vorbei.

#### **Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Okay.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, wie bei Ihnen die Finanzsituation ausgesehen hat. Verehrte Kollegen, im Jahr 1998 lag der Zuschuss für die fünf Universitäten bei 1,26 Milliarden DM. Wir haben ihn schon im Jahr 1999 auf 1,272 Milliarden DM erhöht, im Jahr 2000 auf 1,34 Milliarden DM, und im Jahr 2001 sind wir bei 1,79 Milliarden DM. Wissen Sie, was "Die Zeit" über Ihre Hochschulpolitik gesagt hat? Sie sparen die Hochschulen dumm. Das war nicht mein Urteil, sondern das Urteil der Wochenzeitung "Die Zeit". Wir haben die Gesamtsituation betrachtet und den Wissenschaftsetat des Landes fast um 140 Millionen DM erhöht.

Meine Damen und Herren, wenn es nach Ihnen und dem Aufstellungserlass von Herrn Starzacher gegangen wäre, hätten wir nicht nur diese 140 Millionen DM nicht, sondern noch einmal 200 Millionen DM weniger. Das war die Bilanz, die Sie uns hinterlassen haben, und die mussten wir erst einmal wieder in Ordnung bringen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie die Einzelzahlen hören, dann wissen Sie doch ganz genau, dass Sie und gerade die GRÜNEN dafür gesorgt haben, dass z. B. an den Universitäten unglaublich gespart worden ist. Aber die Fachhochschulen, die Sie angeblich ausbauen wollten, haben Sie ja auch nicht gestärkt. Sie haben dafür gesorgt, dass am Ende der letzten Legislaturperiode drei hessische Universitätskliniken denselben Haushalt hatten wie in Niedersachsen zwei, und das mit hessischen Landesgeldern. Deshalb, Herr Siebel, ist das so fies, was Sie da mit dem Länderfinanzausgleich machen. Mit dem Geld, das die Hessen abliefern, werden in Niedersachsen die Universitätskliniken und die Universitäten finanziert. Wir hätten das Geld auch gern. Deshalb sage ich Ihnen: Das, was Ihr Finanzminister - als ehemaliger Ministerpräsident weiß er genau, dass das anders war - jetzt mit dem Maßstäbengesetz vorgeschlagen hat, würde bedeuten,

dass wir schon nach jetzigem Stand bei 100-prozentiger Anrechnung der Gemeindeanteile 1 Milliarde DM mehr bezahlen würden - 6,4 Milliarden DM müsste Hessen abgeben -, nur damit Länder wie Bremen, Niedersachsen, das Saarland und ich weiß nicht, wie sie alle allein im Westen heißen, noch mehr Geld bekommen und wir kein Geld für hessische Hochschulen haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Wir haben in diesen drei Haushaltsjahren - Nachtrag 1999, Haushalt 2000 und 2001 - eine Steigerung von 6,6% nur der Zuschüsse für den Hochschulbereich gehabt. Das hat kein anderes Land erreicht. Wir müssen die Gesamteinsparung mit erfüllen, die wir uns im Bereich des Personals vorgenommen haben. Aber ich glaube, dass wir mit dieser Bilanz, die sich im Augenblick vorrangig auf die Forschungsförderung, Nachwuchsförderung und das Bibliotheks Sonderprogramm bezieht - wir haben heute wieder ein dickes Lob für das bekommen, was wir mit den Lizenzverträgen und den Zeitschriften erreichen -, endlich wieder den internationalen Anschluss erzielt haben. Das haben wir geschafft.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir wissen genau, dass wir Mängel in der Grundversorgung haben. Darauf werden wir uns in den nächsten zwei Jahren einstellen. Die Absicht der Landesregierung ist, in den nächsten Wochen, möglichst bis zur Aufstellung des Haushalts 2002, einen Hochschulpakt zu bekommen, der den Finanzteil beinhaltet, und mit den Zielvereinbarungsdiskussionen so weit zu sein, dass man wenigstens die erste Generation der Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulen und uns verabreden kann.

Meine Damen und Herren, dass die Hochschulen selber mich gebeten haben, ihre vorläufigen Entwürfe, die noch sehr disparat sind, nicht dem Parlament zur Verfügung zu stellen, finde ich völlig in Ordnung, weil wir uns beide auf einen Prozess eingelassen haben, in dem auch Neuland für Hochschulen betreten wird. Wir haben in der letzten Klausur eine Struktur vereinbart, auf die sich alle eingelassen haben. Ich hoffe, dass ich am 30. April sozusagen anhand dieser Struktur die nächsten Entwürfe bekomme. Aber Sie können sicher sein, dass wir alles daransetzen werden, eine Profilbildung innerhalb der Hochschulen zu erreichen, die nicht mehr nach den alten Mustern läuft: Wenn du in Gießen einen Fachbereich hast, muss ich ihn in Marburg auch haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will Ihnen das einmal an einem einzigen Beispiel erläutern: Wenn die Deutsch-Japanische Gesellschaft mir in langen Briefen schreibt, man müsse die Japanologie mit einhalb Stellen in Frankfurt erhalten, man müsse aber auch in Marburg die Japanologie erhalten, und keiner weiß eigentlich so recht, was wissenschaftlich das Thema der Japanologie ist - ist es Geschichte, ist es Literatur, ist es Spracherwerb, ist es Wirtschaftskunde? -, dann frage ich nach: Für japanische Verhältnisse ist eigentlich die Fahrt zwischen Marburg und Frankfurt überhaupt kein Thema. Wäre es denn nicht machbar, dass Marburg und Frankfurt sich zusamm tun? Ich habe überhaupt kein Problem, wenn wir einen hessischen Schwerpunkt Japanwissenschaften haben, der Frankfurt/Marburg oder Marburg/Frankfurt heißt. Das ist der Prozess, denn ich zurzeit mit den hessischen Hochschulen bestreite.



(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn sich dazu vielleicht, wie es sich andeutet, ein dritter Ort gesellen würde, dann wäre das gut. Ich diktiere denen das nicht, wie Sie es gemacht haben. Sie wollten die Zahnklinik in Marburg schließen. Basta, hat der Herr Praml gesagt. Das mache ich nicht, auch wenn es mir zu lange dauert. Ich diskutiere mit den Leuten, bis wir eine gemeinsame Überzeugung und eine gemeinsame Lösung haben. Das ist unser Weg.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Der Antrag soll an den Wissenschaftsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen werden. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Weiterbildungsgesetz - Drucks. 15/2379 -**

und **Tagesordnungspunkt 24:**

**Antrag der Abg. Dörr (Umstadt), Habermann, Hartmann, Quanz, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend Eckpunkte für ein Weiterbildungsgesetz - Drucks. 15/2474 -**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Frau Kollegin Hinz zur Begründung des Antrags.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Erarbeitung des Gesetzes für Weiterbildung hat sich in Hessen zu einem echten Ärgernis ausgeweitet, vor allen Dingen einem Ärgernis für die Volkshochschulen und für die freien Träger der Weiterbildungseinrichtungen. Denn dieses Gesetz ist seit einiger Zeit überfällig, und das hindert die Kultusministerin daran, das zu tun, was der Haushaltsgesetzgeber beschlossen hat, nämlich den Weiterbildungseinrichtungen endlich mehr Geld für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal kurz daran erinnern: Im Herbst 1999 wurde angekündigt, dass die Weiterbildungseinrichtungen 30% ihrer Mittel gekürzt bekommen. Das wurde mit dem Haushalt 2000 beschlossen. Wir als Fraktion haben Ihnen damals das Angebot eines Moratoriums gemacht, was die Sparmaßnahmen angeht, um in der Zeit von einem Jahr ein notwendiges und sinnvolles Weiterbildungsgesetz zu formulieren, die Inhalte festzulegen, wie Weiterbildung in Hessen betrieben werden soll, und danach die Haushaltsmittel entsprechend den Gegebenheiten und den gesetzlichen Vorgaben in den Haushalt einzustellen. Das haben Sie mit dem Hinweis abgelehnt, Sie würden ziemlich schnell ein Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen, und dann seien die Sorgen und Nöte der Weiterbildungseinrichtungen doch vergessen.

Wir stehen heute, im März 2001, mit einem Haushalt da, der zwar eine Erhöhung vorsieht, die aber an das Gesetz gekoppelt ist. Was Sie als Koalition und als Ministerin nicht geschafft haben, das ist, einen Gesetzentwurf in diesen Landtag einzubringen, damit er endlich beraten werden

kann. Das heißt, dass vor der Sommerpause auch kein Gesetz verabschiedet werden kann. So sieht es derzeit aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie so lange uneinig waren in der Koalition, was den Gesetzentwurf angeht, und dann auch noch mit dem Finanzminister - so hört man wenigstens aus dem Buschfunk die Trommeln -, hat jetzt zur Folge, dass die Landesregierung sogar ihr eigenes Beteiligungsgesetz nicht einhalten wollte. Die Ministerin hat einen Entwurf, der inzwischen vom Kabinett abgesegnet wurde, zur ersten Regierungsanhörung an die Verbände geschickt und mitgeteilt, dass sie vier Wochen Zeit hätten, ihre Stellungnahmen abzugeben. Das entspricht noch nicht einmal den gesetzlichen Vorgaben, die Sie sich selbst gegeben haben, dass nämlich die Kommunalen Spitzenverbände zwei Monate Zeit haben sollen, um in einer Regierungsanhörung mitzuberaten.

(Zuruf der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

- Natürlich haben Sie das beschlossen, Frau Henzler. - Es gibt eine Anhörung, aber die Zeit wollten Sie nicht geben. Jetzt haben sich die Spitzenverbände bei der Ministerin durchgesetzt. Es gibt längere Fristen. Das heißt aber, dass frühestens im Mai, wahrscheinlich aber erst im Juni ein Gesetzentwurf eingebracht werden kann. Ich sage Ihnen: Wir werden als Landtag, als Fraktion nicht auf eine Ausschussanhörung verzichten wollen. Ich lasse einmal dahingestellt, ob es eine mündliche oder eine schriftliche Anhörung sein wird. Aber ein solch wichtiges Gesetz kann nicht ohne Landtagsanhörung beraten werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist der Zeitplan doch wieder völlig über den Haufen geworfen. Ich denke, das ist ein unredlicher Umgang gerade mit einem so wichtigen Thema und mit den Trägern der Weiterbildung, die darauf gehofft haben, dass sie wenigstens Anfang dieses Jahres Bescheid wissen, dass sie Planungssicherheit haben und dass sie ab Mitte des Jahres über mehr Mittel verfügen können, damit sie ihre Aufgaben auch tatsächlich richtig und sinnvoll erfüllen können.

Wir haben Ende letzter Woche den Regierungsentwurf zugestellt bekommen. Es ist zwar ganz nett, dass wir ihn jetzt auch außerhalb des Kuratoriums zu Gesicht bekommen haben. Aber das enthebt Sie nicht Ihrer Aufgabe und Ihrer Pflicht, dem Landtag zeitgemäß einen Gesetzentwurf vorzulegen, der hier beraten werden kann.

Ich möchte in der Vorschau auf einen Gesetzentwurf, den wir hoffentlich noch in diesem Jahr bekommen werden, einige Eckpunkte nennen, die uns wichtig sind, in einem solchen Gesetz Erwähnung zu finden. Das ist zum einen, dass der Stellenwert der Weiterbildung im gesamten Bildungssystem auch gewürdigt und festgelegt werden muss. Aus unserer Sicht ist die Weiterbildung gleichberechtigt mit dem Schulbereich und mit der Ausbildung zu sehen. Das heißt, dies muss auch entsprechend als Eckpunkt in einem Gesetz formuliert sein,

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

genauso wie der Eckpunkt, dass es ein Recht auf Weiterbildung geben soll für die Personen, die heutzutage bereits nach ihrer Schulzeit oder Ausbildungszeit mit der Weiterbildung beginnen müssen. Denn wir wissen alle, dass das Wissen sich revolutioniert. Wir haben permanent neue Informationen. Die Gesellschaft, die Arbeitswelt, die Informationswelt werden immer komplizierter und komplexer. Die Gesellschaft wandelt sich entsprechend schnell, und

die Arbeitswelt verändert sich auch entsprechend schnell. Das heißt, dass wir ohne Fort- und Weiterbildung überhaupt nicht mehr auskommen, sei es in der politischen Bildung, sei es in der Persönlichkeitsbildung oder sei es in der beruflichen Weiterbildung. Dies muss aber dazu führen, dass jeder Mensch das Recht hat, sich entsprechend in der Persönlichkeit und auch in den einzelnen Bereichen weiterzubilden.

Als zweiten wesentlichen Eckpunkt sehe ich anschließend, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Weiterbildungseinrichtungen entsprechend qualifiziert sein müssen, um die Weiterbildung tatsächlich so zu betreiben, dass sowohl diejenigen, die an Lehrgängen, Maßnahmen und Bildungsurlaub teilnehmen, etwas für ihr Geld bekommen, als auch wir, wenn wir Landesmittel geben, und die Kreise, die für die Grundversorgung Geld geben und verantwortlich sind. Es muss sichergestellt sein, dass qualitativ ein hoher Standard bei der Weiterbildung erreicht wird und nicht irgendjemand eingestellt wird, der dann solche Lehrgänge abhält.

Weiterhin sehe ich als notwendig an, dass die Weiterbildung in enger Kooperation der Träger, die von dem Weiterbildungsgesetz betroffen sein werden, mit anderen staatlichen und freien Einrichtungen der Weiterbildung stattfinden wird. Das halte ich ebenfalls nicht nur für sinnvoll, sondern für geboten, damit sich die Träger aufeinander abstimmen, damit nicht doppelte Angebote vorgehalten und damit Gelder nicht sinnlos ausgegeben werden. Auch hier fehlt jedenfalls bislang das, was eine solche Kooperation ausmacht, als Formulierung im Gesetzentwurf, der noch ein Kabinettsentwurf ist. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, dass Sie so etwas aufnehmen, bevor der Gesetzentwurf den Landtag erreicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als schwierig sehe ich den Punkt an - deswegen hat es wohl auch so lange gedauert, bis der Gesetzentwurf überhaupt das Kabinett verlassen hat -, dass die Finanzierung nicht im Gesetz geregelt wird, sondern dass eine vertragliche Vereinbarung mit den Trägern der Weiterbildung geschlossen werden soll, und zwar über den Zeitrahmen eines Haushaltsgesetzes hinaus. Ich finde, dass wir uns dies ganz genau ansehen müssen, inwieweit der Haushaltsgesetzgeber über fünf Jahre nicht gesetzlich gebunden wird, sondern indem die Kultusministerin eine Vereinbarung mit Dritten schließt.

Ich halte das für höchst problematisch. Ich fände es besser, wenn die Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen im Gesetz geregelt würde. Vielleicht gelingt es über die Fraktionsgrenzen hinweg, auch gegen den Widerstand eines Finanzministers, ein echtes Gesetz zu machen, nicht nur zur inhaltlichen Ausgestaltung der Weiterbildung, sondern auch zur Finanzierung der Weiterbildung, wie es sich gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt. Ich halte das für sehr kritisch. Das bedarf auch einer neuen Lösung. Es betrifft die Zusammensetzung des Kuratoriums für Erwachsenenbildung. Ich halte es nicht für sinnvoll, dass die Volkshochschulen künftig mit lediglich einem Sitz im Kuratorium vertreten sein sollen, während die landesweiten Träger jeweils einen Sitz im Kuratorium erhalten sollen.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluss Ihrer Rede. Ihre Redezeit ist schon zu Ende.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Das ist mein letzter Punkt.

Ich halte es für dringend notwendig, dass hier eine Veränderung erfolgt. Die öffentlichen Träger der Weiterbildung sollten ihrem Anteil und ihrem Gewicht nach angemessen in diesem Kuratorium vertreten sein. Über die Modalitäten und wie das genau stattfinden soll, können wir uns sicherlich noch einigen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Gesetzentwurf zum Weiterbildungsgesetz, der hoffentlich noch in diesem Jahr vor der Sommerpause kommt, einvernehmlich über die Bühne gehen könnte. Es wäre dann aber auch sinnvoll, wenn die Vertreter der Koalition auf uns zugehen und zu einigen Punkten noch einmal über Veränderungen nachdenken würden. Ich hoffe sehr, dass wir nach einer Anhörung zu einer Beschlussfassung kommen, die es möglich macht, dass die Weiterbildung in Hessen einen angemessenen Stellenwert bekommt, so, wie sie es nötig hat. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Habermann (SPD))

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Lübcke für die CDU-Fraktion.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hinz, Sie sollten Ihre Informationen nicht dem Buschfunk entnehmen. Vielmehr sollten Sie mit den Leuten sprechen, die sich mit dem Entwurf des Weiterbildungsgesetzes befassen. Denn der Buschfunk ist meistens störanfällig. Wahrscheinlich erhalten Sie durch ihn auch falsche Informationen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe schon mit den Richtigen geredet!)

Ich will vorneweg an Sie appellieren. Vom Zeitablauf her ist es möglich, dass wir diesen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause 2001 hier im Hessischen Landtag über die Bühne kriegen. Wenn Sie konstruktiv mitarbeiten, sehe ich da alle Möglichkeiten.

Ich möchte auf Ihren Antrag eingehen, der sich darauf bezieht, dass der längst überfällige Gesetzentwurf zum Weiterbildungsgesetz eingebracht werden soll. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, in alten Unterlagen zu schauen. Ich habe einen Vermerk für den kulturpolitischen Arbeitskreis der SPD-Fraktion vom 16.06.1967 gefunden. In dem steht:

Es wäre zweckmäßig, wenn auch bei uns hier über ein Volkshochschulgesetz beraten würde.

Vom Ablauf des Verfahrens her möchte ich Folgendes sagen. Es hat bis zum 19. Mai 1970 gedauert, bis der Gesetzentwurf verabschiedet wurde. Das waren immerhin drei Jahre. Wir haben jetzt gut ein Jahr für die Entwicklung des Gesetzentwurfs in der Form gebraucht, wie er vorgelegt wurde. Ich glaube, wir liegen ganz gut im Zeitplan. Wir sollten auch feststellen, dass schon damals der heutige Fraktionsvorsitzende der SPD, der damals beim DGB im Landesbezirk Hessen beschäftigte Armin Clauss, den damaligen Entwurf zum Volkshochschulgesetz abgelehnt hat. Er war der Meinung, die freien Träger würden damit benachteiligt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Er war damals beim DGB und hat den Gesetzentwurf abgelehnt. Heute, nach 30 Jahren, im Jahre 2001 kommen wir dazu,

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

langsam ein Signal dahin zu setzen, dass die Bildungsträger eine gleichmäßige Förderung erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Frau Hinz, das müssen wir feststellen. Das ist nicht falsch. Das können Sie nachlesen:

Der DGB-Landesbezirk Hessen lehnte am 15.09.1969 den Initiativantrag der SPD ab. Zur damaligen Verhandlungskommission des DGB gehörte auch Armin Clauss.

Das können Sie im Buch von Herrn Rohlmann nachlesen. Ich kann Ihnen auch die Seitenzahl nennen.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Herr Dr. Lübcke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Quanz?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Eine kurze!)

#### **Lothar Quanz (SPD):**

Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass der Anstoß von Armin Clauss der war, dass ein eigenes Gesetz für die freien Träger der Erwachsenenbildung gemacht wurde? Der Gesetzentwurf war damals bereits in der Beratung.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Das ist falsch. Ich habe das bei Herrn Rohlmann richtig im Buch nachgelesen. Herr Clauss ist da. Sie haben damals kritisiert, dass die Erwachsenenbildung der freien Träger nicht so wie die der Volkshochschulen gefördert worden ist. Aufgrund dieses Einwandes des Herrn Kollegen Clauss kam dann 1974 ein Weiterbildungsgesetz. Herr Clauss hatte damals den Anstoß gegeben und kritisiert, dass das im ersten Entwurf des Volkshochschulgesetzes nicht drinnen stand.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion stelle ich zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN Folgendes fest. Wir haben einen Entwurf für ein modernes, zeitgemäßes Weiterbildungsgesetz mit allen Beteiligten im Vorfeld beraten. Frau Hinz, Sie kennen die Eckpunkte-papiere dazu. Es reicht bis zum Eckpunktpapier Nr. 8. Wir haben die Anregungen aufgenommen. Aus dem Eckpunktpapier, das vom Kultusministerium erstellt wurde, wurde ein Gesetzentwurf gefertigt, der zurzeit den Betroffenen zur Beratung vorliegt. Sie haben das ja auch erwähnt. Ich glaube, das ist vom Stil und vom Zeitablauf her ein sehr demokratisches Verfahren. Für den großen Arbeitsaufwand und die vielen Gespräche mit den Beteiligten möchte ich an dieser Stelle den Mitarbeitern des Kultusministeriums herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Denn ich habe gemerkt, dass man hier durch die Gespräche mit den Beteiligten etwas erreichen konnte. Vielen Dank an das Kultusministerium.

Abschließend möchte ich Folgendes sagen. Frau Hinz, Ihr Antrag hat sich erledigt. Der Gesetzentwurf befindet sich im Verfahrensablauf.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat sich nicht erledigt! Dem Landtag liegt noch kein Gesetzentwurf vor! - Günter Rudolph (SPD): Herr Lübcke, nur weil Sie das sagen, muss das noch nicht stimmen!)

Ich komme jetzt zum Antrag der SPD-Fraktion. Ich stelle fest, dass der vorliegende Antrag, der vom 20. März dieses Jahres stammt, ein weiterer Beweis für die Handlungsunfähigkeit der SPD dieses Hauses ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Er soll doch nach außen hin dokumentieren, wie intensiv sich diese Oppositionsfraktion für die Weiterbildung einsetzt. Doch schon beim ersten Lesen fällt auf, dass sich dieser im Wesentlichen auf den vorgelegten Entwurf des Weiterbildungsgesetzes bezieht. Wesentliche Punkte daraus wurden übernommen. Es gibt einige kleine Modifizierungen. Wenn ich Lehrer in der Schule wäre, würde ich sagen: abgeschrieben, Note fünf, setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, sachlich und inhaltlich mitzuarbeiten. Die Weiterbildung taugt nicht für politisch-taktisches Verhalten, wie Sie es hier an den Tag gelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Wir werden in der Ausschusssitzung sicherlich sehr intensiv über die verschiedenen Punkte reden. Ich hoffe, dass in der Anhörung noch verschiedene Anregungen kommen werden. Wir werden dann sicherlich das eine oder andere aufnehmen.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam einen Gesetzentwurf zum Wohle der staatlichen Trägerorganisationen und der freien Träger verabschieden werden, und zwar in der Form, wie es Herr Clauss vor 30 Jahren gefordert hat.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Ihr Antrag ist erledigt. Herr Quanz, für Sie besteht die Chance, den Antrag zurückzuziehen. Ansonsten schlage ich vor, dass wir ihn hier heute ablehnen. Wir sollten auf die Einbringung des Gesetzentwurfs warten.

(Lothar Quanz (SPD): Wir wollen doch gemeinsam beraten!)

- Herr Quanz, wenn der Gesetzentwurf vorliegt, werden wir beraten, aber nicht vorher.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

So ist der Verfahrensablauf. Die Regierung bringt den Gesetzentwurf ein. Dann folgt die erste Lesung. Wir werden dann an geeigneter Stelle entsprechend dem Verfahrensablauf darüber diskutieren, aber nicht aufgrund eines Antrags, der nur aus taktischen Gründen hier gestellt wurde, damit Sie sich aus Ihrer defensiven Rolle bei der Weiterbildung herausmanövrieren können. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, es gibt sicherlich noch viel Inhaltliches zu sagen. Ich bin aber der Meinung, dass wir

abwarten sollten, welche Stellungnahmen uns hierzu eingebracht werden. Wir sollten hier auch dazu beitragen, dass wir ein Gesetz bekommen werden, das über längere Zeit Gültigkeit behalten wird. Das Volkshochschulgesetz von 1970 und das Erwachsenenbildungsgesetz von 1974 sind nach etwa 30 Jahren sicherlich überholt. Ich bin der Meinung, hier wird ein weiterer Punkt der Koalitionsvereinbarung ordentlich abgearbeitet. Wie versprochen, so gehalten. Ich danke noch einmal den Mitarbeitern des Kultusministeriums für die Begleitung bei der Erarbeitung des Entwurfs. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Kollegin Habermann hat das Wort für die SPD-Fraktion.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Lübcke, ich denke mir, ein bisschen Theaterdonner muss sein. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie hier gesagt haben, können wir von der SPD-Fraktion sehr zufrieden sein. Wir wären es dann, wenn Sie all das in den Entwurf zum Weiterbildungsgesetz aufnehmen würden, was wir gefordert haben, einschließlich der Dynamisierung des Etats. Auf einer solchen Basis können wir sehr wohl miteinander reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch etwas zu einer anderen Bemerkung von Ihnen anfügen. Sie haben hier unseren Fraktionsvorsitzenden zitiert und gesagt, Sie wollten heute eine gleiche Förderung der freien Träger und der Volkshochschulen erreichen. Diese Behauptung ist Schwindel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie ist deswegen Schwindel, weil Sie mit Ihrem Gesetzentwurf erreichen wollen, dass 90.000 Pflichtstunden der freien Träger und 200.000 der Volkshochschulen gefördert werden. Wenn man die Statistiken liest, weiß man, dass beide annähernd gleich viele Unterrichtsstunden, nämlich zwischen 1,2 und 1,3 Millionen, aufzuweisen haben. Hier von gleicher Förderung zu sprechen, ist Humbug und verschleiert die Tatsache, dass Sie lediglich kein Geld haben oder kein Geld ausgeben wollen, um etwas Vernünftiges auf die Beine zu stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit der Kürzung der Mittel für die Erwachsenenbildung um 30% hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass sie den Stellenwert der Erwachsenenbildung gering schätzt und die finanzielle Verantwortung für diesen Bildungsbereich auf die Träger abschieben will.

Um diese Tatsache in der Öffentlichkeit zu verwischen, hat die Kultusministerin bereits im Jahre 1999 einen Gesetzentwurf angekündigt, der das Erwachsenenbildungsgesetz und das Volkshochschulgesetz zusammenfassen soll und Grundlagen für die Aufwertung und Weiterentwicklung dieses Bereichs schafft. Die Forderung, lebenslanges Lernen für alle zu ermöglichen, sollte durch dieses neue Gesetz unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, es zeigt sich jedoch spätestens, seit uns der Referentenentwurf bekannt ist, dass die Unterstützung lebenslangen Lernens durch diese Regierung dort aufhört, wo sie Geld kostet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der finanzielle Rahmen des neuen Gesetzes soll den finanziellen Rahmen der nach den Kürzungen verbliebenen Mittel insgesamt nur um 3 Millionen DM überschreiten. Nachdem diese Landesregierung zunächst 7,2 Millionen DM weggenommen hatte, will sie jetzt die Träger mit 3 Millionen DM beglücken, die sie von diesen Kürzungen zurückbekommen. 500.000 DM dieses Zuschlags werden allerdings durch die Einrichtung eines neuen Topfs für die Förderung innovativer Projekte gebunden. Es wird deutlich, dass sich der finanzielle Umfang des Gesetzes in keiner Weise am Bedarf der Erwachsenenbildung ausrichtet, sondern lediglich an der Tatsache, dass es möglichst wenig Geld kosten darf.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe heute Morgen bei der Feierstunde des Ministerpräsidenten recht andächtig zugehört, insbesondere an der Stelle, als es um die Bildung in Hessen ging. Der Herr Ministerpräsident hat mit stolzeschwellter Brust davon gesprochen, die neue Landesregierung sei in der Bildungspolitik der Trendsetter für die ganze Republik.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Koalition, in der Erwachsenenbildung sind Sie allerdings der Negativ-Trendsetter.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht nur da!)

Wer nämlich die Qualität seiner Bildungspolitik nur an der Zahl der Lehrer misst und durch seine politische Schwerpunktsetzung dafür sorgt, dass die Bildung nach dem Schul- oder Studienabschluss das Stiefkind der Landesförderung bleibt, der hat die Anforderungen unserer Gesellschaft nicht begriffen und darf sich nicht mit dem Attribut "Bildungsland Nummer eins" schmücken.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Lübcke?

(Heike Habermann (SPD): Ja, bitte!)

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Kollegin Habermann, haben Sie heute Morgen auch mitbekommen, dass der Etat des Kultusministeriums von ca. 4 Milliarden DM auf 5,2 Milliarden DM - 3 Millionen DM weniger, als wir in den Länderfinanzausgleich geben - erhöht worden ist?

#### **Heike Habermann (SPD):**

Herr Dr. Lübcke, ich habe das spätestens mitbekommen, seit ich Haushaltspläne lesen kann. Das hat allerdings mit der Tatsache nichts zu tun, dass Sie die Erwachsenenbildung brutalstmöglich zusammengestrichen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer als Anspruch formuliert, wie es im Eckpunktepapier für ein Weiterbildungsgesetz des Kultusministeriums festgehalten ist, "die Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Hessen in die Lage zu versetzen, auf die Erfordernisse zur gesellschaftlichen Innovation kompetent und professionell zu antworten", muss auch dafür sorgen, dass diese Einrichtungen finanziell angemessen ausgestattet sind, und darf nicht die Verantwortung dafür auf die Träger selbst, seien es die freien oder die öffentlichen, abwälzen.

Meine Damen und Herren, nur als Erpressung der Träger kann man letztlich bezeichnen, mit welchem Eiltempo das neue Weiterbildungsgesetz verabschiedet werden soll, nachdem wir uns mehr als ein Jahr mit Ankündigungen zufrieden geben mussten. Anhörungsfristen werden verkürzt. Die Träger wissen, dass der erste finanzielle Zuschlag, der einen geringen Teil der vorherigen Kürzungen zurücknimmt, erst dann kommt, wenn das Weiterbildungsgesetz verabschiedet ist.

Dementsprechend groß ist der Druck, Teile des Gesetzes zu billigen, auch wenn die Träger möglicherweise noch Diskussionsbedarf oder andere Vorstellungen haben.

Die SPD-Fraktion wird dennoch nicht darauf verzichten, intensiv über die Inhalte des Gesetzes zu diskutieren. Um das Verfahren für die Träger nicht unnötig zeitlich zu verlängern, haben wir in dem vorliegenden Antrag Eckpunkte für ein Gesetz niedergelegt, die bereits vor der Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag mit diskutiert werden können.

Herr Dr. Lübcke, ich möchte ausdrücklich darum bitten, dass das, was Sie vorhin angekündigt haben, nicht wahr gemacht wird. Wer hier einen konsensualen Prozess sucht, sollte dafür sorgen, dass die Anregungen der SPD in den Ausschuss kommen und gemeinsam mit dem Entwurf diskutiert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden jedoch auch eine Anhörung der Träger beantragen, weil wir es für notwendig halten, dass ein Weiterbildungsgesetz nicht nur eine Ansammlung von Worten auf dem Papier bleibt, sondern auch in der Lage ist, diesen Bildungsbereich zu stärken und für die Zukunft zu rüsten.

Erwachsenenbildung muss gleichberechtigter Teil unseres Bildungswesens sein, um unserer Forderung nach lebenslangem Lernen gerecht zu werden. Ich will in der heutigen Debatte nur einige wenige unserer Positionen noch einmal erläutern.

Erstens. Um den wachsenden Anforderungen an Erwachsenenbildung gerecht zu werden, brauchen die Träger Planungssicherheit. Dazu gehört, finanzielle Rahmenbedingungen einer Landesförderung im Gesetz festzulegen.

Zweitens. Zur Planungssicherheit gehört ebenfalls, einen Anpassungsfaktor ins Gesetz aufzunehmen, der gewährleistet, dass nicht nur Leistungen und Aufwendungen der Träger, sondern auch die Landeszuschüsse wachsen.

Drittens. Die SPD-Fraktion ist nicht gegen Zuschussmodalitäten, die Benachteiligungen der freien Träger ausgleichen helfen sollen. Gleichzeitig verpflichtet der Gesetzentwurf aber die öffentlichen Träger der Volkshochschulen zur Bereitstellung der Grundversorgung mit Erwachsenenbildung und weist ihnen dadurch eine herausgehobene Stellung zu. Mit der Umsetzung dieses Auftrages lassen Sie die öffentlichen Träger bei dem jetzt zugestandenen Finanzvolumen allerdings wieder allein und schmälern den Volkshochschulopf noch mehr. Die Fördermittel, die Sie noch bereit-

stellen wollen, sind einfach nicht ausreichend, um daraus neue Förderstrukturen zu entwickeln.

Viertens. Als letzten Punkt will ich die Professionalisierung in der Erwachsenenbildung nennen. Um ihr gerecht zu werden, muss im Gesetz die Beschäftigung von hauptberuflichen und fachlich geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen festgelegt werden.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Lübcke, wir bieten Ihnen eine konstruktive Diskussion über ein zukünftiges hessisches Weiterbildungsgesetz an. Nehmen Sie das Angebot an. Dann gelingt es möglicherweise, aus einem nicht zufrieden stellenden Referentenentwurf ein gutes Gesetz zu machen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Kollegin Henzler spricht für die F.D.P.-Fraktion.

#### **Dorothea Henzler (F.D.P.):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe schon bei verschiedenen Gesetzesvorhaben, als immer "schneller, schneller, schneller" angemahnt wurde, gesagt, dass gute Dinge Zeit brauchen. Ich sage es Ihnen noch einmal: Der jetzt vorliegende Referentenentwurf, der durch einen ersten Kabinettsbeschluss gegangen ist, ist ein gutes Ding, und er braucht nicht unbedingt noch riesig verbessert zu werden, wie Sie das eben angemahnt haben.

Wir machen haushaltsmäßig eines nach dem anderen. Das ist richtig. Wir haben den Schwerpunkt zunächst einmal auf die Schulpolitik und die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen gelegt. Wir haben dafür auch sehr viel mehr Geld in die Hand genommen. In einem zweiten Arbeitsgang beschäftigen wir uns mit der Weiterbildung, damit auch in diesem Bereich bessere Qualifikationsmöglichkeiten gewährleistet werden können.

Ich weiß gar nicht, wo das Ärgernis ist. Vor allen Dingen weiß ich gar nicht, worüber sich die freien Träger ärgern. Sie waren noch nie so stark in die Arbeit an einem Gesetzentwurf eingebunden wie jetzt. Deshalb kann ich überhaupt nicht verstehen, wo das Ärgernis ist. Denn gerade das, was an Anregungen kam, wurde aufgenommen. Das hat auch die Zeit gekostet.

Zur Uneinigkeit in der Koalition muss ich ganz ehrlich sagen: Sie wissen ja, dass wir Sachdispute sehr offen austragen. Aber in diesem Fall konnte von Uneinigkeit überhaupt nicht die Rede sein. Im Gegenteil, wir haben die Dinge mit den Betroffenen sehr konstruktiv weiterentwickelt und sie sehr ausgiebig diskutiert.

Die Anträge sind im Grunde genommen - wie mein Kollege schon gesagt hat - beide erledigt. Die GRÜNEN fordern uns auf, ein Weiterbildungsgesetz in den Landtag einzubringen. Frau Hinz, Sie waren einmal Ministerin. Sie wissen doch ganz genau, wie der Gang der Dinge ist. Nach dem ersten Kabinettsbeschluss geht es in die Kabinettsanhörung. Es gibt den zweiten Beschluss. Dann kommt die erste Lesung im Landtag. Damit ist der Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, und es wird ganz normal terminiert. Ihrer Aufforderung bedarf es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr.

Im Antrag der SPD werden wir aufgefordert, gewisse Eckpunkte zu berücksichtigen, was schon zu spät ist, weil der

Entwurf vom Kabinett schon beschlossen ist und die Anhörung läuft. Diese Aufforderung ist also auch zu spät.

Was aber ganz witzig ist: Der Antrag ist am 20.03. eingereicht worden. Am 12.03. war die Sitzung des hessischen Volkshochschulverbandes. Dort ist dieser Entwurf bereits diskutiert worden. Anschließend haben Sie einen Teil dessen, was im Entwurf schon enthalten ist, in Ihren Antrag geschrieben

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Warum gucken Sie mich an?)

- nicht Sie, Entschuldigung, ich meinte jetzt die SPD - und zu Ihren eigenen Forderungen erhoben. Manche Dinge, die abgeschrieben worden sind, sind sowieso schon erledigt. Weitere Dinge werden wir, wie es der ganz normale Gang der Dinge ist, nach der ersten Lesung im Ausschuss ausführlich diskutieren. Dann werden wir sehen, wie weit wir diesen Entwurf in der parlamentarischen Anhörung und in der parlamentarischen Debatte vielleicht noch verändern.

Ich denke, mit diesem Entwurf wird einiges von dem, was die CDU und die F.D.P. anfangs gefordert haben, verwirklicht. Wir schaffen die Voraussetzungen für die Förderung eines flächendeckenden Angebotes sowie eine zielgerichtete Förderung nach Themen. Wir schaffen Planungssicherheit und Transparenz im Rahmen der Finanzierung einerseits aufseiten des Landes und andererseits aufseiten der Träger. Dieses Fördersystem stellt die freien und öffentlichen Träger weitgehend gleich.

Jetzt freue ich mich auf eines: Die SPD-Fraktion hat eben deutlich angemahnt, dass die Volkshochschulen nicht besser gefördert werden dürfen als die freien Träger. Ich bin aber einmal gespannt, ob Sie nach der ersten Lesung im Gesetzesverfahren den Antrag stellen, dass wir den Gesetzentwurf dahin gehend ändern, dass wir die Volkshochschulen an den etwas niedrigeren Level anpassen.

(Armin Clauss (SPD): Was Sie annehmen, ist wirklich naiv!)

- Das hat Frau Habermann aber eben sehr deutlich gefordert, oh ja.

(Armin Clauss (SPD): Das hat sie gerade nicht gesagt! Es geht nicht um eine Nivellierung nach unten!)

Ich werde die Protokollaufzeichnungen ihrer Rede genau nachlesen. Verehrter Herr Clauss, ich habe genau das gehört, dass sie uns nämlich vorwirft, wir hätten nicht gleichermaßen gefördert,

(Armin Clauss (SPD): Ich interveniere, weil Sie es falsch gehört haben!)

weil wir einmal 200.000 Stunden und einmal 90.000 Stunden fördern.

Meine Damen und Herren, die Debatte mit den Betroffenen vor der ersten Lesung und insbesondere vor der Einbringung des Kabinetentwurfes hat zwar etwas gedauert, sie war aber nötig, und sie war sehr gut. Deshalb ist dieser Entwurf vernünftig. Wir werden ihn nach der ersten Lesung ausgiebig im Plenum und im Ausschuss diskutieren. Die Aufforderungen in Ihren beiden Anträgen sind überflüssig. Wir werden sie deshalb ablehnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Habermann hat schlicht Recht. Es handelt sich um Theaterdonner, wenn die SPD im Moment in eine Diskussion einsteigt, von der sie weiß, dass sie schon eine ganze Weile läuft. Sie wusste auch, dass sie läuft. Sie konnte sich daran beteiligen. Jetzt will sie sich daran beteiligen. Man kann es durchaus als Verheißung betrachten, dass sich die SPD in diese Diskussion einklinkt und dass wir darüber und über den Theaterdonner im Gesetzgebungsverfahren tatsächlich zu einem konsensualen Prozess kommen, der auch die Parteien ergreift und nicht nur die Organisationen. Denn diese befinden sich in einem konsensualen Prozess. Das ist das Positive an der Entwicklung dieses Gesetzentwurfes.

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Habermann?

(Ministerin Karin Wolff: Wenn sie noch will!)

#### **Heike Habermann (SPD):**

Sie will noch. - Frau Ministerin, erinnern Sie sich daran, dass wir bereits im Herbst vergangenen Jahres einen Antrag der SPD-Fraktion mit Eckpunkten vorliegen hatten, den wir auf Ihre Zusage, dass alsbald ein Gesetzentwurf vorliegt, im Ausschuss zurückgezogen haben?

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin, das ist in Ordnung. Denn Sie wissen ganz genau, dass wir uns in einem Prozess befunden haben. Die Mitglieder des Kuratoriums wissen sehr wohl, wie dieser Prozess gelaufen ist - sofern sie im Kuratorium waren, das ist die Voraussetzung - : dass er nämlich jetzt in der Tat auf ein stringentes Gesetzgebungsverfahren hinausläuft, aber auf der Basis dessen, dass im Kuratorium und in vielen Gesprächen mit den Trägern Eckpunkte entwickelt und fortentwickelt worden sind, auf deren Basis dann ein Gesetzentwurf gewachsen ist.

Meine Damen und Herren, wir werden uns gemeinsam daran gewöhnen, dass wir ein solches konsensuales Verfahren entwickeln, dass wir mit Eckpunkten arbeiten - wie bei der Oberstufe auch -, dass wir auf dieser Basis weiter diskutieren und dass wir dann daraus stringent die entsprechenden Gesetze und Verordnungsnormen entwickeln und so in ein ganz geordnetes Verfahren kommen.

Ich finde das gut, weil die Betroffenen von vornherein eingebunden waren. Wenn Sie heute Mittag bei der Ausstellungseröffnung ein bisschen die Gelegenheit genutzt haben, mit den Betroffenen vonseiten der freien Träger zu diskutieren, dann hätten Sie auch - oder Sie haben es wahrscheinlich - gehört, dass diese freien Träger, in diesem Fall die evangelische und katholische Erwachsenenbildung, sehr wohl gebeten haben, das Verfahren schnellstmöglich zu einem Ende zu bringen. Sie begrüßen den Gesetzentwurf, wie er jetzt auf dem Tisch liegt. Das halte ich für ein sehr positives Ergebnis eines Gesetzgebungsverfahrens, in dem konsensorientiert vorgegangen wurde.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass irgendwelche Anhörungsrechte eingeschränkt werden. Die freien Träger haben ihrerseits angeboten, sie könnten das Verfahren sehr viel schneller durchführen. Sobald aber andere auf ihren

Fristen bestehen, gelten diese Fristen. Da gibt es überhaupt kein Vertun.

Wer ist denn überhaupt auf die Idee gekommen, ein gesetzliches Verfahren im Landtag außer Kraft zu setzen? Wir machen selbstverständlich im Landtag ebenfalls eine Anhörung. Ob wir sie schriftlich oder mündlich machen, werden wir sehen. Aber es ist überhaupt nicht daran gedacht, etwas dieser Art wegzuschneiden. Selbstverständlich machen wir das, und ich freue mich auf diese Auseinandersetzung. Denn es geht darum, an einigen Punkten, wo noch Streit besteht oder wo es noch Verbesserungsvorschläge gibt, Änderungen in das Gesetz einzubeziehen. Das werden wir mit dem ersten Schritt der Anhörung, die im Moment läuft, auch tun. Wir werden diese Punkte noch einmal mit einbeziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat wahr, was Frau Kollegin Henzler und Herr Kollege Dr. Lübcke gesagt haben. Das, was als SPD-Antrag vorgelegt worden ist, ist im Grunde eine Mischung. Auf der einen Seite sind Dinge aus dem Gesetzentwurf niedergeschrieben worden. Auf der anderen Seite ist es durchaus kennzeichnend - das werden wir noch einmal inhaltlich diskutieren -, dass von gesellschaftlichen Fortentwicklungen und Fachdiskussionen, die sich inzwischen auch ereignet haben, noch nicht von allen Seiten des Hauses Kenntnis genommen worden ist. In der Diskussion werden wir entsprechend aufbereiten können, wie sich die Gedanken der Weiterbildung fortentwickelt haben, von dem Begriff der Erwachsenenbeglückung von früher bis hin zu dem Bild der Weiterbildung eines Menschen im Sinne eines lebenslangen Lernens.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Diesbezüglich muss man den SPD-Antrag noch einmal analysieren, ob er diese moderne Form, wie es notwendig ist, bereits aufgenommen hat.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Meine Damen und Herren, über Absprachen von Programmen werden wir die Schaffung zusätzlicher Bürokratie vermeiden. Ich denke, dass es notwendig ist, dass gerade die freien Träger ihr eigenes Programm individuell für sich beschließen und nicht darauf angewiesen sind, dieses mit Dritten abstimmen zu müssen. Sie sind freie Träger, weil sie ihr eigenes Programm und ihr eigenes Profil entwickeln. Da kann es mit Sicherheit keine Gremien und keine Abstimmungen dahin gehend geben,

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass man Bedingungen setzt oder Beschlüsse fassen muss. Darum kann es mit Sicherheit nicht gehen.

Das Gesetz, das wir jetzt bekommen, wird ein erster Schritt auf dem Wege zu einer gleichmäßigen Förderung aller Beteiligten nach Leistung sein. Wir werden sehen, dass wir weitere Schritte in diese Richtung machen.

Meine Damen und Herren, ich will mich jetzt nicht weiter mit den einzelnen Punkten befassen, weil wir das in der Tat am konkreten Text des Gesetzentwurfes sehr bald tun werden. Ich will nur auf der Basis dessen, was wir Ende 1999 versprochen haben, deutlich machen, dass gearbeitet worden ist. Dafür danke ich sehr vielen, auch im Bereich der freien Träger und aus dem Hause hier sehr herzlich. Es ist hart an der Sache gearbeitet worden. Man hat sich um einen Konsens bemüht, um ein im bundesweiten Vergleich modernes Gesetz, nachdem bundesweit schon viele Ge-

setze dieser Art bestehen. Es ist daran gearbeitet worden, dass wir tatsächlich auch mit einer Neubestimmung des Gesetzes Hand in Hand eine finanzielle Besserstellung der Erwachsenenbildungsträger vollziehen können.

Ich bin nach wie vor recht zuversichtlich, dass wir dies in der Mitte des Jahres tun können, sodass die Haushaltsbeschlüsse, die wir zumindest mit der Mehrheit dieses Hauses gefasst haben, so umgesetzt werden können, dass sie bei den entsprechenden Leistungsanbietern ankommen. Darauf kommt es an.

Sie werden einen Gesetzentwurf auf den Tisch bekommen, der an der Flexibilität dieser Leistungsträger - der freien Träger ebenso wie der Volkshochschulen - orientiert ist, einen Entwurf, der an der Kommunalfreundlichkeit orientiert ist, weil er für die Kommunen neue Spielräume vorsieht, der an der Punktgenauigkeit der Förderung statt an den Hunderttausendersparungen in der Bevölkerungszahl orientiert ist, der an der Leistung der freien Träger orientiert ist, die an den Bereich der Volkshochschulen angepasst werden muss.

Der Gesetzentwurf wird an einer Planungssicherheit orientiert sein, die wir dringend brauchen und die wir mit dem Mittel des Gesetzes und einer zusätzlichen Vereinbarung festlegen wollen. Sie haben Ihren ehemaligen Finanzminister nicht mehr hier im Haus. Der würde Ihnen etwas erzählen, wenn Sie ihm erklären würden, dass in Gesetzen Zahlen in D-Mark zu stehen hätten. Aber mit dem Mittel von Gesetz und Vereinbarung werden wir zu einer Planungssicherheit für alle Beteiligten kommen. Wir werden Leistungen bezahlen und nicht Träger zwingen, Personal in einer bestimmten Größenordnung einzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden den Trägern, die jetzt sagen, sie hätten ihre Kräfte konzentriert, und den Trägern, die zurzeit sagen, sie hätten nicht weniger Leistungen als vor der Kürzung gebracht - auch dies ist deutlich geworden, wenn Sie sich die Rechenschaftsberichte in den Zeitungen anschauen -, in der zweiten Hälfte des Jahres auf der Grundlage eines dann guten Konzeptes zusätzliches Geld für zusätzliche Leistungen geben können.

Meine Damen und Herren, wenn heute die Anträge der GRÜNEN- und der SPD-Fraktion und diese Extradebatte vor der Beratung des Gesetzes den Sinn gehabt haben sollten, dass wir uns mit dem bewussten Theaterdonner darauf hinbewegen, dass alle vier Fraktionen des Hauses nicht nur konstruktiv an einem Gesetzentwurf diskutieren, sondern dass nach Möglichkeit auch alle vier Fraktionen den Trägern der Erwachsenenbildung erklären, dass wir gemeinsam für sie dieses Gesetz verabschieden, dann hat sich diese Diskussion heute gelohnt, und dann sind wir auf gutem Wege. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. - Herr Kollege Grüttner, zur Geschäftsordnung.

#### **Stefan Grüttner (CDU):**

Frau Präsidentin, ich bitte, dass beide Anträge direkt abgestimmt werden.

**Vizepräsidentin Veronika Winterstein:**

Wird dem widersprochen?

(Manfred Schaub (SPD): Dem wird widersprochen!)

- Dem wird widersprochen. Sie beantragen Überweisung, wie vorgesehen.

Dann lasse ich zuerst über die Überweisung des Antrages unter Tagesordnungspunkt 12 abstimmen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

(Manfred Schaub (SPD): So ernst nehmt ihr das!)

Dann wurde der Antrag auf Überweisung mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich komme in der Sache zur Abstimmung über den Antrag. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wurde der Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Ich komme zu dem Antrag der Abg. Dörr und andere, SPD, unter dem Tagesordnungspunkt 24. Wer hier für Überwei-

sung ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Überweisung abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Ich rufe noch **Tagesordnungspunkt 44** auf:

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/2418 -**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die vorliegenden Beschlussempfehlungen abstimmen. Wer möchte ihnen zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

(Schluss: 18.04 Uhr)